Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13665**

18. Wahlperiode 22.09.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung – 18. Legislaturperiode –

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	**Vorbemerkung**	3
2	**Zusammenfassung**	4
3	**Ausgangslage**	6
4	**Strukturen schaffen für Bildung für nachhaltige Entwicklung**	7
4.1	Internationale Ebene	7
4.1.1	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)	7
4.1.2	Kommission für nachhaltige Entwicklung/ Hochrangiges Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung	8
4.1.3	Europäische Union (EU)	8
4.1.4	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE)	9
4.1.5	Regionale Kompetenzzentren (RCE)	9
4.2	Nationale Ebene	9
4.2.1	UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung	9
4.2.2.	Schlussfolgerungen zum Ende der UN-Dekade	11
4.2.3	Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung auf nationaler Ebene	12
4.2.4	Weitere gesellschaftliche Akteure	18
5	**Aktivitäten der Bundesregierung**	22
5.1	Übergreifende Maßnahmen	22
5.2	Auswärtiges Amt	23
5.3	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	25

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 21. September 2017 gemäß Beschluss vom 29. Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3319).

Seite

5.4 Bundesministerium für Bildung und Forschung 28
5.5 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 38
5.6 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 43
5.7 Bundesministerium der Finanzen 48
5.8 Bundesministerium für Gesundheit 50
5.9 Bundesministerium des Innern 52
5.10 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 56
5.11 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 57
5.12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 64
5.13 Bundesministerium der Verteidigung 64
5.14 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 65
5.15 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 71
5.16 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 71
5.17 Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen 72
5.18 Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien 72

6 Aktivitäten der Länder 72
6.1 Zusammenfassung der Länderbeiträge 75
6.2 Perspektiven im UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung 77

7 Lokale Ebene 78

8 Ausblick 79

Anhang: Beiträge der einzelnen Länder 81

Literaturverzeichnis 136

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1 Vorbemerkung

Auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3319) legt die Bundesregierung einmal pro Legislaturperiode den Bericht zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) vor. Der vorliegende sechste Bericht befasst sich mit dem Stand und der Entwicklung von BNE in Deutschland im Zeitraum von Mitte 2013 bis Mitte 2017, d. h. er umfasst die letzten zwei Jahre der UN-Dekade (2013/2014) sowie den Beginn des darauf folgenden, auf fünf Jahre angelegten UNESCO-Weltaktions-programms[1] BNE (Start 2015).

Wir leben in einer Welt von Gegensätzen: Von Wohlstand und Armut, von Hass und friedlicher Koexistenz sowie von Verschwendung und Hunger. Nachhaltigkeit ist der Weg, um Konflikte unter Einbeziehung künftiger Generationen zu lösen und Interessen auszugleichen. Bildung für nachhaltige Entwicklung steht für eine Bildung, die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt: Wie beeinflussen meine Entscheidungen Menschen nachfolgender Generationen oder in anderen Erdteilen? Welche Auswirkungen hat es beispielsweise, wie ich konsumiere, welche Fortbewegungsmittel ich nutze oder welche und wie viel Energie ich verbrauche? Bildung für nachhaltige Entwicklung ermöglicht es jedem Einzelnen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

Vor dem Hintergrund wachsender globaler Herausforderungen, wie des Klimawandels, der Welternährung und Bevölkerungsentwicklung sowie wirtschaftlicher Prosperität und Globalisierung, ist BNE heute relevanter denn je. Die Rolle von Bildung wird bei der Umsetzung der 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) als essentiell angesehen. Erstmalig wird mit dem Unterziel 4.7 der SDGs BNE explizit als eigenständiges Handlungsfeld aufgeführt.

Auch die Neuauflage 2016 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie[2] betont, aufbauend auf den Zielen für nachhaltige Entwicklung, dass BNE gezielt in allen Bildungsbereichen verankert werden soll. Die Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans BNE[3] und der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie sind das Ergebnis eines weitreichenden partizipativen Prozesses, der unter anderem auf Dialogen mit Bürgerinnen, Bürgern und der Zivilgesellschaft sowie einer Online-Konsultation beruhte. Die gewachsene Bedeutung von BNE zeigt sich darüber hinaus in einer konkreten Benennung von Bildung für nachhaltige Entwicklung als Grundlage für eine umfassend ausgerichtete Klimaschutzbildung im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung.

Diese Entwicklungen drücken eine gewachsene Überzeugung aus, dass globale Herausforderungen nur unter Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung bewältigt werden können. In diesem Zusammenhang leistet Bildung für nachhaltige Entwicklung einen zentralen Beitrag zur Sicherung einer besseren und nachhaltigen Zukunft.

Der vorliegende Bericht führt die Berichte der Bundesregierung zu diesem Thema von Januar 2002 (Bundestagsdrucksache 14/7971), Oktober 2005 (Bundestagsdrucksache 15/6012), Juli 2009 (Bundestagsdrucksache 16/138009), Dezember 2011 (Bundestagsdrucksache 17/8099) und Juli 2013 (Bundestagsdrucksache 17/14325) fort. Die Fortschritte der Verankerung von BNE in Bildungsprozessen werden vor dem Hintergrund dieses Auftrags insbesondere auf Bundes- und Landesebene dargestellt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

---

1 UNESCO (2014): Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung. (https://www.bmbf.de/files/2015_Roadmap_deutsch.pdf).

2 Ehemals: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie.

3 Nationale Plattform BNE (2017): Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. (https://www.bmbf.de/files/Nationaler_Aktionsplan_Bildung_fuer_nachhaltige_Entwicklung.pdf).

2 Zusammenfassung

Wir wollen „Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung“ in allen Bildungsbereichen stärker verankern.

Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode

Der Bericht der Bundesregierung zu Bildung für nachhaltige Entwicklung für die 18. Legislaturperiode stellt die Maßnahmen der Bundesregierung, der Länder und der Kommunen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung im Berichtszeitraum von Mitte 2013 bis Mitte 2017 dar. Dabei geht der Bericht auf die Ergebnisse der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (hier: die Jahre 2013 und 2014) sowie auf die Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (hier: 2015 bis Mitte 2017) ein. Der Berichtszeitraum liegt somit in einer Phase des Auf- und Umbruchs der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in der 18. Legislaturperiode einen starken Bedeutungszuwachs erfahren hat, wird nicht zuletzt durch die zahlreichen, hier dargelegten Aktivitäten der Bundesregierung, der Länder und der Kommunen in diesem Bereich deutlich.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) setzt das UNESCO-Weltaktionsprogramms (WAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) federführend für die Bundesregierung um und hat dazu einen breiten, partizipativen Prozess angelegt, der sowohl weitere Ressorts (insbesondere BMUB, BMZ und BMFSFJ), die Länder und Kommunen, als auch Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bildung einbezieht. Gemeinsam haben mehr als 300 Organisationen und Institutionen aus Zivilgesellschaft, Politik, Bildung und Wirtschaft in der Nationalen Plattform, den Fachforen und den Partnernetzwerken sowie während einer Online-Konsultation zwischen Ende 2015 und Mitte 2017 den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung erarbeitet. Mit dem Nationalen Aktionsplan besteht erstmals in Deutschland eine umfassende BNE Strategie, die von Bund, Ländern und Kommunen unterstützt wird und das Potential hat, BNE im deutschen Bildungssystem strukturell zu verankern. Nur mit einem gemeinsamen Bekenntnis aller relevanten Akteure zu Bildung für nachhaltige Entwicklung, so der Grundgedanke, wird es gelingen, Nachhaltigkeit in der Bildung sowie Bildung in Nachhaltigkeitsdiskursen und Aktivitäten zu verankern.

Insbesondere den Ländern kommt bei der strukturellen Verankerung der BNE eine große Verantwortung zu. Die Länder haben während des Berichtszeitraumes wesentlich zur Umsetzung von BNE in Deutschland beigetragen (*siehe Kapitel 6 sowie den Anhang: Beiträge der einzelnen Länder*). So sind nicht nur die BNE Maßnahmen der Länder sehr vielfältig und betreffen alle Bildungsbereiche. Vertreter und Vertreterinnen der Länder haben sich auch aktiv in die Gremien der nationalen Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE eingebracht, wie den Fachforen und der Nationalen Plattform (*siehe Kapitel 4.2*), und dabei entscheidend zur Entwicklung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung beigetragen.

Auch die kommunale Ebene und die Zivilgesellschaft nehmen eine besondere Rolle bei der Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung ein. Im Rahmen des ganzheitlichen Bildungsansatzes der BNE werden Gestaltungskompetenzen, vorausschauendes Denken und Partizipation in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Vereinen, Betrieben und in Wohnquartieren entwickelt und gefördert. Diese Lernorte sind in kommunale Netzwerke und Bildungslandschaften eingebunden, sodass die Beteiligung der kommunalen Selbstverwaltung (vertreten durch den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund und den Deutschen Landkreistag) sowie der Zivilgesellschaft in BNE-Prozessen zentral ist.

Ausgezeichnete Beispiele der BNE gibt es viele. So wurde die Zeche Hugo in Gelsenkirchen zu einem Biomassepark umgebaut, der mit einem BNE-Angebot verknüpft wird: ein Infopfad führt seit Juni 2016 über das Gelände und verbindet verschiedene Stationen miteinander. Die Stationen behandeln unterschiedliche Themen wie Wald, Boden, „Urban Gardening“ oder Energie und werden von unterschiedlichen Akteuren (u. a. Kitas, Schulen, Natur- und Umweltgruppen, Jugendinitiativen) unterhalten.

An den Berufsbildenden Schulen (BBS) I Uelzen zieht sich Nachhaltigkeit wie ein roter Faden durch alle Bildungsangebote, zum Beispiel durch eine bereichsübergreifende Ausbildung von „Ernährungsbotschaftern“ und „Energiedetektiven“, der Ausrichtung eines „Green Day“ sowie einer „Woche der Müllvermeidung“.

Studentische Netzwerke vermitteln weiterhin über einen „Peer-to-Peer“-Ansatz BNE an deutschen Hochschulen. Die Liste der guten BNE-Beispiele und Projekte ließe sich lange weiterführen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Grafik 1 zeigt eine Abbildung der Anzahl der Projekte der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung je Bundesland.

Grafik 1

Anzahl der Dekade-Projekte je Bundesland[4]

Insgesamt ist für den Berichtszeitraum festzustellen, dass die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung deutliche Fortschritte gemacht hat. Das BMBF ist seit 2015 federführend in der Bundesregierung für die Begleitung und Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms (WAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zuständig. In diesem Rahmen wurde der Nationale Aktionsplan BNE als zentraler Meilenstein einer strukturellen BNE-Verankerung in allen Bildungsbereichen verabschiedet. Weiterhin hat das BMBF in der 18. Legislaturperiode BNE-Förderschwerpunkte im Bereich der frühkindlichen Bildung (über eine Förderung der Stiftung Haus der kleinen Forscher), der beruflichen Aus- und Weiterbildung („Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung“) der Hochschulen (im Rahmen der Exzellenzinitiative sowie in Form von ausgewählten Aktivitäten im Qualitätspakt Lehre) und der Forschung (FONA³) gesetzt. Die Wissenschaftsjahre als zentrales Instrument der Wissenschaftskommunikation tragen in diesem Zusammenhang zur Unterstützung des Dialogs zwischen Forschung und Gesellschaft bei.

Das BMZ hat sich in der 18. Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die Breitenwirksamkeit seiner Informations- und Bildungsarbeit zu erhöhen und neue Zielgruppen zu erschließen. Ziel ist, die Herausforderung globaler Themen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen und konkrete Auswirkungen auf den Einzelnen sowie Möglichkeiten des persönlichen Engagements aufzuzeigen. Die Bundesregierung hat die Fördermittel für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit (ohne Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) auf 35 Mio. Euro im Jahr 2016 deutlich angehoben (2012: 17,6 Mio. Euro).

4 Quelle DUK, Design MediaCompany.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung hat darüber hinaus in der 18. Legislaturperiode als Konzept und Referenzrahmen für die BMUB-Bildungsaktivitäten Eingang in unterschiedliche Programme und Strategien des BMUB gefunden, darunter u. a. in das Integrierte Umweltprogramm (IUP) 2030, das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum und das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess).

Das nachfolgende Kapitel stellt die Ausgangslage und nationalen sowie internationalen Rahmenbedingen der BNE dar. Kapitel 4 beschreibt den Ausbau und die Stärkung der strukturellen Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in den letzten vier Jahren. Kapitel 5 geht vertiefend auf die unterschiedlichen Maßnahmen der Bundesressorts ein. Kapitel 6 und 7 beschreiben die BNE-Aktivitäten der Länder und Kommunen. Kapitel 8 dieses Berichts bietet einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der BNE in Deutschland.

Für die Zukunft gilt, dass Bund, Länder, Kommunen sowie Akteure aus Zivilgesellschaft, Bildung und Wissenschaft den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Leben füllen und in allen Bildungsbereichen innerhalb der jeweiligen Zuständigkeiten und Kompetenzen flächendeckend umsetzen.

3 Ausgangslage

Das Kernstück der Agenda 2030, die die Vereinten Nationen im September 2015 beschlossen haben, sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung – die Sustainable Development Goals (SDGs). Das Unterziel 4.7 der SDGs fordert, bis zum Jahr 2030 sicherzustellen, dass Lernende die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung von Nachhaltigkeit erhalten. Unterziel 4.7 hebt somit die besondere Bedeutung von BNE hervor, damit „alle Lernenden das Wissen und die Fähigkeiten erwerben, die für eine nachhaltige Entwicklung nötig sind“.[5]

Auszug aus den Sustainable Developments Goals (SDGs):

4.7: *Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.*[6]

Zudem enthalten alle weiteren sechzehn SDGs wichtige Bezüge zur Bildung. Das vierte Ziel wird weltweit von der UNESCO über den „Education 2030 Framework for Action“ koordiniert, um sicherzustellen, dass die Bildungsziele auch in der Praxis Bildungsqualität, Chancengerechtigkeit und lebenslanges Lernen in allen Staaten ermöglichen.

BNE hat in den vergangenen Jahren sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren. Die gestiegene Relevanz von BNE beruht nicht zuletzt auf den Verdiensten der engagierten Menschen in Deutschland und weltweit, die sich bereits während der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung von 2005 bis 2014 dafür eingesetzt haben, dass nachhaltige Entwicklung als Leitbild in allen Bildungsbereichen verankert wird.

3.1 Die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich auf der Grundlage eines einstimmigen Bundestagsbeschlusses (Bundestagsdrucksache 15/3472) an der UN-Dekade und brachte zahlreiche Expertinnen und Experten in unterschiedlichen Foren zusammen, um neue Konzepte für eine nachhaltige Bildung zu entwickeln. Daraus entstanden unter anderem vielfältige Publikationen, die inhaltliche und methodische Ratschläge für verschiedene Bildungsbereiche und Themen bereithalten. Zudem wurden entlang der Bildungskette des Lebenslangen Lernens über 1.900 Projekte der UN-Dekade, 49 Maßnahmen und 21 Kommunen ausgezeichnet.

Die UN-Dekade wurde am 29. und 30. September 2014 mit einer Konferenz des BMBF gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission abgeschlossen. In der Dekade entstanden Netzwerke und Kenntnisse, auf die neue und alte BNE-Akteure auch in den kommenden Jahren aufbauen können. Als Nachfolge der Dekade beschloss die 37. Generalversammlung der UNESCO im Herbst 2014 das Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung 2015-2019 (WAP 2015-2019).

---

[5] http://www.bne-portal.de/de/bundesweit/das-weltaktionsprogramm-deutschland.

[6] Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. (http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf.).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen der UN-Dekade gehört, dass eine durchgängige Verankerung von BNE in der formalen und non-formalen Bildung stärker strukturell gefördert werden muss. Die Bonner Erklärung 2014 greift dies als Abschlussdokument der Dekade auf.[7] Aus diesem Grund steht die Implementierung des WAP unter dem Leitsatz „vom Projekt zur Struktur“: BNE soll in die Breite getragen und Maßnahmen und Projekte, die BNE verankert haben, stärker in bestehende Strukturen und Institutionen eingebettet werden. Die Ergebnisse der UN-Dekade werden genutzt, um langfristig eine systemische Veränderung des Bildungssystems zu bewirken und eine Brücke in eine nachhaltigere Zukunft zu schlagen.

3.2 Das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE)

Das WAP BNE verfolgt einen doppelten Ansatz: Einerseits soll die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung in allen und über alle Bildungsbereiche hinweg erfolgen. Andererseits sollen Bildungsaspekte in die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung einfließen. Diese systematische Verschränkung ist grundlegend für alle weiteren Entwicklungen im Rahmen des Implementierungsprozesses.

Die Bundesregierung wird das WAP, so der fraktionsübergreifende, vom Bundestag beschlossene Antrag[8], „im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel unterstützen und die bisherigen Bemühungen zur Implementierung von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in größerem Maße fortführen als bisher.“ Das federführende Ressort ist das BMBF.

Im Zentrum der Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE stehen die Entwicklung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans BNE. Dieser soll dazu beitragen, das deutsche Bildungssystem von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Hochschule und non-formalen Bildung am Leitprinzip der Nachhaltigkeit auszurichten. Damit dies gelingen kann, arbeitet das federführende BMBF mit über 300 Organisationen und Institutionen zusammen.

4 Strukturen schaffen für Bildung für nachhaltige Entwicklung

4.1 Internationale Ebene

4.1.1 Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005 bis 2014)

International fand die UN-Dekade mit der Weltkonferenz für Bildung für nachhaltige Entwicklung „Learning Today for a Sustainable Future“ in Aichi-Nagoya, Japan, im November 2014 ihren Abschluss. Auf der Konferenz wurde der Abschlussbericht „Shaping the Future We Want“ der UNESCO zur Dekade vorgestellt und gleichzeitig das anschließende fünfjährige UNESCO-Weltaktionsprogramm (WAP) BNE ausgerufen. Aus Deutschland nahm eine hochrangige Delegation an der Konferenz teil, die von der Staatsekretärin des BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, angeführt wurde. Die Staatssekretärin stellte die Ergebnisse der UN-Dekade in Deutschland und die Ziele für die nationale Umsetzung des WAP als eine von fünf beispielhaft präsentierten Nationen im Eröffnungsplenum der Konferenz vor.

UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015 bis 2019)

Mit dem Abschluss der UN-Dekade in Aichi-Nagoya fiel zugleich der Startschuss für das WAP BNE: Auf der Weltkonferenz in Aichi-Nagoya präsentierte die UNESCO eine „Roadmap“, die auf Basis eines internationalen Konsultationsprozesses entwickelt wurde und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des WAP benennt. Das WAP ist ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung der SDGs, insbesondere des Ziels 4.7 und der entsprechenden UNESCO-Bildungsagenda 2030.

Das Weltaktionsprogramm hat zwei zentrale Ziele:

- „Neuorientierung von Bildung und Lernen, so dass jeder die Möglichkeit hat, sich das Wissen, die Fähigkeiten, Werte und Einstellungen anzueignen, die erforderlich sind, um zu einer nachhaltigen

[7] UNESCO (2014): Bonner Erklärung 2014 (http://unesco.de/infothek/dokumente/erklaerungen-duk/bonner-erklaerung-2014.html).

[8] Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BT-Drs. 18/4188: „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Mit dem Weltaktionsprogramm in die Zukunft“.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Entwicklung beizutragen“

- „Stärkung der Rolle von Bildung und Lernen in allen Projekten, Programmen und Aktivitäten, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen“[9]

Dabei sieht die Roadmap folgende fünf Handlungsfelder für die Umsetzung als entscheidend an:

(1) politische Unterstützung für BNE,

(2) ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen,

(3) Kompetenzentwicklung bei Lehrenden und Multiplikatoren,

(4) Stärkung und Mobilisierung der Jugend sowie

(5) Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene.[10]

Die UNESCO arbeitet für die Umsetzung des WAP mit rund 100 internationalen Schlüssel-Partnern (*Key Partner*) zusammen, die sich jeweils zu den fünf Handlungsfeldern in Partnernetzwerken zusammenschließen. Das BMBF war einer der ersten Partner, die ein „Commitment“ im Jahr 2015 abgaben. Neben dem BMBF wurden vier weitere Akteure aus Deutschland als Schlüsselpartner anerkannt: Engagement Global, die Leuphana Universität Lüneburg, die Stadt Hamburg stellvertretend für das Dekade-Städtenetzwerk in Deutschland und das Sozialunternehmen rootAbility.

Des Weiteren setzte die UNESCO eine Stelle (*Clearing House*) für die Darstellung guter BNE-Praxis und Lehrmaterialien ein. Die erste internationale Konferenz zum WAP fand im März 2017 in Ottawa, Kanada, als BNE „*Review Forum*“ statt. Das BMBF reichte unter 500 Bewerbungen einen erfolgreichen Workshopvorschlag ein und stellte gemeinsam mit Repräsentanten der Umsetzungsebene den nationalen Prozess des WAP dar.

4.1.2 Kommission für nachhaltige Entwicklung/ Hochrangiges Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung

Die Kommission für nachhaltige Entwicklung wurde 1992 im Anschluss an die Rio-Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung von der Resolution A/RES/47/191 der UN-Generalversammlung gegründet. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, die nationale und internationale Umsetzung der Rio-Beschlüsse, insbesondere des umwelt- und entwicklungspolitischen Aktionsprogramms „Agenda 21“, zu überwachen. Die Kommission wurde im Jahr 2013 durch das Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung (*High-level Political Forum on Sustainable Development, kurz HLPF*) der Vereinten Nationen ersetzt. Das HLPF ist das entscheidende UN-Gremium zur Abstimmung der globalen Nachhaltigkeitspolitik. Ab 2016 überprüft das HLPF unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (*Economic and Social Council, ECOSOC*) die Umsetzung der Agenda 2030. Vom 11. bis 20. Juli 2016 tagte das HLPF auf Ministerebene unter dem Motto „Niemanden zurücklassen“. 22 Länder berichteten auf freiwilliger Basis über die nationale Umsetzung der SDGs, darunter auch Deutschland.

4.1.3 Europäische Union (EU)

In den vergangenen Jahren hat die Europäische Union das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in zahlreiche politische Strategien aufgenommen. Vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie des Jahres 2000 hat sie die „Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung“ entworfen, die 2006 und 2009 vom Europäischen Rat in einer erneuerten Version verabschiedet wurde. Weiter betont der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 19. November 2010 zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (2010/C 327/05) die Notwendigkeit der Kooperation mit Institutionen wie UNESCO und UNECE in dem Bereich der BNE. Er stellt fest, dass BNE mit Blick auf die Idee des lebenslangen Lernens essentiell für das Erreichen einer nachhaltigen Gesellschaft ist und bezieht sich damit auf die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zu den Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen vom 18. Dezember 2006. Das neu eingerichtete EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 zielt ebenfalls darauf ab, EU-weit eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen sowie gleichzeitig zu ei-

[9] UNESCO (2014): Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (https://www.bmbf.de/files/2015_Roadmap_deutsch.pdf).

[10] UNESCO (2014): Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung. https://www.bmbf.de/files/2015_Roadmap_deutsch.pdf).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ner nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Einer der drei Förderschwerpunkte fokussiert dabei auf die gesellschaftlichen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung.

4.1.4 Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE)

Die UNECE wurde 1947 als eine von fünf regionalen Kommissionen vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) geschaffen. Mitglieder sind die Staaten der UN-Regionen Europa/Nordamerika. Bei einer Konferenz der Umwelt- und Bildungsminister im März 2005 wurde eine gemeinsame UNECE Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Auf der 8. Konferenz „Umwelt für Europa“ (engl.: Environment for Europe) im Juni 2016 in Batumi, Georgien, wurde im Rahmen des hochrangigen Treffens der Umwelt- und Bildungsminister das Mandat des Steuerungsausschusses für die Umsetzung der Strategie bis 2030 verlängert. Für die künftige Ausrichtung wurden drei prioritäre Bereiche festgelegt: die Einführung eines ganzheitlichen Ansatzes bei der Entwicklung von BNE-Schulplänen, die Verankerung von BNE in der Lehrerausbildung und die Stärkung von BNE in der beruflichen Aus- und Weiterbildung für eine Entwicklung hin zu einer „Green Economy“[11].

4.1.5 Regionale Kompetenzzentren (RCE)

Die Vereinte Nationen Universität (UNU) hat 2005 in Nagoya, Japan, die RCEs ins Leben gerufen. Zielsetzung dieser regionalen Netzwerke ist es, BNE über die Vernetzung von Gruppen, Institutionen und Personen aus den verschiedenen Bildungsbereichen, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen (NRO) in der formalen und non-formalen Bildung zu verankern. Jedes regionale Netzwerk definiert konkrete Ziele und Visionen mit Blick auf die regionalen Herausforderungen. Die regionalen Netzwerke tauschen ihre Erfahrungen untereinander und international aus. Koordiniert werden sie vom *Institute of Advanced Studies* der UNU mit Sitz in Yokohama. Die Arbeit der RCEs wird alle zwei Jahre evaluiert. Dem Netzwerk gehören weltweit 149 RCEs an. Davon arbeiten mit den Standorten Hamburg, München, Nürnberg, Oldenburger Münsterland, Südschwarzwald und Ruhr sechs in Deutschland (Stand 2016).[12] Ein deutscher Vertreter des RCE ist Mitglied im Fachforum Kommunen.

4.2 Nationale Ebene

In diesem Kapitel werden die Rahmenbedingen zur strukturellen Verankerung der BNE unter Berücksichtigung der letzten zwei Jahre der UN-Dekade (2013/2014) sowie des darauf folgenden, auf fünf Jahre angelegten UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE (Start 2015) zusammengefasst.

4.2.1 UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

In der UN-Dekade sind vier übergeordnete strategische Ziele in Deutschland verfolgt worden:

- Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie der Transfer guter Praxis,
- Vernetzung der Akteure der BNE,
- Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von BNE und
- Verstärkung internationaler Kooperationen.

Der Bericht befasst sich mit den letzten beiden Dekade-Jahren von Mitte 2013 bis 2014, in denen der Fokus auf der Umsetzung des seit 2005 Erreichten lag. So rief die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) im Jahr 2013 – in Kooperation mit der Deutschen Bank, dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub und gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Stifterverband der deutschen Wissenschaft – anlässlich des Jahresthemas „Mobilität“ einen Kreativwettbewerb aus. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer präsentierten in 48 Videos ihre Ideen für nachhaltige Mobilität im Alltag.

Zudem sind in den Jahren 2013 und 2014 rund 300 Maßnahmen, Kommunen und Projekte ausgezeichnet worden. Die letzten Auszeichnungen fanden dabei auf der Bildungsmesse didacta, bei der DBU in Osnabrück und auf Einladung des Bundestagausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag statt.

11 Die *Green Economy* verbindet Ökologie und Ökonomie: Wirtschaft muss international wettbewerbsfähig sein, genauso aber auch umwelt- und sozial verträglich.

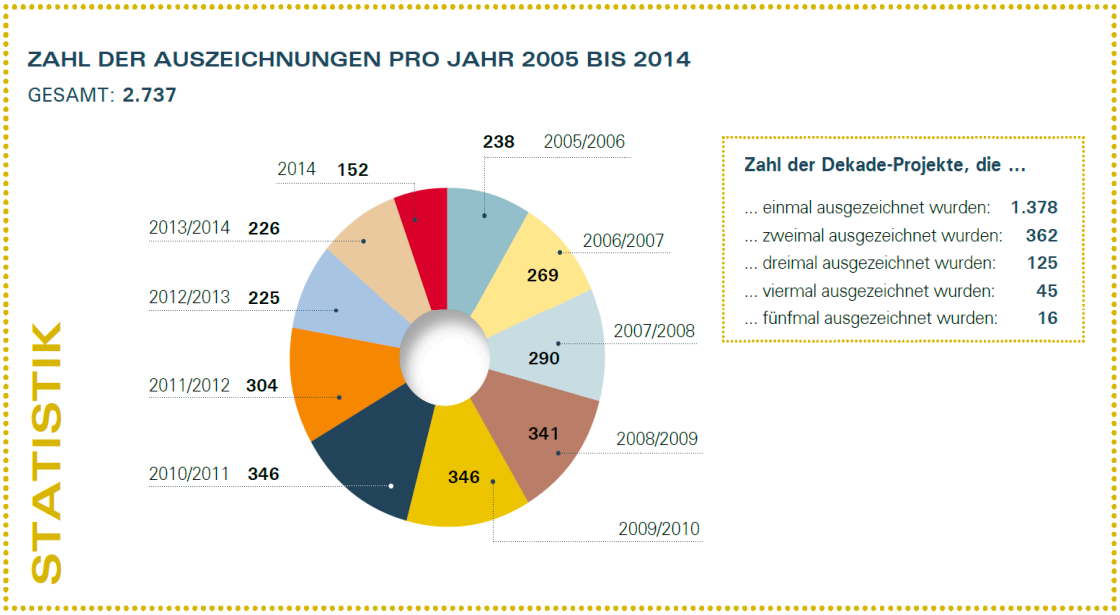
12 RCE Vertreter wirken aktiv im Fachforum Kommune mit, das der Nationalen Plattform im Rahmen des WAP zuarbeitet.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Übersicht der Auszeichnungen während der UN-Dekade

Grafik 2

Zahl der Auszeichnungen pro Jahr 2005-2014[13]



Darüber hinaus veröffentlichten die thematischen Arbeitsgruppen, die sich in der UN-Dekade zusammen gefunden hatten, in zahlreichen Publikationen ihre Ergebnisse zur strukturellen Verankerung der BNE. Dazu zählen beispielsweise die Veröffentlichungen „Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung. Netzwerke fördern, Bewusstsein verbreiten“, „BNE im Elementarbereich. Kitas setzen Impulse für den gesellschaftlichen Wandel“, „Querbeet. Biologische Vielfalt und BNE – Anregungen für die Praxis“ sowie das „Strategiepapier der AG Berufliche Aus- und Weiterbildung“[14].

Das Nationalkomitee der UN-Dekade analysierte ein Jahr vor Ablauf der Dekade im Positionspapier „Zukunftsstrategie 2015+“ Stärken und Schwächen der Dekade und formulierte die zukünftigen zentralen Herausforderungen. Wichtigstes Ziel sei es, „vom Projekt zur Struktur“ zu kommen. Entsprechend wurden in einer übergreifenden Publikation mit dem Titel „Vom Projekt zur Struktur“ die Beiträge der Projekte, Maßnahmen und BNE-Kommunen dargestellt. Zudem gibt die Abschlusspublikation „UN-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ in Deutschland“ einen umfangreichen Überblick über die Aktivitäten, die Netzwerke und Kooperationen zu BNE im Rahmen der UN-Dekade.

Den zentralen Abschluss der UN-Dekade stellte die gemeinsame vom BMBF mit der DUK durchgeführte Konferenz „UN-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ am 29. und 30. September 2014 dar. Die Bonner Erklärung 2014 ist das Ergebnisdokument der nationalen Konferenz, sie zieht eine Bilanz nach zehn Jahren UN-Dekade BNE in Deutschland.

„Sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch in den Kommunen sind wir auf einem guten Weg. Doch auch nach einem Jahrzehnt globaler wie lokaler Initiativen bedarf es national und international noch weiterer Anstrengungen, um in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Bedeutung nachhaltigen Handelns in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht bewusst zu machen.“[15]

Auszug der Rede der Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka während der Abschlussrede zum Ende der UN-Dekade BNE

[13] © DUK

[14] Alle Publikationen, die im Rahmen des Weltaktionsprogramms und der UN-Dekade in Deutschland erschienen sind, sind auf dem BNE-Portal erhältlich. (http://www.bne-portal.de/de/infothek/publikationen/all).

[15] Deutsche UNESCO-Kommission (2015): UN-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. (http://www.bne-portal.de/sites/default/files/UN_Dekade_BNE_2015.pdf.)

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.2.2. Schlussfolgerungen zum Ende der UN-Dekade

Resümierend lässt sich zum Ende der UN-Dekade eine maßgebliche Stärkung von BNE konstatieren. Bildungssysteme wurden weltweit stärker an den Erfordernissen der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet. Die Bonner Erklärung stellt fest, dass „Akteure und Netzwerke der BNE gestärkt, [und] das Verständnis von BNE als ein Konzept mit umfassendem und transformativem Anspruch an das Bildungswesen weiterentwickelt und zahlreiche Beispiele guter Praxis dokumentiert und initiiert [wurden].“[16]

Hierbei gelang es in einigen Regionen und Orten, sowie exemplarisch in einzelnen Bildungsbereichen, eine strukturelle Verankerung von BNE zu erzielen. Darüber hinaus wurde das Konzept einer BNE als integraler Bestandteil der Bildung geschärft. Haupt- und ehrenamtliches Engagement und Expertise wurden für die Ziele der BNE mobilisiert, tragfähige Netzwerke von Einrichtungen entstanden und wurden von Expertinnen und Experten unterstützt. Durch die Auszeichnungspraxis im Rahmen der Dekade wurden lokale Initiativen im Sinne der BNE bestärkt und der Transfer gelungener BNE-Praxis initiiert. Darüber hinaus konnten wichtige Impulse und Erfolge in Deutschland im Rahmen der Dekade auch auf internationaler Ebene die Bedeutung von BNE unterstreichen.

Gleichwohl stellte das Nationalkomitee für Deutschland zum Abschluss der Dekade fest, dass eine durchgängige Verankerung von BNE in der formalen und non-formalen Bildung fehle. Außerdem sind eine umfassende Kooperation von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern sowie die Ausgestaltung ganzheitlicher und partizipativer Methoden bisher unzureichend umgesetzt. Auch eine Verankerung von BNE in der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fach- und Lehrkräften sowie anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren blieb unzureichend. Die Verstetigung und der Transfer erfolgreicher Projekte, die systematische Zusammenführung und Weiterentwicklung sowie die Gewinnung neuer Adressatengruppen machen zukünftigen Handlungsbedarf erforderlich.

Die systematische Zusammenführung lokaler BNE-Projekte und die Sichtbarmachung durch die Weiterentwicklung der Auszeichnungspraxis blieb auch nach zehn Jahren UN-Dekade ein wichtiges Thema. Eine bessere Verzahnung von wissenschaftlichen Fachdiskursen, eine vertiefte inter- und transdiziplinäre Forschung zu BNE sowie die Entwicklung von geeigneten Indikatoren zur Messung der Zielerreichung von BNE wurde für die Zeit nach der Dekade als erforderlich angesehen. Zur Umsetzung dieser unterschiedlichen Aspekte sollte die politische Unterstützung für eine breite Verankerung von BNE auf nationaler, Länder- und lokaler Ebene ausgebaut sowie eine intensivere ressortübergreifende Zusammenarbeit erreicht werden.[17]

Das Nationalkomitee der UN-Dekade konstatierte im Positionspapier „Zukunftsstrategie 2015+“, dass es das wichtigste Ziel für die zukünftige Umsetzung von BNE sei „vom Projekt zur Struktur“ zu kommen. Dazu wurden drei Voraussetzungen herausgestellt:

- Die strategische Relevanz von BNE für eine nachhaltige Entwicklung müsse für Politik und Öffentlichkeit weiter verdeutlicht werden.
- Die strukturelle Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen sei weiterhin eine zentrale Aufgabe für alle Akteure und bedürfe der politischen Unterstützung.
- Lokale „Bildungslandschaften“, die formelle mit informeller Bildung vernetzen und Lerngelegenheiten für BNE bieten, müssten weiter auf- und ausgebaut werden.[18]

Zur Verfolgung des grundlegenden Ziels „vom Projekt zur Struktur“ und bei gleichzeitiger Berücksichtigung der formulierten Voraussetzungen, setzte die Bundesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf das Nachfolgeprogramm der Dekade, das Weltaktionsprogramm.

[16] Deutsche UNESCO-Kommission (2014): Bonner Erklärung 2014 (http://unesco.de/infothek/dokumente/erklaerungen-duk/bonner-erklaerung-2014.html).

[17] Deutsche UNESCO-Kommission (2014): Bonner Erklärung 2014. (http://unesco.de/infothek/dokumente/erklaerungen-duk/bonner-erklaerung-2014.html).

[18] Deutsche UNESCO-Kommission (2013): Das Deutsche Nationalkomitee für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Positionspapier Zukunftsstrategie BNE 2015+. (http://www.bne-portal.de/sites/default/files/BNE-Positionspapier-2015plus_deutsch.pdf.)

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.2.3 Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung auf nationaler Ebene

2015 fiel der Startschuss für die Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) in Deutschland. Das Hauptziel ist, BNE in die Breite zu tragen, also „vom Projekt zur Struktur“ zu gelangen. Dazu wurde ein breit angelegter partizipativer Prozess zur Entwicklung des Nationalen Aktionsplans BNE angelegt, der Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung mit dem Ziel, BNE strukturell zu verankern, zusammenbringt. Mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans BNE durch die Nationale Plattform im Juni 2017 wurde ein zentraler Meilenstein erreicht. Die Gremien der UN-Dekade wurden reformiert und Auszeichnungskriterien für BNE-Vorreiter weiter- bzw. neu entwickelt. Weiterhin wurde in diesem Prozess die Jugendbeteiligung ausgebaut. Im Rahmen des WAP sollen bis Ende 2019 vor allem die fünf von der UNESCO priorisierten Handlungsfelder (siehe Kapitel 4.1) fokussiert werden.

Gremien

Das BMBF hat eine Nationale Plattform BNE und begleitende Gremien in Form von Fachforen und Partnernetzwerken zur Umsetzung des WAP eingerichtet. Sie verfolgen und unterstützen eine durchgängige Verankerung von BNE in der formalen und non-formalen Bildung, eine umfassende Stärkung der Kooperation von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, die Umsetzung von partizipativen Methoden und die systematische Zusammenführung, Weiterentwicklung und Gewinnung neuer Adressatengruppen.

Die Nationale Plattform des WAP wurde am 29. September 2015 von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Prof. Dr. Johanna Wanka, einberufen. Unter dem Vorsitz von Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen trafen sich 39 Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bis zur Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans am 20. Juni 2017 zu insgesamt fünf Sitzungen. Das BMFSFJ, das BMZ und das BMUB sind in der Nationalen Plattform auf Staatssekretärsebene vertreten.

So bringen die Nationale Plattform und die ihr angeschlossenen Fachforen vielfältige gesellschaftliche Akteure wie Gewerkschaften, Wirtschaft (z. B. Vertreter der dm-Drogerie Markt GmbH und von Vaude), weitere Bundesressorts (das BMFSJF, BMZ und BMUB arbeiten, neben ihrer Mitgliedschaft in der Nationalen Plattform auf Arbeitsebene auch in den Fachforen mit) und Zivilgesellschaft (z. B. Greenpeace, Naturschutzjugend und BUND Jugend) im Prozess zur Erstellung des Nationalen Aktionsplans BNE zusammen.

Ziel der Nationalen Plattform und der Fachforen ist es, Empfehlungen zur strukturellen Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans BNE zu entwickeln und diesen ab Mitte 2017 in die flächendeckende Umsetzungsphase zu überführen.

Der nationalen Plattform arbeiten sechs Fachforen zu. Fünf der Fachforen decken die unterschiedlichen Bildungsbereiche ab, ein Fachforum die lokale Umsetzungsebene. Diese sind:

- Frühkindliche Bildung,
- Schulische Bildung,
- Berufliche Bildung,
- Hochschulbildung,
- Informelles und non-formales Lernen/Jugend sowie
- Kommunen.

Die Fachforen erstellen Expertisen und Handlungsempfehlungen und tagen durchschnittlich fünf bis sechsmal pro Jahr. Sowohl Vertreter der Länder als auch Repräsentanten der Zivilgesellschaft spielen eine zentrale Rolle in den Fachforen.

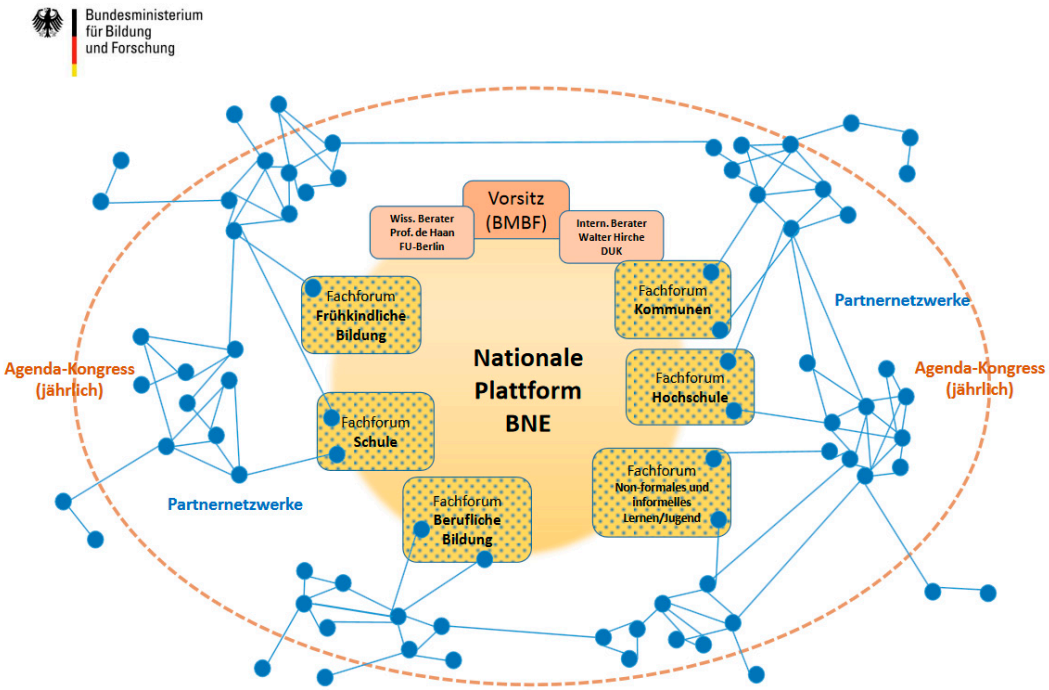
Darüber hinaus gibt es zehn Partnernetzwerke, die Akteure untereinander vernetzen und Impulsgeber für die Umsetzung vor Ort sind. Sie befassen sich mit Teilbereichen von BNE und arbeiten eng mit den Fachforen zusammen. Die Netzwerke erfüllen unter anderem die wichtige Aufgabe, Good-Practice-Beispiele zu initiieren. Die zehn Partnernetzwerke sind: Außerschulische Bildungswelten, Kommunen und BNE, Medien, Schulische Bildung, Hochschule, Ökonomie und Konsum, Biologische Vielfalt, Berufliche Aus- und Weiterbildung, Frühkindliche Bildung, Kulturelle Bildung und Kulturpolitik.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In Fragen zu wissenschaftlichen Fachdiskursen und der Entwicklung von geeigneten Indikatoren zur Messung der Zielerreichung von BNE wird die Nationale Plattform von Professor Dr. Gerhard de Haan der Freien Universität Berlin beraten, sowie zu internationalen Fragen von Minister a. D. Walter Hirche, ehemaliger Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission.

Grafik 3

Gremienstruktur im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung



Nationaler Aktionsplan

Der Nationale Aktionsplan umfasst als zentrales Umsetzungsdokument des WAP BNE für Deutschland Handlungsfelder, kurz-, mittel- und langfristige Ziele sowie Maßnahmen in einzelnen Bildungsbereichen. Diese wurden erarbeitet von den Mitgliedern der sechs Fachforen (Frühkindliche Bildung, Schule, Berufliche Bildung, Hochschule, Non-formales und informelles Lernen/ Jugend sowie Kommunen).

Der Nationale Aktionsplan nennt insgesamt 130 Ziele und 349 Handlungsempfehlungen. Sie sollen dazu beitragen, Maßnahmen der nachhaltigen Entwicklung in den Strukturen der Bildung zu verankern, damit der Wandel zu nachhaltigem Denken und Handeln gelingt. Es geht darum, dass Nachhaltigkeit stärker Eingang findet in Lehrpläne, Curricula und Ausbildungsordnungen. Pädagogische Fachkräfte wie Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher benötigen dazu Aus-, Fort- und Weiterbildungen. Dies gilt auch für Freiwillige und Nichtregierungsorganisationen, die nachmittags in Schulen und unzähligen Orten des informellen Lernens, vom Museum über den Bürgerpark bis hin zum Sportverein Nachhaltigkeit vermitteln.

„Bildung ist der Schlüssel für nachhaltige Entwicklung. Der Nationale Aktionsplan BNE stößt in Deutschland eine umfassende Transformation unseres Bildungssystems hin zu mehr Nachhaltigkeit an. Der Beschluss der Nationalen Plattform ist ein Meilenstein. Nun geht es an die Umsetzung, die nur als Gemeinschaftswerk gelingt.

Nachhaltigkeit geht uns alle an.“

Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, zur Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans BNE

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Texte des Aktionsplans wurden beraten von der Kultusministerkonferenz, der Umweltministerkonferenz, der Jugend- und Familienministerkonferenz sowie den kommunalen Spitzenverbänden, die ebenfalls Mitglieder in der Nationalen Plattform sind.

Um Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Bildungslandschaften in die Breite zu tragen, das macht der Aktionsplan deutlich, müssen umfassende und tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen angestoßen und umgesetzt werden. Diese sollen zum Beispiel dazu beitragen, dass:

- BNE in die Regelsysteme integriert wird und mithin eine Verankerung in Curricula, Lehrplänen, Ausbildungsordnungen und Agenden stattfindet,
- neue Bildungs- und Lernformate etabliert und Bildungslandschaften aufgebaut werden,
- die Qualitätssicherung von BNE gewährleistet wird und
- BNE-Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet werden.

Weiterhin ist eine Organisations- und Personalentwicklung mit dem Ziel einer nachhaltigen zukunftsfähigen Ausrichtung der jeweiligen Organisation für die Sicherung einer strukturellen Implementierung von BNE unerlässlich. Partizipation und Teilhabe sind die Grundlage für eine ganzheitliche Transformation von Lehr- und Lernumgebungen. Das bezieht Schulleitungen, Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen, Eltern, Kommunen, genauso wie zivilgesellschaftliche Partner und Partnerinnen ein. Junge Menschen sowie Bürgerinnen und Bürger müssen durch wirksame Beteiligung und Mitsprache in der BNE eingebunden werden.

Über so genannte Commitments im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung zeigen die in der Nationalen Plattform vertretenen Organisationen und Institutionen, wie sie zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans BNE beitragen. So stärkt das BMBF beispielsweise die direkte Jugendbeteiligung bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans BNE weiter und trägt so zur Erreichung der Ziele des Fachforums non-formales/informelles Lernen, Jugend bei. Weiterhin plant das BMBF durch die Veröffentlichung einer Förderrichtlinie zu BNE-Indikatorik zur Qualitätssicherung der BNE beizutragen und den Ausbau von BNE-Bildungslandschaften zu fördern (*siehe auch Kapitel 5.4*).

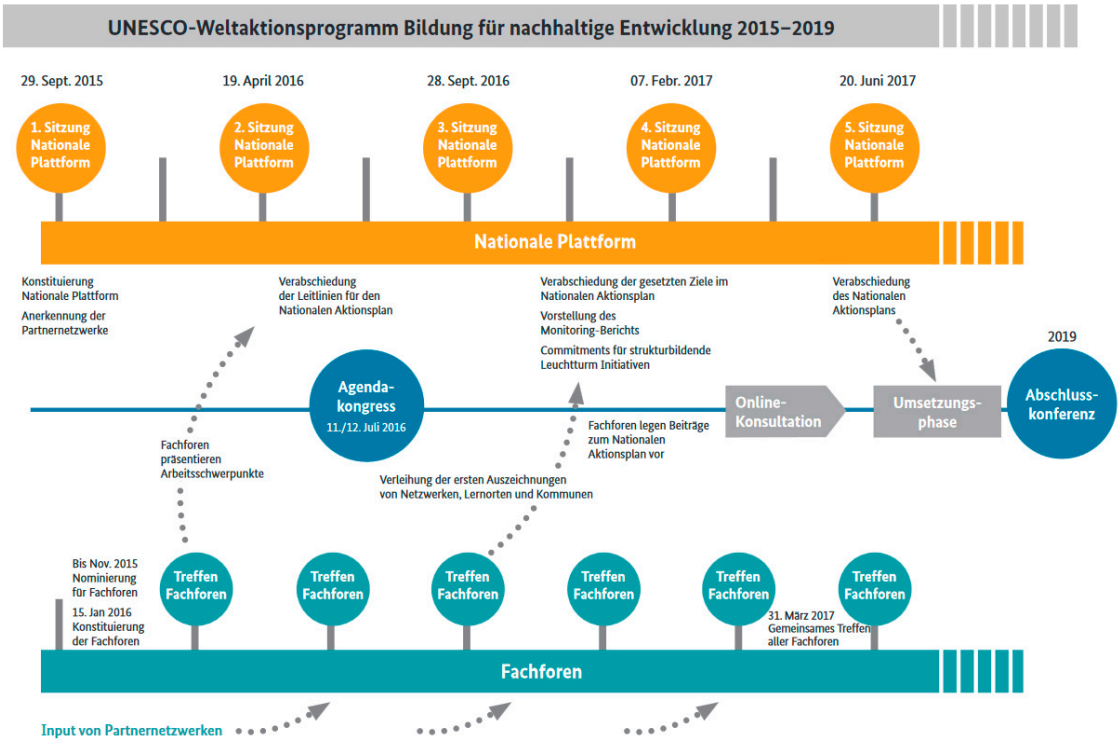
Zur besseren Partizipation der Öffentlichkeit bei der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans, wurde von Mitte Februar bis Mitte März 2017 eine Online-Konsultation auf einer eigens dafür eingerichteten Plattform durchgeführt. Die Öffentlichkeit war aufgerufen, die Ziele, die die Fachforen entwickelt haben zu bewerten und Umsetzungsmaßnahmen vorzuschlagen. Auch die vorgeschlagenen Maßnahmen konnten kommentiert und bewertet werden. An der Online-Konsultation beteiligten sich über 600 Nutzer und Nutzerinnen, die 7909 Bewertungen und 733 Maßnahmenvorschläge zu den von den Fachforen erarbeiteten Zielen einbrachten.

Gleichzeitig ist der Aktionsplan auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 ausgelegt und soll eine Grundlage für langfristiges Handeln schaffen, das auch über 2019 hinaus wirkt. Mit dem Nationalen Aktionsplan BNE geht die Nationale Plattform – auch im internationalen Vergleich – in Vorleistung und erfüllt das erste der fünf prioritären Aktionsfelder der Roadmap der UNESCO. Darin enthalten ist die Forderung nach politischer Unterstützung für BNE.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Grafik 4

Meilensteinplanung UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung



Jugendbeteiligung

Auch das vierte prioritäre Aktionsfeld der UNESCO Roadmap – die Stärkung und Mobilisierung junger Menschen – wird von der Bundesregierung umgesetzt. Dafür hat das BMBF gemeinsam mit Jugendvertreterinnen und -Vertretern Formate zur Jugendbeteiligung entwickelt. Um die direkte Jugendbeteiligung bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung zu stärken, findet im September 2017 ein Sommercamp für junge Menschen und Jugendliche statt. Aus dem Camp heraus werden die jungen Menschen ein Jugendforum konstituieren, das die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans bis zum Ende des Weltaktionsprogramms begleitet. Die etwa 15 bis 20 Jugendlichen des Jugendforums werden unter anderem in den Fachforen mitarbeiten, in der Nationalen Plattform vertreten sein, BNE-Projekte umsetzen und die Jugend-Perspektive bei Veranstaltungen mit BNE-Bezug einbringen.

Agendakongress

Ein Forum für fachliche Diskussionen und neue Ideen bietet der jährliche Agendakongress als zentrale nationale Konferenz, der zum ersten Mal am 11. und 12. Juli 2016 mit über 650 Teilnehmenden in Berlin stattfand. Nach den Prinzipien der Partizipation haben die einzelnen Fachforen verschiedene Workshops inhaltlich gestaltet, wie z. B. zu den Themen frühkindliche Bildung, Jugendbeteiligung am Weltaktionsprogramm, BNE-Strategien für Kommunen und langfristige Bildungspartnerschaften, Nachhaltigkeit in der Beruflichen Bildung oder BNE als Motor zur Integration, bis hin zur Nachhaltigkeit an Hochschulen. Themen wie neue Narrative von BNE und die Vermittlung von BNE über neue Medien zur Erreichung neuer Zielgruppen standen auf den Podien im Vordergrund. Der nächste Agendakongress ist für November 2017 geplant.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Grafik 5

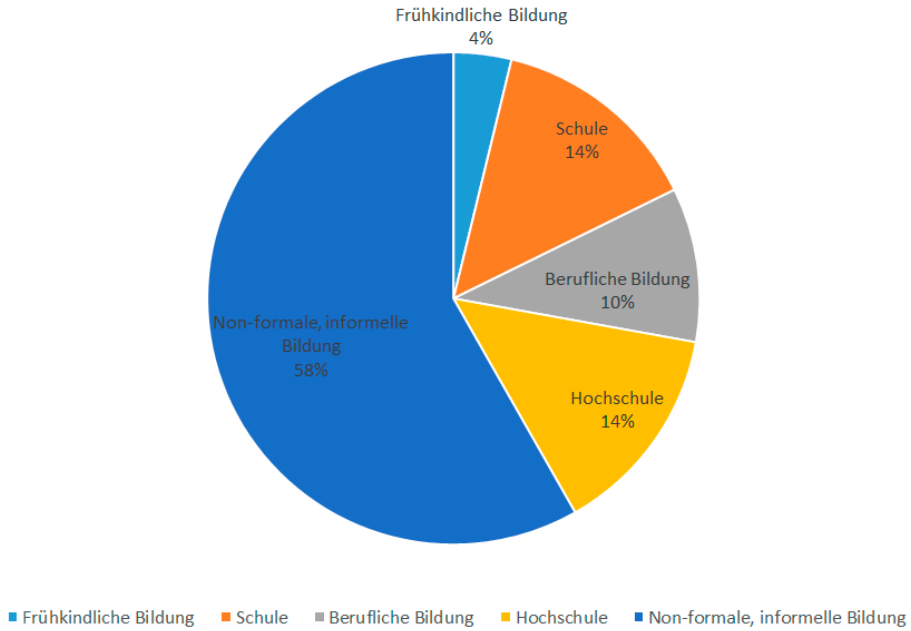
Teilnehmende diskutieren während des BNE-Agendakongress 2016 „Gemeinsam“

Auszeichnungen

Die Auszeichnungspraxis der UN-Dekade wurde im WAP weiterentwickelt, um anhand der eingeführten Auszeichnungskategorien Good-Practice-Projekte zu würdigen. Auszeichnungen werden in den Kategorien Lernorte, Netzwerke und Kommunen verliehen, wobei die strukturelle Verankerung von BNE im Fokus steht. Die Ehrung wird in drei Stufen vergeben und zeigt jeweils den Grad der voranschreitenden strukturellen Verankerung von BNE auf. Die Auszeichnungspraxis und eine öffentlichkeitswirksame Ehrung von „BNE-Leuchttürmen“ auf dem jährlichen Agendakongress dienen als wichtiges Anreizinstrument, um die Breitenwirkung von BNE zu erhöhen. Die Auszeichnungen werden gemeinsam vom BMBF und der DUK verliehen.

Grafik 6

Bewerbungen für die Auszeichnungsrunde 2016 pro Bildungsbereich (ausgenommen Kommunen)



Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Monitoring

Das BMBF fördert seit August 2015 das Institut Futur unter der Leitung von Prof. Dr. Gerhard de Haan an der Freien Universität Berlin im Rahmen des WAP zur Durchführung eines Monitorings der BNE-Aktivitäten in Deutschland. Hierbei finden quantitative und qualitative Methoden der Sozialforschung Anwendung. Die Ergebnisse und Fortschritte werden regelmäßig dokumentiert und Sachstandsberichte unter Berücksichtigung der Zielsetzung des WAP für die Nationale Plattform aufbereitet, sowie Vorschläge für die Strategie- und Qualitätsentwicklung offeriert.

Die Untersuchungen nahmen den Ist-Zustand von BNE sowie den Entwicklungstrend innerhalb der letzten Jahre in den Blick, um den Umfang und die Qualität der BNE-Aktivitäten in allen Bildungsbereichen zu ermitteln und so ein systematisches und differenziertes Bild der BNE-Implementierung zeichnen zu können. Die Untersuchungen der FU orientierten sich am Monitoringprozess der UNESCO auf internationaler Ebene.

Das Monitoring gliedert sich in vier Phasen:

1. Zu Beginn fand eine erste Dokumentenanalyse (Desk Research) statt. Hierbei wurden zentrale BNE-relevante Dokumente, wie beispielsweise Bildungspläne, Studienordnungen und Ausbildungsverordnungen, analysiert.
2. In einer zweiten Phase werden anhand von Expertenbefragungen zentrale Hebelpunkte, sogenannte „leverage points“ für BNE im deutschen Bildungssystem identifiziert, welche daraufhin im weiteren Monitoring besondere Beachtung finden.
3. In einer dritten Phase schließen sich quantitative wie auch qualitative Erhebungen an: Zum einen werden anhand eines Mixed-Method-Designs Umfang und Qualitätsaspekte von BNE in ausgewählten Bildungsbereichen ermittelt. Hierbei werden zudem förderliche wie auch hemmende Faktoren einer BNE-Implementierung aus Sicht der verschiedenen Bildungsakteure analysiert.
4. In einer abschließenden vierten Phase wird eine zweite Desk Research durchgeführt, um die Entwicklung der Implementierung von BNE in den Bildungsbereichen zwischen den Erhebungszeitpunkten im Abstand von ca. 2 Jahren sichtbar zu machen. In dieser Phase werden zudem die Forschungsergebnisse in ihrer Gesamtheit synthetisiert und Empfehlungen für die weitere BNE-Verankerung in Deutschland gegeben.

Die Ergebnisse und Fortschritte des Monitorings werden regelmäßig dokumentiert und in Form von Sachstandsberichten für die Nationale Plattform aufbereitet. Zudem werden Vorschläge für die Strategie- und Qualitätsentwicklung mit Blick auf den Nationalen Aktionsplan und darüber hinaus entwickelt. Ein Sachstandsbericht des Monitorings zur ersten Phase der Dokumentenanalyse wurde im Januar 2017 zu den Bereichen Frühkindliche Bildung, Schule und Berufliche Bildung veröffentlicht.

Öffentlichkeitsarbeit

Das von der DUK eingerichtete und vom BMBF geförderte BNE-Portal (www.bne-portal.de) hat sich als zentrale deutsche Informationsseite zu BNE etabliert. Neben einführenden Texten zu BNE bietet das Portal einen Überblick zu Themen und Akteuren und informiert über Aktivitäten und Möglichkeiten im Rahmen des WAP. Auch einem internationalen Publikum bietet das Portal auf einer englischsprachigen Seite Kerninformationen zur nationalen Umsetzung.

Werden diese Strukturen zusammengefasst, wird deutlich, dass bei der Umsetzung des WAP ein integrativer Ansatz verfolgt wird, der eine hohe Zahl von Akteuren, Strukturen und Prozessen umfasst.

Der integrative Ansatz des WAP

Der integrative Ansatz des WAP verfolgt folgende Ziele:

- BNE soll in das Regelsystem integriert werden: Angestrebt wird eine Verankerung in Curricula, Lehrplänen, Ausbildungsordnungen, Agenden etc. Dazu gilt es, den Mitgestaltenden, die den formalen Bildungsbereich sowie den Bereich des informellen Lernens prägen, das notwendige Wissen zu BNE und die richtigen Instrumente an die Hand zu geben.
- BNE soll sichtbar und dauerhaft verankert werden: Erfolgreiche Beispiele, in denen BNE als Leitbild postuliert und umgesetzt ist, wie dies beispielsweise die in der UN-Dekade ausgezeichneten Kommunen getan haben, werden gefördert und gestärkt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- BNE wird Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als Prinzip und Methode auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft nahegebracht. Dazu kann zählen Bildungsakteure wie z. B. Volkshochschulen und Jugendherbergen den BNE-Gedanken in ihren Aktivitäten zu verbreiten.

Um Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland in die Breite zu tragen, wird eine breite Allianz von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen benötigt. In den letzten Jahren hat Bildung für nachhaltige Entwicklung erfolgreich eine hohe Zahl verschiedener Akteure erreicht, was auch an der Fülle von Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure sowie der Bundesressorts deutlich wird. Wie dies über diese Legislaturperiode hinaus fortgesetzt wird, wird in Abschnitt 8 „Ausblick“ behandelt.

4.2.4 Weitere gesellschaftliche Akteure

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) wurde erstmals im Jahr 2001 von der Bundesregierung für drei Jahre berufen und berät diese seitdem in ihrer Nachhaltigkeitspolitik und weiteren Fragen der nachhaltigen Entwicklung. Der Rat besteht aus fünfzehn Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und wurde zuletzt im Herbst 2016 von Bundeskanzlerin Merkel neu besetzt. Sechs der fünfzehn Mitglieder wurden zum ersten Mal ernannt. Die Aufgaben des Rates umfassen die Erarbeitung von Beiträgen zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, Stellungnahmen zu spezifischen Fragen der nachhaltigen Entwicklung, sowie die Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zur Nachhaltigkeit auf nationaler und internationaler Ebene. Im Rahmen verschiedener Projekte und Wettbewerbe, sowie einer jährlichen Nachhaltigkeitskonferenz bringt der RNE die Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft voran. Auch auf internationaler Ebene ist der RNE vernetzt, so zum Beispiel als Mitglied des Netzwerks Europäischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) und dem Open SDGclub.Berlin, eine im Herbst 2016 vom RNE geschaffene internationale und inklusive Austausch- und Lernplattform für nicht-staatliche Akteure zur Umsetzung der Agenda 2030.

Zentrale Themen des aktuellen RNE-Arbeitsprogrammes sind: Nachhaltiges Wirtschaften und die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung (Green Finance), nachhaltige Entwicklung von Städten und Kommunen, Gerechtigkeit steigern, Digitalisierung und ihre Gestaltungsmöglichkeiten für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft und Nachhaltigkeitswissen für Menschen anwendbar machen. Außerdem beschäftigt sich der Rat mit der Governance, der politischen Steuerung zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDGs) und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie setzen den Rahmen für die Arbeit des Nachhaltigkeitsrates. Der Rat legt seine Arbeit prozessbezogen an. Eine zunehmend wichtigere Rolle spielt, wie Dialoge und Netzwerke, wissenschaftliche Entscheidungsgrundlagen, kritische Interventionen und Anregungen vorangebracht werden können.

Der RNE hat gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Zivilgesellschaft und Kapitalmarkt den „Deutschen Nachhaltigkeitskodex“ (DNK) entwickelt, einen Referenzrahmen für nachhaltiges Wirtschaften. Seit Oktober 2011 empfiehlt ihn der RNE Unternehmen und Organisationen zur freiwilligen Anwendung. 2015 und 2016 hat der Rat, aufbauend auf dem DNK, zusammen mit 50 Hochschulakteuren den hochschulspezifischen Nachhaltigkeitskodex, ein Nachhaltigkeitsberichtsstandard für deutsche Hochschulen, erarbeitet und beschlossen. Dieser Berichtsstandard unterstützt Hochschulen bei der strukturellen Verankerung von Nachhaltigkeit und BNE auf allen Ebenen, das heißt in Forschung, Lehre und Betrieb. Die Beta-Version des Kodex wird aktuell im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts HOCH N von einer Reihe an Pilothochschulen angewendet. Der RNE möchte mit dem Hochschul-DNK einen Beitrag zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) leisten. Neben dem Hochschul-DNK setzt sich die Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates, Frau Marlehn Thieme als Mitglied der Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Erarbeitung eines Indikators zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ein.

Neben der notwendigen Verankerung von BNE in Bildungsinstitutionen bedarf es einer Stärkung des Engagements der Zivilgesellschaft und einer besseren Koordinierung mit der Politik, über die Grenzen der Bundesländer hinweg. 2016 hat der RNE daher vier Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) geschaffen, die Akteure und Initiativen für eine Nachhaltige Entwicklung und BNE vernetzen, zum Erfahrungsaustausch anregen und Impulse für einen gesellschaftlichen Wandel geben. Ziel der RENN ist es, das komplexe Konzept der Nachhaltigkeit über Regionen und Ländergrenzen hinweg erlebbar zu machen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE)

Seit Frühjahr 2004 gibt es den parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE). Zu den Aufgaben des Beirats zählt nicht nur die parlamentarische Begleitung der nationalen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, sondern auch die Überwachung der Arbeit der Bundesregierung und des Bundestages mit Blick auf Fragestellungen der Nachhaltigkeit. Zum einen bringt der Beirat Vorschläge zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ein und nimmt Stellung zu verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen, zum anderen bewertet er bei Gesetzentwürfen die Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung in der Gesetzesfolgenabschätzung und leitet selbständig entsprechende Stellungnahmen an den federführenden Ausschuss des Bundestages weiter. Des Weiteren sorgt der Beirat mit öffentlichen Anhörungen für den notwendigen gesellschaftlichen Dialog und stößt mit regelmäßig veröffentlichten Positionspapieren wichtige Debatten zum Thema nachhaltige Entwicklung an.

Bereits 2010 hatte der Beirat in seiner Entschließung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung an die Bundesländer appelliert, BNE strukturell in der schulischen und beruflichen Bildung zu verankern. 2012 betonte der Beirat in einer Unterrichtung zum „Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ erneut die Rolle der Bildung im gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit. In einer öffentlichen Anhörung des Beirates zum Thema BNE im März 2016 diskutierte der Beirat mit geladenen Experten die derzeitige Lage und zukünftig notwendige Schritte für das Voranbringen von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Man war sich einig, dass eine auf allen Ebenen und in allen Bildungsbereichen verankerte BNE Kenntnisse und Kompetenzen vermitteln kann, die für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise nötig sind.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Der WBGU wurde 1992 zur UN Konferenz über Umwelt und Entwicklung („Erdgipfel von Rio“) eingerichtet. Seine Kernaufgaben sind die Analyse globaler Umwelt- und Entwicklungsprobleme und die Erarbeitung von Handlungs- und Forschungsempfehlungen für die Bundesregierung. Der WBGU soll auch auf neue oder – aus wissenschaftlicher Sicht – bisher zu wenig beachtete globale Problemfelder hinweisen und hat in diesem Sinne eine Frühwarnfunktion. Darüber hinaus soll der WBGU gesellschaftliche Diskurse anstoßen und durch Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein für die Probleme des Globalen Wandels fördern. Damit ist Bildung für nachhaltige Entwicklung Kernbestandteil der Arbeit des WBGU.

Der WBGU betreut z. B. regelmäßig studentische Besuchergruppen, hat zusammen mit der virtuellen Akademie Nachhaltigkeit in Bremen zu dem Gutachten „Transformation“ einen englischsprachigen Online-Kurs für Universitäten entwickelt. Die Publikationen des WBGU werden zudem regelmäßig in Schulbüchern sowie bei der Ausarbeitung von Prüfungsaufgaben und Schulcurricula verwendet. Tabelle 1 (Seite 20) gibt einen exemplarischen Überblick über die Aufnahme von WBGU-Inhalten in Schulbüchern zwischen 2012-2016.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 1

Verwendung von WBGU-Gutachten in Schulbüchern (2012-16, Auswahl)

Autor/Herausgeber/Verlag	Jahr	Titel	Bezug
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Weder (Autor)	2012	Umwelt: Bedrohung und Bewahrung. Zeitbilder	Meeresströmungen, Emissionspfade, Aragonitsättigung (aus Sondergutachten 2006 und 2009)
Stark Verlagsgesellschaft	2012	Abitur-Training Geographie. Schwerpunktthema NRW 2012/2013	Beziehungsgeflecht (aus Hauptgutachten 1996)
Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel Diesterweg Schöningh Winklers GmbH Starke, Waldeck (Autoren)	2013	Weltmeere – ein Zukunftsraum. Materialien SII Seydlitz Geographie	Klimwandel und Küstenschutz (aus Sondergutachten 2006)
Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel Diesterweg Schöningh Winklers GmbH Starke, Waldeck (Autoren)	2013 1. Auflage	Rote Reihe SEK II Themenband Weltmeere	Ein Anstieg des Meeresspiegels (aus Sondergutachten 2006)
Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel Diesterweg Schöningh Winklers GmbH Rolfes, Uhlenwinkel, Anke (Hrsg.)	2013 1. Auflage	Metzler Handbuch 2.0 Geographieunterricht	Klimawandel zusätzlicher Umweltstress (aus Hauptgutachten 2007)
Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel Diesterweg Schöningh Winklers GmbH Duttmann, Glawion, Popp (Hrsg.)	2013 1. Auflage	Bodengeographie	Die Böden der Erde (aus Hauptgutachten 1996)
Bildungsverlag EINS	2013 1. Auflage	Technologie für die Berufliche Oberstufe in Bayern. Klasse 12	Dekarbonisierung der Energieversorgung (aus Factsheet 2/2011)
C.C. Buchner Verlag GmbH & Co. KG	2013 1. Auflage	Kompendium Politik – Neue Ausgabe B	Ökologische Risiken – Der Klimawandel (aus Factsheet 2/2009)
Ernst Klett Verlag GmbH	2013 1. Auflage	Terra OS TB Nordafrika SB	Weltwassercharta – Ein Vorschlag des WBGU. Artikel 2: Grundsätze (aus Hauptgutachten 1997)
Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann Schroedel Diesterweg Schöningh Winklers GmbH Lehmacher, Kort, Hallermann (Autoren)	2013 1.Auflage	Seydlitz Geographie Teil 2 Wirtschaft und Globalisierung	Der Grund, warum Eritrea das Land mit den weltweit schlechtesten Anpassungskapazitäten ist (aus Hauptgutachten 1994)
Aulis Verlag	2014	Modellexperimente für den Biologieunterricht	Die Versauerung der Ozeane (aus Hauptgutachten 2014)

Öffentlichkeitsarbeit

Um die Probleme des Globalen Wandels einer jungen Öffentlichkeit zugänglich zu machen hat der WBGU in den vergangenen Jahren Themen der Gutachten in das Comic-Format „übersetzt“. Zudem wurde ein animierter Kurzfilm produziert, in dem das Konzept der planetarischen Leitplanken erläutert wird. Alle Filme wurden auf Deutsch und Englisch produziert, zum Teil auch mit spanischen Untertiteln. Durch diese Innovationen sollen WBGU-Themen stärker in die Gesellschaft hineingetragen und auch ein jüngeres Publikum erreicht werden

Begleitend zum Gutachten „Die transformative Kraft der Städte“ (2016) hat der WBGU einen Comic erstellt, der die Hauptbotschaften dieses Gutachtens in einer illustrierten Geschichte aufbereitet. Der Launch fand am 16.10.2016 auf der Habitat III-Konferenz in Quito statt. Städte treten in dem Comic als Akteure auf und unterhalten sich über ihre Zukunft und besprechen Lösungen. Die Vielfalt der Städte wurde durch die Einbindung von Zeichnerinnen aus Kongo, Deutschland, Indien, Japan und England grafisch umgesetzt. Der Comic wurde anlässlich der Habitat III-Konferenz auch in spanischer Sprache veröffentlicht.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Grafik 7

Szene aus dem Comic: Städte beraten über ihre Zukunft

Die Herausforderungen der Transformation zur Nachhaltigkeit (und damit des Gutachtens 2011) wurden in einen Comic 2013 „Klima – Kriegen wir die Kurve?“ (2013) übersetzt, der zu einer Erfolgsgeschichte wurde. Die Beiratsmitglieder erläutern darin als Comic-Helden die verschiedensten Aspekte des Klimawandels und der Klimapolitik. Inzwischen wurde dazu eine Handreichung für Lehrer an Berliner Schulen entwickelt. Die Rezeption des Comic wird auf dem dafür eigens eingerichteten Blog dokumentiert (http://www.trafo-comic.blogspot.de/).

Nichtregierungsorganisationen (NRO)

Das zivilgesellschaftliche Engagement ist von besonderer Bedeutung, um BNE in die Breite zu tragen. Nichtregierungsorganisationen sind alle Verbände oder Vereinigungen, die nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind, gemeinsame Interessen vertreten, ohne dabei kommerzielle Ziele zu verfolgen oder Regierungsämter anzustreben.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist für viele zivilgesellschaftliche Akteure ein wichtiges Kernthema. Bereits im Rahmen der UN-Dekade wurde deutlich, dass ihnen eine besondere Bedeutung für die strukturelle Verankerung von BNE zukommt. Die Mitglieder der NROs sind wichtige Akteure des Wandels und tragen dazu bei, eine breite Öffentlichkeit für das Thema BNE zu sensibilisieren. Zivilgesellschaftliche Akteure engagieren sich zahlreich im Nachfolgeprogramm der UN-Dekade, dem WAP BNE. Im Sinne der partizipativen Gestaltung der Umsetzung des WAP BNE, sind in allen Gremien neben Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, auch Akteure aus der Zivilgesellschaft eingebunden. So sind Vertreter und Vertreterinnen von NROs Mitglied in der Nationalen Plattform sowie in allen Fachforen und Partnernetzwerken. Sie leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Implementierung des WAP BNE in Deutschland durch die Ausarbeitung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans. Als Multiplikatoren der BNE trägt die Arbeit von NROs signifikant dazu bei, eine nachhaltige Lebensweise in der Gesellschaft zu verankern.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5 Aktivitäten der Bundesregierung

5.1 Übergreifende Maßnahmen

Bundeskanzleramt

Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist grundlegendes Ziel und Maßstab des Regierungshandelns. Die Bundesregierung arbeitet darauf hin, mit ihrer Politik gleichermaßen den Bedürfnissen der heutigen sowie kommender Generationen gerecht zu werden – in Deutschland sowie in allen Teilen der Welt – und ihnen ein Leben in voller Entfaltung ihrer Würde zu ermöglichen.

Zur konkreten Umsetzung des Leitprinzips Nachhaltigkeit legte die Bundesregierung erstmals 2002 zum Weltgipfel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vor. Seit 2004 wird diese Strategie alle vier Jahre in Form sogenannter Fortschrittsberichte fortgeschrieben. Sie umfasst Leitlinien, Managementregeln, Indikatoren und Ziele sowie Prozesse und die institutionelle Verankerung von Nachhaltigkeit. Die Zuständigkeit für die Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim Bundeskanzleramt, ihr zentrales Steuerungsgremium ist der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unter dem Vorsitz des Chefs des Bundeskanzleramts. Alle Bundeseinrichtungen sind aufgerufen, durch eigene Aktivitäten in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern zur Erreichung der Strategieziele beizutragen.

Am 11. Januar 2017 hat die Bundesregierung die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016 beschlossen. Mit ihr liegt die umfassendste Weiterentwicklung der Strategie seit ihrem erstmaligen Beschluss vor. Sie steht ganz im Zeichen der VN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ist ein wesentlicher Rahmen für deren Umsetzung durch Deutschland. Die Nachhaltigkeitsstrategie stellt Maßnahmen Deutschlands zur Umsetzung der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) auf drei Ebenen (in, mit und durch Deutschland) dar. Sie enthält 63 Indikatoren, die meist mit quantifizierten nationalen Zielen verbunden sind. Zu jedem SDG wird mindestens ein indikatorengestütztes Ziel definiert. Ihr Stand wird alle zwei Jahre unabhängig vom Statistischen Bundesamt erhoben.

Im Abschnitt zu SDG 4 („Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern“) trifft die Bundesregierung in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wichtige Aussagen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung: Ihr räumt die Bundesregierung eine besondere Rolle ein, es gilt sie gezielt in allen Bildungsbereichen strukturell zu verankern. Die Aktivitäten der Bundesregierung zu Bildung für nachhaltige Entwicklung, insbesondere die Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms bzw. die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans, werden ausführlich dargestellt.

Zu **SDG 4** hat sich die Bundesregierung folgende nationale Ziele gesetzt:

4.1.a: Verringerung des Anteils früher Schulabgänger (18- bis 24-Jährige ohne Abschluss) auf unter 10 Prozent bis 2020. Status (laut Destatis): „Sonne“, d. h. das Ziel wird (nahezu) erreicht.

4.1.b: Steigerung des Anteils von 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder postsekundärem Abschluss auf 42 Prozent bis 2020. Status (laut Destatis): „Sonne“, d. h. das Ziel wird (nahezu) erreicht.

4.2.a: Anstieg der Ganztagsbetreuung für Kinder (0- bis 2-Jährige) auf 35 Prozent bis 2030. Status (laut Destatis): „Wolke“, d. h. die Entwicklung geht in die richtige Richtung, aber es verbleibt eine Lücke von mehr als 20 Prozent.

4.2.b: Anstieg der Ganztagsbetreuung für Kinder (3- bis 5-Jährige) auf 60 Prozent bis 2020 und 70 Prozent bis 2030. Status (laut Destatis): „Wolke“, d. h. die Entwicklung geht in die richtige Richtung, aber es verbleibt eine Lücke von mehr als 20 Prozent.

Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung in der Strategie darauf verständigt, bereits im Jahr 2018 über neue ergänzende Indikatoren zu entscheiden: Um Bildung für nachhaltige Entwicklung messbar zu machen, soll zeitnah ein geeignetes Indikatoren-Set entwickelt werden, das den im Auftrag der VN-Statistikkommission entwickelten globalen Indikator für SDG-Unterziel 4.7 berücksichtigt. Zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung hat das BMBF eine Förderrichtlinie zu einem BNE Indikatoren-Set veröffentlicht.

Auch in der Weiterentwicklung ihrer sogenannten Nachhaltigkeitsarchitektur berücksichtigt die Bundesregierung die zentrale Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung in besonderem Maße. So greift sie die verschiedenen Initiativen aus der Wissenschaft zur Begleitung der SDG-Umsetzung auf und bietet ihr eine Plattform, in der diese Initiativen gebündelt werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bei der Erarbeitung der Neuauflage der Strategie hat die Bundesregierung auf Dialog und Kooperation gesetzt. Zwischen Herbst 2015 und Frühjahr 2016 fanden fünf öffentliche Konferenzen mit hochrangiger Beteiligung von Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Kommunen, einer Vielzahl nichtstaatlicher Gruppen sowie von Bürgerinnen und Bürgern statt. Ende Mai 2016 gab die Bundeskanzlerin den Startschuss für die zweite Phase des Dialogs zum im Internet veröffentlichten Entwurf der Strategie. Zu diesem gaben auch zahlreiche Akteure aus dem Bildungsbereich schriftliche Stellungnahmen ab (u. a. Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen, Bündnis Zukunftsbildung, Deutsche UNESCO-Kommission, Fachforum Schule der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung). An einer nachfolgenden zentralen Konsultationsveranstaltung im Bundeskanzleramt nahmen im Sommer 2016 Vertreter von mehr als 40 Verbänden teil, darunter auch aus dem Bereich Bildung und Forschung (u. a. netzwerk n, Deutsche Forschungsgemeinschaft).

Die Länder, die sich an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 mit einem eigenen Textbeitrag beteiligten, würdigten Bildung für nachhaltige Entwicklung als zentrales Instrument auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung.

5.2 Auswärtiges Amt

Das Auswärtige Amt (AA) ist federführendes Ressort für die Koordinierung der deutschen Politik in der UNESCO und fördert die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) als Mittlerorganisation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. BNE zählt programmübergreifend zu den Prioritäten der DUK. Das AA unterstützt Projekte und Veranstaltungen des von der DUK betreuten Netzwerks der deutschen UNESCO-Projektschulen, fördert den Freiwilligendienst kulturweit, unterstützt mit der Arbeit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNESCO in Paris diplomatische Initiativen für BNE, sowie die Arbeit der Nationalkomitees für die Wissenschaftsprogramme der UNESCO.

Der Klima- und Umweltfonds des Auswärtigen Amts fördert u.a. Projekte an oder mit ausländischen Schulen. Ziel der Förderung ist es, das Verständnis der Schüler für nachhaltige Entwicklung, den Klimawandel und wichtige klimapolitische Ziele (Minderung und Anpassung) zu schärfen und Anwendungsgebiete vor Ort zu identifizieren.

kulturweit

Der Freiwilligendienst der DUK in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, kulturweit, hat BNE als Querschnittsthema in seinem pädagogischen Begleitprogramm verankert. Während der Seminare, die die Freiwilligen zwischen 18 und 26 Jahren durch ihren Freiwilligendienst in Ländern weltweit begleiten, wird besonderes Augenmerk auf die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit dem Bildungskonzept BNE gelegt. In ihren Einsatzländern wird den Freiwilligen die Möglichkeit gegeben, eigene Projekte mit BNE-Bezug zu gestalten. Nach ihrem Freiwilligendienst können sich kulturweit-Alumni zudem in einer zwei- bis dreijährigen Schulung zu sogenannten BNE-Teamerinnen und -Teamern fortbilden lassen, um BNE selbstständig zu vermitteln. Gemäß dem Peer-to-Peer-Ansatz entwickelt die DUK die Fortbildung gemeinsam mit dem Alumni-Verein kulturweiter, der von ehemaligen Freiwilligen geführt wird und in der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung vertreten ist.

UNESCO-Projektschulen

Die etwa 250 deutschen UNESCO-Projektschulen setzen bereits seit der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung und im Rahmen des WAPs BNE verstärkt einen Schwerpunkt auf BNE im Sinne von wertorientierten Haltungen und dem Erwerb von Gestaltungskompetenz. BNE ist nicht nur prägendes Bildungsverständnis in den einzelnen Schulen, sondern bildet auch den Rahmen für internationale Seminare und Projekttage in Kooperation mit Schulen im globalen Netzwerk – von über 10.000 Schulen weltweit. Die UNESCO-Projektschulen geben ihre Unterrichtskonzepte und –materialien auch an andere Bildungseinrichtungen wie Universitäten (Lehrerbildung) weiter. Wichtige Referenzrahmen von internationalen Kooperationen der deutschen UNESCO-Projektschulen mit starkem oder alleinigem Bezug zu BNE sind: die internationale Internet Konferenz „Agenda 21 NOW!“ (2000 bis 2016), der euro-arabische Dialog, der euro-afrikanische Dialog, das Ostseeprojekt „Baltic Sea Project“ für die Ostsee-Anrainerstaaten, sowie das Projekt Blaue Donau „Blue Danube River Project“ in Kooperation mit südosteuropäischen Staaten. Seit 2016 arbeiten die deutschen UNESCO-Projektschulen mit Schulen aus 11 anderen Ländern aus allen Kontinenten daran, BNE und das Thema Klimawandel in einem ganzheitlichen Ansatz in den Schulalltag zu integrieren.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Schulen: Partner der Zukunft (PASCH)

Auch die 2008 vom AA ins Leben gerufene Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) trägt gezielt zu BNE bei. Sie schafft ein internationales Netzwerk von Schulen, Schülern und Lehrern durch Sprachförderung und Vermittlung von Inhalten und Werten, zu denen Nachhaltigkeit und Schutz der Umwelt gehören. Weltweit werden damit fast 600.000 Schüler und Schülerinnen in rund 2000 Schulen in über 120 Partnerländern erreicht. Über das Erlernen der deutschen Sprache hinaus stärkt PASCH als internationale Lerngemeinschaft interkulturellen Dialog und fördert das Verständnis von- und füreinander.

Das AA finanziert die PASCH-Initiative mit rd. 50 Mio. Euro und erreicht mit diesem weltweiten Netzwerk große Hebelwirkungen, indem z. B. Grundlagen für internationale Bildungsbiographien gelegt werden. Am weiteren Ausbau der Brücke zwischen Schule und Studium oder Beruf sind weitere Partner beteiligt, die durch das AA finanziert werden: das Goethe-Institut verwendet jährlich rund 147,8 Mio. Euro seines Budgets für seine weltweiten Kultur- und Bildungskooperationen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst erhielt 2016 vom AA zur Förderung der grenzüberschreitenden akademischen Mobilität und internationalen Kooperation im Hochschulbereich rund 186 Mio. Euro. Darin eingeschlossen sind auch Maßnahmen zur Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden aus Konflikt- und Kriegsgebieten sowohl in Deutschland als auch in Nachbarstaaten.

Im Schul- und Prüfungsprogramm des Deutschen Sprachdiploms zählt das Thema Umwelt zu den Prüfungsthemen. Zusätzlich sind die PASCH-Schulen zu kreativer Projektarbeit aufgerufen, die häufig soziale Themen oder Umweltfragen berühren. Ein Beispiel ist das „Youth Environment Ambassador Action and Education Program“ (YEAAEP), ein gemeinsames Projekt der Volkswagen (China) Investment Company Limited und des Goethe-Instituts in China in Kooperation mit den PASCH-Schulen. Ziel des Projekts ist es, bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften der PASCH-Schulen eine nachhaltige Sensibilisierung im Umgang mit dem Themengebiet Umwelt- und Naturschutz zu erreichen.

BNE-Sommerschulen und MOOCs

Das deutsche Nationalkomitee für die Wasserprogramme der UNESCO (International Hydrological Programme, IHP) und der Weltmeteorologieorganisation WMO (Hydrology and Water Resources Programme, HWRP), dessen Vorsitz vom Auswärtigen Amt besetzt wird, organisiert seit 2007 mit der Ruhr-Universität Bochum jährliche Sommerschulen für internationale Studierende v. a. aus Entwicklungsländern; 2016 stand dabei das Thema „Grundwasser und Landwirtschaft“ im Mittelpunkt. Das deutsche IHP-/HRWP-Nationalkomitee hat Ausbildungsrichtlinien zu integriertem Hochwasser- und Dürremanagement entwickelt und bietet eine Internetplattform für deutschsprachige universitäre Wasser-Ausbildungsangebote sowie ein E-Learning Portal für nachhaltige Wassernutzung an.

Zudem fördert das AA den World Wildlife Fund (WWF) und das Deutsche Klimakonsortium (DKK) bei der Erstellung eines englischsprachigen offenen Massen-Online-Kurs (MOOC) zum Thema Klima. Mit dem ersten, deutschsprachigen Klima-MOOC konnten bereits mehr als 10.000 Menschen erreicht werden. Der Kurs wird derzeit in englischer Sprache neu produziert, Anfang Oktober 2017 veröffentlicht und kostenlos nutzbar sein.

UNESCO-Geoparks und Biosphärenreservate

Einen weiteren Baustein für BNE bilden das Netzwerk der deutschen UNESCO-Geoparks und die deutschen UNESCO-Biosphärenreservate.

Das AA hat 2016 ein Nationalkomitee für die neue Auszeichnungskategorie der UNESCO-Geoparks eingerichtet. Die von ihm verabschiedeten Kriterien der deutschen UNESCO-Geoparks beinhalten anspruchsvolle Ziele im Bereich BNE. Die DUK beriet einzelne deutsche UNESCO-Geoparks bei der Operationalisierung von BNE.

Das AA hat zudem das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau Reaktorsicherheit u. a. durch die DUK dabei unterstützt, die beispielgebende Arbeit der 15 deutschen UNESCO-Biosphärenreservate national und international vorzustellen und insbesondere Personal aus afrikanischen Biosphärenreservaten weiterzubilden. Dazu wurde ein Handbuch für afrikanische Biosphärenreservatsmanager erstellt, das auch ausführlich auf BNE eingeht. Das deutsche MAB-Nationalkomitee hat ein Positionspapier zu BNE verabschiedet, das die DUK auf dem 4. Weltkongress der Biosphärenreservate vorstellte. Auch wurden spezifische Veranstaltungen zu BNE für die deutschen Biosphärenreservate durchgeführt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die vom AA geförderten Einrichtungen Deutsche IOC-Sektion (Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission) und das deutsche Nationalkomitee für das Internationale Geowissenschaftliche Programm der UNESCO agieren an der Schnittstelle von Forschung und Ausbildung. Sie tragen dazu bei, dass aktuelle Ergebnisse der Umweltforschung in Bildungsprozesse einfließen.

5.3 Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Eine fundierte Ausbildung und kontinuierliche berufliche Weiterbildung sind unerlässlich für die Sicherstellung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit und unterstützen eine Bildung für nachhaltige Entwicklung vor allem in den beiden Dimensionen der sozialen Ausgewogenheit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Bildungspaket

Soweit Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (oder deren Eltern) kein ausreichendes eigenes Einkommen und Vermögen haben, um die zum Existenzminimum zählenden Bildungs- und Teilhabebedarfe aus eigenen Mitteln zu decken, werden sie durch das Bildungspaket unterstützt. Nach ersten Erfahrungen bei der Umsetzung des Bildungspaketes wurden im Jahr 2013 und 2016 bundeseinheitliche Regelungen wirksam, die auf eine erleichterte Inanspruchnahme der Bildungs- und Teilhabeleistungen gerichtet sind. Nach den im Jahr 2016 veröffentlichen Ergebnissen der Evaluation des Bildungs-und Teilhabepakets wird dieses gut angenommen.

Inklusive Bildung

Zur sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung gehört auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Die Umsetzung inklusiver Bildung, die durch Artikel 24 der UN-BRK vorgegeben ist, ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Mit dem seit Januar 2017 stufenweise in Kraft tretenden Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) wird der hohe Stellenwert von Bildung durch ein neues eigenes Kapitel (SGB IX, Teil 1, § 75) unterstrichen. Leistungsverbesserungen in der Eingliederungshilfe werden erst ab 2020 in Kraft treten.

Eine qualitativ hochwertige berufliche Orientierung ist für Jugendliche beim Übergang von der Schule in das Berufsleben von hoher Bedeutung. Insbesondere gilt dies für Jugendliche mit Behinderungen, die hier spezifische Unterstützung benötigen. Deswegen fördert die Bundesregierung im Rahmen der Initiative Inklusion die berufliche Orientierung schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler, insbesondere mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Das ursprünglich auf 40 Mio. Euro angesetzte Volumen wurde im Berichtszeitraum um weitere 40 Mio. Euro aus dem Ausgleichsfonds aufgestockt. Diese Anschubfinanzierung versetzt die Länder in die Lage, im gesamten Bundesgebiet Strukturen für eine berufliche Orientierung zu schaffen, die sie ab dem Schuljahr 2017/2018 mit eigenen Mitteln aufrechterhalten. Unterstützt wird dies dadurch, dass mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuchs II (in Kraft seit August 2016) die rechtliche Möglichkeit eröffnet wurde, dass die Integrationsämter auch Mittel aus der ihnen zur Verfügung stehenden Ausgleichsabgabe zur Unterstützung der beruflichen Orientierung Jugendlicher mit Behinderungen ergänzend zu den Aktivitäten der Kultusressorts der Länder einsetzen können.

Dies wird flankiert durch die „Initiative Bildungsketten“, mit der sich BMBF, BMAS und Bundesagentur für Arbeit gemeinsam mit den Ländern dafür einsetzen, erfolgreiche Förderinstrumente zu einem ganzheitlichen und in sich stimmigen Fördersystem zur Berufsorientierung und im Übergangsbereich zu verzahnen. Ziel ist es, mit allen Ländern einzelne Vereinbarungen zu schließen, die die Instrumente von Bund und Bundesagentur für Arbeit, die Berufsorientierung oder Potenzialanalysen bezwecken oder auf eine Berufsausbildung zielen, kohärent mit den jeweiligen Länderkonzeptionen im Übergangsbereich abzustimmen und in diese einzubetten. Dem Gedanken der Inklusion entsprechend setzt sich der Bund dafür ein, dass die Vereinbarungen die Jugendlichen mit Behinderungen selbstverständlich mit einbeziehen und den spezifischen Belangen – wo erforderlich – Rechnung tragen. Dies gilt insbesondere für die kontinuierliche Fortführung von Maßnahmen der beruflichen Orientierung, die im Rahmen der Initiative Inklusion anschiebend finanziert wurden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Dieser Aufbau einer professionellen beruflichen Orientierung ist Basis dafür, dass eine möglichst inklusive Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingen kann, indem den Jugendlichen mit Behinderungen schon in der Schule die Optionen für ihren künftigen Berufsweg aufgezeigt werden. Mit dem Ende 2017 verabschiedeten Bundesteilhabegesetz und dem darin verankerten Budget für Arbeit wurden die Alternativen für eine berufliche Teilhabe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weiter ausgebaut. Mit der Erweiterung der Möglichkeiten erfährt die aufgebaute berufliche Orientierung mehr Bedeutung.

Berufseinstiegs- und Ausbildungsbegleitung

Um den Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf zu verbessern und möglichst Vielen einen guten Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seine Anstrengungen weiter verstärkt. Im März 2015 startete das mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierte Bundesprogramm Berufseinstiegsbegleitung, das Schülerinnen und Schülern an Haupt- und Förderschulen dabei unterstützt, ihren Schulabschluss und den anschließenden Einstieg ins Berufsleben zu schaffen. Im Rahmen des ESF-Bundesprogramms Berufseinstiegsbegleitung können rund 113.000 leistungsschwächere Jugendliche der Eintrittskohorten 2014/2015 bis 2018/2019 individuell auf dem Weg zum Schulabschluss und in die Ausbildung begleitet werden.

Des Weiteren wurde als eine der zentralen Maßnahmen der 2014 geschlossenen Allianz für Aus- und Weiterbildung das neue Förderinstrument „Assistierte Ausbildung“ für leistungsschwächere Jugendliche auf den Weg gebracht und die ausbildungsbegleitenden Hilfen ausgeweitet. Damit soll erreicht werden, dass auch junge Menschen, die bisher Schwierigkeiten hatten, eine Ausbildungsstelle zu finden oder eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen, zukünftig den Einstieg ins Berufsleben schaffen. Durch die Einführung von Jugendberufsagenturen soll die Zusammenarbeit der Träger von SGB II, SGB III und SGB VIII vor Ort intensiviert werden. Im Jahr 2014 hat die Bundesregierung mit ihrem Implementierungsplan die EU-Jugendgarantie auch in Deutschland umgesetzt.

Die im Jahr 2013 von BMAS und der Bundesagentur für Arbeit (BA) gestartete und zunächst auf drei Jahre angelegte gemeinsame Initiative zur Erstausbildung junger Erwachsener („AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“) wurde fortentwickelt und unter dem Namen „Zukunftsstarter“ zum 1. August 2016 weitergeführt. Auch auf Basis erweiterter Fördermöglichkeiten durch das AWStG sollen bis Ende 2020 120.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen in den Rechtskreisen des SGB II und SGB III für eine abschlussorientierte Qualifizierung gewonnen werden. Die Initiative richtet sich nicht nur an Arbeitslose, sondern auch an beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die noch nicht über eine Berufsausbildung verfügen. Auch junge Erwachsene mit Behinderungen und Geflüchtete können von der Initiative profitieren.

Weiterbildungsförderung

Mit dem Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung (AWStG) vom August 2016 wurden die Instrumente der beruflichen Weiterbildungsförderung mit dem Ziel erweitert, den Zugang von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Langzeitarbeitslosen zu einer abschlussbezogenen Weiterbildung zu verbessern. Dem dienen u. a. die Förderung des Erwerbs von Grundkompetenzen, die Einführung einer Weiterbildungsprämie bei Bestehen von Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie die Gewährung umschulungsbegleitender Hilfen. Zudem wird mit dem Gesetz Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Transfergesellschaften, die von Restrukturierungsmaßnahmen betroffen sind und einen Anspruch auf Transferkurzarbeitergeld haben, ein schnellerer Zugang zu beruflicher Weiterbildung ermöglicht.

Das Sonderprogramm der Bundesagentur für Arbeit zur „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebAU) unterstützt auf Basis der gesetzlichen Fördermöglichkeiten nach dem SGB III die betriebliche Weiterbildung von Geringqualifizierten sowie Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben (KMU). Ziel ist es, die Qualifikation und damit die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden zu verbessern und ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben zu halten. Außerdem soll das Weiterbildungsengagement von KMUs erhöht werden. Mit dem AWStG wurde die Förderung Beschäftigter dahingehend weiter flexibilisiert, dass auch Weiterbildungen außerhalb der Arbeitszeit als förderfähig anerkannt werden können, wenn sich der Arbeitgeber mit mindestens 50 Prozent an den Lehrgangskosten beteiligt. Um den Anreiz für Weiterbildungen in Kleinstunternehmen zu erhöhen, entfällt bei einer Weiterbildungsförderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Bundesagentur für Arbeit in Betrieben mit weniger als zehn Be-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

schäftigten das Erfordernis einer Kofinanzierung der Weiterbildungskosten durch den Arbeitgeber (Änderung im Rahmen des Flexirentengesetzes zum 1. Januar 2017).

Die Bundesagentur für Arbeit hat darüber hinaus die Pilotierung des Projekts Weiterbildungsberatung im März 2016 abgeschlossen. Die Ergebnisse sind in das Projekt der „Lebensbegleitenden Berufsberatung“ eingeflossen, das ab Frühjahr 2017 an drei Standorten pilotiert wird. Mit diesem Projekt wird die Bundesagentur für Arbeit ihren Beratungsansatz sowohl für junge Menschen vor Beginn des Erwerbslebens als auch für Erwachsene begleitend zum Erwerbsleben erweitern.

Berufliche Integration von Personen mit Migrationshintergrund

Für Menschen mit Migrationshintergrund besteht seit August 2008 die Möglichkeit, im Rahmen des aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds mitfinanzierten Programms zur berufsbezogenen Sprachförderung (ESF-BAMF-Programm) an Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen. Die Maßnahmen sind auf eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet und stellen einen grundlegenden Baustein der nachhaltigen gesellschaftlichen Integration Menschen mit Migrationshintergrund dar. Sie können zur Erreichung dieses Ziels neben der Sprachförderung auch hiermit verbundene arbeitsmarktrelevante oder berufsspezifische Qualifizierungselemente enthalten. Allein im Zeitraum 2013 bis Anfang 2017 nahmen rund 125.000 Menschen dieses Angebot in Anspruch. Seit Beginn der Förderung in 2008 zählte das Programm bisher insgesamt rund 200.000 Teilnehmende.

Zur nachhaltigen beruflichen Integration von Personen mit Migrationshintergrund wurde am 1. Juli 2016 mit Inkrafttreten der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung eine aus Bundesmitteln finanzierte berufsbezogene Deutschsprachförderung als Regelinstrument verankert. Sie wird das Ende 2017 auslaufende ESF-BAMF-Programm zur berufsbezogenen Deutschsprachförderung zunächst ergänzen und später ablösen. Die berufsbezogene Sprachförderung baut auf den Integrationskursen auf und dient dem Spracherwerb bis zum Sprachniveau C2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen, um die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern.

Zusätzlich bietet seit 2015 das Förderprogramm IQ „ESF-Qualifizierungen im Kontext Anerkennungsgesetz“ an. Ziel ist es, Personen mit Migrationshintergrund zu den erforderlichen Qualifizierungen zu verhelfen, die zur vollen Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen benötigt werden oder die eine bildungsadäquate Erwerbsmöglichkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermöglichen. Das Angebot umfasst Qualifizierungsmaßnahmen bei reglementierten Berufen, Anpassungsqualifizierungen im Bereich des dualen Systems, Brückenmaßnahmen für Akademikerinnen und Akademiker und Vorbereitung auf die Externen-Prüfung bei negativem Ausgang/Prognose des Anerkennungsverfahrens.

Internationale Einbettung

Auf internationaler Ebene setzt sich das BMAS im Rahmen des G20- und ASEM-Prozesses für Nachhaltigkeit im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein und engagiert sich für die Erleichterung des Ausbaus von beruflichen Fähigkeiten junger Menschen über hochwertige Ausbildungssysteme und einen besseren Übergang von Schule zum Beruf. Mit Blick auf die Veränderungen in der Arbeitswelt aufgrund von technologischem Wandel und Digitalisierung setzt sich das BMAS im Rahmen des G20-Prozesses zudem insbesondere auch für die Stärkung von Weiterbildung und lebenslangem Lernen ein. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um inklusives und nachhaltiges Wachstum in den G20- und den ASEM-Ländern zu erreichen.

Auch im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) tritt das BMAS für den Ausbau von beruflichen Fähigkeiten und beruflicher Bildung ein. Aus- und Weiterbildung ist für die Erreichung der ILO-Ziele, die im Programm- und Haushaltsentwurfs 2018-19 dargelegt sind, von hoher Relevanz. Um mehr und bessere Arbeitsplätze, insbesondere auch verbesserte Beschäftigungsaussichten für Jugendliche, zu schaffen, legt die ILO einen Schwerpunkt auf die Schaffung von Berufsbildungssystemen, die schnell auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und auf technologische Entwicklungen reagieren können. Dadurch sollte das Missverhältnis zwischen vorhandenen und benötigten Qualifikationen reduziert und die Beschäftigungsfähigkeit erhöht werden. Der Ausbau von beruflichen Fähigkeiten ist auch wesentlich für die Förderung nachhaltiger Unternehmen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.4 Bundesministerium für Bildung und Forschung

Das BMBF ist in der Bundesregierung federführend für die Begleitung und Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms (WAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zuständig. Mit Blick auf die fünf prioritären Handlungsfelder des WAP und auf die Verankerung von BNE in der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 nimmt das BMBF die verschiedenen Bereiche entlang der Bildungskette des Lebenslangen Lernens in den Fokus. Hierbei setzt das Ministerium unter anderem Schwerpunkte auf die frühkindliche Bildung, die berufliche Bildung, die Forschung zur Verstetigung und Qualitätssicherung von BNE sowie die stärkere Verankerung von BNE an Hochschulen. Entwicklungen und Beiträge aus den Gremien, die zur Umsetzung des WAP BNE eingerichtet wurden, wie den Fachforen und Partnernetzwerken, werden hierbei berücksichtigt.

Implementierung der BNE in den einzelnen Bildungsbereichen

Im Frühkindlichen Bereich liegt der Fokus der Förderung auf der naturwissenschaftlichen Grundbildung in Kindertageseinrichtungen mit der Erweiterung um Bildung für nachhaltige Entwicklung. So fördert das BMBF beispielsweise seit Januar 2016 Fortbildungen, Inhalte und Materialien der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ mit dem Fokus auf Bildung für nachhaltige Entwicklung.

In der Beruflichen Aus- und Weiterbildung spielt die Verortung von Nachhaltigkeit in der Erstausbildung eine zunehmend wichtige Rolle. Zur Implementierung nachhaltiger Ausbildungsinhalte in die Praxis fördert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für das BMBF im Rahmen des WAP die Kompetenzentwicklung bei Auszubildenden und Ausbilderinnen/Ausbildern sowie die Gestaltung nachhaltiger (betrieblicher) Lernorte im Förderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung 2015 – 2019“.

Das *Fachforum Berufliche Bildung* verfolgt im Rahmen des WAP BNE die Zielsetzungen,

- die vorhandenen Ordnungsmittel auf systematische Integrationsmöglichkeiten für berufliche BNE hin zu untersuchen,
- bestehende Potentiale der Berufsbildung für BNE zu lokalisieren und durch ausgewählte Akteure nutzbar zu machen,
- Betriebe und berufliche Schulen als nachhaltige Lernorte weiterzuentwickeln und zu etablieren,
- Lernende in berufsbezogenen Lern- und Arbeitsprozessen zur Umsetzung von Nachhaltigkeit zu befähigen und dabei insbesondere auch den Erwerb einer Kompetenz zum selbstständigen Gestalten und Problemlösen in beruflichen, gesellschaftlichen und individuellen Kontexten in den Blick zu nehmen,
- Modelle/Konzepte zur curricularen und didaktisch-methodischen Umsetzung von beruflicher BNE durch die Sozialpartner, Ministerien und das BIBB zu entwickeln.

Ein weiterer Schwerpunkt der Förderung konzentriert sich auf die Hochschulbildung für nachhaltige Entwicklung und die Forschungsförderung. Hier spiegeln sich die vielfältigen Ansätze zur nachhaltigen Entwicklung in der Hochschullandschaft wider, wie z. B. in der Form von Good-Practice-Beispielen mit Bezug zur nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Exzellenzinitiative oder in Form von ausgewählten Aktivitäten im Qualitätspakt Lehre.

Im Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA³) stellt das BMBF in den Jahren 2015 bis 2019 rund zwei Mrd. Euro Fördermittel bereit. Bildung und Forschung werden hierbei zusammengedacht, sodass BNE explizite Berücksichtigung in den einzelnen Maßnahmen findet. Die Wissenschaftsjahre als zentrales Instrument der Wissenschaftskommunikation tragen in diesem Zusammenhang zur Unterstützung des Dialogs zwischen Forschung und Gesellschaft bei.

Aktivitäten im Kontext der Kulturellen Bildung und besonderen „Mitmachaktionen“ für Schülerinnen und Schüler zeigen weitere Wege für eine nachhaltige Verankerung von BNE auf.

Die Mitglieder der Gremien, die zur Umsetzung des WAP auf nationaler Ebene eingerichtet wurden, arbeiten an der Verstetigung von BNE in allen Bildungsbereichen mit und sind vielfach in die Aktivitäten des BMBF zur Bildung für nachhaltige Entwicklung eingebunden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Frühkindliche Bildung

Kindertageseinrichtungen und andere Formen der Kindertagesbetreuung bilden als erste Orte der außerfamiliären Bildung, Erziehung und Betreuung neben dem Elternhaus ein Eintrittstor in die individuelle Bildungslaufbahn des Lebenslangen Lernens. BNE in Kindertageseinrichtungen umzusetzen bedeutet, Kindern die Möglichkeit zu bieten, sich spielerisch mit zukunftsrelevanten Themen und Fragestellungen auseinanderzusetzen und ihnen dabei den Raum zu geben, selbst Verantwortung zu entwickeln.

Die Förderung des BMBF im Bereich der frühkindlichen Bildung konzentriert sich auf die naturwissenschaftliche Grundbildung, die einen besonderen Stellenwert für BNE hat. Ihr Ziel ist es, anwendungsbezogenes Wissen, das in einen gesellschaftlichen Bewertungskontext gestellt werden kann, zu erwerben.

Seit Januar 2016 fördert das BMBF Fortbildungen, Inhalte und Materialien der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ mit dem Fokus auf Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Angebot des Haus der kleinen Forscher richtet sich an pädagogische Fach- und Lehrkräfte, die mit Kindern von drei bis zehn Jahren arbeiten, sowie an Kita-Leitungen. Ziel ist es, BNE als Basis des professionellen Handelns in den Einrichtungen zu fördern. Die bundesweite Verbreitung der Angebote erfolgt über die bestehende Netzwerkstruktur der 225 Netzwerkpartner.[19]

In einem ersten Schritt werden die Angebote in ausgewählten Modellnetzwerken erprobt. Diese Umsetzung wird durch ein umfassendes Monitoring und die Evaluation der pädagogischen Materialien und Konzepte begleitet. Auf der Basis der hier gewonnenen Erkenntnisse werden Überarbeitungen und Anpassungen vorgenommen, bevor in einem zweiten Schritt der Roll-out in alle Netzwerke erfolgt. Mit der Umsetzung der Angebote haben aktuell ca. 6.000 bereits aktive und weitere 6.400 neue Einrichtungen die Möglichkeit, sich zu einer BNE-Fortbildung anzumelden.

Praxisbeispiel des „Haus der kleinen Forscher“

Woher kommen unsere Erdbeeren im Winter?

Anhand einer Frage, die beispielsweise beim gemeinsamen Frühstück auftauchen kann, wenn im Februar Erdbeeren auf dem Tisch stehen, kommt die Erzieherin mit den Mädchen und Jungen ins Gespräch. Daraus entsteht ein Projekt mit zahlreichen BNE-Aspekten.

Vorgehen der Kinder

- Die Mädchen und Jungen erforschen das Wachstum von Pflanzen, die Funktion von Treibhäusern, den Einfluss des Wetters, das Thema „Energie“ und bauen selbst Mais und Kartoffeln an.
- Ihre Beobachtungen dokumentieren die Kinder in Forschungsmappen.
- Die Familien bekommen Infobriefe mit den Erkenntnissen ihrer Kinder und Ideen, um zu Hause gemeinsam weiter zu forschen.

Aspekte des Bildungskonzepts

- Alltagsbezug: Beim Frühstück taucht eine Frage nach der Herkunft des Essens auf, der die Kinder nachgehen.
- Lokal und global: Die Kinder erforschen, welche Konsequenzen ihr Konsum hier und anderswo hat.
- Selbstständig planen und handeln: Die Kinder entwickeln gemeinsam Handlungsideen, pflanzen eigenes Gemüse an und organisieren eine Tauschbörse.
- Öffnung nach außen: Die Gruppe bezieht jüngere Kinder ein. Die Eltern werden regelmäßig durch Infobriefe beteiligt.

[19] Derzeit erreicht die Initiative mit ihren Angeboten in 225 lokalen Netzwerken mehr als 29.700 Kitas, Horte und Grundschulen. Circa 56.000 Pädagogische Fachkräfte aus über 23.300 Kitas haben bereits am Fortbildungsprogramm der Initiative teilgenommen (entspricht 48 Prozent aller Kitas in Deutschland). Circa 1,5 Millionen Kinder besuchen die teilnehmenden Kitas. Rund 4.500 Kitas konnten bereits durch ihr kontinuierliches wissenschaftliches Engagement mit der Plakette „Haus der kleinen Forscher“ ausgezeichnet werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Das *Fachforum Frühkindliche Bildung* im Rahmen des WAP BNE konzentriert sich darauf, BNE erfolgreich in die Bildungsarbeit von Kindertageseinrichtungen als Lernort und Lebensraum für Kinder im Alter von null bis sechs Jahren zu integrieren. Handlungsleitend ist hierbei ein ganzheitlicher Bildungsansatz, der die sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen einschließt und sich als integraler Bestandteil bereits bestehender Bildungsansätze versteht.

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Die unmittelbare strukturelle Verknüpfung zwischen dem beruflichem Bildungs- und Beschäftigungssystem eröffnet ein großes Potential für die Gestaltung und Erfahrung nachhaltiger Entwicklung und somit auch für die Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE). Im Zentrum der beruflichen Bildung, der dualen Ausbildung, aber auch in der Fort- und Weiterbildung eignen sich Lernende neues berufsspezifisches Wissen an, bauen Kompetenzprofile auf und lernen gleichzeitig, diese in den Kontext einer nachhaltigen Entwicklung einzuordnen. Nachhaltigkeit spielt in allen Bereichen der beruflichen Bildung eine wichtige Rolle. Der folgende Teil konzentriert sich auf Nachhaltigkeit in der Ordnungsarbeit sowie auf den Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE) 2015 – 2019“.

Nachhaltigkeit in der Ordnungsarbeit

Die Erarbeitung von Aus- und Fortbildungsordnungen im Konsens mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren ist ein wichtiger Garant für die Akzeptanz dieser Verordnungen in den Betrieben und bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Der bundeseinheitliche Standard und ein staatlich anerkannter Abschluss wirken wie ein Qualitätssiegel. Die breite Verwertbarkeit der Berufe sichert die Mobilität der im System der Berufsbildung ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In diesem System ist auch Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE) strukturell passend zu verankern. Dies eröffnet Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung.

In Ausbildungs- und Fortbildungsordnungen werden Aspekte der Nachhaltigkeit zunehmend aufgenommen; als Beispiele hierfür sind die Ausbildungsordnungen über die Berufsausbildung zum/zur Tourismuskaufmann/-frau, Fischwirt/in, Anlagenmechaniker/in Sanitär, Heizung, Klima, Pflanzentechnologe/in, Pferdewirt/in und Drogist/in sowie im Bereich der Fortbildungsregelungen die Prüfungsverordnungen zu Industriemeistern und Industriemeisterinnen diverser Fachrichtungen zu nennen. Dabei ist es sinnvoll, das bewährte Prinzip der technik- und verfahrensoffen formulierten Ausbildungsordnungen auch weiterhin grundsätzlich beizubehalten, da hierdurch Spielräume für die betriebliche Ausbildungsgestaltung und die Integration neuer Technologien und übergeordnete Themenstellungen gegeben sind. Auf diese Weise können neue Technologien und Verfahren gut in die betriebliche Ausbildung integriert werden, ohne dass Ausbildungsordnungen überarbeitet werden müssen.

Gleichwohl sollen Aspekte der Nachhaltigkeit in Ausbildungsordnungen zukünftig ein noch stärkeres Gewicht und eine größere Sichtbarkeit erhalten. Das *Fachforum Berufliche Bildung* erwägt daher die Diskussion u. a. einer Definition für „berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und systematischer Integrationsmöglichkeiten für berufliche BNE in die Ordnungsmittel.

Nachhaltige Entwicklung zielt auf Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung und erweitert damit das Spektrum der beruflichen Handlungskompetenz. Vor diesem Hintergrund sind daher im Ordnungsverfahren verstärkt auch folgende Aspekte zu prüfen:

- Reflexion und Bewertung der direkten und indirekten Wirkungen beruflichen Handelns auf die Umwelt sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen;
- Prüfung des eigenen beruflichen Handelns, des Betriebes und seiner Produkte und Dienstleistungen auf Zukunftsfähigkeit;
- Kompetente Mitgestaltung von Arbeit, Wirtschaft und Technik;
- Umsetzung von nachhaltigem Energie- und Ressourcenmanagement im beruflichen und alltäglichen Handeln auf der Grundlage von Wissen, Werteeinstellungen und Kompetenzen;
- Beteiligung am betrieblichen und gesellschaftlichen Dialog über nachhaltige Entwicklung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE) 2015 – 2019“

Aufbauend auf den Erfahrungen der Förderung zur UN-Dekade[20] fördert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für das BMBF im Weltaktionsprogramm BNE Modellversuche zur beruflichen Bildung im Förderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung von 2015 bis 2019“. Das Fördervolumen für zwei Förderlinien beträgt derzeit 6 Mio. Euro. Die Förderlinien befassen sich mit der Kompetenzentwicklung zu nachhaltigkeitsrelevanten Aspekten in der betrieblichen Ausbildung in kaufmännischen Berufen des Groß-/Einzel-/Außenhandels, der Spedition und Logistik (Förderlinie 1), sowie der Gestaltung nachhaltiger Lernorte einschließlich der Erstellung eines entsprechenden Indikatorensets (Förderlinie 2), passfähig zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). Die insgesamt zwölf dreijährigen Verbundprojekte haben im Frühjahr 2016 mit der Projektarbeit begonnen. Der enge Praxisbezug zeichnet die Arbeit der Modellprojekte aus. So sind ca. 150 strategische Partner aus der beruflichen Praxis unmittelbar in die Projektarbeit eingebunden, davon rund 120 betriebliche Partner. Unterstützung auf Programmebene leisten strategisch wichtige Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Verbänden, Verbraucherschutz, Universitäten, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und der zentralen Aufgabenstelle für kaufmännische Abschluss- und Zwischenprüfungen im Programmbeirat.

Die Verknüpfung des Modellversuchsförderschwerpunkts mit der Förderlinie zum Nachhaltigen Wirtschaften des Programms Forschung für nachhaltige Entwicklung (FONA) wird weitere Synergien aufzeigen und den Transfer unterstützen. Darüber hinaus fließen die Ergebnisse der Modellversuche im Rahmen der Gremienarbeit des UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE in die Arbeit des Fachforums Berufliche Bildung und des Partnernetzwerks BBNE ein.[21]

Hochschule

Mittlerweile herrscht in vielen Hochschulen in Deutschland das Bewusstsein vor, dass der Weg in eine nachhaltigere Hochschullandschaft gemeinsame transformative Kräfte braucht. Diese sollen durch das *Fachforum Hochschule* im Rahmen des WAP BNE angeregt und ausgerichtet wird. Das Fachforum übersetzt Ideen einer nachhaltigeren Hochschullandschaft in konkrete Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen, durch die sich das gegenwärtige Hochschulsystem noch intensiver auf den Weg machen kann, den Anforderungen des Weltaktionsprogramms BNE und der UN-Agenda 2030 gerecht zu werden. Hochschulbildung für nachhaltige Entwicklung (HBNE) ist eng verknüpft mit der Nachhaltigkeitsorientierung der Kerntätigkeiten aller Hochschulen, wie der Forschung, der Lehre und dem Engagement in der Region.

Im Rahmen der Exzellenzinitiative wurden auch Projekte mit Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung ausgezeichnet.

Nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Exzellenzinitiative

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Graduiertenschule „Integrierte Studien zur menschlichen Entwicklung in Landschaften“

Die Graduiertenschule „Human Development in Landscapes” an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel untersucht das wechselseitige Verhältnis von Umwelt, sozialen Beziehungen, Populationsdynamik, materieller Kultur und der Rezeption von Umwelt und Gesellschaftswandel. Landschaft wird als physischer und mentaler Raum konzeptualisiert, der kulturelle und umweltbezogene Wirkungsbereiche umfasst und der sich interaktiv mit den menschlichen Gesellschaften entwickelt, die ihn bevölkern.

Technische Universität Darmstadt – Darmstädter Graduiertenschule für Energiewissenschaft und Energietechnik

An der Darmstädter Graduiertenschule für Energiewissenschaft und -technik werden Energieingenieure multidisziplinär ausgebildet, mit dem Ziel, die dringendsten wissenschaftlichen, technologischen, ökonomischen aber auch sozialen Herausforderungen erkennen und lösen zu können. Wichtigste Aufgabe ist die Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen, die für die kontinuierliche Umstellung der kohlenstoffbasierten, nicht erneuerbaren Energiequellen auf eine zukünftige Energieversorgung durch erneuerbare und umweltfreundliche Energiequellen benötigt werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

[20] https://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7453

[21] www.bibb.de/MV-BBNE ; www.bmbf.de/de/nachhaltigkeit-in-der-beruflichen-bildung-3518.html

Nachhaltige Entwicklung im Qualitätspakt Lehre

Eines der wichtigsten Ziele des Bund-Länder-Programms „Qualitätspakt Lehre“ (QPL) ist die Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehrqualität an deutschen Hochschulen. Das Bund-Länder Programm unterstützt die Hochschulen dabei ihr Personal für die Lehre, Betreuung und Beratung zu qualifizieren. Weitere Ziele sind die nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Hochschullehre.

Universität Konstanz – Lehrangebote zu nachhaltiger Entwicklung

Die Universität Konstanz koordiniert und organisiert Blockveranstaltungen für Studierende im Bachelor- und Masterstudium, u. a. zu den Themen Einführung in Corporate (Social) Responsibility, Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft, Ringvorlesung „Nachhaltigkeit“, Nachhaltigkeit in der Modeindustrie, Kulturbetrieb und Nachhaltigkeit, nachhaltige Unternehmensführung und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln. Für die Lehrveranstaltungen wurden überwiegend externe Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft akquiriert, die den Studierenden praxisnah berufsrelevante Kompetenzen vermitteln.

Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Das Thema nachhaltige Entwicklung ist an der Fachhochschule Eberswalde und der daraus entstandenen „Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde“ beständig weiterentwickelt worden. Unter dem Motto „Mit der Natur für den Menschen“ agiert die Hochschule im Einklang mit Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. In diesem Rahmen sollen alle Prozesse und Abläufe in den Fachbereichen, aber auch in Verwaltung und Forschung, nach dem Vorsorgeprinzip gestaltet sein. Somit werden langfristig Entwicklungschancen für heutige und zukünftige Generationen gesichert und gerecht verteilt.

Neben dem Bezug zur Nachhaltigkeit in Lehre und Forschung stehen Umweltleistungen beim Betrieb der Hochschule ebenso wie das soziale Miteinander im Vordergrund der eigenen Hochschulentwicklung.

Hochschule Bochum

An der Hochschule Bochum wurde ein neues berufsbefähigendes und anwendungsorientiertes Studienangebot „Nachhaltigkeitswissenschaften“ mit zwei Professuren zu den Themen „Nachhaltigkeit (sozialwissenschaftliche Ausrichtung)“ und „Nachhaltigkeitsentwicklung/ Organisationsentwicklung/ Innovationsmanagement“ implementiert. Die ersten Absolventen werden Ende des Wintersemesters 2016/2017 erwartet. Zahlreiche Veranstaltungsreihen innerhalb des Studiengangs konnten durch das Projekt ermöglicht werden. Zum Sommersemester 2017 ist der Aufbau von zwei eng verzahnten Masterstudiengängen „Nachhaltige Entwicklung“ geplant.

Forschungsförderung

Im Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA³) leistet das BMBF einen wesentlichen Beitrag, um globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Bodendegradation und Rohstoffmangel zu begegnen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt und Lebensstandard in Deutschland zu sichern. Dafür stellt das BMBF in den Jahren 2015 bis 2019 rund zwei Mrd. Euro Fördermittel bereit.

In einem „Agendaprozess“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und der Zivilgesellschaft wurde das Programm mit neuen Ansätzen und Forschungsschwerpunkten erarbeitet. Die zentralen Elemente von FONA³ sind die Leitinitiativen zu den Themen Green Economy, Zukunftsstadt und Energiewende. Das BMBF arbeitet in diesen Leitinitiativen mit anderen Bundes- und Landesressorts, sowie Kommunen zusammen, damit Forschungsergebnisse unmittelbar für Entscheidungsprozesse genutzt werden können. Darüber hinaus zeichnen sich die Leitinitiativen durch Anwendungsnähe aus und beziehen Stakeholder, wie Unternehmen und Kommunen, in die Forschungsarbeit ein. Insgesamt geht es darum, Umsetzungsprozesse zu unterstützen und dadurch deutliche Impulse für eine nachhaltige Entwicklung zu geben.

Über die drei Leitinitiativen hinaus setzt das BMBF auch im Rahmen von FONA³ die Förderung der Vorsorgeforschung fort. Diese findet zu drei Feldern statt: Zu den Gemeinschaftsgütern Klima, biologische Vielfalt und Meere, zur intelligenten Ressourcennutzung und zur Verbesserung von Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland. In diesen Gebieten werden zielführende Bildungsansätze identifiziert. So wurden beispielsweise im Rahmen der Fördermaßnahme „RiSKWa – Risikomanagement von neuen Schadstoffen und Krankheitserregern im Wasserkreislauf“ Informationsveranstaltungen und Fortbildungsmodule für unterschiedliche Zielgruppen (z. B. Fachpersonal in Gesundheitseinrichtungen und Kläranlagen) entwickelt, Bür-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

gerbefragungen und Workshops durchgeführt, sowie Unterrichtseinheiten für Schulen (Lehr- und Lernportal zum Thema Trinkwasser) erstellt. Auch im Rahmen von internationalen Forschungsvorhaben und Kooperationen sind Bildungsmaßnahmen für die relevanten Akteure vor Ort ein entscheidender Faktor zur Sicherstellung des Erfolgs der Projekte. So werden zum Beispiel in der Fördermaßnahme „GROW – Globale Ressource Wasser“ Aus- und Weiterbildungsprogramme für eine verbesserte und vorausschauende Bewirtschaftung der globalen Wasserressourcen entwickelt. Ziel ist es, die Steuerungskompetenz im Wassersektor international zu verbessern. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Wassersektor geleistet.

Während des Agendaprozesses wurde deutlich, dass Bildung und Forschung nicht getrennt voneinander gedacht werden sollten. Aus diesem Grund werden in FONA³ Forschung und Bildung zur nachhaltigen Entwicklung erstmals systematisch zusammengeführt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung in FONA³

In FONA³ wird Bildung für nachhaltige Entwicklung durch folgende Maßnahmen umgesetzt:

I. Initiative „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft“ (SISI)

II. Wissenschaftsjahre (Zukunftsstadt + Meere und Ozeane)

III. Nachwuchsgruppen

IV. Projekte der sozial-ökologischen Forschung

I. Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – SISI

Im Wissenschaftsjahr 2013 „Zukunftsprojekt Erde“ startete das BMBF auf der Basis von Anregungen aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik den Prozess „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft“ (SISI). Inhaltliche Schwerpunkte der Initiative sind „Forschen in gesellschaftlicher Verantwortung“, „Nachhaltiger Bau und Betrieb wissenschaftlicher Einrichtungen“, „Verknüpfung von Forschung und Lehre“ zur Nachhaltigkeit sowie die Vernetzung und Unterstützung von Initiativen.

Ia. Förderung von Studierendeninitiativen

Mit dem Projekt „Wandercoaching“ wurde das netzwerk n gefördert, ein Zusammenschluss studentischer Nachhaltigkeitsinitiativen. Im Rahmen dieses Projektes beriet und unterstützte netzwerk n lokale studentische Nachhaltigkeitsinitiativen an deutschen Hochschulen bei der Weiterentwicklung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für die jeweilige Hochschule. Dies geschah durch bedarfsgerecht konzipierte Coaching-Workshops, sowie eine langfristige Prozessbegleitung bei der Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten. Das Coaching ist als Peer-to-Peer-Programm entworfen, d.h. Studierende, die bereits Kompetenzen durch ihre eigene Projektarbeit bei der Entwicklung und Etablierung von Nachhaltigkeitsprozessen an ihrer Hochschule haben, werden zu Coaches ausgebildet und unterstützen Initiativen mit Beratungsbedarf. Sie „wandern“ von Hochschule zu Hochschule, geben kostenlose Coachings und begleiten andere Gruppen rund um das Thema nachhaltige Hochschule. Aus den unterstützten Initiativen wiederum werden neue Coaches rekrutiert. So verbindet das Wandercoaching Elemente einer strategischen Organisationsberatung mit dem Wissens- und Erfahrungsaustausch, sowie der Vernetzung von nachhaltigkeitsengagierten Studierenden im Kontext Hochschule. 2015 wurde das Wandercoaching zum Projekt „Zukunftsfähige Hochschule“ ausgebaut, das bis Mitte 2017 gefördert wurde.

Ib. LeNa – Leitfaden Nachhaltigkeitsmanagement an außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Die außeruniversitären Forschungsorganisationen Fraunhofer Gesellschaft (FhG), Helmholtz Gemeinschaft (HGF) und Leibniz Gemeinschaft (WGL) haben in einem dreijährigen Projekt (2014-2016) eine „Handreichung (Leitfaden) für das Nachhaltigkeitsmanagement an außeruniversitären Forschungseinrichtungen (LeNa)“ erarbeitet. Inhaltliche Schwerpunkte sind „Personal“, „Bau und Betrieb“ und „Forschen in gesellschaftlicher Verantwortung“ sowie „Governance“ und „Unterstützende Prozesse“, wie Beschaffung und Mobilität. An dem Projekt waren 25 Institute aus den drei Organisationen aktiv beteiligt. Weitere Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik waren in die Arbeit einbezogen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ic. Nachhaltigkeit an Hochschulen HOCHN

Mit dem Projekt HOCHN wird ein Verbund aus elf Universitäten und Hochschulen gefördert, der „Nachhaltigkeitsmanagement an Hochschulen“ mit Fokus auf Nachhaltigkeitsberichterstattung und -governance in den Bereichen Forschung, Lehre und Betrieb erarbeiten möchte. Der Projektvorschlag wurde initiativ durch die Universität Hamburg beim BMBF eingereicht. Weitere Partner sind die Freie Universität Berlin, die Universität Bremen, die Technische Universität Dresden, die Universität Duisburg-Essen, Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die Ludwig-Maximilian-Universität München, die Leuphana Universität Lüneburg, die Universität Tübingen, die Universität Vechta sowie die Hochschule Zittau-Görlitz. Ziel ist der Aufbau eines Netzwerks mit 100 Hochschulen, die Nachhaltigkeitsprozesse initiieren.

Id. Die Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit

Die Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit ist ein Projekt der Universität Bremen, das hochschulübergreifend Lehrangebote für BNE für Studierende anbietet. Die Vermittlung von Grundlagenwissen zu nachhaltiger Entwicklung über Lernvideos kann die Basis für viele Hochschulen, Nachhaltigkeitsengagierte und Studierende sein, BNE in die Hochschullehre zu integrieren. Um eine engere Verzahnung von Nachhaltigkeitsforschung und Hochschullehre zu entwickeln, sollen zukünftig aktuelle Forschungsergebnisse aus dem FONA-Rahmenprogramm für die universitäre Lehre didaktisch aufbereitet und in das Lehrangebot der Virtuellen Akademie Nachhaltigkeit integriert werden.

Ie. SISI Symposien

Darüber hinaus veranstaltet das BMBF regelmäßig Symposien zum Thema „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft“, auf denen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Studierende, Verwaltung und Leitung von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammenkommen und über die Herausforderungen im Bereich Nachhaltigkeit in der Forschung diskutieren. Der Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen, die sonst eher nebeneinander an der Hochschule arbeiten, ist für das Engagement für Nachhaltigkeit essentiell. Die Symposien bieten den Rahmen für neue Partnerschaften und das Voneinander lernen.

II. Wissenschaftsjahre

Die Wissenschaftsjahre sind eine Initiative des BMBF, gemeinsam mit Wissenschaft im Dialog (WiD). Ziel der Wissenschaftsjahre ist es, die Öffentlichkeit stärker für Wissenschaft zu interessieren. Entwicklungen in der Forschung werden dadurch für Bürgerinnen und Bürger transparenter und zugänglicher. Junge Menschen sollen für Forschungsthemen begeistert werden und für ihre Berufswahl Anregungen erhalten. Ziel der Wissenschaftsjahre ist es zudem, kontroverse Debatten anzuregen und voranzutreiben. Die Wissenschaftsjahre verstehen sich als Treiber für eine Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation. Exemplarisch werden hier die Wissenschaftsjahre 2015 und 2016/2017 näher beleuchtet.

IIa. Das Wissenschaftsjahr 2015 – Zukunftsstadt

Städte sind zentrale Lebensräume unserer Gesellschaft. Sie unterliegen einem ständigen Wandel und stellen – gerade auch aus diesem Grunde – Kernzonen der Innovation dar. In Deutschland leben zwei Drittel der Menschen in Städten. Drei Viertel der Energie wird dort verbraucht und 70 Prozent der anthropogenen Treibhausgase werden in Städten emittiert. Urbane Räume sind von entscheidender Bedeutung für die Herausbildung einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Lebensweise und können eine wichtige Vorreiterrolle spielen. Deshalb stand das Wissenschaftsjahr 2015 ganz im Zeichen der Zukunftsstadt.

Eng an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert, wurde gezeigt, wie Forschung zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beiträgt. U. a. in den Themenbereichen Innenstadt, Quartiere, Mobilität, Infrastrukturen, Zusammenleben und Selbstversorgung in der Stadt arbeiteten Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Kommunen und Wissenschaft an konkrete Fragestellungen vor Ort. So haben z. B. im Wettbewerb „Zukunftsstadt“ in 51 Städten Teams aus Bürgern, Wissenschaft, lokaler Politik, Wirtschaft und Verwaltung ihre Vorstellungen an einen Tisch gebracht und gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern Planungs- und Umsetzungskonzepte von Visionen für ihre Kommunen entwickelt. Der Wettbewerb geht dabei auch über das Wissenschaftsjahr 2015 hinaus. Insgesamt umfasst er drei Phasen: von der Entwicklung über die Planung der Umsetzung bis hin zur Umsetzung selbst. Anfang 2017 starteten 20 Kommunen in die 2. Phase des Wettbewerbs „Zukunftsstadt“.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Im Wissenschaftsjahr 2015 wurden darüber hinaus in Mitmachaktionen, Workshops und Diskussionsrunden konkrete Ansätze zur Lösung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben erarbeitet. Insgesamt engagierten sich 670 Partner aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kommunen, Politik und Wirtschaft in mehr als 830 zielgruppenspezifischen Publikums- und Fachveranstaltungen.

- Über 180.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich auf der Internetseite www.wissenschaftsjahr-zukunftsstadt.de, und folgten dem Experten-Blog, in dem eigens für das Wissenschaftsjahr erstellte Beiträge zu unterschiedlichen Themen der Stadtforschung dargestellt wurden.
- Zahlreiche Aktivitäten und Diskussionen fanden in Sozialen Medien statt. Mit großem Erfolg wurde über Facebook, Twitter, Youtube und Instagram zum Mitmachen aufgerufen. Über 100 Nutzer bauten ihre Vision einer nachhaltigen Stadt im „Minecraft-Wettbewerb-Zukunftsstadt“ nach und auf der interaktiven Karte der Aktion „Stadtklang 2015“ wurden mehr als 1.400 Töne hochgeladen.
- Das Ausstellungsschiff MS Wissenschaft legte in über 30 deutschen Städten an und erreichte rund 87.000 Besucherinnen und Besucher.
- Kinder und Jugendliche waren eine besondere Zielgruppe im Wissenschaftsjahr. Mehr als 28.000 Schülerinnen und Schüler besuchten die Filme der Schulkinowochen. Über 630 Jugendliche entwickelten Ideen für die nachhaltige Gestaltung von Freiflächen in einer Heimatkunde-Aktion. Rund 200 Termine mit Wissenschaftlern fanden im Rahmen der Forschungsbörse an Schulen und Bildungseinrichtungen statt.

*IIb. Das Wissenschaftsjahr 2016*17 – Meere und Ozeane*

Die Meeresforschung ist Thema des Wissenschaftsjahres 2016*17. Es geht um die Entdeckung der Meere und Ozeane, ihren Schutz und eine nachhaltige Nutzung entsprechend dem Motto: „Entdecken. Nutzen. Schützen.“ Dabei wird die Meeresforschung in Bezug zu verschiedenen Handlungsfeldern gesetzt: Nahrungsquelle und Schatzkammer, Rohstofflager und Energielieferant, Arktis und Antarktis, Wetterküche und Klimamaschine, Seestraße und Handelsroute, Sehnsuchtsort und Naturgewalt.

Meere und Ozeane wurden vom BMBF als Themenschwerpunkt u. a. bei der G7-Wissenschaftsministerkonferenz 2015 in Deutschland eingebracht und stehen seither auf der Agenda. Mit MARE:N hat die Bundesregierung im Juni 2016 erstmals seit über zwei Jahrzehnten ein nationales Meeresforschungsprogramm unter Federführung des BMBF vorgelegt, das mit 450 Mio. Euro in zehn Jahren die Ressourcen im Bereich der Küsten-, Meeres- und Polarforschung bündeln soll. Somit fügt sich das Wissenschaftsjahr 2016*17 auch in die politische Agenda ein. Das Wissenschaftsjahr 2016*17 wird vom Konsortium Deutsche Meeresforschung (KDM) als fachlichem Partner begleitet.

Insgesamt engagierten sich über 160 Partner aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit mehr als 360 Veranstaltungen. Insgesamt sind mehr als 3.200 Beiträge in Print, Online, Hörfunk, TV und von Nachrichtenagenturen erschienen. Die verbreitete Auflage aller Print-Beiträge mit Bezug zum Wissenschaftsjahr lag bei rund 35 Millionen. Ein großer Teil der Bevölkerung wird zudem online (Webseite, Soziale Medien, Newsletter) erreicht. Es bestehen darüber hinaus Medienkooperationen mit „Junge Wissenschaft“, einem Magazin für Nachwuchswissenschaftler, mit „Einstieg“, einer Webseite und Magazin für die Studien- und Berufswahl junger Menschen, mit dem deutsch-französischen Fernsehsender ARTE und mit Radio Potsdam.

Eine zentrale Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche. Ziel der Aktionen und Projekte ist es, nicht nur Wissen über die Ozeane und ihre Rolle für unseren Planeten zu vermitteln, sondern auch eigene Aktivitäten und Engagement zu ermöglichen. Aktionsbeispiele sind:

- Für Kinder zwischen sechs und zehn Jahren wird das „Forscher Magazin“ herausgegeben. Die Themen der Hefte sind u. a. Biodiversität („Dem Hai auf der Spur“, Auflage 280.000) und Plastikverschmutzung („Dem Plastik auf der Spur“, Auflage 250.000).
- Die Aktion „Mein mobiles Küstenlabor“ fand bis Ende September 2016 an den deutschen Nord- und Ostseeküsten statt. Ziel war es, durch umweltpädagogische Aktionen und der Ausgabe von „Küstenlaboren“ Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren für den Lebensraum Küste zu begeistern und ihren Forschergeist zu wecken. 15.000 Küstenlabore wurden verteilt; fast 100 Vertriebspartner veranstalteten über 150 Aktionen an deutschen Küsten. In den Sommerferien 2017 wurde die Aktion in erweiterter Form wiederholt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- Die Citizen-Science-Aktion „Plastikpiraten – Das Meer beginnt hier!“ befasste sich mit dem Thema Mikro- und Makroplastik in der Umwelt und dem Einfluss des über die Binnengewässer in die Meere transportierten Plastikmülls. Sie richtete sich an 10- bis 16-jährige Jugendliche, die bundesweit in und an Fließgewässern Mikro- und Makroplastikproben entnahmen, diese auswerteten und ihre Ergebnisse der Wissenschaft zur Verfügung stellten.
- Schulklassen haben die Möglichkeit, über die Forschungsbörse eine/einen von 61 Meeresforscherinnen/Meeresforschern in den Unterricht einzuladen.
- Während der Schulkinowochen haben Schülerinnen und Schüler bundesweit die Gelegenheit, Kinofilme zu Meeresthemen zu sehen und teilweise mit Forscherinnen und Forschern über die Inhalte zu diskutieren.
- Das Wissenschaftsjahr war am 11. und 12. Juli 2016 auf dem Agendakongress zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Berlin präsent und informierte die 650 Gäste zu aktuellen Projekten und Themen des Wissenschaftsjahres.
- Im Sommer 2017 veranstaltet das Wissenschaftsjahr 2016*17 eine Schwimmstaffel in der Elbe, um auf Themen wie Gewässerverschmutzung, Biodiversität und Zusammenhang zwischen Fließgewässern und Ozeanen aufmerksam zu machen und wissenschaftliche Hintergründe dazu einer breiten Bevölkerung u. a. durch Rahmenveranstaltungen und Kommunikation zugänglich zu machen.

III. Nachwuchsgruppen

Nachwuchsgruppen ermöglichen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit außergewöhnlichen und innovativen Forschungsideen den Herausforderungen globaler Veränderungen zu begegnen und umsetzbare Lösungen zu finden.

IIIa. Nachwuchsgruppe sozial-ökologische Forschung (SÖF)

Zur Lösung komplexer gesellschaftlicher Probleme wie des Klimawandels oder der Energiewende bedarf es gut qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs, der in der Lage ist, Wissen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und außerwissenschaftlichen Quellen zusammenzubringen. Aus diesem Grund werden in der sozial-ökologischen Forschung gezielt interdisziplinär zusammengesetzte Nachwuchsgruppen gefördert. Junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen können mit einer eigenen Arbeitsgruppe innovative Forschungsideen zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen mit Bezug zu Nachhaltigkeit verfolgen. Ziel der Nachwuchsförderung ist es u. a., die Expertise in inter- und transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung dauerhaft zu erhöhen und im deutschen Wissenschaftssystem zu verankern. Inhaltlich befassen sich die Nachwuchsgruppen u. a. mit Social Entrepreneurship, nachhaltiger Fischerei, Mobilität und Rebound-Effekten.

IIIb. Nachwuchsgruppen Energieforschung

Um im Rahmen der Energieforschung Kompetenzen langfristig zu sichern, fördert das BMBF insgesamt 20 Nachwuchsgruppen an neun deutschen Universitäten und neun außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen forschen zu neuen Technologien für ein ganzheitliches Energiesystem. Ein besonderes Interesse gilt dem fachlichen Austausch und der engen Vernetzung der vom BMBF im Rahmen der Energieforschung geförderten Nachwuchsgruppen. In themenübergreifenden Nachwuchsgruppentreffen werden daher neben technologischen Fragestellungen auch Erfahrungen mit der BMBF-Nachwuchsförderung und Erwartungen an diese diskutiert, sowie Tipps zu weiteren Karrieremöglichkeiten gegeben.

IIIc. Nachwuchsgruppen „Globaler Wandel – 4+1“

Die Nachwuchsgruppen „Globaler Wandel – 4+1“ leisten mit neuen und innovativen Forschungsideen und Fragestellungen zu Themen wie dem Verlust von Biodiversität, dem Klimawandel oder der zunehmende Knappheit von Rohstoffen und Wasser wichtige Beiträge, um die Prozesse des Globalen Wandels zu verstehen und zukünftige Entwicklungen gestaltbar zu machen.

Ziel dieser Nachwuchsförderung ist es auch, junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in der Leitung von wissenschaftlichen Teams zu qualifizieren, um ihre Chancen zu erhöhen, sich in ihrem Forschungsfeld zu etablieren und ihnen Perspektiven für wissenschaftliche Karrieren in Deutschland und Europa zu eröffnen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Fördermaßnahme „Nachwuchsgruppen Globaler Wandel -4+1“ läuft seit 2013. Bislang wurden insgesamt 19 Nachwuchsgruppen gefördert.

IIId. Nachhaltiges Land- und Wassermanagement

In der Forschung für ein nachhaltiges Landmanagement werden Innovationsgruppen gefördert. Neben der Forschungs- und Entwicklungsarbeit werden in den Innovationsgruppen auch die Bedingungen für die Umsetzung der selbst entwickelten Lösungsansätze untersucht. Die Mitglieder einer Innovationsgruppe erwerben hierfür durch Fortbildungsmaßnahmen gezielt Kenntnisse zu Innovationsprozessen. Die dabei erlangte Innovationskompetenz kann später im beruflichen Umfeld genutzt werden.

Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus Ländern des Nahen Ostens, Zentral- und Südostasiens erhalten Master- und Promotionsstipendien, um in Deutschland im Wassersektor zu studieren bzw. zu forschen sowie sich fachbezogen auf Konferenzen und Messen zu vernetzen. Ziel ist die Etablierung eines Netzwerkes von jungen Führungskräften im Wassersektor (Behörden, Firmen, Universitäten) dieser Länder. Nach Abschluss der Ausbildung und Rückkehr in die Heimatländer sollen die Stipendiaten als Entscheidungsträger beim Auf- bzw. Ausbau der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung ihres Landes auf deutsche Technologien und Netzwerke zurückgreifen und als Brücke in diese Länder dienen.

IV. Sozialökologische Forschung

Das übergreifende Ziel der sozial-ökologischen Forschung (SÖF) ist es, gesellschaftliche Transformationsprozesse zu verstehen und Wissen zu erarbeiten, mit dem diese in eine nachhaltige Richtung gesteuert werden können. Es werden Probleme aufgegriffen, für die ein Handlungsbedarf in der Gesellschaft besteht. In einem engen Wechselspiel zwischen Wissenschaft und Gesellschaft werden dazu Forschungsfragen definiert und Lösungen erarbeitet. Im Dialog werden gesellschaftliche Akteure wie Verbraucherinnen und Verbraucher, Kommunen, Unternehmen, Politik und Zivilgesellschaft in Forschungsprozesse integriert und damit gesellschaftliche Lernprozesse angestoßen. Partizipative Bürgerbeteiligung und gesellschaftliche Akzeptanz sind dabei von hoher Bedeutung.

Wichtige Fördermaßnahmen in der SÖF sind u. a.:

- Nachhaltiges Wirtschaften: In den Forschungsprojekten werden u. a. Hemmnisse und Informationsdefizite auf dem Weg zu nachhaltigem Konsum identifiziert sowie neue Geschäftsmodelle und Bewertungsmöglichkeiten der Nachhaltigkeit von Unternehmenshandeln aufgezeigt. Darüber hinaus werden Handlungsoptionen für den Weg zum nachhaltigen Wirtschaften, z. B. für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, für die Aufskalierung und Übertragbarkeit von Erfolgsmodellen für nachhaltiges Wirtschaften oder für realistische Strategien für eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs auf einer systemischen Ebene aufgezeigt. Die Beteiligung von Praxispartnern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist zentral, um konkrete Nachhaltigkeitswirkungen hervorzurufen und praxisrelevante Ergebnisse zu erarbeiten. Geförderte Bildungsprojekte behandeln u. a. die Entwicklung konsumspezifischer Achtsamkeitskurse und die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen für eine effektivere Bildung für Nachhaltigen Konsum.
- Nachhaltige Transformation urbaner Räume: Die nachhaltige Transformation urbaner Räume zielt auf eine Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt ab, indem weniger Ressourcen verbraucht, Verteilungswirkungen und Teilhabemöglichkeiten gerechter gestaltet, verschiedene Kulturen und soziale Gruppen integriert sowie neue Formen der Kommunikation und der Kooperation von Kommune und Wirtschaft erprobt werden. Nicht zuletzt soll die Bevölkerung intensiver an den Prozessen und Entscheidungen zur Stadtentwicklung beteiligt werden. Bildungsbezogene Projekte werden u. a. in den Bereichen Empowerment und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten durchgeführt.

Allgemeine Weiterbildung, lebenslanges Lernen

Menschen durchlaufen ihre persönliche Bildungsbiographie – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung in formalen, non-formalen und informellen Bezügen. Das Lernen für den Erwerb und den Ausbau personaler, sozialer und fachlicher Kompetenzen soll im gesamten Lebenslauf Unterstützung erfahren. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens in den Kommunen, für die Bewältigung des demografischen Wandels und zur Stärkung einer demokratischen Kultur geleistet werden. BNE spielt hierbei eine besondere Rolle.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Kulturelle Bildung

Eine umfassende Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit darf nicht nur kognitive, sondern muss auch affektive und emotionale Fähigkeiten einbeziehen. Kulturelle Bildung befördert die kritische und kreative Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbstverständnis, dem kulturellen Erbe sowie mit der politischen und gesellschaftlichen Zukunftsperspektive.

Das BMBF fördert kulturelle Bildung insbesondere durch das Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“. Mit „Kultur macht stark“ fördert das BMBF seit 2013 Maßnahmen der außerschulischen Bildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche zwischen 3 und 18 Jahren. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg abzuschwächen. Immer noch haben Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern weniger Zugang zu außerschulischen kulturellen Bildungsangeboten. Diese Angebote ermöglichen in besonderem Maße gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten. Etwa 450.000 Kinder und Jugendliche konnten bisher in rund 5.500 Bündnissen erreicht werden. „Kultur macht stark“ läuft bis Ende 2017, insgesamt stellt das BMBF bis zu 230 Mio. Euro zur Verfügung.

Eine wesentliche Grundlage zur Sicherung einer hohen Qualität und Nachhaltigkeit kultureller Bildung ist die Qualifizierung Kunst- und Kulturschaffender. Das BMBF fördert seit 2014 mit einem Volumen von 7,5 Mio. Euro bis Mitte 2017 14 Projekte zur Entwicklung solcher Modelle zur pädagogischen Weiterbildung. In enger Kooperation von Hochschulen und Bildungseinrichtungen werden diese Modelle konzipiert und erprobt.

Kulturelle Bildung bedarf aber auch der kontinuierlichen Weiterentwicklung. Hierfür leistet die Forschung einen wichtigen Beitrag. Das BMBF hat daher im Oktober 2015 eine Förderrichtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben zur kulturellen Bildung veröffentlicht. Auf dieser Grundlage werden seit Ende 2016 16 Forschungs-vorhaben über drei Jahre mit insgesamt ca. 7,5 Mio. Euro gefördert.

BMBF-Aktivitäten im internationalen und nationalen Kontext

Durch die Berücksichtigung der zahlreichen Aktivitäten in den unterschiedlichen Bildungsbereichen wird nicht nur den verschiedenen Phasen des lebenslangen Lernens, sondern auch den vielschichtigen Entwicklungen in den einzelnen Bildungsbereichen Rechnung getragen. Ziel ist hierbei die kontinuierliche Rückkopplung zu den Sustainable Development Goals (SDGs) und dem WAP BNE auf internationaler Ebene sowie zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auf nationaler Ebene zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang spielt im Rahmen des WAP die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Bundesressorts – insbesondere dem BMUB, dem BMZ und dem BMFSFJ – aber auch mit den Vertretungen der Länder und den Vertretungen der Kommunen und Gemeinden auf lokaler Ebene eine besondere Rolle.

5.5 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Die Land- und Ernährungswirtschaft leistet vielfältige Beiträge zur sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hoher Qualität, zur Gestaltung der Kulturlandschaft und zur Bewahrung der natürlichen Grundlagen, zur Entwicklung der Lebensqualität und Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen sowie zur Energieversorgung der Volkswirtschaft und zur stofflichen Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung kommt hier eine besondere Rolle z. Daher fühlt sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) der stetigen Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung und der Beratung im gesamten Agrar- und Waldbereich in besonderem Maße verpflichtet. Das BMEL hat dabei in besonderem Maße auch die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im Blick.

Agrarische Aus-, Fort- und Weiterbildung

Die Hauptaktivitäten des BMEL im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung liegen im Bereich der Agrarbildung und in der Verbraucheraufklärung. Sie umfassen für den Berichtszeitraum die Schwerpunkte agrarische Aus-, Fort- und Weiterbildung, Informationsmaßnahmen sowie Modellvorhaben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vor dem Hintergrund geänderter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie des demografischen Wandels sind Fragen der beruflichen Bildung auch für den Agrarbereich eine entscheidende Zukunftsinvestition zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung. Zur Unterstützung der steigenden Aktivitäten für die Nachwuchssicherung der Agrarwirtschaft sieht das BMEL eine Verantwortung in der Schaffung der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen der kontinuierlichen Modernisierung und Anpassung von Regelungen zur landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung wird besonderer Wert darauf gelegt, dass neben den Umweltaspekten auch die weiter gehenden Nachhaltigkeitsaspekte in diese Regelungen integriert werden. Die Berufe des Agrarbereichs schreiben bereits seit Jahren in den Reglungen zur Aus- und Fortbildung konkrete, im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens erforderliche Qualifikationsanforderungen verbindlich fest. So wurde in die Ausbildungsordnungen eine Berufsbildposition eingeführt, die sich auf die zielgerichtete Vermittlung von Sozialkompetenzen in der betrieblichen Erstausbildung orientiert. In den Meisterprüfungsverordnungen wurde der Bereich Mitarbeiterführung durch die Schaffung eines speziellen Prüfungselements in seiner Bedeutung gestärkt. Mit der konsequenten Umsetzung komplexer, ganzheitlicher Prüfungsmethoden in den agrarischen Aus- und Fortbildungsordnungen wurde der Aspekt des Erwerbs und des Nachweises von Schlüsselqualifikationen im Sinne nachhaltigen Handelns erheblich verstärkt. Die Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens in die Ausbildungspraxis im Sinne der VN-Agenda 2030 bedarf allerdings noch weiterer Anstrengungen, insbesondere auch bei der Weiterbildung der betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder sowie der Ausbildungsberaterinnen und -berater.

Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN)

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau wurde in 2001 aufgelegt und Ende 2010 um den Bereich „andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ erweitert. Mit dem Ziel, weiterhin die Rahmenbedingungen für die ökologische und nachhaltige Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln in Deutschland zu verbessern, wurde im Programm, aufbauend auf der Identifikation von Problemen und Entwicklungspotenzialen, ein Bündel von Maßnahmen initiiert, um gezielt Wachstums- und Entwicklungshemmnisse abzubauen. Zentrale Bausteine sind dabei bildungspolitische Aspekte wie Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen, Wissenstransfer sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.[22] Folgende Maßnahmen tragen in besonderem Maße zur Bildung für nachhaltige Entwicklung bei:

Es wurden eine Vielzahl von methodisch aufbereiteten Informationsmaterialien über Bio-Produkte für den Einsatz in allgemein bildenden Schulen, in einschlägigen Berufs- und Fachschulen sowie in der Weiterbildung entwickelt und den Bildungseinrichtungen u. a. über das Internet zur Verfügung gestellt (www.oekolandbau.de/lehrer). Für alle Schulformen steht im Öko-Schulportal eine Vielzahl an Unterrichtsmaterialien zu verschiedensten Themen zur Verfügung. Die Materialien umfassen sowohl methodisch-didaktische Hinweise für die Lehrkräfte als auch Arbeitsmaterialien für Schülerinnen und Schüler. Hinzu kommen Vorschläge für Projekte und außerschulische Lernorte.

Seit 2003 hatten Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 10 aller Schularten die Möglichkeit, am jährlichen Schülerwettbewerb „Bio find ich kuh-l“ teilzunehmen. Seit Beginn haben sich rund 44 000 Schülerinnen und Schüler am Wettbewerb beteiligt. Er fand in dieser Form im Schuljahr 2011/2012 zum letzten Mal statt. Er wurde durch den neuen erweiterten Wettbewerb „ECHT KUH’L!“ abgelöst (www.ECHTKUH-L.de). Dieser Schülerwettbewerb beschäftigt sich grundsätzlich mit nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährung sowie dem Ökolandbau, setzt jedoch auch thematische Schwerpunkte. Im Schuljahr 2016/2017 steht die Herkunft (Regionalität) von Lebensmitteln im Mittelpunkt.

In speziellen Veranstaltungen und Workshops erhalten Verpflegungsverantwortliche, insbesondere in Kindertagesstätten und Ganztagsschulen, die Möglichkeit, sich mit Fragen der gesunden Ernährung sowie den Möglichkeiten zur Integration von Bio-Produkten und anderen besonders nachhaltig erzeugten Lebensmitteln in die Speiseplanung auseinanderzusetzen. Seit 2002 wurden bislang unter dem Logo „Bio kann jeder – nachhaltig essen in Kita und Schule!“ (www.biokannjeder.de) bundesweit insgesamt über 1000 Informationsveranstaltungen durchgeführt und mehr als 20 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht.

Außerdem wurden spezielle Informationsmaßnahmen entwickelt, in denen Landwirte und Verarbeiter des Ernährungsgewerbes in ein- oder mehrtägigen Veranstaltungen über Möglichkeiten einer nachhaltigen Ausrichtung ihrer Produktion bzw. Verarbeitung informiert werden.

[22] In den Jahren 2008 und 2010 wurde das Bundesprogramm als Maßnahme in den Nationalen Aktionsplan der UN-Dekade aufgenommen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Demonstrationsbetriebe Ökologischer Landbau sind ebenfalls als wichtiger Lernort für Schülerinnen und Schüler, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Landwirte zu nennen. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Forschungsprojekte zum ökologischen Landbau und anderen Formen nachhaltiger Landwirtschaft durch zahlreiche Wissenstransferveranstaltungen der Praxis vorgestellt.

Die im Berichtszeitraum vom BMEL entwickelte „Zukunftsstrategie ökologischer Landbau“ enthält das Handlungsfeld „Zugänge zur ökologischen Landwirtschaft erleichtern“. Dieses umfasst verschiedene Maßnahmenkonzepte, die unterschiedlichen Ebenen der Berufsaus- und -weiterbildung sowie der Aus- und Weiterbildung von Beratungskräften adressieren. Darüber hinaus stehen auch die Bewertung und Weiterentwicklung von Unterrichtsmaterialien und Unterrichtseinheiten sowie die Entwicklung und Bereitstellung von Beratungsinstrumenten im Fokus.

Bildung und Information über Ernährung, Bewegung und Gesundheit

Gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sind die Voraussetzungen für Wohlbefinden und Lebensqualität und legen die Grundlage für eine aktive und leistungsfähige Gesellschaft. Zielgruppenspezifische und praxisbezogene Ernährungsbildung ist ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Lebensweise. Sie trägt zum Schutz der persönlichen wie der gesellschaftlichen Ressourcen bei und ist gerade auch mit Blick auf den demografischen Wandel und die Stabilität des Generationenvertrages eine wichtige Investition in die Zukunft.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung am 25. Juni 2008 den Nationalen Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ beschlossen. Er wird vom BMEL und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) getragen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 das Ernährungs- und Bewegungsverhalten in der gesamten Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Zwei Ansätze bilden dabei die Grundpfeiler von „IN FORM“: Zum einen Information und Motivation der Bevölkerung zu einem gesunden Lebensstil (Verhaltensprävention), zum anderen die Schaffung von Strukturen in allen Lebensbereichen, die gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung erleichtern sollen (Verhältnisprävention).

Zur Umsetzung werden die bereits vorhandenen vielfältigen Initiativen gebündelt und verstetigt. Zudem werden verschiedene bundesweite Maßnahmen und Modellprojekte durch den Bund gefördert. So wurden im Bereich Ernährungsbildung in Schulen der Ernährungsführerschein für Grundschülerinnen und Grundschüler, das Unterrichtskonzept SchmExperten für die Klassen 5 bis 8 und die Ess-Kult-Tour für die Sekundarstufen I und II konzipiert. Die Bildungsangebote vermitteln praktische und theoretische Kenntnisse und legen somit den Grundstein für langfristige Auswirkungen auf das eigene Ernährungsverhalten und das nachfolgender Generationen. Da die prägende Phase für einen gesunden Lebensstil sehr früh beginnt, ist gerade das Ansetzen bei den Jüngsten von entscheidender Bedeutung. Deshalb wurde im Rahmen von „IN FORM“ das Netzwerk „Gesund ins Leben“ gegründet, das jungen Familien Orientierung mit einheitlichen und verständlichen Informationen gibt. Bei all diesen Ansätzen ist es wichtig, Vernetzung zu schaffen und mit den jeweiligen relevanten Praxisakteuren zusammenzuarbeiten. So wurden zur Sicherstellung der Weitergabe von Wissen und zum Aufbau eines Informations- und Kommunikationsnetzwerkes z. B. die Vernetzungsstellen Schulverpflegung eingerichtet. Um Praxisakteuren und Multiplikatoren einheitliche Informationen über eine gesundheitsförderliche Gemeinschaftsverpflegung zu geben, entwickelte die DGE im Auftrag des BMEL für alle Lebenswelten Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung. Sie thematisieren neben einer ausgewogenen Lebensmittelauswahl und Umsetzungstipps auch Rahmenbedingungen wie Raumgestaltung sowie ökologische Aspekte wie Herkunft der Lebensmittel oder energiesparende Verarbeitung und bieten damit ein ganzheitliches Konzept. Bei der Bereitstellung von Informationen hört „IN FORM“ aber nicht auf, sondern bietet gezielt Schulungen und Fortbildungen zu den unterschiedlichen Themen in den jeweiligen Lebenswelten für Multiplikatoren an. Besondere Bedeutung hat dies u. a. im Hinblick auf unsere alternde Gesellschaft und die Weiterbildung von Pflegepersonal. Auch hier wurden im Rahmen von „IN FORM“ mit „Fit im Alter“ und „Station Ernährung“ vielfältige Informationen entwickelt. Alle Materialien stehen kostenlos zum Download auf der Website www.in-form.de zur Verfügung.

Im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurden „IN FORM“-Aktivitäten wie das Ernährungsbildungskonzept „Ess-Kult-Tour“ und die „Bundesweiten Tage der Schulverpflegung“ als offizielle Dekade-Projekte ausgezeichnet.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zur weiteren Verbesserung der Ernährungsinformation und Ernährungskommunikation hat BMEL Anfang des Jahres 2017 das Bundeszentrum für Ernährung in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung eingerichtet. Anspruch dieser Einrichtung ist es, die Flut an Informationen rund um das Thema Essen zusammenzuführen, zu ordnen und Verbraucherinnen und Verbrauchern verständlich zu vermitteln – und zwar direkt oder mittelbar über Multiplikatoren wie bspw. Ernährungsberater und -beraterinnen.

Bildung für eine nachhaltige Ernährung, Lebensmittelverluste vermeiden

Die Bundesregierung sieht sich in der Verantwortung, die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen, die die internationale Staatengemeinschaft in New York Ende September 2015 verabschiedet hat. Dies betrifft auch die Reduktion vermeidbarer Lebensmittelabfälle und -verluste. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (englisch: Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) geht davon aus, dass etwa ein Drittel der für die menschliche Ernährung produzierten Lebensmittel auf dem Weg vom Acker bis auf den Teller verloren geht. Die Ursachen unterscheiden sich: In den ärmeren Ländern werden die Verluste vor allem nach der Ernte, beim Transport und der Lagerung verursacht. In Ländern wie Deutschland, wo tagtäglich quasi rund um die Uhr ein großes Angebot an Nahrungsmitteln zur Verfügung steht -170.000 Produkte bietet der Lebensmittelhandel an -, entsteht ein Großteil der Verluste in den privaten Haushalten.

Entsprechend SDG 12.3 soll die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene halbiert und die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste einschließlich Nachernteverluste verringert werden. Die Umsetzung dieses Ziels wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, die nur gelingen kann, wenn sich alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette mit eigenen, möglichst konkreten Beiträgen beteiligen und das gesellschaftliche Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln fördern. Mit der vom BMEL im März 2012 gestarteten Initiative „Zu gut für die Tonne!“ ist es in den letzten Jahren gelungen, durch gezielte Information der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Wertschätzung unserer Lebensmittel zu erhöhen und eine bessere Wahrnehmung durch Medien und Öffentlichkeit zu erreichen. Zentrale Bausteine sind dabei bildungspolitische Aspekte wie Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen sowie Forschungsmaßnahmen. Ziel ist, die Menschen für den Wert der Lebensmittel zu sensibilisieren und vor allem das Bewusstsein für die Wertschätzung von Lebensmitteln zu schärfen. Denn was man achtet, wirft man nicht achtlos weg. Mit der Fokussierung auf die Wegwerfproblematik, also die Nicht-Wertschätzung von Lebensmitteln, durch die Initiative „Zu gut für die Tonne!“ ist eine thematische Zuspitzung erreicht worden. Klar formulierte Botschaften wie „Jedes achte Lebensmittel, das wir kaufen, werfen wir weg. Du kannst das ändern.“ in Verbindung mit den „traurigen“ und gleichzeitig wertigen Lebensmitteln als emotional ansprechende Botschafter hat sich als erfolgreich erwiesen.

Die Aufmerksamkeit für das Thema und die Initiative „Zu gut für die Tonne!“ ist seitdem Start der Initiative 2012 ungebrochen. Die entwickelten Maßnahmen sind so vielseitig wie ihre Zielgruppen: Neben zahlreichen Informationsmaterialien für Verbraucher, Multiplikatoren und Akteure der Wertschöpfungskette, wurde beispielsweise eine App entwickelt, die bereits 800.000-mal heruntergeladen wurde. Die Kampagnenseite www.zugutfuerdietonne.de wird von 5000 Personen pro Woche besucht, mittlerweile sind knapp 500 Rezepte online. In 15 Städten fanden gemeinsam mit Slow Food Deutschland e.V. und dem Bundesverband Deutsche Tafel e. V. Aktionstage statt und über die Studentenwerke wurde in Mensen und Wohnheimen informiert. Mittlerweile wurde zum zweiten Mal der Bundespreis für Engagement gegen Lebensmittelverschwendung ausgelobt und verliehen. Zahlreiche Initiativen, Privatpersonen und Unternehmen haben sich beworben und ihr Interesse und Engagement für Lebensmittelwertschätzung demonstriert. Seit Oktober 2015 werden auch kostenfreie Unterrichtsmaterialien für die Klassenstufen 3 bis 6 und 7 bis 9 angeboten, die sehr gut nachgefragt werden. Aufbauend auf die Maßnahmen der Initiative und das Interesse der Akteure wurde ein Strategieprozess gestartet, in den die Bundesländer und die Akteure entlang der Wertschöpfungskette eng eingebunden werden.

Bildung für die Bedeutung der Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung

Mit dem Projekt „Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung“ (Laufzeit 2013 – 2015) wurden die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung des Waldes und einer nachhaltigen Forstwirtschaft für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und die Umwelt stärker herausgestellt. Hierzu wurden mehrere Informationsmedien entwickelt, darunter das Webportal www.waldkulturerbe.de und die BMEL-Broschüren „Unser Wald – Natur aus Försterhand“, „Unsere Waldbäume“ sowie „Der Wald in der Weltgeschichte“. Diese finden bei den Zielgruppen reges Interesse und werden auch nach Abschluss des Projektes weiterhin eingesetzt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zum internationalen Waldjahr 2011 hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Taschenbroschüre mit dem Titel „Entdecke den Wald – Die kleine Waldfibel“ herausgegeben. Die Waldfibel erklärt wichtige Pflanzen und Tiere unserer Wälder, Themenseiten geben Hinweise zum richtigen Verhalten im Wald, erklären die Aufgaben des Waldes und die Arbeitsweise einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Eine inhaltlich identische Waldfibel-App greift die Möglichkeiten der neuen digitalen Medien auf und macht die Waldfibel mit ihren Inhalten für Smartphones und Tabletts zugänglich. Für Leseanfänger und Kinder mit Förderbedarf gibt es die kleine Waldfibel in einfacher Sprache.

Das speziell für Schulen entwickelte Bildungsprojekt „SOKO Wald“ soll Kindern die Bedeutung des Waldes nahebringen. Hierzu besuchten ausgebildete Waldpädagogen die Schulen. BMEL hat dieses von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) entwickelte Konzept gemeinsam mit der SDW erstmalig im Internationalen Jahr der Wälder 2011 erprobt. Aufgrund der großen Resonanz wurde die Maßnahme bis zum Jahr 2015 fortgeführt. Flankierend zu den Schulbesuchen wurden Schulungen für Lehrkräfte und andere Multiplikatoren angeboten, die das Thema Wald in ihrem Unterricht selbst aufgreifen bzw. vertiefen möchten. Das Projekt wurde 2012 von der deutschen UNESCO-Kommission als Projekt der VN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

Bilateraler Wissenschaftleraustausch für eine nachhaltige Zusammenarbeit

Der Bilaterale Wissenschaftleraustausch ist ein Instrument zur Förderung projektbezogener Zusammenarbeit deutscher wissenschaftlicher Einrichtungen des Agrar-, Ernährungs-, Forstwirtschafts- und Fischereibereichs sowie des ernährungs- und gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzsektors mit ausländischen Forschungsinstituten. Bei den geförderten Forschungsvorhaben spielen Nachhaltigkeitsaspekte eine wichtige Rolle. Ziel ist es, eine möglichst langjährige, für beide kooperierenden Länder vorteilhafte Zusammenarbeit zu etablieren. Ein Aspekt diese Zusammenarbeit ist die Qualifikation von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern durch ein im Aufbau befindliches Doktorandenprogramm.

Bildungsmaßnahmen zur Ernährungssicherung im Rahmen des bilateralen Treuhandfonds mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Im Rahmen der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) sind Bildungsmaßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung wiederholt integraler Bestandteil der Aktivitäten des BMEL. Durch einen bilateralen Treuhandfonds (BTF) mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) unterstützt das BMEL Projekte zur Ernährungssicherung sowie zur Bekämpfung von Unter- und Mangelernährung in den ärmsten Regionen der Welt. Die Förderung von Bildung in Ernährungsfragen im ländlichen und urbanen Raum, mit besonderem Blick auf die Rolle von Frauen, ist dabei einer der Schwerpunktthemen des BTF.

Ernährungsprobleme auf der Konsumentenebene sind häufig durch eine ungenügende Verwendung und Verwertung von Nahrungsmitteln bedingt. Wissen und Fähigkeiten um richtige Ernährung spielen eine wichtige Rolle. In diesem Kontext wird einmal das Bildungsangebot für Ernährungserziehung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z. B. Studenten, Erzieher, Hebammen oder Agrarfachleute) durch die Entwicklung von Curricula und Materialen sowie die Förderung von Bildungsinstitutionen verbessert. So wurden, durch das mit BTF-Mitteln unterstützte Programm „Education for Effective Nutrition in Action“ (ENACT), lokal angepasste Ausbildungsmodule unter Verwendung regionaler Best Practices erarbeitet und in die Lehrpläne lokaler Universitäten implementiert. Das Ausbildungsprogramm wurde im Zeitraum von 2011 bis 2016 für sieben englischsprachige afrikanische Länder entwickelt und auf weitere sechs französischsprachige Länder südlich der Sahara ausgeweitet.

Auf der Ebene der Politik sollen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Ernährungssicherheit durch Einflussnahme auf die Etablierung von Strategien und die Umsetzung von Politiken verbessert werden (z. B. Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung). Zu diesem Zweck unterstützt und begleitet das BMEL aktiv die Umsetzung der „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ (VGGT), welche im Jahr 2012 im Ausschuss für Welternährungssicherung der Vereinten Nationen (CFS) einstimmig beschlossenen wurden. Seither wurden im Rahmen von BTF-Projekten in Sierra Leone, Liberia, Äthiopien, Nepal und der Mongolei technische Leitfäden, Trainings und Online-Lernprogramme entwickelt, die das Verständnis für die Freiwilligen Leitlinien verbessern und die Beteiligten in die Lage versetzen, sie umzusetzen und leichter anzuwenden. Zugangsrechte zu Land und anderen produktiven Ressourcen sind für die Menschen in ländlichen Gebieten überlebenswichtig und somit ein Schlüsselfaktor zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.6 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist es besonders wichtig, den Menschen durch lebenslanges Lernen und die Weitergabe von Erlerntem zu ermöglichen, etwas für sich und für andere zu erreichen. Das ist nicht nur entscheidend, um Wachstum und Wohlstand zu wahren, sondern auch und insbesondere im Hinblick auf Gerechtigkeit und Zusammenhalt sowie mit Blick auf unsere alternde Gesellschaft im Kontext des demografischen Wandels.

Mit der Förderung von Aktivitäten für Bildung und Teilhabe, insbesondere in den Bereichen frühkindliche Bildung sowie der non-formalen und informellen Bildung, leistet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wichtige Beiträge zur Vermittlung von Gestaltungskompetenz, um Wissen über nachhaltige Entwicklung anzuwenden und zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen.

Förderung in der Kindheit und Jugend und generationenübergreifend

Außerschulische Jugendbildung

Das BMFSFJ fördert nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes die bundeszentralen Infrastrukturen der außerschulischen politischen, kulturellen und sportlichen Bildung sowie der Verbände und Fachorganisationen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein wichtiger Bestandteil der außerschulischen Jugendbildung. Einige der geförderten Jugendverbände haben explizit den Umweltschutz und die Umweltbildung zum Ziel (zum Beispiel Naturschutzjugend, Naturfreundejugend oder BUNDjugend). Bei anderen ist nachhaltige Entwicklung in der Dimension der 17 Sustainable Development Goals (SDG) Teil ihrer pädagogischen Arbeit, zum Beispiel in den Pfadfinderverbänden, den konfessionellen Verbänden oder den humanitär arbeitenden Jugendverbänden (zum Beispiel Jugendrotkreuz, Jugendfeuerwehr, THW-Jugend). Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans BNE ist der Deutsche Bundesjugendring für die Jugendverbände in der Nationalen Plattform vertreten. Einige Jugendverbände sind darüber hinaus im Fachforum „non-formales und in-formelles Lernen/Jugend“ mit Vertretern und Vertreterinnen engagiert.

Auf der Grundlage des von einem trägerübergreifenden Arbeitskreises zu BNE in der internationalen Jugendarbeit erarbeiteten Konzepts „Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in die internationale Jugendarbeit“ hat IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. im Rahmen des Innovationsforums Jugend global eine Handreichung „Internationale Begegnung gestaltet Zukunft“ herausgegeben, die sowohl über Ideen und Ziele einer BNE in der internationalen Jugendarbeit informiert, wie über methodisch-didaktische Aspekte der Umsetzung und praktische Anregungen sowie Hinweise zu Fördermöglichkeiten gibt.

Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“

Das Jugend- und junge Erwachsenenalter ist eine eigenständige Lebensphase, die besonderer politischer Aufmerksamkeit sowie passender Konzepte und Angebote bedarf. Diese Sichtweise liegt dem Ansatz der – entsprechend so genannten – Eigenständigen Jugendpolitik zugrunde.

Mit der 2015 gestarteten Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sollen die von 2011 bis 2014 in einem bundesweiten Prozess entwickelten Leitlinien der Eigenständigen Jugendpolitik umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Die Jugendstrategie stellt junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in den Mittelpunkt ressortübergreifenden Handelns. Handlungsleitend sind die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher und junger Erwachsener.

Bildung ist ein wichtiger Teil der Lebensphase Jugend. Jugendliche und junge Erwachsene bereiten sich damit auf ihre Zukunft vor und stellen Weichen. Die Lern- und Bildungsorte und -prozesse sind vielfältig und werden in formale, non-formale und informelle unterteilt. In Bildungseinrichtungen verbringen junge Menschen einen großen Teil ihres Alltags. Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich jedoch nicht nur formalen Bildungsanforderungen stellen, sondern auch persönliche Entwicklungsaufgaben meistern; Wissens- und Kompetenzerwerb müssen in einem guten Verhältnis zueinander stehen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Jugendstrategie hat vier große Handlungsfelder. Diese systematisieren die zentralen Handlungsbedarfe auf dem Weg zu einer jugendgerechten Gesellschaft. Diese Handlungsfelder entsprechen einer idealtypischen Darstellung, in der Praxis sind die Übergänge fließend:

- Politik für, mit und von Jugend: wirkungsvolle Jugendbeteiligung,
- Zwischen Anforderungen und Bedürfnissen: Zeiten und (Frei-)Räume,
- Zukunftspolitik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen: gesellschaftliche Perspektiven und soziale Teilhabe,
- Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen.

Die Jugendstrategie vertritt einen weiten Bildungsbegriff, der Prozesse und Orte der formalen Bildung ebenso einschließt wie non-formale und informelle Bildung, etwa in der Jugendarbeit. Auch Bildung für nachhaltige Entwicklung ist Teil dieses weiten Bildungsbegriffes. Die Herausforderung besteht darin, die verschiedenen Bildungsprozesse als gleichermaßen bedeutsame, sich gegenseitig bedingende Prozesse anzuerkennen, die gesellschaftlich ermöglicht werden müssen. Dazu gehören notwendige Freiräume, aber etwa auch jugendgerechte Angebote und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Schulen, die sich gleichermaßen als Lern- und Lebensorte verstehen.

Unter dem Dach der Jugendstrategie wirkt eine Interessengemeinschaft für eine jugendgerechte Gesellschaft zusammen. Das Ziel ist eine Gesellschaft, die die junge Generation an allen Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen, und die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen faire Bedingungen bietet, um die Herausforderungen dieser Lebensphase zu meistern.

Frühkindliche Bildung

Zu einer guten und nachhaltigen Familienpolitik, die sich an den Lebensentwürfen der Menschen orientiert, Elternschaft, die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt sowie zur Verwirklichung von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit von Kindern gehört ein quantitativ bedarfsgerechtes Angebot sowie eine hohe, an den Bedürfnissen der Kindern orientierte pädagogische Qualität in der Kindertagesbetreuung. Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sind erste außerfamiliale Bildungsorte und leisten einen wichtigen Beitrag, um die Teilhabechancen von Kindern zu verbessern. Ergänzend zur elterlichen Erziehung werden hier Kinder von Anfang an bis hinein in das Schulalter aktiv unterstützt, sich in spielerischer Form die Welt anzueignen und wichtige soziale und personale Schlüsselkompetenzen als Grundlage für aktive Teilhabe und Partizipation zu erwerben.

Die Bundesregierung unterstützt die Länder und Kommunen beim bedarfsgerechten Ausbau von Angeboten der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. In dieser Legislaturperiode unterstützt der Bund den quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung mit 550 Mio. Euro aus dem dritten Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“. Seit 2015 stellt der Bund den Ländern zudem jährlich 845 Mio. Euro für Betriebskosten zur Verfügung, in den Jahren 2017 sowie 2018 erhöht er diese Unterstützung jeweils noch einmal um 100 Mio. Euro. Das entspricht insgesamt 6,26 Mrd. Euro an Betriebskostenzuschüssen in den Jahren 2009 bis 2018. Zudem erhalten die Länder die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei werdenden Mittel in Höhe von rund zwei Mrd. Euro bis 2018 für Zwecke der Kinderbetreuung.

Parallel zum quantitativen Betreuungsausbau, der wegen steigender Mehrbedarfe aufgrund gestiegener Geburtenzahlen sowie der Integration von Kindern mit Fluchthintergrund weiterhin notwendig ist, ist die Weiterentwicklung der Bildungsqualität in der Kindertagesbetreuung von besonderer Bedeutung. Durch das Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung wurde 2017 die Grundlage für das vierte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017-2020 geschaffen. Das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird von 2017 bis 2020 um weitere 1,126 Mrd. Euro aufgestockt. Damit können nicht nur zusätzliche Plätze für Kinder bis zum Schuleintritt geschaffen werden, sondern es wird auch die Förderung von Ausstattungsinvestitionen, die beispielsweise der gesundheitlichen Versorgung, Inklusionsmaßnahmen oder der Einrichtung von Ganztagsplätzen dienen, ermöglicht.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zur Weiterentwicklung der Qualität der Kindertagesbetreuung haben Bund und Länder in 2014 einen gemeinsamen Prozess zur Vereinbarung gemeinsamer Qualitätsziele initiiert. Im Rahmen dessen wurde im November 2016 auf der Bund-Länder-Konferenz der für Kindertagesbetreuung zuständigen Fachministerinnen und Fachminister ein Zwischenbericht von Bund und Ländern vorgelegt, der Handlungsziele und Entwicklungsperspektiven dazu beschreibt (Näheres auf www.fruehe-chancen.de). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begrüßt, dass die Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai 2017 mit großer Mehrheit den Beschluss „Frühe Bildung weiter entwickeln und finanziell sichern – Eckpunkte für ein Qualitätsentwicklungsgesetz“ gefällt hat.

Zudem setzt die Bundesregierung verschiedene Bundesprogramme zur Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung (Bundesprogramme „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“, „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“, „Kindertagespflege“, „KitaPlus“ sowie „Qualität vor Ort“) um.

Im Rahmen des durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebenen Internetportals „Frühe Chancen“ (www.fruehe-chancen.de) werden regelmäßig Informationen über Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aufbereitet und öffentlich zur Verfügung gestellt, um nachhaltiges Denken und Handeln in der frühkindlichen Bildung weiter zu verbreiten.

Initiative „JUGEND STÄRKEN im Quartier“

Das ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unterstützt in der aktuellen ESF-Förderperiode Angebote für junge Menschen zur Überwindung von sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen am Übergang von der Schule in den Beruf. Der Schwerpunkt liegt in benachteiligten Quartieren, in denen die soziale und wirtschaftliche Lage junger Menschen besonders schwierig ist (z. B. Gebiete des Städtebauförderungsprogramms der „Sozialen Stadt“ und vergleichbaren Brennpunkten).

In der ersten Förderrunde 2015 bis 2018 setzen 177 Modellkommunen in Kooperation mit freien Trägern Projekte zur Förderung junger Menschen im Themenfeld der Ju-gendsozialarbeit um. Die zweite Förderrunde ab 2019 ist in Vorbereitung.

Jugendmigrationsdienste

Bundesweit werden an über 450 Standorten die Jugendmigrationsdienste gefördert. Sie begleiten junge Menschen mit Migrations- und/oder Fluchthintergrund, die vergleichsweise geringere Chancen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund haben. Durch individuelle Förderung, Beratung und Begleitung soll die Teilhabe am Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gefördert und gestärkt werden. Die Jugendmigrationsdienste dienen als Verbindungsstelle zu den Regeleinrichtungen vor Ort und sind somit Teil eines Netzwerks zur Unterstützung junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren. Seit dem 01.01.2017 sind die Jugendmigrationsdienste auch für alle jungen Flüchtlinge geöffnet, die sich rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung in Deutschland auf**halten.**

Förderung des Modellprojekts „JUGEND STÄRKEN: 1000 Chancen im Quartier“ der Wirtschaftsjunioren Deutschlands

Die Wirtschaftsjunioren Deutschlands unterstützen bundesweit die beiden vorgenannten Projekte durch ihre ehrenamtliche Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit vor Ort. Dies geschieht unter Nutzung des DIHK-Netzwerks. Sie bieten jungen Menschen niedrigschwellige Angebote. Jugendliche erhalten Einblicke in die Arbeitswelt und werden zum Erreichen eines Schulabschlusses motiviert. Damit fördern sie die Entwicklung junger Menschen und tragen so zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.

Bürgerschaftliches Engagement und Zusammenarbeit der Generationen

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule jedes freiheitlichen, demokratischen und sozialen Gemeinwesens. Die nachhaltige Stärkung dieser Säule durch altersangemessene und altersübergreifende Bildungsangebote wie z. B. Service Learning und die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens ist entscheidend für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir die Bereitschaft der Menschen, Wissen weiterzugeben und andere an ihren Erfahrungen teilhaben zu lassen und auch so Verantwortung für-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

einander zu übernehmen, fördern und in nachhaltige politische Antworten auf gesellschaftlichen Herausforderungen wie den demografischen Wandel einbeziehen.

Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus

Unmittelbar im Anschluss an das Aktionsprogramm II wurde die Förderung der erfolgreichen Arbeit der Mehrgenerationenhäuser mit dem am 1. Januar 2017 gestarteten Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus fortgesetzt. Die bundesweit rund 550 Mehrgenerationenhäuser stehen allen Menschen vor Ort, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und kulturellem Hintergrund als Anlauf- und Begegnungsstätten zur Verfügung. Sie legen ihren Fokus auf das generationenübergreifende und –verbindende Miteinander und Füreinander und sind Knotenpunkte freiwilligen Engagements. Der Austausch der Generationen bietet die Möglichkeit, Wissen und Erfahrungen zu erhalten und weiterzugeben und sich mit Meinungen und Standpunkten von Jung und Alt kritisch auseinanderzusetzen. Die Bildungsangebote der Mehrgenerationenhäuser sind für Menschen aller Generationen, mit oder ohne Migrationshintergrund, gewinnbringend. Gemeinsames Lernen und gegenseitiger Austausch bereichern die Menschen und motivieren sie so zur gesellschaftlichen Teilhabe. In den Häusern werden nicht selten auch Veränderungsprozesse für die Gestaltung des sozialen Umfeldes angeregt, Bürgerdialoge geführt, Stimmungen und Standpunkte gesammelt und an die Kommune kommuniziert, um bürgerorientierte, nachhaltige Entscheidungen zu bewirken. Damit sind die Mehrgenerationenhäuser wichtige Lernorte für Partizipation und fungieren oftmals als Sprachrohre in die Kommune.

Durch die Einbeziehung und Aktivierung von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte und deren Unterstützung z. B. im Rahmen von Sprachkursen oder Beratungsangeboten werden die gegenseitige Verständigung gefördert, Selbstbewusstsein und Selbständigkeit gestärkt und Perspektiven eröffnet. So wirken die Bürgerinnen und Bürger in den Mehrgenerationenhäusern dabei mit, eine offene und kulturell vielfältige Gesellschaft zu gestalten.

Aufbau und Ausbau der Freiwilligendienste

Seit dem 1. Juli 2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht im Bundesfreiwilligendienst (BFD) für das Allgemeinwohl insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes engagieren. Diese Möglichkeit nutzen pro Jahr durchschnittlich rund 39.000 Menschen. Der Bundesfreiwilligendienst hat nach § 1 BFDG die Aufgabe, lebenslanges Lernen zu fördern. Im Rahmen der unterschiedlichsten Einsatzbereiche sollen die Freiwilligen durch eine praxisorientierte Begleitung in der Einsatzstelle sowie durch entsprechende Seminartage soziale, ökologische, kulturelle und interkulturelle Kompetenzen erlernen.

Freiwilligen unter 27 Jahren bietet der BFD die Möglichkeit, neben der Persönlichkeits-entwicklung und Ausbildung und Stärkung sozialer Kompetenzen, sich beruflich zu orientieren und erste Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitswelt zu sammeln. Älteren Freiwilligen über 27 Jahren bietet der BFD die Chance, bereits vorhandene Kompetenzen und Lebens- und Berufserfahrungen einzubringen, weiterzugeben und aufgeschlossen an neue Aufgaben und die eigene Kompetenzerweiterung heranzugehen.

Im Rahmen der pädagogischen Begleitung des BFD sind insgesamt 25 Seminartage vorgeschrieben, für Freiwillige unter 27 Jahren davon eine Woche politische Bildung. Zur Durchführung der Seminartage stehen neben den verbandlichen Bildungsträgern die 17 Bildungszentren des Bundes zur Verfügung, die über die gesamte Republik verteilt sind. Die Seminare zur politischen Bildung finden ausschließlich dort statt. Die Bildungszentren des Bundes haben sowohl bei der Unterbringung und Verpflegung als auch bei der inhaltlichen Gestaltung der Seminare den Fokus speziell auf das Thema Nachhaltigkeit gerichtet.

Für den BFD mit Flüchtlingsbezug wurden im Jahr 2016 50 Mio. Euro zusätzlich für bis zu 10.000 weitere Vereinbarungen zur Verfügung gestellt; für 2017 werden für bis zu 6.500 zusätzliche Vereinbarungen 35 Mio. Euro bereitgestellt. In 2018 sind nochmals 40 Mio. Euro für bis zu 7.500 Vereinbarungen im BFD mit Flüchtlingsbezug eingeplant. Hierdurch soll eine stärkere Strukturierung und nachhaltigere Organisation der Freiwilligenarbeit zugunsten von Flüchtlingen erfolgen. Die zusätzlichen BFD-Plätze stehen außer in Deutschland lebenden Freiwilligen auch Asylberechtigten, Personen mit internationalem Schutz nach der Richtlinie 2011/95/EU und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern offen, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug wird insbesondere bei der Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen, bei ihrer Unterbringung und Versorgung, bei ihrer gesellschaftlichen Orientierung und Integration im Alltag sowie im Bildungs- und Freizeitbereich geleistet. Der BFD mit Flüchtlingsbezug ist zum 1. Dezember 2015 gestartet und bis zum 31. Dezember 2018 befristet.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bisher haben sich in diesem Sonderprogramm insgesamt 8.787 Menschen engagiert, davon 3.184 Flüchtlinge (Stand: 22. August 2017).

Anderen helfen, ihnen etwas Gutes tun und dabei an Selbstvertrauen und Orientierung gewinnen – das wird vielfach von jungen Menschen als Motivation genannt, wenn sie sich freiwillig für einen meistens einjährigen Dienst in einer Einrichtung der Wohlfahrts-, der Kinder- und Jugend- oder Gesundheitspflege, in der Kultur, im Sport, in Bereichen des Natur- und Umweltschutzes oder im Dienste von Friedens- und Versöhnungsarbeit im Ausland verpflichten. Mehr als 60.000 junge Menschen bis zum Alter von 27 Jahren leisten im Freiwilligen Sozialen Jahr, im Freiwilligen Ökologischen Jahr sowie im Internationalen Jugendfreiwilligendienst mittlerweile ein Engagement für das Gemeinwohl und für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) wird explizit das Ziel der Stärkung eines nachhaltigen Umgangs mit Natur und Umwelt, die Entwicklung eines Umweltbewusstseins sowie entsprechendes kompetentes Handeln verfolgt. Diesem Ziel dienen neben den praktischen Aktivitäten in Einsatzstellen des Natur- und Umweltschutzes auch die Bildungsveranstaltungen im Rahmen der pädagogischen Begleitung. Besonders kleine, lokale Einsatzstellen schätzen die Unterstützung durch die Freiwilligen.

„Demokratie leben!“

Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit sind dauerhafte Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft. Ihnen kraftvoll entgegenzutreten, gehört auch zu einer Bildung für nach nachhaltige Entwicklung. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft.

Seit dem 01.01.2015 verfolgt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ daher einen ganzheitlichen Ansatz bei der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Demokratie und gegen Phänomene des Extremismus, ungeachtet dessen, ob diese ideologisch, politisch oder religiös motiviert sind. Dabei werden alle Phänomenbereiche in den Fokus genommen und Antworten auf jegliche Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit entwickelt. Standen bei Start des Bundesprogramms im Jahr 2015 noch 40,5 Mio. Euro zur Verfügung, verfügt das Programm heute, nach einer ersten Aufstockung im Jahr 2016 auf 50,5 Mio. Euro, über insgesamt 104,5 Mio. Euro an Fördermitteln aus dem Bundeshaushalt.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt damit zahlreiche Initiativen, Ver-eine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland, die sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen.

Es setzt auf verschiedenen Ebenen an: Ziel ist es, Projekte sowohl mit kommunalem als auch mit regionalem und überregionalem Schwerpunkt zu fördern.

„Aktion zusammen wachsen“

Die gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten und der soziale Zusam-menhalt der Gesellschaft sind zentrale Elemente für eine nachhaltige Entwicklung. Die „Aktion zusammen wachsen“ (AZW) schafft durch regionale und bundesweite Angebote nachhaltige Unterstützung für das Engagement in Patenschafts- und Mentoringprojekten. Sie soll dieses Engagement – insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen, bestehende Projekte durch die Vernetzung von Akteuren und Projekten unterstützen und mit Wissens- und Erfahrungsaustausch der Beteiligten zur Qualitätsentwicklung in den Projekten beitragen. Das Programm wurde im Jahr 2008 von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gestartet und am 1. Januar 2011 vom BMFSFJ übernommen.

Patenschaften bieten jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Chance auf individuelle und begleitende Förderung und steigern ihre Bildungschancen.

Der Umsetzung der AZW dient eine bundesweit agierende Servicestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Die Bundesservicestelle hat ihren Schwerpunkt neben der Koordination, in der Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Handreichungen für Qualitätsstandards, von Qualifizierungsmodulen und Anerkennungsmodellen, bei der Öffentlichkeitsarbeit für Patenschaftsprogramme, der Organisation von Workshops und Kongressen und insgesamt der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zusätzlich unterstützt die „Aktion zusammen wachsen“ die Bildungspatenschaften mit einer Homepage und einer angegliederten bundesweiten Datenbank.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

„Menschen stärken Menschen“

Integration der Menschen, die Zuflucht in Deutschland suchen, ist eine entscheidende Zukunftsfrage für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Das „Willkommen“ ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Integration.

Das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ soll für die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern gute Rahmenbedingungen fördern und zugleich durch persönlichen, auf ihren individuellen Bedarf ausgerichteten Kontakt die Alltagsintegration erleichtern. Mit diesem Programm fördert die Bundesregierung die Übernahme von Patenschaften, Vormundschaften oder ein Engagement als Gastfamilie für geflüchtete Menschen. In 2016 konnten über 25.000 Patenschaften für geflüchtete Menschen gestiftet werden. Die Patenschaften reichen von niedrigschwelliger Alltagsbegleitung zur Erschließung des Sozialraums, über Hausaufgabenbetreuung bis hin zu hochwertigen Bildungsmentorenschaften zur Sicherung von Schulabschlüssen.

5.7 Bundesministerium der Finanzen

Aus- und Fortbildung beim Zoll

Die Auswirkungen des demografischen Wandels unserer Gesellschaft, die verstärkte Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Themen wie Diversität und Inklusion und die permanente Anpassung der Strukturen und Prozesse an technologische und organisatorische Entwicklungen und Veränderungen sind wichtige Themengebiete einer Bildung für nachhaltige Entwicklung und erfordern eine noch effizientere und effektivere Nutzung der zur Verfügung stehenden Aus- und Fortbildungskapazitäten der Bundesfinanzverwaltung. Daher forciert die Bundesfinanzverwaltung zur Ergänzung der bestehenden, praktisch bewährten Aus- und Fortbildungsangebote den gezielten Einsatz elektronisch unterstützter Lehr- und Lernformen wie E-Learning und Blended-Learning durch den konsequenten Ausbau des bereits bestehenden Kompetenzzentrums Neue Medien sowie durch Schaffung eines Lernmanagementsystems im Intranet der Bundesfinanzverwaltung mit derzeit mehr als 30.000 Nutzern.

Das BMF verfügt für seinen Geschäftsbereich über ein eigenes Bildungs- und Wissenschaftszentrum, das mit Einrichtung der Generalzolldirektion zum 1. Januar 2016 organisatorisch dort eingegliedert wurde. Ebenfalls organisatorisch und personell angegliedert ist der Fachbereich Finanzen der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, der für die fachtheoretische Ausbildung des gehobenen Zolldienstes im Rahmen eines dualen Studiums zuständig ist.

Die erfolgreiche Konzeptionierung, Implementierung und Fortentwicklung des ressortübergreifenden dualen Studiengangs „Verwaltungsinformatik‘„ , dessen Hauptstudium vollständig am Fachbereich Finanzen der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Münster durchgeführt wird, trägt den veränderten Anforderungen an eine zukunftsfähige Ausbildung und den Erfordernissen einer „digitalen“ Verwaltungslandschaft in besonderem Maße Rechnung. Im Studiengang Verwaltungsinformatik werden am Fachbereich Finanzen der Hochschule des Bundes seit 2012 Studierende mit dem Ziel ausgebildet, sie später entweder als sog. Kerninformatiker in den IT-Bereichen der jeweiligen Einstellungsbehörden oder aber an den Schnittstellen von IT und Verwaltung einzusetzen. Da sämtliche Bundeseinrichtungen Studierende entsenden können, wurde bereits bei der Entwicklung des Studiengangs besonderes Augenmerk auf interdisziplinäre und nachhaltige Inhalte gelegt. Die komplexen Aufgaben der unterschiedlichen Bundeseinrichtungen werden im Kontext gemeinsamer Aufgabenerfüllung vermittelt um Zusammenhänge verständlich zu machen. Dabei wird den Studierenden das erforderliche Methodenwissen vermittelt und der Blick weg von atomisierten Inhalten auf das gemeinsame Wesentliche gelenkt. Spätere Aufgabenerfüllung unter besonderer Berücksichtigung ressortübergreifender Nachhaltigkeit ist ein ganz wesentliches Ziel dieses Studiengangs.

Der umfangreiche Zuständigkeitsbereich des Zolls mit Bezug zu wesentlichen Nachhaltigkeitsinitiativen wird auch in der Laufbahnausbildung abgebildet. Zum Thema Nachhaltigkeit ist hier insbesondere die Vermittlung von Kenntnissen im Bereich „Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr“ hervorzuheben. Dabei werden normspezifische Fragestellungen erörtert und Handlungs- und Eingriffsbefugnisse des Zolls vermittelt z. B. zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt (insbesondere Artenschutz, Schutz vor invasiven Arten, sanitärer Pflanzenschutz, Tierschutz und Tiergesundheit, Schutz der Fischereibestände), der Wirtschaft und des Verbrauchers (Schutz des geistigen Eigentums bzw. gewerblicher Rechtsschutz), der menschlichen Gesundheit (Sicherheit von Arzneimitteln, Lebensmitteln und anderen Produkten), der Umwelt (u. a. Umweltschutzprotokoll zum Antarktisvertrag, Beseitigung und Verwertung von Abfällen, Chemikaliensicherheit, Schutz der Ozonschicht, Bekämpfung illegalen Holzhandels) und von Kulturgütern.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Errichtung der „Fachstelle zur Unterstützung schwerbehinderter Menschen bei der Einstellung und Ausbildung in der Zollverwaltung“ (FaSt) trägt den besonderen Anforderungen von Diversität und Inklusion im Sinne einer nachhaltigen und umfassenden Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen und beruflichen Lebens Rechnung. Der Zoll als Teil des öffentlichen Dienstes des Bundes im Allgemeinen und der Bundesfinanzverwaltung im Besonderen stellt sich der überaus wichtigen gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderung, schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, ihre Arbeitsplätze zu sichern und ihre Beschäftigung zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit wird den schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern im Einstellungsverfahren sowie den schwerbehinderten Nachwuchskräften in der Ausbildung gewidmet. Werden behinderungsbedingte Einschränkungen erkannt, die das Ausbildungsziel gefährden könnten, sucht die FaSt den Dialog und leitet konkrete Unterstützungsmaßnahmen (Nachteilsausgleich) ein. Die FaSt setzt sich für eine offene, positive und zielorientierte Einstellung der Führungskräfte, Dozenten und Mit-Auszubildenden bzw. -Studierenden zu den schwerbehinderten Menschen ein.

Im Rahmen der kontinuierlichen Professionalisierung des Angebots für Führungskräfte der Bundesfinanzverwaltung wurden in der Legislaturperiode insbesondere die Fortentwicklung der modular aufgebauten systematischen Führungskräfteschulung sowie die ergänzenden spezifischen Angebote zum Coaching, zur Mediation und zur Teamentwicklung ausgeweitet. Dabei stand die Begleitung von organisationalen Veränderungsprozessen und Change Projekten im Zeichen einer nachhaltigen Personal- und Organisationsentwicklung in der Bundesfinanzverwaltung. Die Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurden in den Führungskräftetrainings unter dem Aspekt der Führungsverantwortung aufgegriffen und anhand von führungsrelevanten Praxisbeispielen vertieft. Die Vermittlung von Fertigkeiten für den dienstlichen Umgang mit Menschen unterschiedlicher (kultureller / ethnischer) Herkunft erfolgte im Seminar „Interkulturelle Sensibilisierung“. Das Seminar vermittelt das Wissen über kulturbedingte Denk- und Verhaltensweisen. Es trägt dazu bei, interkulturelle Irritationen und Missverständnisse zu vermeiden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung – Energie und Umwelt

Im Hinblick auf Nachhaltigkeitsziele, wie etwa die Entwicklung eines Bewusstseins für Art und Menge des Energieverbrauchs und die Bewältigung globaler Herausforderungen, wie den Klimawandel, des Verlustes der biologischen Vielfalt oder der Bodendegradation sowie den daraus resultierenden, von den Vereinten Nationen beschlossenen Sustainable Development Goals, sind aus dem Zuständigkeitsbereich des Zolls insbesondere zwei Regelwerke zu nennen. Beide dienen der Umsetzung der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbare-Energien-Richtlinie) sowie der Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen (Kraftstoffqualitätsrichtlinie).

Diese Regelwerke sind:

- zum einen das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das die Mineralölwirtschaft verpflichtet, den durch den Absatz von Otto- und Dieselkraftstoff verursachten Treibhausgasausstoß durch das Inverkehrbringen von Biokraftstoffen zu senken, und
- zum anderen die Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung, die gewährleistet, dass zu diesem Zweck nur nachhaltig erzeugte Biokraftstoffe eingesetzt werden, was u. a. voraussetzt, dass die zur Kraftstoffherstellung verwendete Biomasse nicht von Flächen mit hohem Wert für die biologische Vielfalt oder hohem oberirdischen bzw. unterirdischem Kohlenstoffbestand stammt. Auch steuerliche Vergünstigungen für Biokraftstoffe werden nur gewährt, sofern die Vorschriften der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung eingehalten werden.

Da dem Zoll die administrative Zuständigkeit in diesen beiden Bereichen obliegt, informiert er Wirtschaftsbeteiligte sowie in- und ausländische Behörden über die Auslegung der zuvor genannten nationalen Vorschriften und die seitens des Zolls zu ihrer Umsetzung ergriffenen Maßnahmen u. a. im Rahmen von Informationsveranstaltungen und Workshops.

Konkret anzuführen sind beispielsweise folgende Veranstaltungen aus der derzeitigen Legislaturperiode in chronologischer Reihenfolge:

- 3. Fachseminar „Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen“ des Bundesverbandes Bioenergie (BBE) und der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) am 4.Dezember 2014 in Berlin (Vortrag

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

„*2015 – die Treibhausgasminderungsquote löst die energetische Biokraftstoffquote ab – Welche Regelungsgegenstände umfasst das geänderte BImSchG?*“)

- 11. Ölmüllertage am 10./11. März 2015 in Fulda (Vortrag „*Systematik der Treibhausminderungsquote in Theorie und Praxis*“)
- 4. BBE/UFOP-Fachseminar „Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen“ am 5. November 2015 in Berlin (Vortrag „*Umsetzung der THG-Minderungspflicht – Verwaltungs- und ordnungsrechtliche Aspekte*“)

Darüber hinaus erfolgten mehrere Vorträge deutscher Zöllnerinnen und Zöllner zur „*Biokraftstoffförderung in der Bundesrepublik Deutschland*“ aus Anlass von Aufenthalten von Bediensteten der tschechischen, slowakischen und türkischen Zollverwaltung in den Jahren 2015 und 2016 im Rahmen des Programms FISCALIS.

„Outreach-Programme“ – Exportkontrollen

Beschäftigte des Zolls leisten regelmäßig Unterstützung für das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bei der Durchführung von europäischen sowie nationalen Outreach-Programmen in den Bereichen der Exportkontrolle für Dual-use-Güter und für konventionelle Waffen. Ziel dieser Outreach-Programme ist es, Partnerländern fachliche Unterstützung bei der Entwicklung und Stärkung ihrer Exportkontrollsysteme anzubieten, um den internationalen Austausch von für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen bestimmten Gütern und den illegalen Transfer von konventionellen Waffen zu verhindern. Der Zoll leistet im Ergebnis einen wichtigen Beitrag zu einer weltweit effektiven Exportkontrolle und damit zum Thema Nachhaltigkeit.

Bundesfinanzakademie

Die Bundesfinanzakademie gehört zum Bundesministerium der Finanzen. Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern im höheren Dienst, die als Führungskräfte in der Steuerverwaltung der Länder und des Bundes eingesetzt werden, erwerben Wissen und Fähigkeiten zu einer selbstgesteuerten und nachhaltigen Entwicklung ihrer eigenen Führungskompetenz, die möglichst auch im außerberuflichen Umfeld soziales Engagement und verantwortungsvolles Handeln entfaltet. Die Bundesfinanzakademie fördert durch internationale Seminare das Verständnis für gesellschaftliche Entwicklungen in anderen Staaten sowie in der EU. In Fortbildungsseminaren bei der Bundesfinanzakademie erwerben Führungskräfte und „Spezialisten“ aller Laufbahngruppen (z. B. Betriebsprüfer und Steuerfahnder, Richter und Staatsanwälte) Kompetenzen in der praktischen Anwendung des Steuerrechts und in der Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

In Kooperation mit der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung wirkt die Bundesfinanzakademie mit am Masterstudium „Master of Public Administration“. Der Masterstudiengang ist als ein umfassendes, vertiefendes und interdisziplinäres Studium angelegt und trägt somit zu einem modernen und nachhaltigen Verwaltungsverständnis bei.

In Kooperation mit der Universität in Potsdam soll demnächst den Absolventinnen und Absolventen der ergänzenden und fortführenden Studien an der Bundesfinanzakademie angeboten werden, eine zusätzliche Qualifikation (Master of Taxation) zu erwerben. Neben der damit verbundenen erweiterten Fachkompetenz fördert dieses Angebot das eigenverantwortliche Handeln des Einzelnen und die Stärkung der Qualifikation in der digitalisierten Finanzverwaltung.

5.8 Bundesministerium für Gesundheit

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) unterstützt als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und in dessen Auftrag eine nachhaltige gesundheitliche Entwicklung in der Bevölkerung.

Gesundheitliche Chancengleichheit und Aufklärung für nachhaltige Entwicklung

Die BZgA hat den Nationalen Kooperationsverbund „Gesundheitliche Chancengleichheit“ initiiert, im Rahmen dessen sich eine Vielfalt gesellschaftlicher Akteure für ein gesundes Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen stark macht.

Um Gesundheitsförderung insbesondere bei sozial benachteiligten Gruppen zu fördern, wurde 2011 ein Netzwerk kommunaler Akteure als Partnerprozess „Gesund aufwachsen für alle“ gegründet. 2015 wurde er auf die gesamte Lebensspanne „Gesundheit für alle“ ausgeweitet. Für den gemeinsamen Austausch nutzen Kommunen digitale Medien wie die Netzauftritte www.gesundheitliche-chancengleichheit.de und www.inforo.online.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zudem unterstützen 16 „Koordinierungsstellen Gesundheitliche Chancengleichheit“ der Bundesländer (KGC) den direkten Austausch der Akteure auf Landes- und kommunaler Ebene. Die Zielgruppen/Schwerpunktthemen des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit sind: Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen, bei Arbeitslosen, älteren Menschen sowie im Quartier und bei geflüchteten Menschen. Zur Stärkung und Verbesserung der Qualität in der Gesundheitsförderung hat der Kooperationsverbund 12 Kriterien guter Praxis entwickelt. Eine Praxisdatenbank bietet darüber hinaus eine bundesweite Übersicht über Angebote und Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention für Menschen in schwieriger sozialer Lage. Diesen Prozess unterstützt die BZgA zusätzlich durch die Bereitstellung von Fachinformationen. Ziel ist es, Menschen durch den verbesserten Kenntnisstand zu gesundheitsorientiertem Verhalten zu befähigen und damit ihre Gesundheit kompetent zu stärken.

Auf der Grundlage des Präventionsgesetzes vom 17. Juli 2015 wurde bei der BZgA die Aufgabe der Geschäftsstelle der Nationalen Präventionskonferenz angesiedelt. Außerdem unterstützt die BZgA auf der Grundlage des § 20a Absatz 3 SGB V die Krankenkassen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten. Dies trägt dazu bei, dass die verschiedenen Akteure der Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland besser und nachhaltig zusammenarbeiten. Außerdem wird die Basis für eine nachhaltigere Orientierung der Kommunen und weiteren Lebenswelten als gesundheitsfördernde Strukturen verbessert. Es wird angestrebt zunehmend weg von einer Projektorientierung hin zu kontinuierlichen präventiven Strukturen zu kommen (z. B. Ausbau der Koordinierungsstellen Gesundheitliche Chancengleichheit in allen 16 Ländern auf im Mittel zwei GKV-finanzierte Vollzeitstellen). Die Erreichbarkeit von Gruppen mit besonders hohem Gesundheitsförderungsbedarf (z. B. Arbeitslose, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund) wird prioritär verbessert.

Im Kindes- und Jugendalter bilden sich wesentliche gesundheitsrelevante Verhaltensweisen heraus, die für das Erwachsenenalter bestimmend sind. Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich vor allem die Kompetenz der Eltern zu stärken, die gesundheitliche Entwicklung des Kindes zu fördern. Hierzu stellt die BZgA Eltern ehren- und hauptamtlichen Betreuungspersonen sowie Kindern und Jugendlichen zahlreiche Medien zur Verfügung, um ihre Kenntnisse und Einstellungen für ein gesundes Leben zu stärken. Für die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen werden zusätzlich Konzepte der personalen Kommunikation (Jugendfilmtage, Mitmach-Parcours etc.) entwickelt, modellhaft durchgeführt und Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt.

Durch die Kooperation mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist es möglich, gezielt sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und weitere Betreuungspersonen zu erreichen. Ziele des Programms sind, die Wohn- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen oder Stadtquartieren zu stabilisieren und zu verbessern, die Lebenschancen durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen zu erhöhen und Image, Öffentlichkeitsarbeit und Identifikation der Quartiere zu stärken.

Gleichzeitig ist die Schule ein wichtiger Ort für präventive Maßnahmen. Sie ist aufgrund ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages verpflichtet, an der Gesundheitserziehung von Schülerinnen und Schülern mitzuwirken. Die BZgA entwickelt und veröffentlicht seit 1975 Unterrichtsmaterialien zu Themen der schulischen Gesundheitserziehung und -förderung in einer eigenen Schriftenreihe „Gesundheit und Schule“ (G+S). Es handelt sich dabei um baukastenartige Angebote, die von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten zur Durchführung von gesundheitsrelevantem Unterricht genutzt werden können. Diese Unterrichtsmaterialien unterstützen die Maßnahmen der BZgA zur Suchtprävention, Ernährungs- und Bewegungsaufklärung sowie zur Förderung des Sozialverhaltens und der Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen. Die Themen „Infektionskrankheiten vorbeugen – Schutz durch Hygiene und Impfung“ und „Organspende macht Schule“ sowie Sexualaufklärung werden ebenfalls behandelt.

Weitere Initiativen betreffen Maßnahmen zur Verbesserung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder, zur Steigerung der Durchimpfungsraten bei Kindern und Jugendlichen, zur Förderung von gesunder Ernährung und Bewegung, zur Alkohol-, Tabak- und Cannabisprävention und zur Unfallprävention. Sie werden durch die Arbeit der BZgA unterstützt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Nationaler Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“

Die Bundesregierung will mit dem Nationalen Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“, der gemeinsam vom BMG und BMELV durchgeführt wird, insgesamt erreichen, dass Kinder gesünder aufwachsen, Erwachsene gesünder leben und dass alle von einer höheren Lebensqualität und einer gesteigerten Leistungsfähigkeit profitieren. Der Bildung kommt hier eine zentrale Bedeutung zu. Verschiedene Arbeitsgruppen haben für übergeordnete Fragestellungen der Prävention wie Qualitätssicherung, Evaluation und Kommunikation praxisnahe Online-Angebote erstellt (www.in-form.de) und bewerben diese öffentlichkeitswirksam. Mit dem seit 2010 vergebenen Logo „Unterstützt die Ziele von IN FORM“ wurden bislang bereits mehr als 100 Präventionsprojekte und qualitätsgeprüfte Gesundheitsangebote ausgezeichnet und sichtbar gemacht. Die Logovergabe soll zukünftig noch weiter ausgebaut werden. Aktuell wird der Aktionsplan für die kommenden Jahre bis 2020 weiterentwickelt, indem neue Themen und Herausforderungen identifiziert werden. Hierbei soll z. B. auch geprüft werden, wie die Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen zukünftig noch weiter ausgebaut werden kann. Um das Thema Bewegung noch stärker in den Fokus zu rücken, wurden 2016 im Rahmen eines wissenschaftlichen Projektes „Nationale Empfehlungen für Bewegung und Bewegungsförderung“ veröffentlicht und verbreitet. In einem weiteren Projekt werden relevante Akteure im Bereich Bewegung erfasst, damit langfristig ein vernetztes und abgestimmtes Arbeiten in dem Bereich möglich ist. Damit ist auch eine Voraussetzung gegeben, Menschen bei einem gesundheitsförderlichen, nachhaltigen Lebensstil zu unterstützen.

5.9 Bundesministerium des Innern

Das Bundesministerium des Innern (BMI) verantwortet die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes sowie der Verwaltungsfachangestellten, Fachrichtung Bundesverwaltung, und der Kaufleute für Büromanagement. Daneben bilden das BMI und sein Geschäftsbereich in weiteren Berufen des dualen Ausbildungssystems aus, darunter z. B. Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker. Das BMI ist zudem für die dienstliche Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung zuständig. Weiterhin fallen in seine Verantwortung die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Förderung der Stiftungen der politischen Parteien.

Ausbildung

Das Bundesverwaltungsamt und die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) bilden in den genannten Verwaltungslaufbahnen und Ausbildungsberufen aus. In Angleichung an die in den Ausbildungsordnungen für die Berufe des dualen Ausbildungssystems bestehenden Standardlernziele zum Umweltschutz werden ökologische Lerninhalte auch in den Ausbildungsgängen der Verwaltungslaufbahnen vermittelt. So ist in der Laufbahnausbildung für den mittleren Dienst der Umweltschutz Teil der Lehrveranstaltungen. Umweltrelevante Fragestellungen werden auch in anderen Fächern, z. B. Haushalts- und Beschaffungsrecht, aufgegriffen und bei allen Ausbildungsgängen in die Evaluierung von Lehrinhalten einbezogen.

Die HS Bund fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung in Anlehnung an den Umsetzungsplan der UNESCO (2005) in den strategischen Bereichen Studium und Lehre, Ausbildung und Verwaltung. Auch wird das Leitprinzip einer nachhaltigen Entwicklung in allen Belangen der Beschaffung und des Verwaltungshandels gemäß Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit (Beschluss des Staatssekretärsausschusses vom 6. Dezember 2010) umgesetzt. Im Rahmen der Ausbildung ist die Vermittlung eines Umweltbewusstseins im Sinne einer Sensibilisierung für den rationalen und sparsamen Umgang mit Ressourcen in der Verwaltung sowie einer Sensibilisierung für ökonomische, ökologische und soziale Prozesse integraler Bestandteil der theoretischen und praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz.

Zur Integration von BNE baut die HS Bund derzeit ein Konzept zur Förderung von Gestaltungskompetenzen im Bereich der Nachhaltigkeit und Diversität auf, das sich sowohl an Studierende als auch an Lehrende richtet. Diese Kompetenzen sollen unmittelbar im Studium, in Verzahnung mit den Inhalten und Methoden der jeweiligen Studienfächer, trainiert werden. Ziel ist es, die Studierenden für nachhaltige Entscheidungen in ökologischen, ökonomischen und sozialen Prozessen zu sensibilisieren und vorzubereiten. Im Zuge der Bologna-Reform werden somit auch, zusätzlich zu den jeweiligen Fachinhalten, berufsübergreifende Schlüsselkompetenzen trainiert. Parallel dazu werden Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Lehrenden aufgebaut, um

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

einerseits das Bewusstsein für Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter zu fördern und andererseits die Lehrenden bei der entsprechenden Weiterentwicklung ihrer Lehre zu beraten.

Vor diesem Hintergrund strebt die HS Bund den Aufbau und die Kooperation mit Akteuren der Bildung für nachhaltige Entwicklung an. In Kooperation mit dem Netzwerk Hochschuldidaktik NRW (Kooperation der hochschuldidaktischen Einrichtungen der Universitäten in NRW) bietet sie hochschuldidaktische Weiterbildungsveranstaltungen für alle Lehrenden an. Des Weiteren unterhält die HS Bund einen regelmäßigen Austausch mit dem Zentrum für Kompetenzentwicklung für Diversity Management in Studium und Lehre an Hochschulen in NRW (Projekt der Universität Duisburg-Essen und der FH Köln in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und Förderung durch das BMBF) sowie dem Netzwerk Wissenschaftscoaching. In gemeinsamer Arbeit sollen Konsequenzen und Maßnahmen im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung für Studium und Lehre sowie Verwaltung an der HS Bund abgeleitet werden, um so zukünftig alle internen Personal- und Organisationsbereiche für Weiterentwicklungsmaßnahmen informieren und beraten zu können.

Fortbildung

Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) wirkt als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes im Rahmen der fach- und funktionsbezogenen Fortbildung an der Umsetzung des Konzepts der Nachhaltigkeit mit.

Bereits seit 2010 wird die Veranstaltung „Aufbauseminar: Nachhaltigkeits-/ Innovationsaspekte im Rahmen des öffentlichen Auftragswesens“ erfolgreich angeboten. Darin werden insbesondere Kenntnisse der rechtlichen Verankerung von Nachhaltigkeits- und Innovationsaspekten sowie die wichtigsten Kriterien einer nachhaltigen und innovativen Vergabe vermittelt. Daneben wird auch die vertragsrechtliche Einbindung der Nachhaltigkeit in der Vergabe ausführlich behandelt.

Im Übrigen fließen Aspekte von BNE in die Seminare zur Gesetzesfolgenabschätzung inklusive der Ermittlung von Bürokratiekosten sowie zum Erfüllungsaufwand ein. Aber auch Seminare zum Zuwendungsrecht und öffentlichen Auftragswesen und zur Organisation tragen dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit Rechnung. In der Vermittlung der Grundlagen der Volkswirtschaftslehre als Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns nehmen Aspekte der Globalisierung einen wichtigen Raum ein.

Als neue Veranstaltungsreihe wurden die „Akademiegespräche“ eingeführt. Diese greifen anlassbezogen aktuelle Fragen auf, um den Beschäftigten der Bundesverwaltung Grundlagenwissen zu Themen anzubieten, deren Zusammenhänge und gegenseitige Interdependenzen vielschichtig sind. Dabei werden Aspekte der Nachhaltigkeit besonders berücksichtigt.

Nicht zuletzt bildet die verstärkte Einbeziehung und Durchführung von Erfahrungsaustauschen in den Fachveranstaltungen die Grundlage der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Aufgaben im internationalen Bereich wahrnehmen, sollen den Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung, entwicklungspolitischer und ökologischer Sichtweise sowie sozialer Verpflichtung beachten. Auch in den Veranstaltungen zu aktuellen Fragen der internationalen Beziehungen werden entwicklungspolitische Aspekte behandelt. Ferner nehmen Seminare zur interkulturellen Kommunikation den Nachhaltigkeitsaspekt auf.

Mit Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verbindet sich die Chance zur gesellschaftlichen Modernisierung und Gestaltung. Die BAköV unterstützt deshalb auch den Modernisierungsprozess der Verwaltung, der auf eine wirtschaftlichere Arbeitsweise und höhere Qualität und Flexibilität des Verwaltungshandelns sowie auf größere Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zielt und damit ebenfalls dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration

Der gesellschaftliche Zusammenhalt basiert auf einem durch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geprägten Werteverständnis. Diesen Grundkonsens gemeinsamer Werte zu fördern und zu erhalten, bedeutet, einen besonderen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft und zum friedlichen, respekt- und vertrauensvollen sowie gleichberechtigten Zusammenleben der Menschen in Deutschland zu leisten. Dies gilt umso mehr, als die internationale Mobilität in den letzten Jahren stark zugenommen hat und dies auch Auswirkungen auf die Zuwanderung nach Deutschland hat.

Mit der Förderung der politischen Bildung, der Förderung von Maßnahmen der Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen in das soziale, gesellschaftliche und kulturelle Leben in der Bundesrepublik Deutschland

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

durch Sprach- und Wertevermittlung, der Förderung wechselseitiger Akzeptanz von Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft, der Gestaltung des demografischen Wandels, der Sicherstellung migrationsspezifischer Grundberatung sowie der Einbeziehung und Professionalisierung der Arbeit der Migrantenorganisationen verantwortet das BMI vielfältige und umfassende Anstrengungen zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der heute und künftig in Deutschland lebenden Generationen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei, sich mit Politik zu befassen. Sie engagiert sich für politische Bildung überparteilich und arbeitet mit Bildungseinrichtungen und -trägern sowie den Landeszentralen zusammen. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen die Förderung des demokratischen Bewusstseins und die Bereitschaft zu politischer Partizipation. Um diese Ziele zu erreichen, entwickelt die BpB Bildungs- und Diskussionsangebote, mit denen Kenntnisse, Einblick und Verständnis in geschichtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge politischer, sozialer, kultureller, ökonomischer und ökologischer Prozesse vermittelt werden. Sie greift aktuelle Themen auf, stellt Informationen und Foren zur Verfügung. Hierbei bedient sie sich neben den klassischen auch der modernen Medien und erreicht dadurch interessierte Bürgerinnen und Bürger. Mit den Angeboten sollen nachhaltige Bildungsprozesse initiiert werden, um die Werte unserer Gesellschaft zu stärken, die sich auf Toleranz, Pluralismus und Friedfertigkeit gründen, und die Identifikation mit unserer freiheitlich verfassten Demokratie zu fördern.

Mit Blick auf die Themen Migration und Integration bietet die BpB zielgruppenübergreifende Angebote an. Über Informations- und Willkommensplattformen, Online- und Print-Publikationen werden auf niedrigschwelligem Niveau und teils bereits mehrsprachig Veranstaltungen sowie Angebote im Bereich der Digitalen Bildung angeboten.

„Zusammenhalt durch Teilhabe“

Das Bundesministerium des Innern fördert mit 12 Mio. EUR jährlich im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Projekte im ländlichen oder strukturschwachen Raum, die sich für eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenskultur einsetzen, in der extremistische und verfassungsfeindliche Strukturen keinen Platz finden. Verbände werden dabei unterstützt, die verbandsspezifischen Herausforderungen im Zusammenhang mit den aktuellen Migrationsbewegungen zu bewältigen. Zusätzlich werden Modellprojekte im Bereich des interkulturellen Lernens gefördert.

Integrationskurse

Die frühzeitige Sprach- und Wertevermittlung ist besonders wichtig für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen mit rechtmäßigem und dauerhaftem Aufenthalt in das gesellschaftliche, soziale und kulturelle Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Die hierfür angebotenen Integrationskurse bestehen deshalb grundsätzlich aus einem Sprachkurs von 600 Unterrichtseinheiten (Niveau B1) und einem Orientierungskurs von 100 Unterrichtseinheiten.

Spezielle Integrationskurse mit grundsätzlich 900 Unterrichtseinheiten im Sprachkurs werden angeboten für Frauen, Eltern, junge Erwachsene, lateinisch nicht Alphabetisierte („Zweitschriftlerner“), Analphabeten und Personen, die bereits länger in Deutschland leben und die deutsche Sprache nur unvollständig erlernt haben.

Zudem wurden ab Oktober 2015 die Integrationskurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive geöffnet (derzeit Irak, Iran, Syrien, Somalia und Eritrea). Die Curricula des Sprach- und des Orientierungskurses wurden an diese Zielgruppe angepasst und die Wertevermittlung verstärkt, indem dieses Thema stärker in das Rahmencurriculum des Sprachkurses integriert und die Unterrichtseinheiten im Orientierungskurs von 60 auf 100 angehoben wurden.

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Mit der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer stellt das Bundesministerium des Innern ein den Integrationskurs ergänzendes migrationsspezifisches Beratungsangebot zur Verfügung. Es handelt sich um ein kostenloses, zeitlich befristetes, bedarfsorientiertes und individuelles Grundberatungsangebot, das sich an Zuwanderer ab 27 Jahren richtet.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die MBE soll den Integrationsprozess der Zuwanderer gezielt initiieren, steuern und begleiten, einen qualitativen Beitrag dazu leisten, die Zuwanderer zu selbstständigem Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens zu befähigen sowie Zuwanderer zeitnah an die bestehenden themenspezifischen Unterstützungs-/Beratungs-angebote heranführen beziehungsweise weiterleiten.

Für die Durchführung der MBE ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Dieses hat die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) und den Bund der Vertriebenen mit der konkreten Durchführung der Beratungstätigkeit beauftragt.

Gemeinwesenorientierte Projekte

Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen gelingt am besten, wenn sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gegenseitig respektieren und gleichberechtigt am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben. Dazu kann Projektarbeit ergänzend zu den gesetzlichen Integrationsmaßnahmen (Integrationskurse, Migrationsberatung) einen wichtigen Beitrag leisten.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fördert im Auftrag des Bundesministeriums des Innern altersunabhängige gemeinwesenorientierte Projekte für die Integration zugewanderter Menschen. Ziele der Förderung sind:

- Stärkung der sozialen und Erziehungskompetenzen von Zuwanderern
- Stärkung der aktiven Partizipation der Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben, insbesondere durch Motivation und Anleitung zu bürgerschaftlichem Engagement, Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund und Einbeziehung von Migrantenorganisationen
- Verbesserung der wechselseitigen Akzeptanz (interkulturelle Sensibilisierung und interkulturelle Kompetenz) von Zuwanderern und Aufnahmebevölkerung
- Kriminalitäts- und Gewaltprävention

Zuwendungsempfänger sind Verbände, Vertriebeneneinrichtungen, Kirchen, anerkannte Träger der politischen Bildung, Migrantenorganisationen sowie Kommunen und Einrichtungen, die in der Arbeit mit Zuwanderern auf überregionaler, regionaler oder lokaler Ebene tätig sind.

Strukturförderung von Migrantenorganisationen

Migrantenorganisationen üben eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft aus. Sie bündeln Engagement, Migrationserfahrung und Kompetenzen in der Integrationsarbeit vor Ort. Damit die überwiegend ehrenamtlich arbeitenden Organisationen den wachsenden Anforderungen gerecht werden können, unterstützt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sie beim Aufbau tragfähiger Strukturen und Netzwerke, unter anderem durch eine Professionalisierung der integrativen Arbeit von Migrantenorganisationen auf Bundesebene, die Erarbeitung von (gemeinsamen) Konzepten zur effektiven Integrationsarbeit und zur Sicherstellung von auch überregionalen Angeboten im Bereich der Flüchtlingshilfe sowie durch die Sicherung und den Ausbau ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Integration durch Sport

Um den Integrationsprozess von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen, fördert das Bundesministerium des Innern in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das bundesweite Programm „Integration durch Sport“. Die Koordinierung des seit nunmehr 25 Jahren erfolgreichen Programms erfolgt durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), die Umsetzung in den Landessportbünden und den Sportvereinen vor Ort.

Durch gemeinsames Sporttreiben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund soll die gegenseitige Toleranz sowie die gesellschaftliche Integration der Zugewanderten gefördert werden (Integration durch den Sport).

Zudem sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für eine aktive Beteiligung auf allen Ebenen des Vereinslebens gewonnen werden (Integration in den Sport).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ebenso sollen die Angebote der Vereine stärker auf die Bedürfnisse und Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund eingehen (Interkulturelle Öffnung der Sportvereine).

Das Programm ist eine wichtige Stütze der Integrationsförderung in Deutschland. Im Vereinssport können alle Menschen erleben, dass sie willkommen sind, gebraucht werden und einen Beitrag zur Gemeinschaft leisten können. Das schafft Zugehörigkeit und fördert Integration. Im spielerischen Miteinander werden Fairness, Toleranz, Respekt und Teamgeist vermittelt. Insbesondere für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist es nur von Vorteil, wenn diese grundlegenden sozialen Werte früh vermittelt werden.

Das Programm IdS wurde 2015 für alle Asylsuchenden und Geduldeten unabhängig von Herkunft und Bleibeperspektive geöffnet.

Maßnahmen zur Erstorientierung und Wertevermittlung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber („Erstorientierungskurse“)

Mit der Meseberger Erklärung hat das Bundeskabinett am 25. Mai 2016 die Entscheidung getroffen, Asylsuchenden vorrangig mit unklarer Bleibeperspektive, jedoch nicht aus sicheren Herkunftsländern, während ihres Aufenthalts ein Orientierungsangebot zu machen.

Die Kurse behandeln in 300 Unterrichtseinheiten Themen wie Gesundheit, Mobilität, Einkauf oder Sitten und Gebräuche sowie Regeln des Zusammenlebens in Deutschland. Ergänzt wird der Unterricht um Exkursionen, zum Beispiel zu Behörden.

Die „Erstorientierungskurse“ werden nach zehnmonatiger Modellprojektphase seit Juli 2017 sukzessive bundesweit verstetigt.

Demografie

Bei der Gestaltung des demografischen Wandels als zentralem Thema der Bundespolitik kommt dem Bundesministerium des Innern in seiner ressortübergreifend koordinierenden Funktion eine zentrale Rolle zu. In nahezu allen Lebens- und Politikbereichen werden im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung wichtige Weichen gestellt. Dies betrifft in wesentlichem Ausmaß auch das Politikfeld der Bildung. Ziel der Demografiepolitik der Bundesregierung ist es, dass jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten und Talente bestmöglich entfalten kann, unabhängig von sozialer und familiärer Herkunft. Dazu sind wichtige Voraussetzungen geschaffen worden. So enthält die am 1. Februar 2017 dem Bundeskabinett vorgelegte demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode „Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“ eine Vielzahl von Maßnahmen u. a. auf den Bereichen der Bildungs- und Jugendpolitik sowie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Angesichts der eher noch zunehmenden Bedeutung der Gestaltung des demografischen Wandels soll die Verzahnung der Ressortaktivitäten verstärkt sowie die für die wichtige Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Akteuren fortgesetzt werden.

5.10 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit sind Voraussetzung, für eine freie und selbstbestimmte persönliche Entwicklung, für die Herausbildung von Demokratie und sozialem Frieden sowie für eine nachhaltige Entwicklung. Perspektiven der Bildung für nachhaltige Entwicklung haben in den vergangenen Jahren zunehmend Eingang in Fortbildungsangebote und –Einrichtungen sowie in die Verbraucherbildung gefunden.

Juristische Aus- und Fortbildung

Leitlinien der Bildung für nachhaltige Entwicklung finden sich in dem Fortbildungsangebot der Deutschen Richterakademie für die Jahre 2013 bis 2017 wieder – der vom Bund und den Ländern gemeinsam getragenen Fortbildungseinrichtung für Richter und Staatsanwälte. Neben Fachveranstaltungen gehören verhaltensorientierte und interdisziplinäre Themen zum Standardprogramm, bei denen insbesondere kritisches Denken, Teamfähigkeit, interkulturelle Kompetenzen und ein internationaler Austausch im Mittelpunkt stehen. So werden z. B. Seminare zu den Themen „Interkulturelle Kompetenz“, „Justiz und Islam“, „Politischer Extremismus“, „Richterliche und staatsanwaltliche Ethik“ und „Umweltstrafrecht“ angeboten. Um den Erfahrungsaustausch mit den Justizangehörigen der anderen EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen, sind einige Tagungen für das Europäische Fortbildungsnetzwerk (EJTN) geöffnet. Die Seminare vermitteln ökologischen Sachverstand, Kenntnisse über eine nachhaltige Wahrnehmung der richterlichen Tätigkeit und das Bewusstsein internationaler Verantwortung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Daneben unterstützt das BMJV auch internationale Projekte wie das Europäische Fortbildungsnetzwerk, in dem auch die Deutsche Richterakademie aktiv eingebunden ist, und die Europäische Rechtsakademie in Trier, die ebenfalls Seminare zu europarechtlichen Themen anbietet. Auch hier ist die Vermittlung von Wissen zu Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema.

Verbraucherbildung

Ein wichtiger Grundstein für nachhaltigen Konsum ist das reflektierte Konsumentenhandeln. Hierzu kann Verbraucherbildung einen wichtigen Beitrag leisten. Das BMJV hat deshalb Modellprojekte gefördert, die den kritischen Umgang junger Verbraucher mit Waren und Dienstleistungen fördern. Die Projekte beziehen sich dabei auf alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit und sollen in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht das Verständnis stärken und Leitlinien vermitteln, um Konsumenten eine reflektierte Kaufentscheidung zu ermöglichen.

Im Rahmen des Projekts „MitVerantwortung – Sozial und ökologisch handeln“, welches als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und mit dem Comenius-EduMedia-Siegel ausgezeichnet wurde, sind Unterrichtsmaterialien entwickelt sowie Lernmedien und monatlich erscheinende Arbeitsblätter rund um die Themen Verbraucherverantwortung und Corporate Social Responsibility/Consumer Social Responsibility auf einem Wissensportal bereitgestellt worden. Das Projekt war zudem in jungendaffinen sozialen Medien aktiv und zeigte in einem eigenen YouTube-Kanal selbst entwickelte Kurzfilme zu Themen des nachhaltigen Konsums. Mit dem Schülermagazin „Kauf mit Köpfchen“ klärt das Projekt „MitVerantwortung“ zudem in jugendspezifischer Sprache und Aufmachung darüber auf, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt werden und woran nachhaltige Produkte identifiziert werden können. Damit leitet das Projekt Jugendliche zum nachhaltigen Konsum an. Die Projektergebnisse können auf der speziellen Projektwebseite unter www.mit-verantwortung.de abgerufen werden.

Mit speziellem Fokus auf das Thema nachhaltige Lieferketten hat das BMJV das Projekt „SchnittStellen- zwischen Produktion, Handel, Konsum“ gefördert. Ziel des Projekts war es, junge Verbraucherinnen und Verbrauchern im Hinblick auf Produktionsbedingungen, Handelswege und darauf bezogene Standards und Probleme ihrer Umsetzung zu sensibilisieren.

Im Rahmen dieses Modellprojekts wurden Informationsmaterialen für relevante Akteure der Verbraucherbildung erstellt. Neben einem Webdossier ist eine 16-seitige Informationsbroschüre entstanden, die aufgrund ihrer didaktischen Aufbereitung als Lehrmaterial im Kontext der schulischen und außerschulischen Verbraucherbildung eingesetzt werden kann. Die Materialien werden unter www.lehrer-online.de kostenfrei bereitgestellt.

Internationale Kooperation

Deutschland engagiert sich für die Verbreitung des Rechtsstaates in der Welt. Das BMJV unterstützt deshalb Transformations- und Schwellenländer beim Aufbau ihrer Justiz und berät zu Gesetzgebungsvorhaben. In diesem Rahmen koordiniert das BMJV u. a. die Rechtsstaatsdialoge mit China und Vietnam. Außerdem fördert das BMJV die internationale rechtliche Zusammenarbeit durch Expertenaustausch sowie durch Fortbildungen und Hospitanzen für ausländische Juristen in Deutschland. Für die operative Zusammenarbeit mit reformwilligen Partnerstaaten ist seit dem Jahr 1992 die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) e. V. zuständig.

5.11 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Das Bildungsangebot des BMUB zu den vielfältigen Themen und Aufgaben des Ressorts – in der Umwelt-, Naturschutz-, Stadtentwicklungs- und Baupolitik sowie im Bereich des Strahlenschutzes, der nuklearen Sicherheit und Entsorgung radioaktiver Abfälle – folgt konsequent den Prinzipien einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Sinne einer handlungs- und beteiligungsorientierten politischen Bildung.

Bildung für nachhaltige Entwicklung hat darüber hinaus in der 18. Legislaturperiode als Konzept und Referenzrahmen für die BMUB-Bildungsaktivitäten Eingang in unterschiedliche Programme und Strategien des BMUB gefunden, darunter u. a. in das Integrierte Umweltprogramm (IUP) 2030, das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum und das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

BMUB Bildungsservice

Mit dem BMUB Bildungsservice erhalten die Bildungsaktivitäten des BMUB ein gemeinsames kommunikatives Dach. Die Qualitätssicherung und Abstimmung der Angebote wird durch ein übergeordnetes Bildungskonzept als Referenzrahmen für den Geschäftsbereich des BMUB gewährleistet.

Der Bildungsservice deckt mit seinen Bildungsmaterialien und den Informations- und Vernetzungsangeboten den Bildungsbereich der Grundschule sowie der Sekundarstufen I und II ab, die Lehrmittel sind durch ihre modulare Konzeption aber grundsätzlich für alle Schulformen geeignet. Die Angebote richten sich an Lehrkräfte aller Jahrgangsstufen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im außerschulischen Bereich.

Im Jahr 2011 wurde ergänzend das Onlineportal www.umwelt-im-unterricht.de entwickelt. Dort stehen zweiwöchentlich Unterrichtsvorschläge zu Umweltthemen für die Grund- und Sekundarstufe zur Verfügung, um aktuelle Anlässe mit Umweltbezug kurzfristig im Unterricht behandeln zu können. Lehrkräfte können sich zum einen fachliche Hintergrundtexte zum jeweiligen Thema der Woche herunterladen, zum anderen werden konkrete methodische Unterrichtsvorschläge angeboten. Ergänzt wird das Thema der Woche jeweils um zielgruppendifferenzierte Arbeitsmaterialien für Schülerinnen und Schüler (Bilderserien, Rätsel, Arbeitsblätter etc.). Die Website bietet zudem ein kontinuierlich wachsendes Archiv von Materialien, die anlassunabhängig eingesetzt werden können.

Die Erstellung der Materialien im Onlineportal www.umwelt-im-unterricht.de orientiert sich an aktuellen Standards für Bildungsmedien sowie den Maßstäben der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die Materialien sind ohne Registrierung zugänglich und vollständig kostenfrei zu Unterrichtszwecken nutzbar. Mit wenigen Ausnahmen stehen die Inhalte unter sogenannten offenen (Creative Commons) Lizenzen und dürfen somit durch die Nutzerinnen und Nutzer bearbeitet und in veränderter Form weitergegeben und veröffentlicht werden.

Der Bildungsservice setzt sich dafür ein, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in BMUB-Aktivitäten einbezogen und Auswirkungen politischer Entscheidungen auf ihre Lebenswirklichkeit und Interessen berücksichtigt werden. Der BMUB-Bildungsservice ermöglicht hierzu einen kontinuierlichen Austausch mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um passgenaue und authentische Angebote entwickeln zu können. Themen, Inhalte und Strategien sollen von Beginn an von ihnen mitgestaltet werden.

Partizipative Bildungsprojekte

- Konsequent partizipative Bildungsprojekte leisten einen zentralen Beitrag, Kinder und Jugendliche mit innovativen Methoden für die Themen und Herausforderungen des Umweltschutzes zu gewinnen. Mit dem Jugendkongress 2015 „Zukunft selber machen“ wurde Jugendlichen die Chance gegeben, kreativ und eigenständig an der Gestaltung ihrer Zukunft zu arbeiten; entwickelte Projektideen konnten im Anschluss an den Kongress durch Kleinförderungen abgesichert werden. Konzept und Inhalte des Kongresses wurden ein Jahr lang auf Einladung von DBU und BMUB in einem Vorbereitungsteam aus 12 Jugendlichen entwickelt.
- Über die Kampagne „Projekt Erdballkunde – Jugend macht Umwelt“ lädt das Bundesumweltministerium im Jahr 2017 Jugendliche und junge Erwachsene ein, sich aktiv zu beteiligen und über Umweltpolitik zu informieren. Zentrales Element war das Planspiel „Jugendliche übernehmen das Ministerium“, in dem 21 junge Menschen einen Aktionsplan zum Thema „Nachhaltige Mobilität in der Stadt“ erarbeitet und der BMUB-Hausleitung vorgestellt haben.
- Im Projekt „Jugend im Wandel“ möchte das Bundesumweltministerium erforschen, was Jugendliche und junge Erwachsene bewegt. Die Forschungsfragen der geplanten Jugendstudie wurden zusammen mit Jugendlichen festgelegt. Anfang 2018 werden die Ergebnisse präsentiert.
- Im Bereich der Stadtentwicklung findet seit 2010 jeweils zweimal jährlich das sog. „Jugendforum Stadtentwicklung“ statt. Das Jugendforum berät als ständiges Gremium das BMUB zu Stadtentwicklungsthemen aus Jugendsicht. Zu den Aufgaben des Forums zählt unter anderem die Erarbeitung von Vorschlägen zur Einbeziehung von Interessen Jugendlicher in Stadtentwicklungsprozesse, aber auch die Beteiligung an der Auswahl von Forschungsthemen und neuer Forschungsprojekte des Bundes.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Verbändeförderung / Nationale Klimaschutzinitiative (NKI)

Das BMUB fördert darüber hinaus über die Verbändeförderung und die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) zahlreiche Bildungsprojekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten, die sich mit ihren Aktivitäten an den Kriterien einer Bildung für nachhaltige Entwicklung orientieren:

- Im Projekt „Soko Klima“ wurde ein Methodenkoffer zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an formalen und informellen klimarelevanten Planungsverfahren auf kommunaler Ebene entwickelt. Mithilfe des Methodenkoffers konnten Kinder und Jugendliche motiviert werden, sich an Planungen in ihrem unmittelbaren Umfeld aktiv zu beteiligen.
- Im Projekt „KlimaKunstSchule“ wurde das Themenfeld Klimawandel mit künstlerischen Mitteln bearbeitet. An 200 deutschen Schulen fanden sog. „artistic seeds“ durch insgesamt 50 Kunstschaffende statt – durch diese künstlerischen Impulse wurden Schülerinnen und Schüler dafür motiviert, ihre Vorstellungen zum Klimawandel auf alternativem Wege darzustellen und neue Perspektiven zuzulassen.
- Das BMUB vermittelt BNE in gezielten Formaten auch auf digitalem Wege. Durch die 2017 veröffentlichte App „Naturblick“ können Nutzerinnen und Nutzer einen digitalen Zugang zur Natur erfahren. Mit einem Bestimmungsschlüssel lassen sich Pflanzen und Tiere bestimmen. über den Sprachrecorder des Smartphones können zusätzlich Vögel anhand ihres Gesangs erkannt werden. Das Projekt vereint die Bereitstellung biologischen Wissens, digitale BNE-Angebote sowie Citizen Science-Aspekte.

Zuverlässige und wissenschaftlich fundierte Informationen über den Zustand der Umwelt und die zu beobachtenden Entwicklungstrends sind Grundlage für alle Bildungsprojekte. Das Umweltbundesamt stellt auf seiner Website ein systematisch aufbereitetes Angebot an Daten zur Umwelt (www.umweltbundesamt.de/daten) und Informationen, z. B. zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung zur Verfügung.

Seit Start des Bildungsservice 2008 erscheint ein monatlicher Newsletter, der Neuestes aus den Aktivitäten des BMUB und zu Projekten, Terminen, Publikationen rund um die Bildungslandschaft im Bereich nachhaltige Entwicklung zusammenstellt. Auf der zentralen Website des Bildungsservice werden Termine, Wettbewerbe und Materialien aus verschiedenen Bereichen präsentiert. Damit trägt der Bildungsservice zu einer wirksamen Netzwerkkommunikation bei.

Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung

Im Bereich der beruflichen Bildung bündelt das BMUB seine Angebote in dem Förderprogramm „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung befördern. Über grüne Schlüsselkompetenzen zu klima- und ressourcenschonendem Handeln im Beruf (BBNE)“ im Rahmen der aktuellen Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Sozialfonds (ESF).

Das ESF-Programm BBNE ist das erste Bundesprogramm mit explizitem Umwelt- und Klimaschutzschwerpunkt in der über 50jährigen Geschichte des ESF. Über drei verschiedene Formate zeigt das Programm, wie nachhaltiges Handeln im beruflichen Alltag möglich ist und sensibilisiert für ein so genanntes „Greening“ von Berufen und Arbeitswelt: Workcamps und Ausstellungen geben Einblick in Berufsmöglichkeiten, für Auszubildende und Ausbildungspersonal in Bauberufen bieten die Projekte Kurse zur gewerkeübergreifenden Zusammenarbeit in der energetischen Gebäudesanierung. Kernelement des Programms ist die Kombination aus einem praxisorientierten, außerschulischen Angebot, Berufsinformation mit Nachhaltigkeitshemen und BNE-Methoden.

2015 startete das ESF-Programm in eine erste Förderrunde, in der aktuell 14 Projekte ihre Angebote sehr erfolgreich umsetzen. Für diese erste Runde bis 2019 stehen über 11 Mio. Euro europäische Mittel und bis zu 8 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung.

Den Projekten liegt der BNE-Kompetenzkanon zugrunde; Partizipation, Kontroversitätsprinzip, Überwältigungsverbot und Methodenvielfalt sind integraler Bestandteil. Diese konzeptionelle und methodische Ausrichtung wird durch die drei Querschnittsziele des ESF – Antidiskriminierung, Ökologische Nachhaltigkeit und Gleichstellung der Geschlechter – ergänzt. In zwei Mal jährlich stattfindenden Projektwerkstätten tauschen sich die zur Förderung ausgewählten Projekte aus, diskutieren aktuelle Umsetzungsfragen, bilden sich durch externe Impulse und durch Austausch interner Kompetenzen weiter und finden zu projektübergreifenden Kooperationen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ob Nachhaltigkeits- und Umweltaspekte Motivationsfaktoren für junge Menschen sein können, eine MINT-orientierte Ausbildung bzw. ein MINT-Studium aufzunehmen, hat die Studie „MINT the Gap“ im Auftrag des BMUB in den Jahren 2014-2016 untersucht. Auf Basis einer Literatur- und Maßnahmenanalyse wurden Elemente des Berufswahlprozesses zusammengestellt und die Einflussfaktoren aufgeschlüsselt. Deutlich wurde dabei unter anderem, dass der MINT-Kompetenzkatalog zahlreiche Überschneidungen mit dem BNE-Kompetenzkanon aufweist, die Maßnahmen und Akteure allerdings bisher noch in weitgehend getrennten Sphären agieren.

Das BMUB ist Teil der Nationalen Kooperationen zur geschlechtergerechten Berufs- und Studienwahl, die über das zentrale Portal www.klische-frei.de Informationen und Beratung zu einer Berufswahlbegleitung jenseits von Stereotypen bereitstellt und Maßnahmen unterstützt, die der Festigung von Stereotypen im Bereich der Berufs-und Studienwahlbegleitung entgegenwirken.

Bürgerbeteiligung

Das BMUB hat in dieser Legislaturperiode die Bürgerbeteiligung auf Bundesebene mit informellen Beteiligungsverfahren bei zentralen bundespolitischen Entscheidungsprozessen weiter gestärkt. Als Beispiele sind der Klimaschutzplan 2050, das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess II), das Integrierte Umweltprogramm 2030 und die erste internationale Bürgerbeteiligung zur UN-Klimakonferenz in Paris (COP 21) zu nennen.

Für die Zukunft ist weiterhin eine engagierte Bürgerbeteiligung geplant. Nationale und internationale Beteiligungsprozesse informeller Art, wie die Begleitung des Klimaschutzplans 2050, ProgRess III oder die kommenden UN-Klimakonferenzen (2017 mit Schwerpunkt Beteiligung Jugendlicher unter Einbezug von Schulklassen) werden fortgeführt.

Hinzu kommen neue Beteiligungsprozesse zur Politikberatung bei relevanten Entscheidungsprozessen (Beteiligung und soziale Teilhabe beim Programm für Nachhaltigen Konsum) und (modellhafte) Öffentlichkeitsbeteiligung bei Umweltgesetzgebung und anderen Regelungswerken aus dem Geschäftsbereich des BMUB. Schließlich ist bei umweltrelevanten Entscheidungsprozessen eine verstärkte Fokussierung auf schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen vorgesehen, wie z. B. besondere Berücksichtigung aller Milieus (Inklusion) und eine bessere Einbeziehung von Jugendlichen.

Da erfolgreiche Umweltpolitik eine aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger voraussetzt, geben BMUB und UBA seit Anfang der 90er Jahre regelmäßige Repräsentativumfragen in Auftrag, die einen Überblick über den Stand des Umweltbewusstseins, das Umweltverhalten der Menschen im Alltag sowie die Akzeptanz der Umweltpolitik erarbeiten. Ziel ist es, die in der Gesellschaft vorhandenen Denk- und Handlungsmuster zu verstehen, Handlungsbedarfe zu identifizieren und diese Erkenntnisse für die Politikgestaltung zur Verfügung zu stellen.

In den Umfragen zum Umweltbewusstsein in Deutschland zeigt sich eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem potenziellen und dem heute tatsächlich realisierten bürgerschaftlichen Engagement für den Umweltschutz. Der Anteil der aktiven Umweltengagierten bewegte sich zwischen 2006 und 2016 im Bereich von 4 bis 9 Prozentpunkten. Der Anteil der Befragten, die sich ein Engagement im Umweltschutz vorstellen können, pendelte in diesem Zeitraum zwischen 34 und 48 Prozent. In der aktuellen Erhebung von 2016 liegt der Anteil der im Umweltschutz Aktiven bei 6 Prozent, und die Zahl derer, die sich zukünftig ein aktives Engagement vorstellen können, beträgt 34 Prozent.

Zusammenarbeit mit Umweltverbänden

Umweltverbände spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Menschen ein Engagement für die Umwelt zu ermöglichen. Einige der großen Verbände bieten dies auch speziell für Kinder und Jugendliche und kümmern sich intensiv um die Nachwuchsförderung. Durch die Bereitstellung von auch niedrigschwelligen Angeboten und Strukturen für ein Engagement erfüllen sie eine wichtige Aufgabe für das Funktionieren der Zivilgesellschaft. BMUB und UBA unterstützen Umwelt- und Naturschutzverbände seit vielen Jahren sowohl finanziell als auch durch gezielte Studien und Vorhaben, wobei Bildungsprojekte sich im Rahmen der Projektförderung selbstverständlich an den Erkenntnissen der Bildung für nachhaltige Entwicklung orientieren müssen.

Das BMUB unterstützt Umweltverbände dabei, den Bundesfreiwilligendienst (BFD) im ökologischen Bereich bei der Ausrichtung der verpflichtenden Bildungsanteile an den Kriterien einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu orientieren.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Kulturelle Aspekte der Nachhaltigkeit

Mit dem Projekt „Neue Ansichten – Überraschende Einsichten – Schöne Aussichten: Kultur und Nachhaltigkeitspolitik im Dialog“ will das Bundesumweltministerium (BMUB) einen Dialog zwischen Kunstpraxis, Kulturpolitik, Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik anstoßen. Im Rahmen des im Frühjahr 2017 gestarteten Projektes sollen ein Wettbewerb für Kunstschaffende ausgerufen, Gespräche mit Expertinnen und Experten organisiert sowie Kooperationen mit Institutionen aus Kultur, Wissenschaft und Lehre eingegangen und gepflegt werden. Die Arbeitsergebnisse und Erfahrungen sollen in eine thematische Ausstellung mit Begleitprogramm sowie in eine öffentlichkeitswirksame Publikation einfließen.

Nachhaltiger Konsum

Die Qualifizierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Hinblick auf Möglichkeiten des umweltbewussten Konsums ist eine wichtige Bildungsaufgabe. Als Umweltkennzeichen mit hohen Glaubwürdigkeitswerten informiert der Blaue Engel über umweltfreundliche Produktalternativen. Durch die themenbezogenen Kategorien (Klima, Gesundheit, Wasser, Ressourcen) soll er zukünftig zu einem besseren Problemverständnis beitragen. Die Aktion „Schulstart für den Blauen Engel – 100 % für unsere Umwelt“ soll Eltern sowie Schülerinnen und Schüler für einen nachhaltigen Konsum sensibilisieren. Mit den für alle Schulformen und Jahrgangsstufen geeigneten Unterrichtsmaterialien „Der Blaue Engel macht Schule“ lernen die Schülerinnen und Schüler das Umweltzeichen kennen, erfahren, wie dadurch die Umwelt geschützt wird und erhalten Anregungen, was sie mit dem Blauen Engel für die Umwelt tun können.

Bildung für nachhaltige Entwicklung über Modellvorhaben im Effizienzhaus Plus-Standard

BMUB setzt anschaulich wichtige Impulse bei der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) mit Modellvorhaben der Initiative Effizienzhaus Plus. Effizienzhäuser Plus erwirtschaften über ein Jahr mehr Energie aus Erneuerbaren Energien als sie für ihren Betrieb benötigen. Seit 2011 fördert BMUB diese nachhaltige, innovative Gebäudegeneration mit einem Förderprogramm für Wohngebäude und für Bildungsbauten, die alle gesellschaftlichen Zielgruppen an dieses Thema heranführt. Effizienzhaus Plus Bildungsbauten sollen als öffentliche Gebäude die „Generation von Morgen“ an nachhaltige Häuser der Zukunft heranführen. Als öffentlich genutzte Gebäude laden sie ohne Barrieren auch viele weitere Zielgruppen der Gesellschaft zur praxisnahen, sachlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema ein. Sie stehen vorbildlich für einen Energie gewinnenden Gebäudestandard „Effizienzhaus Plus“ und bieten transparent Einblicke in die nachhaltig gebaute Umwelt der Zukunft. Wissenschaftlich begleitet kann in diesen nachhaltigen Modellvorhaben eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung gegenüber diesem hochkomplexen Thema stattfinden.

Die Initiative Effizienzhaus Plus schafft wichtige Transformationspfade für eine nachhaltige Entwicklung praxisnaher Lösungen für den zukünftigen Gebäudebereich und stärkt den Weg in eine nachhaltige, klimaneutrale Gesellschaft ab 2050.

BNE im Naturschutz

Bereits seit 2005 hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) die Umsetzung der inzwischen abgeschlossenen UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014) durch aktive Mitwirkung am Runden Tisch sowie die Initiierung der AG Biologische Vielfalt unterstützt. Das BfN wirkte dabei auf eine stärkere Verankerung des Themenfeldes biologische Vielfalt in der UN-Dekade hin. Unter der Herausgeberschaft der DUK und gefördert vom BMBF hat die AG 2015 die Broschüre „Querbeet: Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung – Anregungen für die Praxis“ vorgelegt. Die Publikation dient als Orientierungshilfe für ein tieferes Verständnis zu BNE im Kontext biologischer Vielfalt. Sie richtet sich an Akteure in schulischen und außerschulischen Lernorten sowie andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der BNE.

Im Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019) ist das BfN im „Partnernetzwerk Biologische Vielfalt“ vertreten. Das Netzwerk hat die Aufgabe, eng mit den Fachforen des Programms zusammenzuarbeiten und als Schnittstelle zur praktischen Umsetzung zu fungieren. Zudem wirkt das BfN an der Erstellung des Nationalen Aktionsplans BNE mit.

Auch in der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ (NBS) (BMU 2007) und in der „Naturschutz-Offensive 2020“ (BMUB 2015) werden in verschiedenen Kontexten Bildungsaspekte thematisiert. Insbesondere zur Sicherung der Natur und der biologischen Vielfalt sowie zur Schaffung eines gesellschaftlichen Bewusstseins für den Wert der Natur werden Anstrengungen der unterschiedlichsten Bildungsträger als unerlässlich hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund fördern das BMUB und das BfN verschiedene Maßnahmen, um

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

moderne Bildungskonzepte im Naturschutz weiterzuentwickeln und zu erproben. Auch für die Vergabe des Deutschen Naturschutzpreis 2013 waren BNE-Aspekte als wichtiges Qualitäts- und Bewertungskriterium maßgebend.

Bei dem von der „Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e. V. (ANU) durchgeführten Dialogforum „Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Oktober 2015 diskutierten Expertinnen und Experten, welche Leistungen die Umsetzung der BNE-Dekade für den Naturschutz erbracht hat. Insgesamt nahmen 110 Personen aus den Bereichen Biologische Vielfalt, Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung teil. Vertreten waren unter anderem Umweltverbände, Umweltzentren, Träger von Freiwilligendiensten, Schulen, Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen, Studierendeninitiativen sowie Entwicklungsorganisationen.

Aufgrund der großen Resonanz auf den Jugendkongress Biodiversität im Jahre 2011 wurde im September 2014 gemeinsam mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ein zweiter Jugendkongress durchgeführt. Engagierte Jugendliche, sowohl aus Verbänden als auch nicht verbandlich organisierte, hatten die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen, zu vernetzen, neue Ideen und Projekte zu entwickeln sowie Kompetenzen in Fachdiskussionen aufzubauen. Themen der Workshops waren neben weiteren: „No easy fixes – Konsum und biologische Vielfalt“ und „Vogelperspektive – Die Welt zu Gast bei … dir! Global denken – lokal handeln“. Der Jugendkongress 2014 wurde als „offizielles Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Ein dritter Jugendkongress Biodiversität wird im Juni 2017 stattfinden.

Die Zusammenarbeit mit jugendlichen Zielgruppen wird im Rahmen der Umsetzung der UN-Dekade Biologische Vielfalt (2011 bis 2020) weiter ausgebaut. Der 2012 gestartete Einsatz engagierter Jugendbotschafterinnen und -botschafter sowie die Auszeichnung von Dekade-Projekten sind auch hier vorbildliche Maßnahmen für die Kompetenzentwicklung der beteiligten Akteure im Sinne einer BNE.

Mit der BfN-Internetplattform „Naturdetektive“ (www.naturdetektive.de) steht auch weiterhin eine interaktive und multimediale Mitmach-Plattform zur Verfügung, die Naturbeobachtung, Kommunikation, Initiative und Erfahrungsaustausch fördert. Neben abwechslungsreichen Naturschutzthemen mit Artensteckbriefen, Arbeitsaufträgen, Aktionstipps und weiteren Informationen, können in eigene Reporterseiten Bilder, Texte und Audio-Dateien eingefügt und Beobachtungen in interaktiven Karten europaweit online eingetragen werden. Dabei werden auch sozioökonomische und globale Fragen einbezogen. Das Projekt wendet sich an Kinder, Jugendliche und Erwachsene und stellt für Pädagoginnen und Pädagogen unterrichtsbegleitende Materialien zur Verfügung.

BNE in internationalen Aktivitäten

Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) fördert das BMUB zahlreiche Projekte, in denen insbesondere politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern in den Bereichen Klimapolitik, Emissionsminderung (erneuerbare Energien, Energieeffizienz, REDD+) und Anpassung an den Klimawandel fortgebildet werden. Neben der Sensibilisierung unterschiedlicher Zielgruppen in den Partnerländern für Umweltprobleme und der Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten zu deren Lösung, werden auch Führungskräfte in Partnerministerien für die internationale Verhandlungsführung qualifiziert.

Einige Projekte sind Aus- oder Fortbildungsprojekte. Beispielsweise organisierte die Renewables Acadamy (RENAC) Seminare in Partnerländern oder Berlin sowie Fernlehrstudiengänge zu den Themen erneuerbare Energien, deren Integration in die Stromnetze, und Energieeffizienz. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Partnerländern erhalten umfassende Informationen rund um die Entwicklung, Einführung und Anwendung von entsprechenden Technologien. Die TREE-Community Internetseite verbreitet zudem Informationsmaterialien, fördert die Netzwerkbildung sowie den internationalen Dialog und Erfahrungsaustausch.

Das ebenfalls durch die IKI geförderte Stipendienprogramm für Internationalen Klimaschutz der Alexander von Humboldt-Stiftung richtet sich an Nachwuchsführungskräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie aus staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen und fördert den Austausch von Wissen, Methoden und Techniken im Bereich Klima- und Ressourcenschutz.

Die mangelnde Verfügbarkeit von geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten ist nach wie vor ein großes Hindernis für die Umsetzung der Klimaschutzpotenziale von Erneuerbaren Energien (RE) und Energieeffizienz (EE) in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Green Banking Initiative, ein Gemeinschaftsprojekt der Renewables Academy (RENAC) und der Association of Development Financing Institutions in Asia & Pa-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

cific (ADFIAP), zielt auf nachhaltige Capacity Building Maßnahmen und Unterstützung für Fachkräfte in Indonesien, Indien, Vietnam, Thailand und den Philippinen ab.

Fortgeführt wurde das seit 1977 vom UBA betreute internationale UNEP/UNESCO/BMUB-Trainingsprogramm „Umweltmanagement für Teilnehmer aus Entwicklungs- und Schwellenländern“. An dem jährlichen Programm sowie den einmonatigen Kurzkursen zu Bereichen wie Wassermanagement, Biodiversität oder Kreislauf- und Abfallwirtschaft nehmen jährlich ca. 80 Postgraduierte aus Asien, Afrika, Südamerika und aus Ländern Mittel- und Osteuropas teil. Das Programm und die Kurse tragen zum Kapazitätsaufbau für eine nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern bei.

Um die Aus- und Weiterbildung für Berufe im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien weltweit voranzubringen, entwickelte die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) gemeinsam mit anderen Akteuren die Lernplattform IRENA Renewable Energy Learning Partnership (IRELP, www.irelp.org). BMUB und später BMWi haben dies gemeinsam mit Spanien und Dänemark unterstützt. IRELP beinhaltet umfangreiche Datenbanken und unterstützt den Austausch von Anbietern und Nutzern. Ziel der Bildungsaktivitäten im Bereich Antarktis ist es, das Bewusstsein für das besonders sensible Ökosystem zu entwickeln. Alle in die Antarktis Reisenden sollten über ausreichende Kenntnisse hinsichtlich des Umweltschutzes und der zu beachtenden Gesetzgebung verfügen. Dazu hat das UBA Schulungs- und Informationsmaterialien erarbeitet und stellt diese zusammen mit anderen relevanten Informationen der interessierten Öffentlichkeit auf seiner Internetseite zur Verfügung. Das Angebot wird durch Bildungsmaterial für Kinder zur Antarktis ergänzt.

Das BMUB hat den deutschen Vorsitz der Alpenkonvention 2015-2016 genutzt, um Bildungsangebote zum sensiblen Ökosystem Alpen zur Verfügung zu stellen. Für Kinder und Jugendliche wurden auf der BMUB kids-Website sowie über das Online-Angebot „Umwelt im Unterricht“ Informationen und Materialien zur Alpenkonvention und zum Schutz der Alpen zur Verfügung gestellt.

Auch im Rahmen der bilateralen Umweltkooperation mit Mittel- und Osteuropa ist der Bereich Umweltbildung von Bedeutung. Das BMUB fördert derzeit ein Bildungsprojekt zu Klimaschutz und Energieeffizienz an Schulen in Bulgarien und Rumänien. Mit der Tschechischen Republik wurde im Jahr 2016 ein vorschulisches Umweltbildungsprojekt zur Förderung von Waldkindergärten abgeschlossen. 2017 wurde mit der Tschechischen Republik vereinbart, die Zusammenarbeit zur Klimaschutzbildung im Rahmen eines gemeinsamen Projektes an Schulen zu intensivieren.

Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Als größte Umweltstiftung Europas nimmt die DBU auch bei der Förderung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle ein. Die Gründung der Stiftung geht auf eine Initiative der Bundesregierung im Jahr 1989 und ein Errichtungsgesetz zurück, durch das sie mit einem Stiftungsvermögen aus Bundesmitteln ausgestattet wurde. Die DBU ist Teil der mittelbaren Bundesverwaltung; die Bundesregierung ist im Kuratorium der Stiftung durch das BMUB, BMF und BMBF, der Deutsche Bundestag durch Abgeordnete der Fraktionen vertreten.

Zu den zentralen Anliegen der DBU zählen die Förderung des Umweltbewusstseins der Menschen durch Umweltbildung, die Entwicklung und Nutzung neuer umweltentlastender Technologien und Produkte im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes, die Umwelt-forschung und der Naturschutz. Der Förderung von Umweltkommunikation in der mittelständischen Wirtschaft kommt eine besondere Bedeutung zu.

Mit der Neuformulierung der Förderleitlinien zum 1. Januar 2016 stellen Umweltbildung und Umweltinformationsvermittlung keine separaten Förderbereiche mehr dar, sondern sind 13 spezifischen Förderthemen zugeordnet, die sich an den weltweit größten Herausforderungen im Umwelt- und Naturschutz orientieren und u. a. die Konzepte der Planetary Boundaries und der Sustainable Development Goals aufgreifen. Besondere Berücksichtigung erfährt BNE im neuen Förderthema 1 „Instrumente und Kompetenzen der Nachhaltigkeitsbewertung sowie Stärkung von Nachhaltigkeitsbewusstsein und -handeln“. Im Fokus stehen dabei u. a. neue Ansätze zur Vermittlung systemischer Nachhaltigkeitszusammenhänge insbesondere in Schulen, Hochschulen und außerschulischen Bildungs-einrichtungen sowie neue methodische Zugänge zur Entwicklung und Stärkung von Nachhaltigkeitsbewusstsein bei Kindern und Jugendlichen.

Für die Fördertätigkeit der DBU haben der Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung und eine hierauf ausgerichtete Bildung hohe Bedeutung. Im Berichtszeitraum wurden 135 Projekte mit expliziter Ausrichtung auf eine Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützt und hierfür ein Fördervolumen in Höhe von ca. 21 Mio. Euro eingesetzt. Viele weitere Projekte der DBU greifen Teilelemente einer Bildung für nachhaltige Entwicklung auf. Die Modellvorhaben der DBU zu BNE reichen von der altersgemäßen Vermittlung grundlegender Kennt-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

nisse an Kinder im Grundschulbereich über die Verknüpfung von BNE mit naturwissenschaftlich-technischer Bildung bis hin zu berufsspezifischen Qualifizierungsansätzen, etwa in Bezug auf Tierschutz oder Lebensmittelverschwendung. Im Rahmen der rund 50 DBU-Bildungsprojekte zur Integration von Geflüchteten bildete BNE einen eigenen Schwerpunkt. Das wachsende Interesse an Bildung für nachhaltige Entwicklung in Mittel- und Osteuropa wurde durch mehrere Modellvorhaben aufgegriffen, so durch ein Vorhaben zum Social Learning für Studierende in Zusammenarbeit mit der Universität Split/ Kroatien.

Von 2004-2014 unterstützte die DBU über Projektförderung, Gremientätigkeit und be-gleitende Kommunikation in vielfältiger Weise die UN-Dekade der Vereinten Nationen und ist auch im nachfolgenden Weltaktionsprogramm der UNESCO stark involviert, u. a. durch Mitwirkung bei der Nationalen Plattform.

5.12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) leistet seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur beruflichen Integration junger Menschen in die Arbeitswelt. Sowohl in den Laufbahnausbildungen für Beamtinnen und Beamte als auch in den Berufsausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz ist das Thema Umweltschutz fachbezogen implementiert. So sieht beispielsweise die Laufbahnausbildung für Bauingenieure zahlreiche Lehrveranstaltungen zum Umweltschutz und zur Gewässerökologie vor. Darüber hinaus finden regelmäßig entsprechende Fortbildungsveranstaltungen für die mit Umweltschutzaufgaben betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt.

Auch in nichttechnischen Ausbildungsgängen der allgemeinen Verwaltung ist das Thema „Umweltschutz“ fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert. Umweltrelevante Fragestellungen werden zudem in Fächern wie „Beschaffung“ oder „Verwaltungsrecht“ aufgegriffen.

Darüber hinaus verfolgt das BMVI weitere Maßnahmen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung z. B. im Bereich Radverkehr (Förderprojekte zur Sicherheit im Radverkehr im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans, z. B. für Senioren: Sicheres Radfahren mit Pedelecs oder E-Bikes; Kampagnen zur Sicherheit im Radverkehr , z. B. für das Tragen eines Fahrradhelms; Förderung der Fahrradakademie (zentrale Stelle für Fortbildung im Bereich Radverkehr) oder mit Schirmherrschaften des Ministers bei Veranstaltungen Dritter zur Sicherheit im Radverkehr, z. B. Veranstaltungen der Deutschen Verkehrswacht für Kinder im Vorschulalter, Kinder im Schulalter und Jugendliche).

5.13 Bundesministerium der Verteidigung

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) implementiert Bildung für nachhaltige Entwicklung sowohl in den militärischen als auch zivilen Ausbildungsprozessen. Die Ausbildung in den Streitkräften, die streitkräftegemeinsame Ausbildung und der Anteil der bundeswehrgemeinsamen Ausbildung in den Streitkräften berücksichtigen in Verantwortung des Auftrages einer Armee im Einsatz die Nachhaltigkeit. Soldatinnen und Soldaten erhalten schon in der Grundausbildung eine praxisbezogene Unterrichtung zum Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz. In der allgemeinen militärfachlichen Ausbildung ist Nachhaltigkeit integrierter Bestandteil der Lehre. Unteroffizieren und Offizieren wird Nachhaltigkeit auch in ihrer Laufbahn- und Verwendungsausbildung vermittelt.

Die Ausbildung von zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr erfolgt in Laufbahnausbildungen und Berufsausbildungen. Im Dualen System der Berufsausbildung gehören Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu den Standardlernzielen in den Ausbildungsordnungen. In den Laufbahnausbildungen sieht beispielsweise der Studienplan der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung (HS Bund – FB BWV) – für das Studium der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes das Thema Umweltschutz fächerübergreifend vor. Umweltrelevante Fragestellungen werden in Studienfächern wie Beschaffung, Facility Management, Verwaltungsrecht sowie Beamten-, Arbeits-,Tarif- und Sozialversicherungsrecht aufgegriffen. Weiter werden in den Fächern Volkswirtschaftslehre und Soziologie Studieninhalte aus den Bereichen Umweltökonomie und Umweltsoziologie gelehrt. Zusätzlich wird ein Wahlfach Umweltschutz angeboten.

Bei der Ausbildung der übrigen Laufbahnen des nichttechnischen und technischen Dienstes an den Lehreinrichtungen der Bundeswehr ist der Umweltschutz ebenfalls Lehrinhalt. Darüber hinaus finden jährlich Fortbildungsveranstaltungen für die mit Umweltschutz betrauten zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr an dem Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) statt. Behandelt werden hier u. a. Verfahren wie Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, Umweltschutzbegehungen, spezielle artenschutzrechtliche Prüfungen und Umweltschutzanalysen, welche die Bundeswehr regelmäßig bei Bau und Betrieb von Infrastruktur

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

bzw. bei der Entwicklung und Beschaffung von Wehrmaterial anwendet. Bestandteil dieser Aus- und Fortbildungen ist die Sensibilisierung für einen sparsamen Ressourceneinsatz, die Förderung des Verständnisses von globalen Zusammenhängen und Herausforderungen sowie der nachhaltigen Wahrnehmung von Umweltschutzaufgaben. Im Rahmen der fach- und funktionsbezogenen Fortbildung fließt in die Fortbildungskonzepte der Nachhaltigkeitsgedanke übergreifend ein. Hier werden Kompetenzen wie vorausschauendes Denken, Aneignung interdisziplinären Wissens sowie eigenverantwortliches Handeln vermittelt.

In den vergangenen Jahren haben Nachhaltigkeitsthemen somit vermehrt Einzug in die Ausbildungs- und Studienpläne gefunden und dazu beigetragen, dass Nachhaltigkeit im Verwaltungshandeln umgesetzt wird.

5.14 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) definiert Entwicklungspolitik als Zukunftspolitik für eine globale nachhaltige Entwicklung. Für Deutschland gilt Bildung für nachhaltige Entwicklung im Einklang mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 als Leitgedanke der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Das BMZ hat sich in der laufenden Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die Breitenwirksamkeit seiner Informations- und Bildungsarbeit zu erhöhen und neue Zielgruppen zu erschließen. Ziel ist, die Herausforderung globaler Themen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen und konkrete Auswirkungen auf den Einzelnen sowie Möglichkeiten des persönlichen Engagements aufzuzeigen. Die Bundesregierung hat die Fördermittel für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit (ohne Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) auf 35 Mio. Euro im Jahr 2016 deutlich angehoben (2012:17,6 Mio. Euro). Das BMZ setzt seine Informations- und Bildungsarbeit durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, über staatliche Programme und zu einem geringen Teil BMZ-eigene Maßnahmen um. Im Rahmen der staatlichen Programme der Inlandsbildung spielt die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und Kommunen eine zunehmend wichtige Rolle.

Daneben trägt das BMZ in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, ein neues, zukunftsfähiges Verständnis von Lernen und Bildung als „Erwerb von Zukunftskompetenzen und Handlungsfähigkeit“ zu vermitteln. In der Agenda 2030 wird die Schlüsselrolle der Bildungsförderung für das Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung explizit hervorgehoben, auch über das Bildungsziel SDG 4 hinaus. Die Förderung der Bildung ist seit 2009 ein Schlüsselbereich der deutschen Entwicklungspolitik. Das BMZ hat dies in seiner „Zukunftscharta“ bekräftigt und im Juli 2015 eine neue Bildungsstrategie veröffentlicht. Auch im Rahmen der Sonderinitiativen und der neuen Afrikapolitik sowie bei Maßnahmen zur Fluchtprävention oder zugunsten von Flüchtlingen ist Bildung fester Bestandteil.

Das BMZ hat sich von 2005 bis 2014 aktiv an der BNE Dekade beteiligt und war auf verschiedenen Ebenen – u. a. im Nationalkomitee und am Runden Tisch – über Engagement Global vertreten. Mehrere Programme des BMZ waren in die Maßnahmenplanung der BNE-Dekade aufgenommen worden. Das BMZ und Engagement Global sind in den Gremien des Weltaktionsprogramms BNE, in der Nationalen Plattform (mit PStS Silberhorn) und den Fachforen vertreten und haben sich mit strukturbildenden Maßnahmen aktiv in die Erstellung des Nationalen Aktionsplans BNE eingebracht.

Gründung der „Engagement Global“

„Entwicklungspolitische Bildungsarbeit“ wird als Teilbereich der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verstanden. Im Zuge der Strukturreform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurde Anfang 2012 mit der Gründung der „Engagement Global gGmbH“ in Bonn eine eigene Einrichtung zur Förderung des kommunalen und zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Engagements in Deutschland geschaffen. Sie ist der zentrale staatliche Servicedienstleister auf diesem Gebiet für die Bundesregierung, aber auch für die Träger und Partner. Hier wurden staatliche Programme der Bildungsarbeit wie auch Förderprogramme der zivilgesellschaftlichen Bildungsarbeit im Inland in einer Hand zusammengeführt. BNE ist mittlerweile eine zentrale Säule der Unternehmensstrategie der Engagement Global. Durch die exklusive Verortung in einer Spezialorganisation erhöht das BMZ die Sichtbarkeit von BNE in der entwicklungspolitischen wie in der allgemein interessierten deutschen Öffentlichkeit.

Zielgruppen und Akteure entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland

Im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland stehen insbesondere Kinder und Jugendliche, Organisationen, Medien und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von Netzwerken, Vereinen, Schulen oder Kommunen. Ein besonderes Anliegen ist es, verstärkt neue Zielgruppen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

und Institutionen anzusprechen und zu motivieren, z. B. aus der Wirtschaft, aus Sportverbänden oder Seniorinnen und Senioren. Mit Präsentation von Sport als Instrument für den Transfer von Entwicklungsthemen, wie z. B. Bildung und Gesundheitsprävention unterstützt das BMZ die bildungspolitische Arbeit in Deutschland. Zudem werden Migrantinnen und Migranten aus Schwellen- und Entwicklungsländern vermehrt für die Bildungsarbeit eingebunden, etwa durch Qualifizierungsangebote, Unterstützung von Netzwerken und Förderung der Zusammenarbeit mit Kommunen und Eine-Welt-Vereinen.

Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Die Agenda 2030 macht deutlich, welchen Herausforderungen sich Menschen in allen Teilen der Welt stellen müssen. Demnach ist eine global nachhaltige Entwicklung insbesondere auch von der Veränderungsbereitschaft in den hochindustrialisierten Staaten abhängig. Dies fordert von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine umfassende Transformation. Zugleich muss der Staat seine Bürgerinnen und Bürger bei der Veränderung hin zu einer nachhaltigen Lebensweise unterstützen. Da der Staat allein nicht in der Lage ist, diese Veränderungsnotwendigkeit verständlich zu machen, ist die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren unerlässlich.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit des BMZ kann ohne die enge Kooperation und den kritischen Diskurs mit zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht erfolgreich umgesetzt werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen spiegeln die Vielfalt entwicklungspolitischen Engagements wider. Sie erreichen Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und schaffen Angebote zur Information, lebensnahe Lernorte und Möglichkeiten zu entwicklungspolitischem Engagement.

In der laufenden Legislaturperiode hat das BMZ die Unterstützung für entwicklungspolitische Bildungsprojekte zivilgesellschaftlicher Akteure mehr als verdoppelt. Dabei bieten die verschiedenen Förderprogramme des BMZ eine zielgruppengerechte und einfache Möglichkeit, um eigene Projekte auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene umsetzen zu können. Neben verfassten gemeinnützigen Organisationen können auch Engagierte unterstützt werden, die ein niederschwelliges und unbürokratisches Förderangebot mit geringen Einstiegshürden erwarten. Dadurch entsteht ein in der Breite wirksames Angebot für eine entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die verständlich ist und die wegen ihrer der Nähe zum eigenen Lebenszyklus auch neue Zielgruppen systematisch ansprechen kann.

Ein bundesweites Programm von besonderem Wert ist das vom BMZ gemeinsam mit den Deutschen Ländern finanzierte „Eine-Welt-Promotorenprogramm“. Auf Grundlage der Agenda 2030 setzen zivilgesellschaftliche Akteure das Programm in eigener Verantwortung um. Es versucht auf unterschiedlichsten Wegen, Menschen für globale Gerechtigkeitsthemen zu gewinnen und zu vernetzen und zugleich aufzuzeigen, welche positiven oder negativen Auswirkungen das eigene Handeln auf die globale Entwicklung hat.

Zusammenarbeit mit Kommunen

Im Auftrag des BMZ arbeitet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global eng mit kommunalen Akteuren zusammen und befähigt sie über Beratung, Qualifizierung, Vernetzung und Förderung einen eigenen Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Dabei wirken Kommunen als bürgernächste öffentliche Ebene zugleich als Trendsetter und Vorbilder für Bürgerinnen und Bürger sowie die private Wirtschaft.

Durch ihr Handeln können Kommunen wesentliche Veränderungen in den Köpfen der Bevölkerung anstoßen und sie für Fragestellung der nachhaltigen Entwicklung sensibilisieren. Im Rahmen des Instrumentariums der kommunalen Entwicklungspolitik ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) daher eine Querschnittsaufgabe:

Bei vielen Projekten des Programms „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ ist Bildung für nachhaltige Entwicklung zumindest eine Teilkomponente. So sollen Informations- und Bildungsmaßnahmen zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bzw. anderen entwicklungspolitischen Themen für unterschiedliche Zielgruppen (Bürgerschaft, Verwaltung, Jugendliche etc.) durchgeführt werden.

Auch über den Kleinprojektefonds wurden in sechs Kommunen Projekte zu BNE gefördert. Die Projekte reichten von Veranstaltungsreihen und interaktiven Ausstellungen über Sommerschulen und Netzwerkforen bis hin zu Schülerprojekten und Umweltbildungsprogrammen. Beteiligt waren beispielsweise die Kommunen Oldenburg, Geestberg, Leipzig und Hofheim.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Durch Fachveranstaltungen und Konferenzen werden Kommunalvertreter aus Verwaltung und Politik sowie Bürgerinnen und Bürger für die Agenda 2030 sensibilisiert und über Umsetzungsmöglichkeiten der SDGs auf lokaler Ebene informiert. Vernetzungsforen dienen dem Erfahrungsaustausch und der Verbesserung des fachlichen Know-hows.

Im Rahmen der Entwicklung von kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien wird von den Kommunen u. a. auch das Schwerpunktthema Bildung (SDG 4) gewählt. Hier wird von den Kommunen z. B. die Schaffung von SDG-Modellschulen bis 2030 als Maßnahme definiert.

Als klassische BNE Maßnahme kann die Erstellung eines Nachhaltigen Hausaufgabenheftes (Möhrchenheft) in Kooperation mit der Stadt Erfurt genannt werden. Kinder der Primarstufe werden über die Bereiche Nachhaltigkeit, Klimaerwärmung, Klimaschutz und Energieeinsparung informiert und für diese Themen sensibilisiert und begeistert (Kiki Karotte gibt Tipps, was die Kinder selbst tun können, wenn sie ihre Umwelt schützen und die Erde retten möchten).

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Schulunterricht

Die Programme der entwicklungspolitischen Bildung, die von Engagement Global durchgeführt werden, zielen auf die Umsetzung des Unterziels 4.7 der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030; sie leisten damit einen sektoralen Beitrag zur Umsetzung der SDGs insgesamt.

In den Programmen des BMZ wurde in den letzten Jahren daraufhin gearbeitet, die zielgruppenspezifischen Angebote für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und mit Schulen zusammenarbeitende Zivilgesellschaft auszubauen und zu erweitern, neue Zielgruppen zu erschließen und Wissen sowie Eigenengagement von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Ziel ist es, die Themen der globalen nachhaltigen Entwicklung flächendeckend und dauerhaft im Schulsystem und in der Gesellschaft zu verankern.

Um größere Wirksamkeit zu erzielen, wurden in einem neuen Schulprogramm Ende 2015 die verschiedenen bestehenden schulbezogenen Maßnahmen gebündelt und neue Elemente eingeführt. Konzeptioneller Hintergrund des Programms ist der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, dessen aktualisierte und erweiterte Fassung im Juni 2015 von den Kultusministern der Länder im Plenum der Kultusministerkonferenz (KMK) verabschiedet wurde. Damit wurde die gute Zusammenarbeit mit der KMK und den Ländern zur Integration des Lernbereichs globale Entwicklung in die schulische Bildung in dieser Legislaturperiode fortgesetzt.

Die vier aufeinander bezogenen und abgestimmten Kernkomponenten des Schulprogramms sind:

1. ***Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung/Kooperationsprojekte mit den Bundesländern***

Auf Initiative von KMK und BMZ wurde seit 2007 der Orientierungsrahmen erarbeitet. Seine Neufassung vom April 2016 wird durch einen großen Schulbuchverlag vertrieben. Aufgrund starker Nachfrage aus dem Ausland wurde eine englische Version herausgegeben. Beruhend auf den bisherigen Erfahrungen wurde in Zusammenarbeit mit der UNESCO ein auf dem Konzept des Orientierungsrahmens aufbauendes internationales Handbuch zum sog. „embedding“, der Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schulbüchern und Curricula, in 2017 veröffentlicht.

Der Orientierungsrahmen dient als Grundlage für die Entwicklung von Lehrplänen, gibt konkrete Unterrichtsempfehlungen und stellt Materialien zur Verfügung. Darüber hinaus beschreibt er beispielhaft Vorhaben in der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Im Berichtszeitraum bestehen 21 Kooperationsverträge in neun Bundesländern. Um die strategische Wirksamkeit der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erhöhen, hat das BMZ den Kultusministern der Länder angeboten, jeweils einen Landeskoordinator bei den Kultusbehörden anteilig zu finanzieren.

2. ***Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik „Alle für Eine Welt – Eine Welt für Alle“ und Begleitmaßnahme Song Contest: „Dein Song für Eine Welt!“***

Der Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik wird seit 2003 im Zweijahresrhythmus durchgeführt. Er hat zum Ziel, den Lernbereich Globale Entwicklung im Unterricht aller Jahrgangsstufen und Schulformen zu unterstützen und Kinder und Jugendliche für die Eine Welt zu sensibilisieren und zu aktivieren. In der letzten 7. Wettbewerbsrunde 2015/2016 waren zum Thema „Umgang mit Vielfalt: Unterschiede verbinden – Gemeinsam einzigartig!“ 42 000 Schülerinnen und Schüler beteiligt, die Medienreichweite belief

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

sich auf 15,5 Millionen (im Vergleich dazu: in der 6. Wettbewerbsrunde 2013/2014 „Die Welt beginnt vor deiner Tür – lokal und global denken und handeln“: 39 000 Beteiligungen, Medienreichweite 7 Millionen). Die Bewertung der Einsendungen erfolgt durch eine unabhängige Jury auf der Grundlage des Kompetenzmodells Orientierungsrahmen. Dieses ist auch Grundlage für die breit genutzten Unterrichtsbegleitmaterialien und Lehrerfortbildungsmaßnahmen, die für jede Wettbewerbsrunde entwickelt werden.

Um die Reichweite des entwicklungspolitischen Schulwettbewerbs weiter zu steigern, wurde 2015 erstmals als Begleitmaßnahme der Song Contest „Dein Song für EINE WELT!“ mit großer Resonanz durchgeführt. Er zielt auf die Auszeichnung selbst komponierter und präsentierter Lieder junger Menschen zwischen 10 und 25 Jahren zum Thema Eine Welt. Die zweite Runde des Song Contest wurde in 2017 gestartet, der Gewinnersong wird die 8. Runde des Schulwettbewerbs 2017/2018 begleiten.

3. Das entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm ENSA

Das ENSA-Programm fördert bestehende und neue Schulpartnerschaften zwischen weiterführenden allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland und Ländern des Globalen Südens. Für bereits bestehende Partnerschaften werden Begegnungsreisen in das Partnerland und nach Deutschland angeboten. Seit 2016 können Schulpartnerschaften im Aufbau durch Anbahnungsreisen von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und anderen Beteiligten unterstützt werden. Die teilnehmenden Schulklassen aus Deutschland werden intensiv pädagogisch begleitet und bei der Vor- und Nachbereitung ihrer Schulaustauschreise unterstützt. Im Laufe der Legislaturperiode wurde die Zahl der geförderten Schulaustauschreisen auf insgesamt 170 erhöht.

4. Globale Partnerschaft – BNE-Expertennetz

Bildung für nachhaltige Entwicklung verbindet ca. 60 Expertinnen und Experten in Indien, Mexiko, Südafrika und Deutschland in einer globalen Partnerschaft i.S.d. Entwicklungsziels 17 der SDGs. Zudem ist das Netzwerk Key Partner der UNESCO im Rahmen des Weltaktionsprogramms BNE. Auch hier steht die Nutzung der gemeinsamen Erfahrungen für die entwicklungspolitische Bildung in Deutschland im Vordergrund.

Folgende Programme bzw. Maßnahmen leisten Beiträge zum Schulprogramm:

Bildung trifft Entwicklung (BtE) mit Seminarprogramm

Das Programm Bildung trifft Entwicklung (BtE) unterstützt Pädagoginnen und Pädagogen durch die Vermittlung von Referentinnen und Referenten für Unterrichtsprojekte oder außerschulische Aktivitäten zu entwicklungspolitischen Themen. Die Referentinnen und Referenten, darunter auch Migrantinnen und Migranten, haben ohne Unterbrechung mindestens ein Jahr in Entwicklungsländern gelebt und gearbeitet. Qualifizierung, Fortbildung und Vernetzung sind zentrale Bausteine von BtE. Das BtE zugehörige Seminarprogramm vermittelt pädagogische und didaktische Fähigkeiten, Methoden sowie Kenntnisse zu aktuellen entwicklungspolitischen Themen.

Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)

Das BMZ fördert die Bereitstellung umfangreicher Materialsammlungen für den Unterricht durch die Zivilgesellschaft. Auf der Internetplattform „Eine Welt Internet Konferenz“ zum globalen Lernen (www.globaleslernen.de) werden Materialien von nichtstaatlichen und staatlichen Organisationen bereitgestellt.

Förderung von Erfahrungslernen in Entwicklungs- und Schwellenländern

Persönliches Erleben kann Lernprozesse anstoßen und vertiefen. Deshalb fördert das BMZ verschiedene Programme, durch die junge Leute in Entwicklungs- und Schwellenländern Erfahrungen sammeln können. Die auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichteten Programme fördern damit „Weltbürgerkompetenzen“ sowie eine Engagementbereitschaft nach Rückkehr, die in einen globalen Kontext eingebettet ist. Auch diese Programme befinden sich mittlerweile unter dem Dach der Engagement Global.

Mit dem **ASA-Programm** ermöglicht das BMZ über Engagement Global Studierenden und jungen Berufstätigen, die globale Zusammenhänge verstehen wollen, entwicklungspolitische Lern-, Qualifizierungs- und Engagement-Räume. Gemeinsames Lernen für Teilhabe und verantwortliches gesellschaftliches Handeln für nachhaltige Entwicklung, die Motivation dazu kritische Fragen zu stellen und sich für eine gerechte Welt stark machen, das ist der Kern des ASA-Programms. Pro Jahr organsiert das ASA-Programm für rund 300 Teil-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

nehmende einen Lernzyklus bestehend aus Seminaren und dreimonatigen Projektpraktika in Asien, Afrika, Lateinamerika sowie Südosteuropa, zunehmend auch in Deutschland. Mit seinen diversen Angeboten wie ASApreneurs und ASA-Kommunal wirkt das Engagement der Teilnehmenden und Partner des ASA-Programms mittlerweile noch breiter in die Gesellschaft, da es neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement für nachhaltige Entwicklung auch Engagement für nachhaltiges Wirtschaften und für kommunale Entwicklungspolitik fördert.

Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „**weltwärts**“ des BMZ ermöglicht jährlich mehr als 3500 jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren einen 6- bis 24-monatigen Aufenthalt in einem Entwicklungsland. weltwärts wird überwiegend durch das BMZ finanziert, von Engagement Global administriert und von einer großen Zahl gemeinwohlorientierter Trägern zusammen mit deren Partnern im Globalen Süden durchgeführt. Das Programm gibt damit wichtige Impulse für zivilgesellschaftliches Engagement und „Globales Lernen“ und leistet einen Beitrag für die entwicklungspolitische Nachwuchsförderung. Ziel ist es auch, die zurückgekehrten Freiwilligen in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland einzubinden.

Seit November 2013 können junge Menschen aus dem Globalen Süden über die Süd-Nord-Komponente von weltwärts einen Dienst auf Plätzen des Bundesfreiwilligendiensts in Deutschland leisten (2016: 460 weltwärts Süd-Nord-Freiwillige). Im Juli 2016 startete die neue Förderlinie „weltwärts – außerschulische Begegnungsprojekte im Kontext der Agenda 2030“. Eine Förderung können gemeinnützige Organisationen erhalten, die in gemeinsamer Trägerschaft mit der Partnerseite zwei bis vierwöchige Begegnungen zwischen Gruppen junger Menschen durchführen. Dies soll die interkulturelle Befassung mit Lösungsansätzen zu globalen Zukunftsthemen schulen und Partnerschaften vertiefen. Die neue Förderlinie versteht sich als Beitrag zur Deutsch-Afrikanischen Jugendinitiative des BMZ. Der Schwerpunkt liegt insofern auf Begegnungen mit afrikanischen Ländern.

Wirtschaft, Medien, Weiterbildungsprogramm „Entwicklungspolitische Bildung in Deutschland“

Der Agenda 2030 liegt auch das Verständnis zugrunde, dass die Aktivität von Regierungen alleine nicht ausreicht, um zu nachhaltiger Entwicklung zu kommen. Sie fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele deutlich auszubauen. Das BMZ trägt dieser Aufforderung in verschiedener Weise Rechnung:

Bundesminister Dr. Gerd Müller hat Anfang 2016 die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE) als zentrale Ansprechpartnerin der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) für Unternehmen und Verbände ist Leben gerufen. . Die AWE bietet deutschen und europäischen Partnern aus der Wirtschaft eine umfassende Erstberatung in Bezug auf geeignete Kooperations- und Förderinstrumente des BMZ. Darüber hinaus ist ihre Aufgabe, in der Öffentlichkeit Bewusstsein für die zunehmende Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu schaffen.

Darüber hinaus fördert das BMZ thematische Netzwerke mit der Wirtschaft, um die Verbreitung bestimmter Themen oder Geschäftsmodelle in unseren Partnerländern voran zu bringen. Hierzu gehören beispielsweise Geschäftsmodelle, die explizit auch dazu dienen, armen Menschen ein Einkommen zu verschaffen („breitenwirksame Geschäftsmodelle“). Diese werden über das „Inclusive Business Action Network“ verbreitet. Dies beinhaltet auch die Diskussion zum Thema Korruptionsbekämpfung und Integrität in Unternehmen. Diese wird mit Unternehmen aus Deutschland und anderen Ländern und lokalen Regierungen beispielsweise im Rahmen der „Allianz für Integrität“ befördert.

Das BMZ setzt sich auch für stärkere Verankerung von Nachhaltigkeitsstandards entlang globaler Lieferketten ein. Denn nachhaltige globale Lieferketten leisten wichtige Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030. Mit der Förderung von Multi-Stakeholder-Initiativen wie z. B. dem Bündnis für nachhaltige Textilien unterstützt das BMZ die Verbesserung der Umwelt- und Sozialstandards entlang der gesamten Textil-Lieferkette. Um das Bewusstsein für nachhaltigen Konsum in Deutschland zu steigern, fördert das BMZ das Verbraucherinformationsportal „Siegelklarheit.de“ der Bundesregierung, welches Verbraucherinnen und Verbraucher Informationen zu Anspruch und Glaubwürdigkeit von Nachhaltigkeitssiegeln bereitstellt und damit zu mehr Transparenz beiträgt. Das BMZ-finanzierte Portal „Kompass Nachhaltigkeit“ unterstützt öffentliche Beschaffer in Bund, Länder und Kommunen bei der nachhaltigeren Beschaffung.

Entwicklungspolitischer Dialog zu Meinungsfreiheit und Medienentwicklung

Das BMZ unterstützt das von der DW Akademie durchgeführte Projekt #speakup!. Mit diesem Projekt wird die entwicklungspolitische Bedeutung von Meinungsfreiheit, Zugang zu Information und Medienentwicklung

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

für die breite Öffentlichkeit greifbar und verständlich gemacht. Um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, werden interaktive Formate eingesetzt und über die Bedeutung von Meinungsfreiheit sowie die Ansätze der Entwicklungspolitik im Bereich Medien und Meinungsfreiheit informiert.

Das Weiterbildungsprogramm „Entwicklungspolitische Bildung in Deutschland (EBD)“ richtet sich an Akteure aus Wirtschaft, Staat und Medien. Vermittelt wird Orientierungswissen über globale Zusammenhänge, Entwicklungs- und Transformationsländer. Ziel ist der Erwerb von Handlungskompetenz.

Informationsarbeit

Das BMZ informiert über Themen der nachhaltigen Entwicklung durch zahlreiche Publikationen, die sich an Fachleute oder die breite Öffentlichkeit richten, zum Beispiel die Broschüre „Der neue Zukunftsvertrag für die Welt – Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Gelegentlich erwirbt das BMZ die nichtgewerblichen Rechte an besonders gelungenen Filmen zur Situation in Entwicklungsländern, zu Eine-Welt-Themen und zur Entwicklungspolitik. Zu speziellen Themen wird teilweise die Produktion geeigneter Filme beauftragt. Bei der Auswahl und Beauftragung von Filmen wird großer Wert auf die Möglichkeiten des Einsatzes in der Bildungsarbeit und als didaktisches Begleitmaterial gelegt. Die Filme werden auf der BMZ-Website sowie auf den BMZ-Kanälen in den sozialen Medien zur Verfügung gestellt.

Internationale Zusammenarbeit: Bildungsförderung

In seiner Bildungsförderung in Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt das BMZ einen ganzheitlichen Ansatz und unterstützt sowohl Bildungssysteme als Ganzes als auch alle Bildungsbereiche und -formen – also formale, non-formale und informelle Bildung. Unter dem Leitbild des lebenslangen Lernens sind Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit, inklusive Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und Chancen des digitalen Wandels (IKT), Dialog und Wirksamkeit zentrale Anliegen.

Auch Kultur wird verstärkt als Bildungsinstrument in den Partnerländern eingesetzt. Neben der Erweiterung des klassischen Curriculums um kulturelle Komponenten (z. B. Musik, Kunst, Theater) werden Bildungsmöglichkeiten im Bereich Kreativwirtschaft gefördert und damit berufliche Zukunftsperspektiven geschaffen. Ausbildung und Professionalisierung in den Partnerländern der deutschen EZ sind auch im Bereich Medien-/Filmwirtschaft fester Bestandteil der entwicklungspolitischen Unterstützung.

Die Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit im Bildungssektor wurden kontinuierlich erhöht. Im Januar 2014 hat das BMZ festgelegt, zukünftig mindestens 400 Mio. Euro jährlich für Bildung einzuplanen. Dies wurde – bei Summierung bilateraler Zusagen, multilateraler Beiträge, Aus- und Fortbildungstitel und Sonderinitiativen – für die Jahre 2014-2016 erfüllt. 2014 war Deutschland größter bilateraler Geber weltweit für Bildung (ODA-Auszahlungen). Internationales Rahmenwerk für das Engagement im Bildungsbereich sind seit September 2016 die Sustainable Development Goals (SDG) und die Globale Bildungsagenda 2030 mit dem Aktionsrahmen zur Umsetzung der neuen Bildungsagenda 2030 (Framework for Action Education 2030).

Das Konzept BNE erhöht aus Sicht des BMZ durch die Vermittlung von Zukunftskompetenzen die Relevanz und damit Qualität von Bildung in den Partnerländern. Das BMZ fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung in der schulischen Bildung in Partnerländern, z. B. durch die Integration in Lehrpläne und in die Ausbildung von Lehrkräften, in der beruflichen Bildung sowie in Hochschule und Wissenschaft, z. B. durch die Einführung nachhaltigkeitsrelevanter Studiengänge. Darüber hinaus unterstützt es Kooperationsländer in der Erarbeitung und Umsetzung nationaler Aktionspläne für BNE, z. B. in Armenien die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans von Umwelt- und Erziehungsministerium zur Integration praktischer Umweltbildung in das Schulsystem.

In der Grundbildung fördert das BMZ beispielsweise Vorhaben der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu „Biodiversität als Unterrichtsfach an algerischen Koranschulen“ oder zur Integration von „handlungsorientierter Umweltpädagogik in Verbindung mit dem Einsatz ökoeffizienter Technik“ in den Bereichen Wasser, Energie und Müll an Schulen in Peru. Die vom BMZ geförderte berufliche Bildung zielt primär auf die Entwicklung praxisorientierter, an die Bedarfe der Wirtschaft angepasster Berufsbildungssysteme. BNE wird hier primär im Kontext von „Green Economy – Green Jobs – Green Skills“ diskutiert. Investitionen in eine „grüne” Wirtschaft und damit auch die berufliche Aus- und Fortbildung für entsprechende Qualifikationen erhalten wachsende Aufmerksamkeit in Kooperationsländern.

Auch die Hochschul- und Wissenschaftsförderung des BMZ trägt dazu bei, dass Prozesse nachhaltiger Entwicklung von Verantwortungseliten in den Partnerländern selbst ausgestaltet werden können. Um die Mobilität von Studenten und Akademikern zu erhöhen, werden Programme des Deutschen Akademischen Aus-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

tauschdienstes (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) finanziert. Auch globale Wissensnetzwerke für nachhaltige Entwicklung werden gefördert, z. B. das deutsch-brasilianische Hochschulkooperationsprogramm „Neue Partnerschaften“ das von DAAD und GIZ gemeinsam durchgeführt wird. Seit Ende 2016 fördert das BMZ über den DAAD sieben bilaterale SDG-Graduierten Kollegs zwischen Hochschulen in Deutschland und in Partnerländern, in denen gemeinsam wissenschaftliche Kapazitäten zu den Themenfeldern der SDGs aufgebaut werden. Interdisziplinäre Lehr- und Forschungsansätze sowie die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Akteuren aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft spielen in diesen Partnerschaftsprojekten eine besondere Rolle.

Bildungsförderung im Rahmen internationaler Zusammenarbeit erfolgt auch über das oben unter 4. als Komponente des Schulprogramms genannte BNE – Expertennetzwerk.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf europäischer Ebene

Das BMZ setzt sich auch auf europäischer Ebene für Bildung für nachhaltige Entwicklung ein. Die zentrale Plattform ist das Global Education Network Europe (GENE), das 2001 auf Initiative des Europarates gegründet wurde. Das Netzwerk dient dem europäischen Erfahrungsaustausch und der Weiterentwicklung entwicklungspolitischer Bildung in Europa.

Die seit 2007 von der EU-Kommission jährlich veranstalteten „European Development Days“ (EDD) sind inzwischen zu einer festen Einrichtung geworden. Seit 2010 werden sie in einem kleineren Format mit ca. 1 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern als Fachtagung abwechselnd in Brüssel und in einem EU-Mitgliedsstaat durchgeführt. Die EDD haben sich zu einer sehr effizienten Kontaktplattform für die Entwicklungszusammenarbeit entwickelt, die mit ihren aktuellen Themen und prominenten Teilnehmern aus der ganzen Welt entwicklungspolitische Themen ins Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit bringt.

5.15 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Nachhaltigkeitsbezogene Lernziele werden im Bereich der dualen beruflichen Ausbildung in allen Ausbildungsordnungen berücksichtigt, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) als Verordnungsgeber im Einvernehmen mit dem BMBF erlässt. Alle überarbeiteten und neu geschaffenen gewerblich-technischen wie kaufmännisch-verwaltenden Ausbildungsberufe orientieren sich am Grundsatz ganzheitlicher Handlungszusammenhänge und enthalten mindestens die Berufsbildpositionen „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“ sowie „Umweltschutz“ (siehe auch Kapitel 5.4).

Wenn die vorgenannten Standardberufsbildpositionen nicht ausreichen, werden darüber hinausgehende nachhaltigkeitsbezogene Kompetenzen in die fachbezogenen Inhalte aufgenommen, wie z. B. Sparsamkeit im Umgang mit Materialien, Ressourcen und Energien, umweltgerechte Entsorgung von Abfallstoffen, regelmäßiges Kontrollieren und Warten. So wurden z. B. in den Umweltberufen und den Berufen der Chemie und Pharmazie unter der Berufsbildposition „Betriebliche Maßnahmen zum verantwortlichen Handeln (Responsible Care)“ relevante Aspekte der nachhaltigen Entwicklung verankert.

Ebenso wird neueren Entwicklungen der Nachhaltigkeit in Ausbildungsberufen Rechnung getragen. So wurde beim 2013 neu geregelten Ausbildungsberuf Kfz-Mechatroniker ein neuer Schwerpunkt „System- und Hochvolttechnik“ eingeführt, um die Branche für die Herausforderungen der Elektromobilität zu rüsten.

5.16 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Toleranz, die Wahrung von Menschenrechten, und interkultureller Austausch sind zentrale Elemente einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wenn Menschen mit verschiedenen Kulturen, Hintergründen und Glauben zusammenkommen, um für ein gemeinsames Ziel zu arbeiten, wird oftmals nicht nur die Kreativität erhöht, sondern es können auch neue Lösungsansätze für bestehende Herausforderungen gefunden werden – sei es in der Gesellschaft oder am Arbeitsplatz. Ziel interkultureller Öffnung ist es, Menschen unabhängig von Herkunft Teilhabe an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen zu ermöglichen. Wichtige Elemente sind die Befähigung von Personal, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft wertschätzend und diskriminierungsfrei umzugehen und auch im Rahmen von Personalpolitik dafür Sorge zu tragen, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft unter den Mitarbeiter/innen abgebildet wird. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die interkulturelle Öffnung der Bundesverwaltung weiter voranzutreiben. Als erste Maßnahme fanden 2014 und 2015 auf freiwilliger Basis in den Bundesministerien und weiteren Bundesbehörden Beschäftigtenbefragungen statt. Insgesamt beteiligten sich bislang 24 Organisationen mit über 46.000 Beschäftigten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Mit dem 2016 veröffentlichten Ergebnisbericht liegen erstmalig detaillierte Aussagen über die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung nach Behördengröße, Laufbahnen, Geschlecht oder Art des Arbeitsverhältnisses vor. Der durchschnittliche Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung beträgt danach 14,8 Prozent. Sie sind damit im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich unterrepräsentiert.

Die Ergebnisse sollen deshalb die Grundlage dafür bilden, um adäquate Maßnahmen zur verstärkten Personalgewinnung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund und zur stetigen Entwicklung interkultureller Kompetenzen auszubauen und zu fördern.

Um diesen Prozess aktiv zu begleiten und den Austausch zwischen den Ressorts zu fördern, wird der Ressortarbeitskreis „Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung“ unter Federführung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zielgerichtet fortgeführt.

Bislang gibt es zwar vielfältige Ansätze und Einzelmaßnahmen in den Behörden, es fehlt aber an einem Gesamtbild und einer gemeinsamen Strategie der interkulturellen Öffnung. Dies ist gleichwohl erforderlich, um im Wettbewerb um kulturell vielfältige und interkulturell kompetente Bewerberinnen und Bewerber sichtbar und erfolgreich zu sein.

5.17 Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Der Erwerb von eigenverantwortlichen und nachhaltigen Optionen für die Entwicklung und Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderungen wird nicht in einem separierenden und ausgrenzenden Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitssystem gelingen, sondern bedarf soweit wie möglich einer Einbindung in das allgemeine Bildungssystem mit den erforderlichen Unterstützungen. Für die Behindertenbeauftragte ist Inklusion in der Bildung, also das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen, ein Beitrag für nachhaltige Entwicklung. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, der inklusiv an allgemeinen Schulen unterrichtet wird, hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und ist im Zeitraum von 2005 mit 14 Prozent im Jahr 2014 auf 34 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf angestiegen. Es besteht Einigkeit, dass gleichwohl erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um Inklusion an den Schulen weiter auszubauen. Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung macht durch die jährliche Verleihung des Jakob Muth-Preises für gelungene Inklusion an Schulen darauf aufmerksam, wie das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen gelingen kann. Dabei steht im Fokus, dass das gemeinsame Aufwachsen von allen Kindern Grundlage für den späteren Umgang miteinander ist. Inklusive Bildung von Anfang an und damit das Kennenlernen menschlicher Vielfalt ist wesentlich für die Entwicklung des Einzelnen und für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft insgesamt.

Die Beauftragte trägt mit bewusstseinsbildenden Maßnahmen dazu bei, dieses Ziel zu erreichen. So zeigt eine „Inklusionslandkarte“ auch zahlreiche Beispiele im Bereich Bildung, die Tipps zur praktischen Umsetzung und zur Nachahmung geben.

5.18 Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Kulturelle Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die aus dem Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat erwächst. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) fokussiert ihre Aktivitäten wegen der Mitverantwortung des Bundes für die Schaffung eines Umfelds, in dem sich Kunst aller Sparten in einem kommunikativen Prozess entfalten kann, in erster Linie auf eine aktivierende Vermittlung von Kunst, Kultur und Medienkompetenz. Die BKM trägt damit zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland bei. Das übergreifende Ziel der Aktivitäten der BKM besteht darin, gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen und medialen Angeboten unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter zu erleichtern und die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung und Medienkompetenz zu verstärken. Kulturelle Bildung und die Förderung der Medienkompetenz lässt Kinder und Jugendliche sowie alle Generationen aktiv, neugierig und kreativ werden und ist somit ein wichtiger Teilbereich der BNE.

Kulturell-künstlerische Vermittlung

So fördert die BKM deutschlandweit ausgewählte Modellprojekte der kulturell-künstlerischen Vermittlung. Diese richten sich vor allem an Menschen, die bisher die Angebote der traditionellen Kultureinrichtungen kaum oder gar nicht nutzen, darunter insbesondere junge Menschen. Dafür stellt die BKM jährlich insgesamt

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1,5 Mio. Euro bereit. Ein Schwerpunkt der BKM-geförderten Kulturstiftung des Bundes (KSB) ist ebenfalls die Vermittlung von Kunst und Kultur an ein neues Publikum. Die Stiftung mit Sitz in Halle (Saale) entwickelt und unterstützt damit innovative Programme zur kulturellen Bildung mit bundesweiter Wirkung. Beispiele hierfür sind:

- „Kulturagenten für kreative Schulen“ gibt es an 138 Schulen in fünf Bundesländern. Gemeinsam mit den Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern entwickeln die „Kulturagenten“ ein kulturelles Programm und initiieren Kooperationen mit Kultureinrichtungen der Stadt. Die Kulturstiftung des Bundes und die Stiftung Mercator stellten hierfür 2010 bis 2016 je 10 Mio. Euro zur Verfügung. Die zweite Phase des Projektes geht von 2015 bis 2019 und umfasst je 4,5 Mio. Euro Förderung.
- Die KSB-“Initiative zur Stärkung der Vermittlungsarbeit in Museen – Bode Lab“ will direkt in den Museen Veränderungsprozesse anstoßen, die geeignet sind, insbesondere junge Menschen anzusprechen. In Zusammenarbeit mit dem Bode-Museum der Staatlichen Museen in Berlin und Berliner Schulen werden ein „Vermittlungslabor“ und wissenschaftliche Volontariate realisiert. Von 2016 bis 2020 stehen dafür bei der Kulturstiftung des Bundes 5,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Alle von der BKM dauerhaft geförderten Kultureinrichtungen erfüllen ihren Satzungen entsprechend einen kulturellen Vermittlungs- und Bildungsauftrag. So bieten etwa Museen, Bibliotheken und Archive vielfältige Formate zur Vermittlung von Kunst und Kultur an. Das Spektrum reicht von Familienführungen über Kooperationen mit Schulen bis hin zu speziellen Angeboten wie dem freien Eintritt für Kinder und Jugendliche. Die BKM investiert hier, um insbesondere der jungen Generation Zugang zu Kultur und zu kultureller Bildung zu ermöglichen. Seit 2008 werden in den jeweiligen BKM-Zuwendungsbescheiden die Zuwendungen des Bundes mit dem Ziel einer aktiven kulturellen Vermittlungsarbeit verbunden. Menschen, die Angebote der öffentlichen Kultureinrichtungen bislang wenig oder gar nicht nutzen, ist demnach ein besonderer Stellenwert einzuräumen.

Mit dem seit 2009 verliehenen „BKM-Preis Kulturelle Bildung“ wird die Vermittlungsarbeit von Kultureinrichtungen und bürgerschaftlichen Initiativen prämiert. Jedes Jahr werden drei innovative und bundesweit beispielhafte Projekte mit einem Preisgeld von insgesamt 60.000 Euro ausgezeichnet.

Mit Unterstützung der BKM und in Kooperation mit den Ländern und Kommunen ist zudem 2012 in der Stiftung Genshagen ein Netzwerk kulturelle Bildung und Integration gegründet worden. Dessen Aufgabe ist der Transfer von Know-how, um sich wechselseitig über Strategien, Konzepte und Arbeitsansätze in den jeweiligen Institutionen informieren zu können.

Verantwortung und Teilhabe stärken

Die Europäische Kommission hat unter anderem auf Anregung Deutschlands das Jahr 2018 als Europäisches Kulturerbejahr bestimmt. In Deutschland koordiniert die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz bei der BKM die Durchführung des Themenjahres in Abstimmung mit Bund, Ländern und Kommunen. Das Jahr soll künftig noch breitere Kreise der Gesellschaft, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, aktiv an das kulturelle Erbe heranführen und zur Teilhabe auffordern. Im Mittelpunkt stehen die Identifikation mit dem Erbe und die Bereitschaft zu seiner Bewahrung, auch als Teil dessen, was uns übergreifend in Europa und über Europa hinaus verbindet. Die BKM stellt im Jahr 2017 3,6 Mio. Euro für gesamtstaatlich bedeutsame Projekte zur Verfügung.

Neben Kommunen, Ländern und Opferverbänden engagiert sich auch der Bund nachdrücklich bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die BKM finanziert die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und fördert auf der Grundlage der Gedenkstättenkonzeption des Bundes national bedeutsame Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Initiativen zur Geschichte der SED-Diktatur. Mit der Stasi-Unterlagen-Behörde und dem Bundesarchiv gewährleistet sie den Zugang zu den Akten des SED-Staates. Über das Portal www.ddr-zeitzeuge.de können Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bundesweit zum Beispiel an Schulen vermittelt werden. Das Koordinierende Zeitzeugenbüro, eine gemeinsame Servicestelle der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Berliner Mauer, organisiert die Gesprächspartner und trägt die Kosten. Bisher konnten schon mehr als 124.000 vor allem junge Menschen dieses Angebot nutzen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Förderung der Medienkompetenz

Aktivierende Vermittlung ist aber auch mit der Aneignung von Kompetenzen im Bereich der digitalen Medien verbunden. Insbesondere im Bereich der Medienkompetenzvermittlung werden Projekte durch die BKM gefördert: Die von der Bundesregierung mitinitiierte und über die BKM geförderte Gesellschaft Vision Kino gGmbH – Netzwerk für Film- und Medienkompetenz hat zum Ziel, als Teil der kulturellen Jugendbildung und im Rahmen einer übergreifenden Medienkompetenz insbesondere die Filmkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken und sie gleichzeitig für den Kulturort des Films, das Kino, zu sensibilisieren. Das erfolgreichste Projekt der „Vision Kino“ sind die bundesweiten jährlich stattfindenden SchulKinoWochen, bei denen ein vielfältiges Programm aus Filmen mit unterrichtsbegleitenden Filmmaterialien und Fortbildungsmöglichkeiten angeboten wird. Seit dem Start der SchulKinoWochen im Jahr 2006 haben fast 6 Millionen Schülerinnen und Schüler das Angebot wahrgenommen und eines der rund 800 beteiligten Kinos besucht. Mit dem alle zwei Jahre stattfindenden Kongress „Vision Kino: Film – Kompetenz – Bildung“ wird für die Akteure aus Bildung, Filmbranche und Politik ein weiteres Begegnungsforum geschaffen. Die BKM rief gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der Politik, der Wirtschaft und Institutionen des Jugendmedienschutzes bereits im Jahr 2007 die Initiative „Ein Netz für Kinder“ ins Leben, um einen sicheren Surfraum für Kinder mit vielfältigen, altersgerechten Internetangeboten zu schaffen. Ziele der Initiative sind die Förderung der Medienkompetenz von Kindern, die Schaffung von mehr Sicherheit für Kinder im Internet, die Verbreiterung der Vielfalt an Kinderinternetinhalten, die Erhöhung der Aufmerksamkeit und eine bessere Auffindbarkeit von Kinderinternetseiten sowie die Schaffung von Synergien durch eine verstärkte Vernetzung der Kinderseitenlandschaft. Die Initiative fußt auf dem von der BKM finanzierten Förderprogramm „Ein Netz für Kinder“ und der von der Wirtschaft getragenen Suchmaschine für Kinder www.fragFINN.de. Seit dem Start des Förderprogramms „Ein Netz für Kinder“ wurden 128 Projekte mit insgesamt 9,3 Mio. Euro unterstützt.

Die Nationale Initiative Printmedien (NIP) ist ein auf Dauer angelegter Zusammenschluss von Politik, Verleger- und Journalistenverbänden, Pressegroßhändlern sowie diversen Einrichtungen der Leseförderung und der politischen Bildung. Ziel der Initiative ist, nicht nur Kindern und Jugendlichen, sondern auch der breiten Öffentlichkeit die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften für die Demokratie nahe zu bringen und den Wert von Medien- und Meinungsvielfalt zu vermitteln.

Das jährliche Fördervolumen der BKM liegt seit dem Beginn der NIP bei bis zu 30.000 Euro. Vorrangige Aktivitäten der NIP waren bis einschließlich 2015 die jährliche Durchführung eines Schülerwettbewerbs und die Würdigung und Präsentation der Preisträger auf einer Jahrestagung im Bundeskanzleramt. Die Initiativpartner haben angesichts der aktuellen Entwicklungen im Medienbereich in 2016 gemeinsam beschlossen, eine Neuausrichtung der Initiative anzugehen.

6 Aktivitäten der Länder

Im Rahmen einer Zwischenbilanzierung dokumentieren die Länder ihre Bemühungen, dem Anspruch der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie dem UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung in den unterschiedlichen Handlungsbereichen gerecht zu werden. Die Ergebnisse dieser Zwischenbilanz liegen in einem umfangreichen Dokument vor (siehe Anhang). Nachfolgend werden die wesentlichen Erkenntnisse anhand einer Reihe von Leitfragen zusammenfassend skizziert. Die Fragen 7 bis 9 gehen dabei insbesondere auf die Perspektiven der Länder in Bezug auf das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung ein (Kapitel 6.2).

Grundlage für die Beiträge der Länder war folgender Fragenkatalog:

1. Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in die politischen Entscheidungs- und Umsetzungsgremien eingebunden?
2. Gibt es eine Landesstrategie BNE, einen landesweiten Aktionsplan, etwas Ähnliches oder ist dies geplant? Bei einer Landesstrategie oder einem Aktionsplan: Welche Strukturen zur Umsetzung (bspw. Gremien) sind vorgesehen und welche Planungen (Meilensteine, Umsetzungsschritte u. a.) gibt es?
3. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung gestaltet?
4. Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung und die damit verbundene Kompetenzorientierung in den Lehrplänen bzw. in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen verankert?

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5. Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrerausbildung (1. und 2. Phase) integriert?
6. Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrerfortbildung, inklusive Berufsschullehrerfortbildung, eingebunden?
7. Wie haben sich seit Ende der UN-Dekade und während des UNESCO-Weltaktions-programms (WAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019) die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung verändert?
8. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie für Bildung für nachhaltige Entwicklung in Ihrem Land – insbesondere bis zum Ende des WAP Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019)?
9. Welche konkreten Planungen bestehen zur Umsetzung des WAP?

6.1 Zusammenfassung der Länderbeiträge

Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die politischen Entscheidungs- und Umsetzungsgremien eingebunden?

BNE ist auf sehr vielfältige und unterschiedliche Art und Weise in die Bildungsstruktur des jeweiligen Landes eingebunden. BNE ist Gegenstand aktueller Koalitionsverträge und – soweit vorhanden – Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategien der Länder. Die Nachhaltigkeitsstrategieprozesse sind dabei ein wichtiger Impulsgeber für die Implementierung und Etablierung von BNE. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass BNE in weiteren Strategieprozessen in den Ländern Berücksichtigung findet (z. B. Entwicklungspolitische Leitlinien, Naturschutz- und Biodiversitätsstrategien, Energie- und Klimaschutzprogramme). Des Weiteren ist BNE in unterschiedlichen nachhaltigkeitsrelevanten gesetzlichen Rahmungen verankert und wird in den unterschiedlichen Politikfeldern thematisiert. Die Zuständigkeit im Kontext der BNE ist nicht immer eindeutig. In einigen Ländern liegt die Zuständigkeit für BNE im Bereich der Bildungsministerien (z. B. Fachaufgabe auf allen Stufen der Bildungsverwaltung, Steuerung von Arbeitskreisen und Multiplikatorennetzwerken), zum anderen liegt die BNE-Koordination in den Umweltministerien (z. B. im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie). Insgesamt wird aber deutlich, dass die Auseinandersetzung mit dem integrativen und orientierenden Bildungskonzept BNE eine ressortübergreifende Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachressorts erfordert. Dies erfolgt i. d. R. im Rahmen von interministeriellen Arbeitsgruppen. Vor dem Hintergrund der jeweiligen Zuständigkeit wurden in den Ländern in den zurückliegenden Jahren unterschiedliche Strukturen geschaffen sowie eine Vielzahl von Initiativen, Kampagnen und Programmen durchgeführt, die u. a. auch die länderspezifischen Schwerpunktsetzungen deutlich machen.

Gibt es eine Landesstrategie BNE, einen Aktionsplan, etwas Ähnliches oder ist dies geplant. Bei einer Landesstrategie oder einem Aktionsplan: Welche Strukturen zur Umsetzung (bspw. Gremien) sind vorgesehen und welche Planungen (Meilensteine, Umsetzungsschritte u. a.) gibt es?

Nordrhein-Westfalen ist aktuell das erste Land, in dem eine sog. BNE-Landesstrategie verabschiedet wurde. Baden-Württemberg und Sachsen werden mit der Erarbeitung einer BNE-Landesstrategie beginnen, in Berlin ist die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie geplant. In Schleswig-Holstein liegt eine BNE-Konzeption der Landesregierung vor. Darüber hinaus wurden in einer Reihe von Ländern in den zurückliegenden Jahren sog. Aktionspläne erarbeitet (z. B. Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein). Des Weiteren ist BNE ein Schwerpunktbereich bzw. wichtiges Handlungsfeld in den Nachhaltigkeitsstrategien der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Insbesondere die selbstverständliche Verankerung von BNE in der Nachhaltigkeitsstrategie macht deutlich, welche Bedeutung die Nachhaltigkeitsstrategieprozesse in den Ländern für die Etablierung von BNE in den Ländern haben.

Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung gestaltet?

In allen Ländern spielt die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren eine wichtige und selbstverständliche Rolle und wird als sinnvolle Ergänzung der pädagogi-schen Arbeit im formalen Bildungsbereich angesehen. Diese Zusammenarbeit mit Schulen wird in den Ländern durch unterschiedliche Ansätze und vielfältige Aktivitäten gefördert. Im Zusammenhang mit der Nutzung außerschulischer Bildungsangebote wird von einigen Ländern u. a. ausdrücklich auf die Eigenverantwortung der Schule hingewiesen. Darüber hinaus

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

wird die Ganztagsschule gezielt genutzt, um außerschulische Bildungspartner in die pädagogische Arbeit „vor Ort“ einzubeziehen. Kooperationspartner sind i. d. R. zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Natur- und Umweltbereich und dem entwicklungspolitischem Bereich. Als weitere Kooperationspartner werden Universitäten und Unternehmen genannt. In Zusammenhang mit der Einbindung außerschulischer Bildungspartner und Lernorte spielen die landesweite, regionale und lokale Netzwerkbil-dung sowie die Zertifizierung von außerschulischen Bildungseinrichtungen eine wichtige Rolle. Die Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnern wird in den Ländern z. B. durch gemeinsame Veranstaltungen und „Runde Tische“, Arbeitsgruppen, Zusammenarbeit bei der Erstellung von Handreichungen, Empfehlungslisten, Koordinierungsstellen, Internetportalen bzw. durch staatliche Förderungen und die Vergabe von Anrech-nungsstunden sowie Abordnungen unterstützt.

Wie ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die damit verbundene Kompe-tenzorientierung in den Lehrplänen bzw. Bildungsplänen der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen verankert?

BNE hat zwischenzeitlich in allen Ländern Eingang in die Lehr- bzw. Bildungspläne der allgemeinbildenden Schulen gefunden bzw. soll bei anstehenden Überarbeitungen berücksichtigt werden. Hierbei werden BNE-typische Inhalte und (Schlüssel)Themen als auch BNE-relevante Kompetenzbeschreibungen in Anlehnung an das Konzept der Gestaltungskompetenz bzw. des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung berücksichtigt. Bei einer genaueren Betrachtung lassen sich Unterschiede in der Art und Weise der Verankerung der BNE feststellen. Es gibt Ansätze, BNE sehr breit bspw. als Leitperspektive in prozess- und inhaltsbezogenen Kompetenzen in allen Fächern, in Form von übergreifenden Themen, als Teil fächerübergreifender Kompetenzentwicklung bzw. als Grundorientierung für Unterricht zu verankern. Daneben gibt es in einigen Ländern Ansätze, in denen die Verankerung der BNE implizit und explizit in einzelnen Fächern (z. B. Sachunterricht, Geographie, Biologie, Physik) erfolgt. Des Weiteren lässt sich feststellen, dass in einigen Ländern der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen der BNE mit seiner globalen Perspektive eine besondere Rolle gespielt hat bzw. spielt.

Zur Verankerung der BNE im Bereich Berufliche Bildung geben die Länder unterschiedliche Rückmeldungen. Hier findet die Verankerung der BNE bspw. als Querschnittaufgabe oder als übergreifende Aufgabe bzw. in ausgewählten Bildungsbereichen (z. B. den Berufskollegs) sowie in Fächern (z. B. Wirtschafts- und Sozialkunde, Politische Bildung, Politische Bildung/Wirtschaftslehre in der Berufsschule bzw. Berufsfachschule) statt. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass das Konzept der Gestaltungskompetenz bzw. der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung bei weiteren Überarbeitungen der Lehrpläne im Bereich der Beruflichen Bildung aufgegriffen werden soll.

Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrerausbildung (1. und 2. Phase) integriert?

BNE ist in den meisten Ländern sowohl in der 1. als auch 2. Phase der Lehrkräftebildung in unterschiedlicher Art und Weise verankert.

Die Verankerung der BNE in der ersten Phase erfolgt beispielsweise über die Integration des Erwerbs von Querschnittskompetenzen auf der Grundlage einer Rahmenverordnung, die von den Hochschulen autonom in den Studiencurricula der Fächer umgesetzt wird bzw. fach- oder themenbezogen über die Integration in einzelnen Fächern (z. B. Sachunterricht, Naturwissenschaften, Geographie, Wirtschaft) sowie im Rahmen des Studiums der Erziehungswissenschaft. Dabei wird BNE i. d. R. als Querschnittsaufgabe bzw. -kompetenz verstanden. Die Einbeziehung von BNE in die erste Phase der Lehrkräftebildung wird darüber hinaus vereinzelt auch durch BNE-affine Projektaktivitäten bzw. Veranstaltungen ergänzt. In den meisten Ländern gibt es allerdings derzeit keine verbindliche Regelung, sodass von einer flächendeckenden und systematischen Verankerung der BNE in der Lehrkräftebildung in den Ländern noch nicht gesprochen werden kann.

In der zweiten Phase sieht es vergleichbar aus. BNE wird auch hier weitgehend als Querschnittsaufgabe bzw. -kompetenz bzw. im Kontext fächerübergreifender Bildungs- und Erziehungsaufgaben sowie als impliziter Bestandteil aller Ausbildungsfächer bzw. BNE-affiner Fächer verstanden. Vereinzelt ist BNE in allen Rahmenplänen für die Seminare verankert und in die Seminarausbildung integriert. Des Weiteren erfolgt die Integration der BNE in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung über die Umsetzung von Projekten, im Rahmen von Wahlmodulen und Veranstaltungen bzw. auch über Angebote von Zusatzqualifikationen und die Qualifizierung von Fachleiterinnen und Fachleiter sowie weiteren Lehrenden am Seminar. Vereinzelt unterstützen Netzwerkstrukturen in den Ländern die Integration von BNE im Bereich der Seminare. Auch hier kann festgestellt werden, dass derzeit noch nicht von einer verbindlichen, flächendeckenden und systematischen Verankerung von BNE in allen Ländern gesprochen werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrerfortbildung, inklusive Berufslehrerfortbildung, eingebunden?

BNE ist in den Ländern auf eine vielfältige Art und Weise in die Lehrkräftefortbildung eingebunden. Die Angebote hängen im Wesentlichen von den länderspezifischen Rahmenbedingungen bzw. jeweiligen Organisationsstrukturen ab. In diesem Kontext werden beispielsweise von unterschiedlichen staatlichen Trägern regelmäßige landesweite, regionale und/oder schulinterne Angebote durchgeführt. BNE ist implizit und explizit Bestandteil von fachbezogenen und fächerübergreifenden Lehrkräftefortbildungen sowie Qualifizierungsmaßnahmen von Schulberaterinnen und Schulberater und Schulleiterinnen und Schulleiter. Bemerkenswert sind in einigen Ländern die Bestrebungen BNE systematisch und strukturiert in die bestehende Lehrkräftefortbildung einzubinden und BNE nicht ausschließlich als „zusätzliches“ Angebot zu verankern. Ergänzt wird das Angebot im klassischen Fortbildungsbereich durch Formate, die in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien und im Rahmen von themenspezifischen (Schul)Programmen bzw. Kampagnen sowie in besonderem Maße auch durch die Einbeziehung von außerschulischen Bildungsträgern aus den unterschiedlichen BNE-Bereichen durchgeführt werden. Darüber hinaus werden durch Fachtagungen und Kongresse auf regionaler und landesweiter Ebene Impulse gesetzt. Des Weiteren verfügen einige Länder über sog. BNE-Multiplikatoren, die im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabenbereichs Fortbildungsangebote durchführen.

6.2 Perspektiven im UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wie haben sich seit Ende der UN-Dekade und während des UNESCO-Weltaktionsprogramms (WAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015 – 2019) die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung verändert?

Was die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen angeht, ergibt sich in den Ländern ein heterogenes Bild. Die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen haben sich gegenüber 2012 nicht wesentlich verändert und hängen von den ressourcenrelevanten Handlungsmöglichkeiten in den Ländern ab. In allen Ländern lassen sich jedoch Strukturmerkmale erkennen und es wird deutlich, dass BNE auf unterschiedlichen Ebenen (Ministerium, Schulverwaltung, außerschulischen Bildungsorten) personell im Rahmen von Abordnungen bzw. von Anrechnungsstunden verankert wurde. In den Bildungsministerien gibt es Ansprechpartner (Fachreferenten) mit dem Schwerpunkt Bildung für nachhaltige Entwicklung. Derzeit hat ein Land das Angebot des BMZ/Engagement Global angenommen, die Länder bei der Einrichtung einer BNE-Koordinierungsstelle zu unterstützen. Die Finanzierung von BNE-Aktivitäten in den Bildungsministerien erfolgt u. a. im Rahmen von Projektförderung, Förderprogrammen sowie im Zusammenhang mit Aktivitäten innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie des jeweiligen Landes. Darüber hinaus nutzen einige Länder die Möglichkeit der Projektförderung im Rahmen von Umsetzungsprojekten zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Zusammenhang mit dem BMZ-Schulprogramm durch Engagement Global.

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie für Bildung für nachhaltige Entwicklung in Ihrem Land – insbesondere bis zum Ende des WAP Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019)?

BNE wird – wie bereits 2012 – von allen Ländern weiterhin als eine wichtige Aufgabe und Herausforderung verstanden, die gesellschaftliche Leitidee der Nachhaltigen Entwicklung als selbstverständliche Bildungsaufgabe im formalen Bildungssystem zu verankern. Konkret bedeutet dies, dass die begonnenen Aktivitäten in den Ländern abgesichert, weiterentwickelt, ausgebaut und noch deutlicher strukturell und systemisch verankert werden sollen. Aus Sicht der Länder deckt sich der Handlungsbedarf im Wesentlichen mit den zentralen Handlungsfeldern, die im Rahmen des WAP für die einzelnen Handlungsbereiche herausgearbeitet wurden. Dabei geht es u. a. um

- die Einbindung der BNE in die Lehrkräftebildung in der 1., 2. und 3. Phase,
- die strukturelle Verankerung der BNE in der Schule (z. B.: durch die Einbeziehung in Lehrpläne, Kerncurricula, Schulprogramme, Schulentwicklungsprozesse; durch die Einbindung in die Organisation der Schule im Rahmen des Ganztagsbetriebs, in den Unterricht und im Zusammenhang mit Wettbewerben; die Berücksichtigung bei der Ausgestaltung von Schulpartnerschaften und im Rahmen der Berufsorientierung),
- die Initiierung von Prozessen im Sinne des „Whole system approach“ (z. B. durch Anreizsysteme und die Einführung einer landesweiten Dachmarke BNE)

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- die Stärkung von Partizipationsprozessen (z. B. durch Jugendbeteiligung) und die Schaffung von Möglichkeiten der Selbstwirksamkeitserfahrung,
- die Kooperation mit außerschulischen Partnern (z. B. durch Qualitäts- und Zertifizierungsverfahren und den Aufbau und die Etablierung von nachhaltigen Bildungslandschaften, Vernetzung von Bildungsakteuren),
- die Berücksichtigung non-formaler und informeller Lernprozesse.

Von einigen Ländern wird u. a. kritisch angemerkt, dass im Rahmen des WAP ein stärkerer Austausch zwischen Bund und Ländern (KMK) sowie eine intensivere Abstimmung der verantwortlichen Akteure auf Bundesebene (BMBF, BMZ, etc.) und auf Landesebene (BNE als ressortübergreifende Querschnitts- und Bildungsaufgabe) gewünscht werden. Angesichts immer knapper werdender Ressourcen könnte durch eine optimierte ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene ein effizienter Einsatz der begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel optimiert, Synergien genutzt und Handlungsspielräume erweitert werden.

Welche konkreten Planungen bestehen zur Umsetzung des WAP?

Die konkreten Planungen der Länder können – soweit sie dokumentiert wurden – im Detail dem nachfolgenden Anhang entnommen werden. Es ist davon auszugehen, dass der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung im Kontext der SDG (Ziel 4.7) als Orientierung weitere wichtige Impulse für die Etablierung der BNE in den Ländern geben wird.

7 Lokale Ebene

Beitrag des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages für den Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nach-haltige Entwicklung (BNE)

Global denken, lokal handeln

Nachhaltige Entwicklung im Sinne der 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 beschlossenen 17 Sustainable Development Goals kann nur gelingen, wenn es eine funktionierende Kooperation aller staatlichen Ebenen gibt. Um die Herausforderungen einer globalisierten Welt meistern zu können, gilt es, mit Hilfe des ganzheitlichen Bildungsansatzes Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) Gestaltungskompetenzen zu entwickeln und zu fördern. Hierzu gehören Fähigkeiten zu vorausschauendem Denken, zu Interdisziplinarität und zu Partizipation. Diese Prozesse finden in Kindertageseinrichtungen, in Schulen, in Jugendeinrichtungen, in Vereinen, an außerschulischen Lernorten, in Erwachsenenbildungseinrichtungen, in Betrieben und in Wohnquartieren statt.

Ein großer Teil dieser Lernorte befindet sich in kommunaler Trägerschaft oder ist in kommunale Netzwerke eingebunden. Deshalb ist es erforderlich, die Akteure kommunaler Selbstverwaltung in BNE-Prozesse aktiv einzubinden.

Die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

Während der UN-Dekade von 2005 bis 2014 wurde auch in Deutschland Pionierarbeit geleistet. In dieser Phase haben sich mit den kreisangehörigen Städte und Gemeinden Aalen, Alheim, Dinslaken, Dornstadt, Bad Honnef, Hellenthal, Hetlingen, Markt Eggolsheim, Neu-markt in der Oberpfalz und Minden sowie den kreisfreien Städten Bonn, Dresden, Erfurt, Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Gelsenkirchen, Hamburg, Heidelberg, München, Osnabrück und Solingen insgesamt 21 Kommunen durch besonderes Engagement für BNE hervorgetan. Sie wurden von der Deutschen UNESCO-Kommission für ihre Bemühungen ausgezeichnet, waren als Arbeitsgruppe vernetzt und in den steuernden Runden Tisch der UN-Dekade einbezogen.

Alle Dekade-Kommunen unterstützen den Austausch zwischen BNE-Akteuren und beziehen politische Entscheider in lokale Bildungsprozesse mit ein – zunächst in der Arbeitsgruppe zur UN-Dekade, mittlerweile in einem Partnernetzwerk zur Begleitung der Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans. Die Dekade-Kommunen sehen in der Koordination und Verbreitung guter BNE-Ansätze und der Qualitätsentwicklung von BNE vor Ort eine wichtige Aufgabe. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Dekade-Kommunen bekundeten bereits zwei Mal die große Bedeutung von Nachhaltigkeit und BNE für ihre Kommunen und haben hierzu gemeinsam verfasste „Bürgermeister-Erklärungen“ abgegeben (2011 und 2014). Das Thema wurde

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Teil der politischen Agenda und der Öffentlichkeitsarbeit. Die Auszeichnung der Kommunen schuf darüber hinaus eine hohe Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung.

Das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das Weltaktionsprogramm (2015 – 2019) trat auf der Ebene der Vereinten Nationen die Nachfolge der UN-Dekade BNE an. Zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die Nationale Plattform BNE einberufen, der auch ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände angehört. Neben den fünf Fachforen Frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule, Berufliche Bildung und Non-formales und informelles Lernen/Jugend, die die unterschiedlichen Bildungsbereiche abdecken, wurde ein Fachforum Kommunen berufen.

In dieses Forum, dessen Sprecherfunktion ein kommunaler Praktiker und eine Wissenschaftlerin gemeinsam wahrnehmen, ist ebenfalls ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände eingebunden. Daneben sind einige besonders aktive Kommunen (Alheim, Kreis Düren, Erfurt, Gelsenkirchen, Hamburg, Nürnberg) Mitglieder des Forums. An die Strukturen der UN-Dekade wurde insofern angeknüpft, als die Arbeitsgruppe der BNE-Kommunen die Arbeit des Fachforums als Partnernetzwerk begleitet. Die Mitglieder des Fachforums identifizierten prioritäre Handlungsfelder für den kommunalen Bereich und unterlegten diese mit Zielen und Maßnahmenvorschlägen. Diese Ausarbeitungen sind die Grundlage für den Nationalen Aktionsplan BNE, der am 20. Juni 2017 von der Nationalen Plattform verabschiedet wurde. Der Nationale Aktionsplan bildet die Basis für die Umsetzungsphase des WAP BNE, um Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Strukturen der Kommunen einzubinden.

Auszeichnungen

Während der UN-Dekade wurden von der Deutschen UNESCO-Kommission Projekte und Kommunen nach der Beurteilung durch eine Jury ausgezeichnet. Die Auszeichnungen hatten in erster Linie motivierenden Charakter. Die Auszeichnungspraxis wurde vom BMBF und der DUK weiterentwickelt. 2016 wurden nach überarbeiteten Qualitätskriterien Projekte, Netzwerke, Kommunen und Personen geehrt. Ausgezeichnet wurden für ihre erfolgreiche Arbeit bei der Implementierung von BNE in kommunale Strukturen zuletzt folgende Kommunen: Alheim, Bonn, Dinslaken, Dornstadt, Erfurt, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Hetlingen und Neumarkt in der Oberpfalz.

Fazit

Mit der Übernahme der Prozessverantwortlichkeit durch die Bundesregierung unter Federführung des BMBF, hat sich bei den Kommunen eine wahrnehmbare Dynamik entwickelt. Neben der genannten Beteiligung in den Gremien der Nationalen Plattform haben auch die kommunalen Spitzenverbände damit begonnen, sich in den eigenen Fachgremien verstärkt mit BNE zu befassen. Sie sind an der Entwicklung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans beteiligt und werben bei ihren Mitgliedern für die Förderung von BNE-Maßnahmen, die Förderung und Unterstützung von BNE-Netzwerken und die strukturelle Verankerung von BNE.

Aus kommunaler Sicht sind hierbei eine bessere Koordinierung der Förderangebote von Bund und Ländern sowie eine professionelle Beratung der Kommunen dazu anzustreben, Bildung für nachhaltige Entwicklung vor dem Hintergrund ihrer örtlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten optimal realisieren zu können.

8 Ausblick

Um der gewachsenen Bedeutung der Bildung für nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen, ist es wichtig, dass auch in Zukunft die Akteure der non-formalen und informellen Bildung in BNE-Prozesse einbezogen werden. Neben zivilgesellschaftlichen Akteuren spielen auch Vertreter und Vertreterinnen aus den Bereichen Wirtschaft und Medien eine große Rolle, damit Bildung für nachhaltige Entwicklung jeden Bürger und jede Bürgerin erreicht.

In Bezug auf die Länder sollten in Zukunft neben der Kultusministerkonferenz auch die Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) sowie die Umweltministerkonferenz der Länder (UMK) verstärkt in BNE-Maßnahmen und Prozesse einbezogen werden. Den Ländern kommt insbesondere bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung eine entscheidende Rolle zu.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Bundesregierung trägt mit zahlreichen Aktivitäten zu dem Ziel bei, Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland in die Breite zu tragen. Die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung wurden in der vergangen Legislaturperiode erheblich ausgebaut. Dennoch gibt es noch immer viel zu tun, um BNE flächendeckend umzusetzen. Deshalb begrüßt die Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung und beteiligt sich innerhalb ihrer föderalen Verantwortung und Zuständigkeit umfassend an dessen Umsetzung. Einem möglichen Folgeprogramm des UNESCO-Weltaktionsprogramms sieht die Bundesregierung mit großem Interesse entgegen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anhang: Rückmeldungen der einzelnen Länder

1.	**Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die politischen Entscheidungs- und Umsetzungsgremien eingebunden?**
BW	1. BNE als Schwerpunkt in der Nachhaltigkeitsstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in Baden-Württemberg seit 2007 als Schwerpunkt prominent in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes verankert. In den zurückliegenden Jahren wurden im Rahmen dieses Strategieprozesses mehrere Initiativen auf den Weg gebracht (z. B. Aktionsplan 2009, Bildungsinitiative „Lernen über den Tag hinaus – Bildung für eine zukunftsfähige Welt“), die in den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung strukturell stärker in das baden-württembergischen Bildungssystem eingebunden werden konnte. Im Beirat der Landesregierung ist Bildung für nachhaltige Entwicklung durch zwei Personen aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft vertreten. Der Beirat wird für zwei Jahre gewählt. Die Neubesetzung des Beirats steht für das Frühjahr 2017 an. Auch im neuen Beirat wird Bildung für nachhaltige Entwicklung weiterhin prominent vertreten sein. 2. BNE im Koalitionsvertrag Auf der Grundlage des Koalitionsvertrags der aktuellen Landesregierung soll in den kommenden Monaten unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eine ressortübergreifende Gesamtstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erarbeitet werden, die insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene für Nachhaltigkeit aktivieren und qualifizieren soll. Zusammen mit Schulen und Hochschulen soll Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen mit Leben gefüllt und die Kooperation zwischen außerschulischen Akteuren und Schulen gefördert werden. Im Kontext der Erarbeitung einer Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung ist zu erwarten, dass nach der Neubesetzung des Beirates hierzu neben den interministeriellen Absprachen eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, in der Vertreter der Ressorts, Mitglieder des Beirates sowie weitere Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden werden. Mit einer ressortübergreifenden Bestandsaufnahme der BNE-Aktivitäten wurde der Prozess der Entwicklung einer BNE-Landesstrategie bereits eingeleitet. Des Weiteren soll die Waldpädagogik, einschließlich der Waldschulheime, als integraler Bestandteil der Bildung für nachhaltige Entwicklung gestärkt werden. Dazu soll eine umfassende Konzeption unter Einbeziehung der Herausforderungen von Migration und Inklusion auf den Weg gebracht werden. 3. BNE in weiteren Strategieprozessen Teilaspekte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung sind neben der Integration in der Nachhaltigkeitsstrategie in weiteren Strategieprozessen des Landes eingebunden (z. B. Globales Lernen im Kontext des entwicklungspolitischen Dialogs „Welt:Bürger gefragt!“, Bildung für nachhaltige Entwicklung mit dem Schwerpunkt Ökologie im Rahmen der Naturschutzstrategie). Über die Verknüpfung dieser Prozesse können entsprechende neue Impulse gesetzt werden. Des Weiteren findet der Informationsaustausch bzw. die Vereinbarung weiterer gemeinsamer Schritte im Bereich Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von regelmäßig tagenden interministeriellen Arbeitsgruppen statt.
BY	Zur landesweiten Vernetzung besteht seit 2002 unter der Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz der Arbeitskreis „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der aus dem Umweltforum Bayern hervorgegangen ist. Beteiligt sind neben den einschlägigen Ministerien auch Verbände aus den Bereichen Bildung, Umwelt und Naturschutz, Eine Welt sowie Vertreter der Wirtschaft, Hochschulen, der Gewerkschaften und der Kirchen. Ein Abbild der Aktivitäten auf dem Gebiet der BNE bietet der seinerzeit für die UN-Dekade erstellte bayerische Aktionsplan, einzusehen auf der Internetseite www.dekade-bayern.de. In diesem Zusammenhang ist auch die ressortübergreifend organisierte Entwicklungszusammenarbeit zu nennen. Die Koordinierung des Bereichs liegt in Händen der Bayerischen Staatskanzlei. Sie arbeitet mit externen Organisationen wie z. B. dem Eine Welt Netzwerk Bayern e. V. und Engagement Global zusammen und fördert den Dialog und die Abstimmung zum Thema Entwicklungsarbeit innerhalb der beteiligten Ministerien.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

BE	Im April 2016 wurde im Berliner Abgeordnetenhaus das Berliner Energiewendegesetz einstimmig beschlossen, in dem im § 14 „Klimaschutz als Bildungsinhalt“ festgeschrieben wurde. Im Koalitionsvertrag (2016) wurden vielfältige Maßnahmen mit direktem oder indirektem Bezug zu BNE beschlossen, um Berlin in Richtung Nachhaltigkeit zu entwickeln, die nun in den Gremien und Verwaltungen umgesetzt werden, indem beispielsweise auch eine Koordinierungsstelle geschaffen werden soll. Die Koalition will die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für eine nachhaltige globale Entwicklung und die 17 globalen Ziele nachhaltiger Entwicklung in allen Politikfeldern konkretisieren sowie in den entwicklungspolitischen Leitlinien und der Nachhaltigkeitsstrategie verankern. Weiterhin soll neben verschiedenen anderen Vereinbarungen das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), das zahlreiche Maßnahmen der Klimaschutzbildung vorsieht, zügig im Abgeordnetenhaus beschlossen und umgesetzt und eine „Leitstelle Klimaschutz“ eingerichtet werden. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat einen Antrag eingebracht, wonach Berlin sich um die Auszeichnung als Fairtrade Town bewerben soll. Für BNE engagieren sich in Berlin verschiedene Senatsverwaltungen mit spezifischen Ausrichtungen, die sich gegenseitig ergänzen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie stärkt BNE sowohl im Berliner Bildungsprogramm für Kitas als auch über den neuen Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10 sowie in vielfältigen Projekten in Fortsetzung der Agenda 21-Prozesse als auch mit Bezug zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung. Zur Förderung der außerschulischen Aktivitäten der Schulen im Rahmen von BNE aktualisiert die Senatsverwaltung für Bildung in Zusammenarbeit mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER) jährlich die Empfehlungsliste von entwicklungspolitischen Initiativen auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung mit dem BER. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen fördert städtische Naturschutzstationen und Waldschulen und die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz befördert den Schwerpunkt Klimaschutz in Schulen und Kindertagesstätten. Die Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie und Betriebe mit der dort angesiedelten Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit verfolgt neben dem Globale Lernen, wie es in den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Berlin festgeschrieben ist, die Schwerpunkte: Förderung entwicklungspolitischer Projekte der Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken, dem Berliner Entwicklungspolischen Ratschlag (BER e.V.) und Engagement Global gGmb u. a. m.
BB	Das Land Brandenburg verfolgt das Ziel der eigenverantwortlichen Schule, sodass Schulen die Freiheit haben, eigene Schulentwicklungsschwerpunkte im Rahmen der Schulgesetze zu setzen. Im brandenburgischen Schulgesetz sind die Ziele und Grundsätze der Erziehung und Bildung aller Schulen des Landes festgeschrieben. Für den Kontext BNE gibt es dabei zahlreiche Bezugspunkte, wobei BNE über die klassischen Bereiche der Umweltbildung und des Globalen Lernens hinausgeht. Dabei sollen Schule, berufliche Bildung und die Hochschulbildung, aber auch die Elementarpädagogik und die Erwachsenen-, Kinder- und Jugendbildung – unabhängig davon, ob sie in Form der Umwelt-, der wald- und forstpädagogischen, kulturellen oder politischen Bildung oder im Bereich des globalen Lernens stattfindet – ihren jeweils spezifischen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung leisten. Zudem wird angestrebt, BNE in allen Programmen und Maßnahmen der zuständigen Fachressorts wirksam zu verankern. Hierzu gibt es verstärkte Koordination innerhalb der Landesregierung zum Thema BNE. Mit der Fortschreibung des Landesaktionsplans hat am 29.04.2014 die Landesregierung die Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg beschlossen. Damit wurde ein Konzept vorgelegt, wie sie ihre Politik am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ausrichten will, um das Land zukunftsfähiger zu machen. Die Vernetzung mit den gesellschaftlichen Akteuren erfolgt im Feld BNE über den „Runden Tisch BNE“, der sich für das Land Brandenburg im Herbst 2011 konstituiert hat und seit dem einmal jährlich durchgeführt wird.
HB	Die Ressorts Senatorin für Kinder und Bildung, (SKB) und Senator für Umwelt, Bau, Verkehr (SUBV) stimmen sich in allen grundlegenden Fragen der BNE-Implementierung und -Förderung ab. Die Zuständigkeit für die schulische Implementierung liegt bei der Senatorin für Kinder und Bildung. Mit der konkreten Unterstützung der BNE-Aktivitäten an den Schulen ist das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) beauftragt worden (Vereinbarung ab 2009), das jährlich im Rahmen der Rechenschaftslegung über Maßnahmen und Erfolge berichtet. Die SKB gewährt darüber hinaus jährliche Zuwendungen an außerschulische Bildungsträger (z. B. biz, „Grüne Schule“ im Science Center Botanika) für die Durchführung von BNE-Projekten mit schulischen Lerngruppen, die Bereitstellung von Informations- und Lernmaterialien sowie für die Durchführung von Beratungsgesprächen und Fortbildungen für Lehrkräfte. Die Zuwendungen beruhen auf Vereinbarungen mit den entsprechenden Trägern.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr unterstützt seit 2007 die außerschulische Umweltbildung/BNE für Kinder und Jugendliche in Bremen durch Finanzierung einer Koordinierungsstelle „Umwelt Bildung Bremen“ bei der Bremer Umwelt Beratung e. V. und stellt Fördermittel für zzt. sechs stadtteilorientierte Umweltbildungseinrichtungen (Basisförderung) zur Verfügung. Die Koordinierungsstelle ist Mittlerin zwischen den Bremer Umweltbildungseinrichtungen und den Nutzungsgruppen; sie forciert die Vernetzung der Umweltbildner, fördert die Kooperation mit vorschulischen und schulischen Einrichtungen, entwickelt Fortbildungsangebote, beteiligt sich an der Entwicklung von Qualitätsstandards im Kontext der norddeutschen Länder (NUN-Initiative) und betreibt eine offensive PR- und Öffentlichkeitsarbeit. Seit 2010 werden im Ausschreibungsverfahren BNE-Projekte für die Zielgruppe Kinder/Jugendliche gefördert.
HH	In Hamburg wird BNE seit der 2005 gestarteten UN-Dekade federführend durch die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ (HLN) umgesetzt (online unter: www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen). Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat die Geschäftsstelle der Initiative in der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) angesiedelt, die in enger Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei und verschiedenen Behörden, insbesondere der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), agiert. Mit der Steuerung wurde eine behördenübergreifende Projektgruppe beauftragt. Die Arbeit der Initiative HLN erstreckt sich über eine Vielzahl von Institutionen und Themen und wird mit programmatischen Schwerpunkten und gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der Hansestadt verknüpft (z. B. Klimawandel und Klimaschutz). Der Senat hat dies im August 2016 in seiner Mitteilung an die Bürgerschaft „Hamburgs Beitrag zum Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung der UNESCO (2015–2019)“ bestätigt und um einen Ergebnisbericht für 2019 gebeten (Drucksache 21/5468 vom 02.08.16, online unter: http://www.hamburg.de/contentblob/7324362/62831f4db342c4d721767c3fa5220f5c/data/d-.pdf).
HE	Zentrale Maßnahme der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hessen im Schulbereich ist das Landesprogramm „UmweltSchule: Lernen und Handeln für unsere Zukunft“, das gemeinsam getragen wird vom Hessischen Kultusministerium und vom Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV). Eine gemeinsame Landeskoordination Verknüpft alle Aktivitäten und Vorhaben, durch ein Netzwerk von regionalen Beratungs- und Kompetenzzentren, die zumeist in kommunaler oder freier Trägerschaft sind, wird die regionale Betreuung der Schulen organisiert und die Vernetzung der Schulen untereinander und mit weiteren Partnern gefördert. Mit ihrer fachlichen Kompetenz beraten sie darüber hinaus die Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Projekte und langfristiger Unterrichtsvorhaben. Die Arbeit der regionalen Kompetenzzentren wird unterstützt durch Sachmittel und Teilabordnung einer Lehrkraft, die die Verbindung der Arbeit der Zentren mit aktuellen Entwicklungen im Schulbereich (Bildungsstandards, Kompetenzorientierung, Selbstständige Schule, schuleigene Curricula...) sicherstellt. Weitergehende, auch aktuelle Informationen werden bereitgestellt unter www.umweltschule-hessen.de. Strukturell ist BNE in Hessen verbunden mit dem Programm Schule & Gesundheit, wodurch direkte Verbindungen zu den Themen Mobilitätsbildung, Ernährungs- und Verbraucherbildung und zu weiteren Bereichen der gesundheitsfördernden Schule gegeben sind. Weiterhin ist BNE durch die Bildungsinitiative eine zentrale Säule der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen, die im HMUKLV angesiedelt ist. Zentrale Mittel der Förderung einer schulischen BNE sind hier die Entwicklung und Durchführung von thematisch BNE-relevanten Unterrichtsmodulen für die Primarstufe (Schuljahr der Nachhaltigkeit) mit der Zielsetzung, BNE über die Module ins Schulprofil zu verankern, sowie die Förderung von regionalen BNE-Netzwerken.
MV	Strukturelle Regelungen zum Unterstützungssystem beschreibt die Verwaltungsvorschrift „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an den Schulen“ vom 30. Mai 2008. Dort werden Ziele, und Methoden von BNE beschrieben. Dort ist festgelegt, dass es in allen vier Schulamtsregionen je eine Regionalberaterin bzw. einen Regionalberater für nachhaltige Entwicklung gibt und an jeder Schule eine Schulberaterin bzw. einen Schulberater für nachhaltige Entwicklung. Eine weitere Vernetzung der Zusammenarbeit von Ministerien, Ausbildungseinrichtungen und nicht staatlichen Organisationen ergibt sich durch die regelmäßig tagende Landesarbeitsgruppe „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Unter-AGs arbeiten gezielt an der Umsetzung der WAP-Themen wie zum Beispiel strukturelle Verankerung von BNE in Rahmenplänen, in der Lehrerbildung und als ganzheitlicher Ansatz in Schulen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

NI	Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) findet sich als Fachaufgabe in allen Stufen der Bildungsverwaltung in Niedersachsen wieder. **Niedersächsisches Kultusministerium:** Zuständigkeit: Referat 23, Sachgebiet Bildung für nachhaltige Entwicklung, Globales Lernen, Mobilität. Referat 25, Sachgebiet Interkulturelle Bildung. Im Jahr 2013 wurden die Handlungsfelder BNE / Umweltbildung, Globales Lernen und Mobilität im Referat 23 zusammengeführt. **Niedersächsische Landesschulbehörde:** In den vier Regionalabteilungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück arbeiten im schulfachlichen Dezernat 2 jeweils ein/e Fachberater/in BNE und ein/e Fachdezernent/in für den thematischen Schwerpunkt BNE. Hinzu kommen in jeder der vier Regionalabteilungen jeweils eine/n Fachberater/in Mobilität für die allgemeinbildenden Schulen sowie eine landesweite Fachberatung Mobilität für die berufsbildenden Schulen auf der Basis von Anrechnungsstunden. Für bestimmte Projekte setzt das Land Niedersachsen Landeskoordinationen ein. U. a. für das Projekt „Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21 – Schule, für den Bereich der nachhaltigen Schülerfirmen und Schülergenossenschaften und für das Netzwerk der UNESCO-Projektschulen. Die Aktivitäten in diesen Netzwerken werden zusätzlich regional durch Lehrkräfte betreut. Zur Steuerung der landesweiten Aktivitäten im Bereich von BNE finden regelmäßig Dienstbesprechungen zwischen Kultusministerium, der NLSchB und dem Niedersächsischen Landesinstitut für Qualitätsentwicklung und Lehrerbildung (NLQ) sowie NLSchB und Koordinatoren und Fachberatern statt. Im Kultusministerium findet regelmäßig ein Arbeitskreis BNE mit Vertretern der Ministerien, NLSchB, Universitäten, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden etc. zur Koordinierung der landesweiten Aktivitäten im Bereich BNE und der gegenseitigen Information statt. **Schulträger/Schulen:** Zur Beratung und Unterstützung der niedersächsischen Schulen steht Personal sowohl im Ministerium als auch in der Niedersächsischen Landesschulbehörde zur Verfügung. Zusätzlich erhalten ca. 150 Lehrkräfte eine stundenweise Entlastung von ihrer Unterrichtsverpflichtung, um z. B. in den 17 regionalen Arbeitskreisen für die nachhaltigen Schülerfirmen, in den rund 60 anerkannten außerschulischen Lernstandorten BNE oder in anderen Projekten und Maßnahmen pädagogisch zu arbeiten.
NW	• Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in Nordrhein-Westfalen federführend im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Es arbeitet mit den anderen betroffenen Ressorts eng zusammen. - Die Verabschiedung der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft lernen NRW (2016-2020)“ markiert den Start des Aufbaus **der Fach- und Koordinierungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE-Agentur NRW)** der Landesregierung. Sie ist angesiedelt in der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW. Es handelt sich um eine Weiterentwicklung der bisherigen BnE-Agentur. Aufgabe der Fach- und Koordinierungsstelle ist es, die Landesregierung und andere Akteurinnen und Akteure bei der Umsetzung der BNE-Strategie zu unterstützen. Darüber hinaus wird sie die Fortführung der 2012 beschlossenen BNE-Leitprojekte begleiten und fördern. Die Fach- und Koordinierungsstelle bildet die Schnittstelle zwischen der Landesregierung und -verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, Kommunen, Wissenschaft sowie Wirtschaft. Damit unterstützt sie den Implementations- und Transferprozess von BNE in NRW. Bei der Fach- und Koordinierungsstelle handelt es sich um eine Kooperation zwischen dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, dem Ministerium für Schule und Weiterbildung sowie dem Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei. Siehe: https://www.zukunft-lernen-nrw.de/bne-in-nrw/bne-agentur-nrw/ - Die **Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“** ist ein gemeinsames Angebot der für Schulen und Umwelt zuständigen Ministerien in Nordrhein-Westfalen, um Schulen, Kitas, außerschulische Partnerinnen und Partner und Netzwerke in Kontakt zueinander zu bringen und sich gegenseitig bei der Umsetzung von BNE in der Praxis zu helfen. Ihre landesweite Koordination liegt bei der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA). Sie gibt es seit 2008 und hat in den vergangenen Jahren Hunderte von Schulen und zahlreiche Netzwerke begleitet und ausgezeichnet. Die drei Auszeichnungsstufen der Kampagne zielen auf Unterrichtsentwicklung und schulische Entwicklungsprozesse. Siehe: http://www.schule-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	der-zukunft.nrw.de/ - Mit dem **Landesnetzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung NRW“** will die nordrhein-westfälische Landesregierung das handlungsorientierte Lernen für den verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen stärken. Mit einem neuen Förderprogramm wird der Aufbau eines landesweiten Netzwerks außerschulischer Einrichtungen im Bereich der Umweltbildung unterstützt. Siehe: https://www.zukunft-lernen-nrw.de/bne-in-nrw/landesnetzwerk/ . - Im Modellprojekt **„Zertifizierung und Qualitätsentwicklung in der außerschulischen (Umwelt-)Bildung“** wird erprobt, Bildungsanbieter und Einrichtungen, die ein qualitativ hohes Niveau im Bereich BNE nachweisen, mit einem einheitlichen Siegel auszuzeichnen. Siehe_ http://www.bne-zertifizierung.nrw.de/ . - Zur Förderung von Projekten im Rahmen der BNE können Organisationen eine Förderung bei der **Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE)** beantragen. Die Stiftung wurde 2001 eingerichtet, um das zivilgesellschaftliche Engagement auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen. Siehe: http://www.sue-nrw.de/.
RP	• **Rechtliche Rahmenbedingungen** für die BNE bilden die Landesverfassung Rheinland-Pfalz (Art. 33, Art. 69), das Landesnaturschutzgesetz (LNaTSchG), das Landeswaldgesetz (LWaldG) und das Schulgesetz (SchulG, § 1). Weitere Bezüge finden sich in der Landesverordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, an Realschulen plus, an Gymnasien, an berufsbildenden Schulen und an Förderschulen, den Curricularen Standards für das Fach Bildungswissenschaften, Lehr- und Rahmenplänen verschiedener Fächer sowie den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten. • Weitere wichtige Bezugsrahmen stellen die Nachhaltigkeitsstrategie/Agenda 21-Progamm „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“, die Entwicklungspolitischen Leitlinien RLP und die Zukunftskonzeption BNE 2015+ dar. **Strukturelle Verortung der Bildung für nachhaltige Entwicklung** • Referentenstelle im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten (Gesamtkoordination, Förderung, Bund/Länder-Zusammenarbeit, grenzüberschreitende BNE) • weitere fachorientierte Ansprechpartner im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten: Themen Ernährung, Wasser, Wald/Forsten • Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz • Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz • andere Ressorts/Referate der Landesregierung, die sich an der BNE beteiligen: Zuständigkeit für BNE in Schulen → Ministerium für Bildung Zuständigkeit für Verbraucherschutz → Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Zuständigkeit für Energie, Klimaschutz und Klimawandel → Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Zuständigkeit für Abfall, Boden, Kreislaufwirtschaft → Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit → Ministerium des Innern und für Sport Zuständigkeit Jugend, Kinder, Kita → Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz • <u>Netzwerke:</u> Forum Umweltbildung Regionale Netzwerke der BNE Grenzüberschreitendes BNE-Netzwerk der Großregion Grenzüberschreitendes BNE-Netzwerk der Oberrheinregion BNE-Netzwerk im Elementarbereich (Fachkräfte der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich) Schulnetzwerke (BNE-Schulen, UNESCO-Projektschulen, Gesundheitsschulen, Bienenschulennetzwerk, Schulgartennetzwerk)

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	• Pädagogisches Landesinstitut (Lehrerfortbildung zur BNE, Homepage , Materialien zur BNE, http://nachhaltigkeit.bildung-rp.de) • Beraterinnen und Berater für BNE • Schulnahe Umwelterziehungseinrichtungen des Landes (SchUR-Stationen) • Netzwerk „Lernort Bauernhof“ • Förderprogramm: naturnahe Lebensräume • Webseite: www.anu-rlp.de/bildung-für-nachhaltige-entwicklung • Landeszentrale für Gesundheitsaufklärung • Universität Koblenz-Landau, Zertifikatsstudiengang BNE
SL	• Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist im Saarland federführend im Ministerium für Bildung und Kultur im Referat B5/Entwicklungszusammenarbeit und Bildung für Nachhaltige Entwicklung angesiedelt. • Im saarländischen Netzwerk BNE findet eine ressortübergreifende Information und Abstimmung über BNE-relevante Aktivitäten sowie ein Austausch zwischen den Ministerien und nichtstaatlichen Akteuren zur Verbesserung der thematischen und methodischen Zusammenarbeit statt – mit dem Ziel, die Grundsätze nachhaltiger Bildung in ihrem Einfluss- und Gestaltungsbereich zu verankern, Beispiele guter Praxis zu initiieren, sich gegenseitig zu informieren, sich zu unterstützen und gemeinsame Projekte durchzuführen. • Saarländischer Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Nachhaltigkeitsstrategie für das Saarland • Stabsstelle „Nachhaltigkeit“ mit dem Auftrag, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie für das Saarland aktiv zu begleiten. • Zentrale Pädagogische Arbeitsstelle des Verbandes Deutscher Schullandheime beim Ökologischen Schullandheim Spohns Haus • Grenzüberschreitendes, großregionales Netzwerk BNE mit dem Ziel, die BNE-Aktivitäten in der Großregion qualitativ und thematisch gemeinsam zu verankern. Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2012 – 2017): Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung • Lehrpläne, Lehreraus- und -fortbildung (s. u.) • Beratungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beim Landesinstitut für Pädagogik und Medien
SN	Im „Energie- und Klimaprogramm Sachsen“ vom 12.10.2011 heißt es unter 6.2.4. „Forschung fördern, Bildung erweitern und Kooperation ausbauen“: „Die Sächsische Staatsregierung verankert die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereich sowie in der Berufs- und Hochschulbildung als Handlungsdimension, die Energie- und Klimafragen der Gegenwart und Zukunft ebenso berücksichtigt wie Themen der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit und der politischen Stabilität. Das ermöglicht den Kindern und Jugendlichen, aktiv an der Analyse und Bewertung von Entwicklungsprozessen teilzuhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben zu orientieren und nachhaltige Prozesse gemeinsam mit anderen lokal und global in Gang zu setzen. Dabei erwerben sie grundlegende Kompetenzen für eine entsprechende Gestaltung ihres Lebens, für die Mitwirkung in der Gesellschaft und die Mitverantwortung im globalen Rahmen. Fragen des Klimaschutzes und der Energieversorgung sind Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung. Deshalb soll das Thema Klima noch stärker als bisher in die Bildungsangebote an den Schulen integriert werden. Geeignete Maßnahmen (Materialien, Fortbildung, Lehrplanentwicklung etc.) sollen die Umsetzung wirksam unterstützen.“ Ein ressortübergreifender Arbeitskreis unter Beteiligung nichtstaatlicher Akteure und unter Federführung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus kommt anlassbezogen als Diskussionsgremium zusammen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ST	Sachsen-Anhalt hat auf Beschluss der Landesregierung ein Konzept zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in vorschulischen Einrichtungen, allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen unter der Federführung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Bildungsträgern und Akteuren entwickelt. Mit diesem ressortübergreifenden Konzept wurden grundlegende Voraussetzungen für die Integration von BNE in alle Bildungsbereiche geschaffen. Für den Bereich Bildung wurden zudem die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz in einer gemeinsamen „Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der Deutschen UNESCO-Kommission zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule (Beschluss der KMK v. 15.06.2007)“ berücksichtigt.
SH	Seit Oktober 2004 besteht das BNE-Konzept der Landesregierung. Federführend ist das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR). Seit Januar 2007 liegt zudem der Landesaktionsplan Schleswig-Holstein vor. Er beinhaltet Informationen zur UN-Dekade, Ziele, Umsetzungsmöglichkeiten für Maßnahmen und das Vorgehen in Schleswig-Holstein, Vorschläge für eigenes nachhaltiges Verhalten, präsentiert ausgewählte best-practice-Beispiele, die Dekade-Projekte aus Schleswig-Holstein und die Liste der Maßnahmen zur BNE in den verschiedenen Bildungsbereichen (www.bne.schleswig-holstein.de). Darüber hinaus wurden folgende Strukturen geschaffen bzw. ausgebaut: • die Initiative Zukunftsschule.SH, die u. a. ein Auszeichnungsverfahren für Schulen beinhaltet, die sich aktiv einer Bildung für nachhaltige Entwicklung verpflichtet sehen und sich in diesem Bereich vorbildlich engagieren • Kreisfachberaterinnen und Kreisfachberater für Natur- und Umwelterziehung/BNE, die die Schulen in den genannten Themenbereichen beraten und unterstützen • die „Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014“ -NUN-, zu der Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein als Partner gehören – Bremen nimmt als Gast teil – • ein im Rahmen der NUN-Partnerschaft gemeinsam vom MELUR, dem Bildungsministerium und Verbänden und Organisationen der Umweltbildung und der entwicklungspolitischen Bildung getragenes Zertifizierungsverfahren für außerschulische Lernorte. • die Planung und Organisation der jährlichen BNE-Aktionstage durch eine Vorbereitungsgruppe bestehend aus Vertretungen der Ministerien und der o. g. Verbände und Organisationen • eine Landes-Arbeitsgruppe von Nicht-Regierungs-Organisationen zu BNE • regelmäßige Angebote zu BNE in den landeseigenen Umweltbildungseinrichtungen sowie über das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein IQSH • Gesprächskreise des Bildungszentrums für Natur, Umwelt und ländliche Räume
TH	Im Koalitionsvertrag für die 6. Legislaturperiode wurde die Fortführung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2011 festgeschrieben. Damit kann an die im November 2011 verabschiedete Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie und an das Leitbild mit sieben Schwerpunktfeldern angeknüpft werden. Als zentrale Herausforderung für die BNE in Thüringen wurde der „Dreiklang von ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklung“ benannt. Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie soll zum übergreifenden Orientierungsrahmen für alle Politikbereiche der Landesregierung werden. Es wurde eine Staatssekretärs-Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ eingerichtet, in der die Staatskanzlei und die Ressorts auf Staatssekretärsebene vertreten sind. Die Staatssekretärs- Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ wird durch eine Interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz unterstützt, der die zuständigen Abteilungsleiter der Staatskanzlei und der Ressorts sowie die Präsidenten des Landesamtes für Statistik und der Landesanstalt für Umwelt und Geologie angehören. Zur Vorbereitung, Durchführung und für das Monitoring der regierungsseitigen Aktivitäten ist im Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz eine Geschäftsstelle eingerichtet. Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung wurde 2015 neu berufen. Im Dezember 2016 wurde ein parlamentarischer Beirat vom Thüringer Landtag eingerichtet. Mit dem parlamentarischen Beirat soll die zentrale Zukunftsfrage der Gestaltung einer Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen in den Blick genommen werden. Der Thüringer Staatskanzlei obliegt die Federführung bezüglich der Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Freistaats Thüringen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2.	**Gibt es eine Landesstrategie BNE, einen landesweiten Aktionsplan, etwas Ähnliches oder ist dies geplant? Bei einer Landesstrategie oder einem Aktionsplan: Welche Strukturen zur Umsetzung (bspw. Gremien) sind vorgesehen und welche Planungen (Meilensteine, Umsetzungsschritte u. a.) gibt es?**
BW	1. Gesamtstrategie BNE Auf der Grundlage des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung soll in den kommenden Monaten eine Gesamtstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erarbeitet werden, die insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene für Nachhaltigkeit aktivieren und qualifizieren soll. Die ersten Schritte hierzu wurden mit einer ressortübergreifenden Bestandsaufnahme bereits eingeleitet. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme werden nunmehr in einer interministeriellen Arbeitsgruppe die nächsten Schritte vorbereitet (Organisation des Erarbeitungsprozesseses, Klärung der inhaltlichen Schwerpunkte, Einbindung externer Expertise, Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure, etc.). Der Entwurf der Gesamtstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wird im Anschluss dem Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung zur Diskussion vorgelegt. Die Verabschiedung der Gesamtstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erfolgt anschließend im Rahmen einer Kabinettsvorlage durch den Ministerrat. 2. BNE-Aktionspläne und -Bildungsinitiativen BNE-Aktionspläne wurden in Baden-Württemberg 2007 und 2009 erstellt. 2012 wurde mit der Umsetzung der Bildungsinitiative „Lernen über den Tag hinaus – Bildung für eine zukunftsfähige Welt“ begonnen. Diese Bildungsinitiative wurde 2013 von der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Nationalkomitee als offizielle Maßnahme der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 – 2014) ausgezeichnet. Unter dem Titel „Leuchttürme und Strukturinseln der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurden ausschließlich Initiativen ausgezeichnet, die einen politisch-strategischen Anspruch haben, die Bildungslandschaft dauerhaft prägen und mindestens eine landesweite Reichweite haben. Zentrale Inhalte der Bildungsinitiative waren u. a. der Aufbau von BNE-Netzwerken in der Hochschule, der Seminare und der Schulverwaltung sowie die Einführung und Etablierung eines BNE-Beteiligungsformates für Schülerinnen und Schule (col_labs: Zukunftslabore des Landesschülerbeirates). 2013 wurde die Bildungsinitiative auf der Grundlage einer Empfehlung des Beirats der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung zur Implementierung der BNE im schulischen Bereich verstetigt und in weiteren Bereichen durch gezielte Maßnahmen sinnvoll ergänzt (z. B. Etablierung einer Fairtrade-School-Kampagne, Einführung eines Wettbewerbs zur Gründung bzw. Reorganisation von Schüler-, Übungs- und Juniorenfirmen im Kontext der nachhaltigen Entwicklung, Unterstützung von Aktivitäten der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung).
BY	Der bayerische Aktionsplan (www.dekade-bayern.de) hat auch über die UN-Dekade hinaus Gültigkeit. Bei der anstehenden Aktualisierung der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie sollen Folgerungen aus dem Nationalen Aktionsplan BNE berücksichtigt werden.
BE	Eine Landesstrategie oder ein Aktionsplan existieren bislang nicht. In den vergangenen Jahren wurde eine intensive Unterstützung von Projekten dem Prozess einer Landesstrategie oder Aktionsplans vorgezogen. Im Koalitionsvertag 2016 wurde vereinbart eine Landesstrategie zu entwickeln. Strukturen zur Umsetzung und konkrete Planungen existieren bislang noch nicht. Hilfreich könnte eine im Koalitionsvertrag 2016-21 vereinbarte Koordinierungsstelle BNE sein, die innerhalb der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie angesiedelt werden soll. Diese Koordinierungsstelle befindet sich bereits im laufenden Verfahren und kann in Kürze besetzt werden. Vor dem Hintergrund der Etablierung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung soll die Vernetzung ressortübergreifende Vernetzung der Berliner Akteure im Bereich der BNE gestärkt werden.
BB	Wie bereits in Frage 1 angeführt gibt es im Land Brandenburg seit dem 29.04.2014 eine Nachhaltigkeitsstrategie. Um eine Umsetzung und Fortschreibung dieser Strategie – unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft – zu bewirken, trifft sich regelmäßig eine interministerielle Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung (IMAG NE) unter Federführung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL). Aufbauend auf den Handlungsfeldern der Nachhaltigkeitsstrategie erfolgte im Jahr 2016 durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg der Basisbericht „Nachhaltigkeitsindikatoren Brandenburg“.
HB	Über entsprechende Aktivitäten wird beraten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

HH	Während der UN-Dekade BNE (2005-2014) erfolgte die Umsetzung der Ziele im Rahmen des Hamburger Aktionsplans (online unter: www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen/aktionsplan/) über Maßnahmen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure und durch ressortbezogene Aktivitäten. Er dokumentiert die Arbeit der rund 80 Mitglieder der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ (HLN) (Behörden sowie zivilgesellschaftliche Akteure) und enthält ein Leitbild mit Zielen und Leitlinien zur UN-Dekade BNE sowie einen Maßnahmenkatalog mit 170 Beispielen aus allen Bildungsbereichen (online unter: http://www.hamburg.de/hamburger-aktionsplan/4252660/massnahmen/). Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat die Initiative HLN mit der Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (WAP, 2015-2019) beauftragt. Die Initiative HLN verfolgt im Rahmen des WAP folgende Ziele: Stärkung der nachhaltigen Entwicklung Hamburgs durch BNE, Entwicklung eines Aktionsplans BNE („Masterplan BNE“) zur Umsetzung des WAP in Hamburg, Mitwirkung in nationalen und internationalen Gremien zum WAP bzw. entsprechenden Bildungsforen und Stärkung der Beteiligung interessierter zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Überlegungen zur Umsetzung des WAP gehen dahin, über die Entwicklung themenbezogener Bildungslandschaften oder auf anderen Wegen die unterschiedlichen Bildungsbereiche (Kita, Schule, Hochschule, berufliche Bildung, außerschulische Bildung, Erwachsenenbildung u. a.) zusammenzubringen und dabei vor allem lokal bzw. regional auf Ebene der Quartiere / Stadtteile zu agieren. Themen könnten Inklusion, Integration, Klima/Energie, Biodiversität und fairer Handel oder andere sein.
HE	Es existiert eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Diese beinhaltet als eine tragende Säule eine Bildungsinitiative. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie bestehen ein zentrales politisches Steuerungsgremium und verschiedene Untergruppen, z. B. zur BNE. Darüber hinaus ist beabsichtigt, im 2. Quartal 2017 einen Klimaschutzplan des Landes zu verabschieden, der auch BNE-Maßnahmen enthalten soll. Schließlich verfolgt das Land im Rahmen der Biodiversitätsstrategie u. a. auch Bildungsziele.
MV	In der Koalitionsvereinbarung 2016 – 2021 bekennen sich die Koalitionspartner „zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung mit dem Ziel, die gesellschaftliche Entwicklung ökologisch verträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich leistungsfähig zu gestalten.“ Es wird die Absicht bekräftigt, „eine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Abstimmung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes zu erarbeiten“ (Koa-Ziffer 15, S. 8).
NI	Im August 2015 wurde die Erarbeitung einer neuen, indikatorengestützten Nachhaltigkeitsstrategie für Niederachsen beschlossen. Ein Entwurf dieser Nachhaltigkeitsstrategie befindet sich in der Abstimmung und soll im Sommer 2017 beschlossen werden. Aus dem Kapitel B2.6 „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen als Bildungsgrundlage und Bildungsziel“ lassen sich die weiteren Planungen im Bereich BNE für Niedersachsen ableiten. Des Weiteren sind 2015 Entwicklungspolitische Leitlinien für das Land Niedersachsen in Kraft getreten. Auch hier finden sich zum Handlungsfeld Bildung und Jugend Zielformulierungen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung mit dem Schwerpunkt Globales Lernen und internationale Zusammenarbeit. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren werden in Facharbeitskreisen derzeit Umsetzungsstrategien mit Maßnahmen und Indikatoren entwickelt. Die gesetzlichen Vorgaben, in denen sich Bildung für nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen wiederspiegelt, sind § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG), § 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (APVO-Lehr), der Orientierungsrahmen Schulqualität in Niedersachsen, das Niedersächsische Curriculum Mobilität sowie die curricularen Vorgaben für die Schulfächer der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist dort in unterschiedlicher Form verankert.
NW	Im Februar 2012 hatte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beschlossen, eine landesweite Bildungsstrategie für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Zu diesem Zweck hatte sie im Jahr 2012 die Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BnE-Agentur) ins Leben gerufen. Die Agentur war als Kooperationsprojekt zwischen dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV), dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW), der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (MBEM) sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) konzipiert worden. Neben der Strategieerstellung wurde sie mit der fachlichen Begleitung und Umsetzung von fünf Leitprojekten beauftragt, die die strategische Entwicklung flankieren. • Im Januar 2016 wurde vom Kabinett die erarbeitete **Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft lernen NRW (2016–2020)“** verabschiedet. Die Strategie soll zu einer breiten und tiefen Verankerung von BNE in allen Bereichen des Bildungswesens in NRW führen. Sie ist gleichermaßen eine Selbstverpflichtung von Landesregierung, -verwaltung und -einrichtungen, wie auch an Ak-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	teurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft gerichtet. Siehe: https://www.zukunft-lernen-nrw.de/fileadmin/PDF/2016-01-26_bne_strategie_zukunft_lernen_barrierefrei.pdf . Die BNE-Strategie für NRW stellt die einzelnen Bildungsbereiche – Elementarbildung, Schule, Hochschule, berufliche Bildung und außerschulische Bildung – mit ihren besonderen Chancen und Herausforderungen in den Mittelpunkt. Sie skizziert für alle Bildungsbereiche in NRW, - inwieweit Bildung für nachhaltige Entwicklung bereits gegenwärtig verankert ist, - welche rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine zukünftige Implementierung von BNE zu berücksichtigen sind, - welche Akteurinnen und Akteure („Change Agents“) des jeweiligen Bildungsbereiches mitwirken und eingebunden werden müssen und - welche Instrumente der Landesregierung zur Verfügung stehen, um die angestrebte systematische und strukturelle Verankerung von BNE in den verschiedenen Bildungsbereichen zu gewährleisten. • Die Landesregierung hat im Juni 2016 ebenfalls die erste **Nachhaltigkeitsstrategie für NRW** beschlossen. Sie verpflichtet sich damit als erstes Bundesland, die globalen Nachhaltigkeitsziele des New Yorker UN-Gipfels von September 2015 umzusetzen und hat dazu ein Ziel- und Indikatorensystem für zentrale Handlungsfelder festgelegt. Siehe: https://www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/download/nrw-nachhaltigkeitsstrategie_broschuere.pdf . In der Nachhaltigkeitsstrategie findet sich ebenfalls gute Bildung als quer zu den ausgewählten Handlungsfeldern und Schwerpunktthemen liegende übergreifende Aufgabe; ein thematischer Bezug zu der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft lernen NRW (2016-2020)“ ist hergestellt.
RP	In RLP gibt es eine Nachhaltigkeitsstrategie, die BNE als explizites Handlungsfeld führt mit BNE als Indikator. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ist verknüpft mit der Zukunftskonzeption BNE RLP 2015+. Die Zukunftskonzeption BNE RLP 2015+ ist ein Selbstverpflichtungs- und Referenzdokument für die weitere Bildungsarbeit in BNE.
SL	Die saarländische Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2012 – 2017) zum Ziel gesetzt, im Dialog mit den entwicklungspolitisch tätigen Nichtregierungsorganisationen dazu beizutragen, weltweit Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, Demokratie zu verwirklichen und die Globalisierung gerechter zu gestalten. Hierfür sollten vom zuständigen Ressort unter dem Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes erarbeitet werden. Diese wurden am 14.2.2017 vom Ministerrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Vorfeld wurden gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen Themen für die Erarbeitung der Leitlinien festgelegt und Schwerpunkte gesetzt. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ist hierin eines der wichtigsten Handlungsfelder. BNE und deren Umsetzung werden dabei eine große Rolle zugewiesen: „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird ebenso im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) umgesetzt. Diese hat in Deutschland und auch explizit im Saarland mittlerweile eine herausragende Rolle eingenommen. Unterstützt wurde diese Entwicklung auch durch die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ziel aller Maßnahmen der BNE ist es, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich dazu zu motivieren, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung aktiv, kritisch und wirksam an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen mitzuwirken. Die Förderung des Globalen Lernens und der BNE stellt schon seit vielen Jahren eines der zentralen Anliegen der saarländischen Landesregierung dar. Sie unterstützt fachlich, ideell und finanziell entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen in ihrem schulischen wie außerschulischen Engagement zum Globalen Lernen, um das Denken in globalen Zusammenhängen und verantwortliches Handeln in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu verankern. Mit dem Zentrum Bildung für nachhaltige Entwicklung, dem Sachgebiet Friedenserziehung am Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) sowie der Landeszentrale für politische Bildung sind im Saarland bereits starke Partner im Rahmen der institutionellen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit etabliert.“ Als Handlungsbedarfe werden dabei unteranderem gesehen: • **Förderung der Kooperation zwischen Nichtregierungsorganisationen und Bildungseinrichtungen** Die Förderung der Kooperation von Bildungseinrichtungen mit Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Globalen Lernens ist erfolgreich. Die systematische Zusammenarbeit von Schulen und anderen Einrichtungen der formalen und informellen Bildung mit außerschulischen Partnern aus dem Bereich der entwicklungspolitischen und nachhaltigkeitsorientierten Bildung soll daher weiter unterstützt werden. Die Vernetzung aller an der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Beteiligten untereinander und mit Akteuren aus anderen Bildungsbereichen soll weiterhin gefördert werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	• **Globales Lernen stärken, fördern und intensivieren** Die saarländische Landesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, Themen und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernen als Querschnittskonzepte in Schulen auszubauen. Als Grundlage hierfür dient der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ der Kultusministerkonferenz (2015)[23] und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Das Globale Lernen soll sukzessive ins Schulsystem implementiert werden und so mittelfristig einen festen Platz darin einnehmen. • **Globales Lernen als Bestandteil der Aus- und Weiterbildung** Globale Bezüge und nachhaltige Entwicklung sollen als Querschnittsaufgabe stärker Eingang in die Aus- und Weiterbildung aller Lehrenden und Auszubildenden finden. Weiterhin informieren Nichtregierungsorganisationen regelmäßig mit vielfältigen Methoden über Themen von globaler Bedeutung wie Welthandel, Fairer Handel, nachhaltiger Konsum, Klimawandel, Fluchtursachen oder Menschenrechte und sind diesbezüglich an der Weiterbildung beteiligt. In Zusammenarbeit mit Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen werden Unterrichtseinheiten und Projekttage für Kinder und Jugendliche, Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungen, Pädagogische Tage und Fortbildungen für Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten sowie für Studierende angeboten. Mit öffentlichen Veranstaltungen, Aktionstagen oder konsumkritischen Stadtrundgängen wird die saarländische Bevölkerung für entwicklungspolitische Belange sensibilisiert und somit als Mitstreiter gewonnen.“ • Stabsstelle „Nachhaltigkeit“ – laut Nachhaltigkeitsstrategie des Landes sind: - Nachhaltigkeitsziele für das Saarland im Bereich BNE: Den inklusiven und gleichberechtigten Zugang zu Bildung weiter verbessern. Bildung im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung weiter ausbauen. - Förderung einer Wissenschaftskultur, die über Fachgrenzen hinweg die großen Zukunftsprobleme der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt und Beiträge zu deren Lösung leistet, sowie die Förderung von Wissen und Kompetenzen der Studierenden zu Nachhaltigkeitsfragen. - Die saarländische Forschungs- und Innovationsstruktur weiter verbessern. - Einführung eines Qualitätsmanagements- und Zertifizierungssystems in der außerschulischen Bildung.
SN	Im Januar 2013 beschloss die Sächsische Staatsregierung die „Nachhaltigkeitsstrategie für den Freistaat Sachsen“, auf die der erstmalig aufgelegte Nachhaltigkeitsbericht der Sächsischen Staatsregierung im September 2016 eingeht. Das darin enthaltende Handlungsfeld „Bildung nachhaltig gestalten“ definiert unterschiedliche Ziele, wobei Bildung für nachhaltige Entwicklung erwähnt wird. Es liegt derzeit noch keine Landesstrategie BNE vor, eine solche ist jedoch geplant.
ST	Grundlegendes Ziel des Konzepts zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in vorschulischen Einrichtungen, allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen war es, in einem programmatischen Diskurs die vielfältigen Aktivitäten zu bündeln und zu institutionalisieren, um die Kommunikation über Ziele, Strategien, Instrumente, Projekte und Indikatoren sowie maßgebliche Schritte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu moderieren und darzustellen. Dies erfolgte über einen Aktions- und Maßnahmenplan. Eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG BNE), bestehend aus Vertretern des Ministeriums für Bildung, des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie dient der ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Die IMAG BNE ist verantwortlich für die Fortschreibung des Aktionsplans. Hierzu erfolgt die Berichterstattung im Landtag. Umsetzungsschritte: <u>1. Qualitätsentwicklung</u> • Implementierung von BNE in die Lehrpläne und in den Unterricht, • Erarbeitung von Materialien zur Projektarbeit auf der Grundlage der neuen Lehrpläne, • Implementierung der BNE in der beruflichen Bildung durch a) Entwicklung von Handreichungen mit Anregungen zur Umsetzung von Themen der BNE. b)

[23] http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_06_00-Orientierungsrahmen-Globale-Entwicklung.pdf.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	2. Qualitätssicherung • Aus- und Fortbildungen, • Ausbildung/Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren 3. Maßnahmen zur Entwicklung eines/einer Netzwerkes / Kommunikationsplattform • Einrichtung einer pädagogische Arbeitsstelle BNE am Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA), • Mitarbeit in Gremien (IMAG BNE, Arbeitsgruppen des Bundes) • Unterstützung der Öko-Schulen bei der Entwicklung zu Netzwerkzentren BNE, • Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern
SH	• Seit 2016 gibt es Vorschläge für Entwicklungspolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein:http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/N/nachhaltigeentwicklung/Downloads/epLeitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=1. • Der Nachhaltigkeitspreis Schleswig-Holstein ist als ein regelmäßiges Instrument der Verbreitung etabliert: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/N/nachhaltigeentwicklung/nachhaltigkeitspreis.html. Bestehende Strukturen und Konzepte (siehe Frage 1) werden weiter ausgebaut und stabilisiert.
TH	Das Thüringer Kabinett hat im Oktober 2015 die „Eckpunkte zur Fortschreibung und Weiterentwicklung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie“ zur Kenntnis genommen. Ziel der Fortschreibung: das Thüringer BNE-Leitbild zu konkretisieren, Indikatoren bis 2030 weiter zu entwickeln sowie Aufbau und Ablauforganisation für die Umsetzung und für das Monitoring unter Berücksichtigung des Beirates und zentraler Multiplikatoren zu definieren. Aus einer Staatssekretärs- Arbeitsgruppe wird zur Strategiefortschreibung ein Diskussionsentwurf erarbeitet und mit dem Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung und den Fachforen diskutiert. Folgende Meilensteine sind benannt: Erarbeitung und Umsetzung durch Ressorts, Koordinierung des gemeinsamen Maßnahmenprogramms, Vorbereitung regierungsseitiger Veranstaltungen und Veröffentlichungen, Vor- und Nachbereitung der Sitzungen der Staatssekretärs- AG und der IMAG Nachhaltige Entwicklung. Gemäß den Eckpunkten des Kabinettsbeschlusses vom Oktober 2015 sind alle Ressorts aufgefordert, einen spezifischen Nachhaltigkeitsplan zu erstellen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3.	**Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung gestaltet?**
BW	1. „Kooperationsoffensive Ganztagsschule“, „Jugendbegleiter-Programm“ In Baden-Württemberg gibt es ein differenziertes Instrumentarium, das den Schulen die Einbindung außerschulischer Bildungspartner ermöglicht (z. B. „Kooperationsoffensive Ganztagsschule“, „Jugendbegleiter-Programm“). Die Schulen erhalten beispielsweise durch die „Kooperationsoffensive Ganztagsschule“ für die Grundschulen einen großen Gestaltungsspielraum, um mit Vereinen und Verbänden aus allen Lebensbereichen zusammenarbeiten zu können. Das „Jugendbegleiter-Programm“ des Landes Baden-Württemberg realisiert seit 2006 außerunterrichtliche Bildungs- und Betreuungsangebote an Schulen (www.jugendbegleiter.de). Sowohl die „Kooperationsoffensive Ganztagsschule“ als auch das „Jugendbegleiter-Programm“ ermöglichen es außerschulischen Bildungspartnern, im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Schulen zu kooperieren. 2. „Kooperationsoffensive BNE“ Im Rahmen der Erarbeitung einer Gesamtstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ soll die Kooperation zwischen außerschulischen Bildungsakteuren und Schulen gefördert werden. Hierzu gab es mit Vertretern der Zivilgesellschaft bereits erste Gespräche über einen möglichen Rahmenvertrag zwischen dem Land und außerschulischen Bildungspartnern im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. 3. Kooperationen „vor Ort“ Der neue Bildungsplan 2016 für die allgemein bildenden Schulen unterstützt die Bestrebungen, außerschulische Bildungspartner in schulische Prozesse einzubinden. Über die Art der Einbindung wird „vor Ort“ in den Schulen entschieden. In den vergangenen Jahren sind in diesem Zusammenhang bereits eine Reihe von lokalen bzw. regionalen Kooperationspartnerschaften entstanden, in denen Schulen mit außerschulischen Bildungspartnern im Bereich der nachhaltigen Entwicklung sehr erfolgreich zusammenarbeiten. Hier sind beispielsweise die Kooperationsaktivitäten des Nationalparks, die Naturparkschulen, die Kooperationen mit den Biosphärengebieten, die Naturparkschule Ortenau und die Aktivitäten des Hauses des Waldes zu nennen. Darüber hinaus leisten Kommunen (z. B. Heidelberg, Freiburg) mit Runden Tischen bzw. BNE-Förderprogrammen einen wichtigen Beitrag, um die Kooperation zwischen formaler Bildung und außerschulischen Partnern „vor Ort“ zu fördern und zu unterstützen. 4. Internetplattformen Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport unterstützt die Möglichkeit der Kooperation seit vielen Jahren durch den „BNE-Kompass“ (www.bne-kompass.de). Hierbei handelt es sich um eine Online-Datenbank für außerschulische Angebote im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Hier werden den Lehrkräften vielfältige Medien, E-Learning-Angebote, Projekte, Lernorte und Referenten von außerschulischen Bildungspartnern zur Verfügung gestellt, die mit konkretem Bildungsplanbezug einen Beitrag zur Umsetzung der BNE leisten können. Aktuell wird über eine stärkere Verzahnung zwischen BNE-Kompass und der neuen Bildungsplanplattform im Kontext der Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung nachgedacht. Darüber hinaus gibt es im Bereich „Lernort Bauernhof“ eine weitere Kommunikationsplattform (www.lob-bw.de), die einen Beitrag leisten soll, flächendeckend Bildungskooperationen zwischen Schulen und Betrieben der Landwirtschaft und des Gartenbaus in Baden-Württemberg auszubauen und die aktiven Bildungsakteure besser zu vernetzen. Im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms werden auf der Internetseite Bildungsnetzwerke-BW (www.bildungsnetzwerke-bw.de) landesweit lokale Bildungsnetzwerke erfasst, die Schulen neue Möglichkeiten für Kooperationen auch im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung bieten. 5. Förderprogramme Im Rahmen von zwei Förderprogrammen des Landes unterstützt das Land die Möglichkeit außerschulischer Bildungsakteure, gezielte Bildungsangebote für Schulen zu finanzieren. Das Förderprogramm „Förderung beispielhafter Projekte für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung” des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (www.bne-bw.de/service/foerderprogramme.html) unterstützt gemeinnützige BNE-Initiativen. Hierdurch sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Entwicklung unter Berücksichtigung globaler Aspekte befähigt werden. Im Rahmen des Förderprogramms

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	konnten in den zurückliegenden Jahren diverse Bildungsprojekte von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Zusammenarbeit mit Schulen gefördert werden. In einem weiteren Förderprogramm unterstützt die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Baden-Württemberg. (www.sez.de/angebote/projektberatung-und-foerderung/sez) Hierzu gehören insbesondere Aktivitäten und langfristig angelegte Maßnahmen, die geeignet sind, direkt oder über Multiplikatoren Zielgruppen zu erreichen, die sich bisher mit entwicklungspolitischen Themen nicht oder nur wenig befasst haben. Auch hier werden immer wieder Aktivitäten unterstützt, die zu einer verstärkten Kooperation zwischen außerschulischen Partnern und den Schulen führen (z. B. Unterstützung von Modellprojekten von Welthäusern). 6. Ressortübergreifende Aktivitäten mit externen Partnern In der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft werden seit vielen Jahren Projekte gefördert bzw. unterstützt, in denen externe Bildungspartner unterschiedliche Angebote für die Schulen bereitstellen. Aktuell werden beispielsweise von „myclimate“ die Projekte „Energie- und Klimapioniere“ (Allgemein bildenden Schulen) und die „Energie- und Klimawerkstatt“ (Berufliche Schulen) sowie mit dem Seminar für Didaktik und Lehrerbildung der Realschulen in Freiburg ein „Modellprojekt zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes“ durchgeführt. Das Entwicklungspolitische Informationszentrum Reutlingen (EPIZ) wurde in den vergangenen Jahren u. a. vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport finanziell unterstützt, um an Modellschulen den Lernbereich der Globalen Entwicklung ins Schulprofil einzubinden. Dieses Modell wird in den kommenden Jahren mit Unterstützung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport modifiziert und im Rahmen eines Umsetzungsprojektes zum Lernbereich Globale Entwicklung modellhaft auf drei Seminare für Didaktik und Lehrerbildung (Offenburg – Grundschule, Reutlingen – Werk-, Haupt und Realschule, Karlsruhe – Berufliche Bildung) übertragen.
BY	BNE ist gesellschaftlich mit einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (NGO) verknüpft, die sich z. B. in Feldern wie Umweltpolitik, Globalisierung oder Entwicklungszusammenarbeit engagieren und in diesem Zusammenhang auch in der Bildungsarbeit aktiv sind. Diese Themen bieten einen idealen Anknüpfungspunkt, mit NGOs Kontakt aufzunehmen und zu kooperieren. Dies kann z. B. durch die Einladung von Experten in den Unterricht und/oder im Rahmen des Besuchs außerschulischer Lernorte (z. B. Nationalparks) geschehen. In Ergänzung zu diesen NGO-Kontakten bietet sich im Rahmen der Vermittlung von BNE auch die Kooperation mit staatlichen und halbstaatlichen außerschulischen Bildungsträgern an. Dazu gehören z. B. Organisationen, wie „Engagement Global“ oder die Deutsche Umweltstiftung, die für Schulen wertvolle beratende, aber auch teilweise finanzielle Hilfe bei der Konzeption und Umsetzung von BNE-Projekten leisten. Auch das bayerische „Europa-Portal – Demokratieerziehung an Schulen in Bayern“ (siehe: http://www.bayern-in-europa.de) setzt relevante Akzente, z. B. in den Bereichen „Unterricht“, „Wettbewerbe“ und „Fortbildung“. Eine schulinterne Abstimmung und Zusammenarbeit wird vor allem durch fächer- und jahrgangsstufenübergreifende Maßnahmen (Projektunterricht) erreicht. Vor allem in den W- und P-Seminaren der gymnasialen Oberstufe (für letztere ist die Zusammenarbeit mit externen Partnern eine feste Vorgabe) arbeiten zahlreiche Lehrkräfte und Schulen bei BNE-relevanten Projekten eng mit entsprechenden Experten zusammen bzw. laden diese in den Unterricht ein. Die UNESCO-Projektschulen können zudem als lebendiges Beispiel dafür dienen, dass BNE auch in schulartübergreifenden Projekten bayernweit umgesetzt wird (z. B. während der UNESCO-Projekttage oder dem UNESCO-Jugendforum). Best-practice-Beispiele von UNESCO-Schulen und auch Schulen, die dem Netzwerk nicht angehören, sind über das Internet zugänglich (Leitfaden des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung München). Ein Modellversuch zur besseren Kooperation Schule-Umweltstation, bei dem staatliche Lehrkräfte an Umweltstationen abgeordnet waren, hat zu Hinweisen für Lehrkräfte und Umweltstationen geführt, die deren Zusammenarbeit erleichtern sollen.
BE	BNE hat die Netzwerkbildung erfolgreich forciert. Den Anstoß für die Entwicklung des heute umfangreichen BNE-Netzwerks gab das gemeinsame BNE- Multiplikatorenprogramm im Rahmen von Transfer-21 von 2005 bis 2007 für Lehrer und außerschulisch Tätige. Kooperationen und Netzwerke mit außerschulischen Akteuren sind Stützpfeiler der BNE in Berlin. Eine Empfehlung zur Zusammenarbeit mit externen Partnern ist im neuen Berliner Rahmenlehrplan ausdrücklich vorgesehen. Um den Schulen die Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren zu erleichtern, wird jährlich zusammen mit dem BER eine Empfehlungsliste mit zertifizierten Berliner Nichtregierungsorganisationen erstellt. Darüber hinaus veröffentlichte die Senatsbildungsverwaltung in den Jahren 2012 und 2013

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Handreichungen, in der außerschulische Akteure ihre spezifischen Angebote für die Grundschule, die Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe präsentieren. Die Handreichung für die Sekundarstufe I wird derzeit mit Blick auf die Innovationskerne des neuen Rahmenlehrplans – Kompetenzorientierung und Inklusion – überarbeitet und soll im laufenden Jahr neu aufgelegt werden. Die Bedeutung außerschulischer Akteure für die Berliner Schullandschaft zeigt sich auch durch vielfältige Netzwerke, die teilweise schon seit vielen Jahren existieren.

Die Senatsbildungsverwaltung kooperiert darüber hinaus mit dem EPIZ Berlin bei der Umsetzung der Länderinitiative im Rahmen des Orientierungsrahmens für den Lernbereich globale Entwicklung.

Weiterhin gibt es zahlreiche Kooperationen und Netzwerke im Rahmen der BNE:

Universitäten

- PIK (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung), Beratung (Beirat) und gemeinsame Veranstaltungen innerhalb des Projekts „Klimafolgenonlineportal“ http://www.klimafolgenonline-bildung.de/
- HU/ Agrarökonomie: Austausch und Beratung zum Thema „Klimawandelfolgen“ in Kleingärten, Schulgärten und Gartenarbeitsschulen
- Schüleruniversität „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ (FU) für 5. Und 6. Klassen: Beteiligung, Beratung, Werbung; finanzielle Unterstützung durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und weiteren Partnern

NRO/ Verbände/ Vereine

- Bildungsnetzwerk „Eine Welt Berlin“
- Im Bereich Gewässerpädagogik hat sich seit fünf Jahren ein Netzwerk aus zahlreichen NGO´s, Vereinen, Einzelpersonen, Lehrkräften und der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz etabliert, das eine jährliche Tagung durchführt und vierteljährlich einen Newsletter „Flaschenpost“ über die Senatsverwaltung für Bildung versendet.
- UfU (Unabhängiges Institut für Umweltfragen): Neben verschiedenen kleineren Projekten und Beratungsgesprächen wird die jährliche Tagung „Klimaschutz an Schulen“ durchgeführt.
- Sechsmal jährlich wird ein BNE-Stammtisch für Lehrkräfte und Vertretern von NGO´s von der Senatsverwaltung für Bildung organisiert.
- Haus der kleinen Forscher: Austausch und Zusammenarbeit innerhalb der „Umweltschulen in Europa“. So entsteht innerhalb der deutschlandweite BNE-Initiative (gefördert vom BMBF) für Kindergärten und Schulen bis Klasse 4 ein Heft „Vielfalt“ unter Beteiligung der Umweltschulen in Europa,
- CO2-Online: Austausch, Beratung, Jury im bundesweiten Wettbewerb „Energiesparmeister“,
- WWF: Austausch und Beratung zum „ 2 Grad Campus“ und der MOOC -Online Vorlesung „Klimawandel und seine Folgen“ MOOC – Online- Jury,
- Grüne LIGA/ IGA Berlin 2017: Beratungen und Austausch bei der Auswahl der Bildungsangebote, Werbung und Unterstützung.

Wirtschaft

- BSR, GASAG, Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin und Sealife Berlin unterstützen finanziell, mit Sachleistungen und beratend die Zertifizierung „Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule“. Die Jugend- und Familienstiftung Berlins zeichnet dabei Kooperationspartner der Umweltschulen aus. Auch durch die Kooperation steigerte sich die Anzahl der Umweltschulen im Schuljahr 2015/16 von 16 auf 24 Schulen.
- GASAG, A&0 Hostels, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, BUND, Jugendportal JUP unterstützen teilweise finanziell, sonst beratend, den „Wettbewerb Berliner Klima Schulen“.
- Netzwerk Umweltschulen in Europa (SenBilJugWiss, GASAG, Jugend- und

  Familienstiftung des Landes Berlin, Sealife Berlin, BSR, Berlin, Schulen, weitere außerschulische Partner),
- GESOBAU: In Kooperation mit der GESOBAU und der Grünen Liga wird jährlich eine Woche der Nachhaltigkeit an drei Oberschulen im Märkischen Viertel geplant und durchgeführt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

BB	BNE setzt eine Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen voraus. Deren hohe Komplexität und Vernetzung erfordern, diese Fragen über den Blickwinkel des einzelnen Faches hinaus zu untersuchen. BNE hat somit nicht nur Auswirkungen auf die Unterrichtsorganisation, sondern auch auf Schulorganisation. Eine wesentliche Etappe des Prozesses, BNE auf Landesebene zu verankern, ist deshalb die Vernetzung außerschulischer gesellschaftlicher Akteure der BNE sowohl untereinander als auch mit Schulen. Fächerübergreifende und fachverbindende Organisationsformen des Unterrichts werden im Kontext von BNE in zunehmendem Maße neben reinem Fachunterricht relevant. Dieser Prozess führt zu einer verstärkten Kooperation innerhalb der Schule und ebenfalls zu einer Öffnung von Schule und damit einer verstärkten Kooperation mit außerschulischen Bildungsakteuren. Die alljährlich stattfindenden Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT) spiegeln Vielfalt und Intensität der Kooperation von Schulen und außerschulischen Bildungsakteuren. Eine wesentliche Rolle kommt dabei den im Beratungs- und Unterstützungssystem für Schule (BUSS) tätigen Beraterinnen und Beratern für BNE zu. Insoweit ist BNE geeignet, ein zentrales Bindeglied sowohl innerhalb der Schule als auch zwischen Schule und außerschulischen Partnern zu sein. Weiterhin gibt es im Land Brandenburg für Schülerinnen und Schüler, Kinder und Jugendliche durch verschiedenste externe Partner (Stiftungen, Vereine etc.) Angebote bzw. Projekte, sich mit nachhaltiger Entwicklung auseinanderzusetzen. Durch die Teilnahme an Projekten und Wettbewerben, durch das Lernen an außerschulischen Lernorten wie in Schülerlaboren, Forschungsstätten, Museen, Gedenkstätten, Theatern, Universitäten oder in Unternehmen, durch Auslandsaufenthalte und durch internationale Begegnungen erweitern die Lernenden ihren Erfahrungshorizont. Sie erhalten Gelegenheit, in neuen Zusammenhängen zu denken und zu handeln sowie eigene Haltungen, Einschätzungen und Perspektiven zu reflektieren.
HB	Um die Kooperation innerhalb der Schule und mit außerschulischen Akteuren zu verbessern, sind in Bremen mit Unterstützung des Bildungs- und des Umweltressorts (SKB, SUBV) Netzwerkstrukturen aufgebaut worden. Aus Anlass der UN-Dekade ist in Bremen das „BNE-Netz Bremen“ eingerichtet worden. (1) Im „BNE-Netz Bremen“ haben sich Bildungsakteure aus unterschiedlichen Bereichen zu einem informellen Netz zusammengeschlossen, um Impulse für BNE-Projekte zu geben und dabei die Kompetenzen und Potenziale unterschiedlicher Akteure zu nutzen. Beteiligt sind Vertreterinnen und Vertretern der senatorischen Behörden aus den Bereichen Bildung, und Entwicklungszusammenarbeit, des Landesinstituts für Schule (LIS) und des Lehrerfortbildungsinstituts Bremerhaven (LFI), der Universität Bremen (Fachbereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften), der Volkshochschule Bremen sowie die Koordinationsstelle „Umwelt Bildung Bremen“ der Bremer Umwelt Beratung, das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) und das Programm „¾-Plus – Clevere Energie- und Wassernutzung an Bremer und Bremerhavener Schulen“ (ein 2008 ausgezeichnetes Dekade-Projekt). (2) Darüber hinaus ist die Koordinierungsstelle „Umwelt Bildung Bremen“ vom Umweltressort beauftragt, Umwelt- und BNE-Projekte in den Stadtteilen zu fördern und ein Kommunikations- und Kooperationsnetz der verschiedenen Akteure zu entwickeln und zu pflegen. Schulen und außerschulische Einrichtungen nutzen dazu die Internetseite www.umweltbildung-bremen.de, die eine Zusammenstellung von Veranstaltungen und Angeboten sowie Informationen zu Fachthemen und Fördermöglichkeiten enthält. Regelmäßige Netzwerktreffen und zwei-monatliche elektronische Infobriefe stützen die Kooperation.
HH	Den ‚institutionellen‘ Rahmen für die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung bildet maßgeblich das Netzwerk der Hamburger Bildungsagenda für nachhaltige Entwicklung (HHBA). In regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen tauschen sich Vertreterinnen und Vertreter der BSB, des Hamburger Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), die Fachpromotorinnen und -promotoren zum Globalen Lernen und zivilgesellschaftliche Bildungsakteure zu gemeinsam vereinbarten Themen aus und planen / organisieren Kooperationen, Angebote und Veranstaltungen wie bspw. den jährlich stattfindenden Workshop „Globales Lernen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst“ (siehe auch zu 5.). Darüber hinaus existiert zu den mit BNE verbundenen Themenfeldern (Umwelt, Klima, Flucht und Migration, Inklusion, fairer Handel / Konsum, Verbraucherbildung etc.) eine große Vielfalt an BNE-Angeboten zivilgesellschaftlicher Akteure für Schulen, die diese im Rahmen ihrer einzelschulischen Selbstverantwortung auswählen und in ihre unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Aktivitäten integrieren können.
HE	– Im Rahmen des Landesprogramms „Hessische Umweltschulen“ erfahren 10 Umweltbildungszentren als außerschulische Bildungspartner eine jährliche Förderung vom Land für die Zusammenarbeit mit den Umweltschulen in Form von regionalen Vernetzungstreffen, fachlicher Beratung und Bildungsangeboten wie Lernwerkstätten, Exkursionen u.Ä. – Das Hessisches Kultusministerium, das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und das Hessische Sozialministerium haben ein Zertifikat „Lernen und Handeln für unsere Zukunft – zertifizierter Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung“ entwickelt, das seit 2012 angeboten und außerschulischen Bildungsträgern verliehen wird, die inhaltlichen und metho-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	dischen Qualitätskriterien entsprechen und somit als verlässliche Bildungspartner für Schulen und Kindertagesstätten empfohlen werden können. Seit Beginn der Zertifizierung sind 23 Einrichtungen und 9 Einzelpersonen zertifiziert worden. – Ein hoher Anteil der für die BNE relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure organisiert sich in zwei großen Verbänden, der ANU Hessen (Landesverband der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung) und dem EPN (Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen). Über die Landesfachberatung BNE wird zu diesen ein enger Kontakt gehalten, regelmäßiger fachlicher Austausch und Kooperationen in Form von gemeinsamen Veranstaltungen finden statt. – Der Aufbau von regionalen BNE-Netzwerken wurde 2013 von der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie initiiert und seitdem fortgeführt. Mit den regionalen BNE-Netzwerken wurden Plattformen für die verschiedenen Bildungsträger einer Region geschaffen. Schulen, Kindertagesstätten, Umweltzentren, Vereine und weitere Bildungsträger und Akteure mit ihren Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung vernetzen sich und präsentieren sich gemeinsam. Fünf regionale Netzwerke sind in ihrer Region fest etabliert, der Aufbau von weiteren ist geplant.
MV	Unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur arbeitet eine Landesarbeitsgruppe „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (LAG BNE), in der verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure aktiv sind, so z. B. die Akademie für Nachhaltige Entwicklung (ANE) M-V / NUN-Geschäftsstelle, das Eine-Welt-Landesnetzwerk MV, der Soziale Bildung e. V., der Ökohaus e. V., das Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, die Leea-Akademie im Landeszentrum für erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern, der LandWert Schulbauernhof e. V., die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern, die Naturschutzstiftung Deutsche Ostsee OSTSEESTIFTUNG, die Zooschule Rostock, die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU) M-V oder der NABU M-V. Auch das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung sind beteiligt. Ziel ist die Verbesserung der Zusammenarbeit mit Schulen. Zu Schwerpunkthemen wurden Arbeitsgruppen geschaffen, die u. a. Beiträge zur Überarbeitung von Rahmenplänen leisten, die Kommunikation zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsanbietern verbessern oder Maßnahmen für die Lehreraus- und -fortbildung planen. Vier Lehrkräfte arbeiten teilabgeordnet als BNE-Regionalberaterin oder -berater und betreuen regionale Netzwerke für „ihre“ Schulen. Mit zivilgesellschaftlichen Partnern organisieren sie Projekttage, Wettbewerbsbeteiligungen oder Lehrerfortbildungen zur BNE-Unterrichtsentwicklung. Im Bereich der beruflichen Bildung in M-V findet eine enge Abstimmung zwischen den Schulen bzw. dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und externen Beteiligten statt. Dies sind vor allem die Ausbildungsbetriebe, Kammern und Verbände sowie die Arbeitsverwaltung. Landes- und bundesgesetzliche Regelungen mit Bezug zur beruflichen Bildung greifen ineinander und sind von den Beteiligten gleichermaßen zu beachten. Im Bereich der dualen Ausbildung nehmen die Berufsschulen sowie die Ausbildungsbetriebe einen gemeinsamen Bildungsauftrag wahr. Dies erfordert, dass sich die Beteiligten über die Zielsetzungen abstimmen und sich gemeinsam auf das Vorgehen verständigen.
NI	In Niedersachsen besteht ein flächendeckendes Netz von außerschulischen Bildungsakteuren im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung, Globales Lernen und Mobilität mit einem vielfältigen, an den Kerncurricula orientierten Angebot. Stichwortartig folgen nun Beispiele, bei denen das Land Niedersachsen gemeinsam mit anderen Partnern den Themenbereich BNE in andere Zusammenhänge bringt. • **Außerschulische Lernstandorte im Bereich BNE** Seit Beginn der 1990er Jahre entstand in Niedersachsen ein Netzwerk außerschulischer Umweltlernstandorte. Es handelt sich um Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft, die vom Land als „Regionale Umweltbildungszentren (RUZ)“ förmlich anerkannt werden. Mit der Zeit haben sich die Arbeit und die Angebote erweitert. Die RUZ beziehen heute alle Bereiche einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ein. Die Lernstandorte haben sich zwischenzeitlich zu BNE-Kompetenzzentren erweitert und führen heute den Namen Anerkannter Außerschulischer Lernstandort BNE. Zurzeit sind 58 Lernstandorte vom Kultusministerium anerkannt und mit Lehrerstunden für die pädagogische Arbeit ausgestattet. Das Netzwerk vergrößert sich derzeit und nimmt auch Lernstandorte auf, die ihren Schwerpunkt im Bereich Globales Lernen oder Mobilität haben. • **Projekt „Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule** In Niedersachsen sind aktuell 353 Schulen aller Schulformen an dem Projekt beteiligt. Die teilnehmenden Schulen müssen zwei Handlungsfelder aus den Bereichen Mensch und Klima, Biologische Vielfalt, Abfall, Wasser, Mobilität, Globales Lernen, Internationales, Natur, Nachhaltiges Wirtschaften, Fairer Handel, Partizipation, Gesundheit innerhalb von zwei Jahren bearbeiten. In jedem der 12 Handlungsfelder ist eine Vielzahl von Themenstellungen enthalten. Der BNE- Bezug ergibt sich aus dem gewählten Thema und wird von vielen teilnehmenden Schulen darüber hinaus deutlich hervorgehoben. Die Handlungsfelder beziehen sich auf die Kerncurricula von Schulen aller

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Schulformen und beziehen durch einen fächerübergreifenden, handlungsorientierten Ansatz fast alle Unterrichtsfächer ein. www.umweltschule.niedersachsen.de • **Nachhaltige Schülerfirmen (NaSch)** In Niedersachsen gibt es mehr als 400 nachhaltige Schülerfirmen in Schulen aller Schulformen. Betreut wird das Netzwerk von einer Landeskoordination und 15 Regionalkoordinatorinnen und -koordinatoren, die landesweit mit den Lehrkräften der Schulen zusammenarbeiten. Innerhalb der nachhaltigen Schülerfirmen sind über 50 Firmen in der Rechtsform einer Genossenschaft organisiert. In Niedersachsen kooperiert das Niedersächsische Kultusministerium mit dem Genossenschaftsverband e.V. und dem Genossenschaftsverband Weser-Ems. Es finden regelmäßig regionale Schülerfirmenmessen statt. www.schuelergenossenschaften.de; www.nasch21.de • **Transparenz schaffen – von der Ladentheke bis zum Erzeuger** Ein Kooperations- und Bildungsprojekt für Niedersachen und Bremen. In Niedersachsen und Bremen gestalten regionale Bildungsträger aus der Umweltbildung und der Landwirtschaft vielfältige Erkundungen zu Anbau und Verarbeitung von Lebensmitteln, direkt vor Ort zum Beispiel auf Bauernhöfen oder beim Besuch von Betrieben der Lebensmittelwirtschaft. Ziel des Projektes ist es, Verbraucher und Landwirte zueinander zu bringen und bspw. Landfrauen, Weiterverarbeiter und Gastronomen als Experten mit einzubeziehen. Das Projekt will eine Grundlage für den gut informierten Verbraucher schaffen. Kinder und junge Erwachsene lernen, wie und wo Lebensmittel entstehen. Niedersächsische Schulen gewinnen durch dieses Projekt die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler handlungsorientiert mit der Thematik vertraut zu machen. www.transparenz-schaffen.de • **Weitere Kooperationen mit Lernorten** Im Rahmen der Kooperation mit den Niedersächsischen Landesforsten entstand für die 10 in Niedersachsen existierenden Waldpädagogikzentren ein an BNE ausgerichtetes Angebot für Schulen. Zudem gibt es ein Waldpädagogikzertifikat. Es ist geplant, die 10 Waldpädagogikzentren der Niedersächsischen Landesforsten sowie die 18 Nationalparkhäuser und –besucherzentren der Nationalparkverwaltung Wattenmeer in das Netzwerk der anerkannten außerschulischen Lernstandorte im Bereich BNE aufzunehmen. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung ist konzeptionell in die Bildungsangebote niedersächsischer Schullandheime integriert. Eine konzeptionelle Zusammenarbeit im Bereich BNE entsteht zurzeit mit dem Verband Niedersächsischer Schullandheime. Erste Kontakte gibt es zum Landesverband des Deutschen Jugendherbergswerkes. In die konzeptionelle Arbeit im Bereich BNE bezieht das Kultusministerium weiterhin z. B. die Biosphärenhäuser, die Wattenmeerhäuser, die Nationalparkhäuser ein.
NW	In Nordrhein-Westfalen gibt es eine überaus vielfältige und professionell arbeitende Szene außerschulischer Bildung. Zu nennen sind Umweltbildungszentren, Biologische Stationen, städtische Schulverwaltungs-, Umwelt- und Gartenämter, Forstverwaltungen, Nationalparks, Museen, Zoos, Kultureinrichtungen, Verbraucherberatung, Umweltorganisationen wie BUND, NABU, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, GREENPEACE sowie entwicklungspolitische Organisationen wie das Promotorinnen- und Promotorenprogramm des Landes bzw. das Eine Welt Netz NRW oder das Welthaus Bielefeld. Die Schulen entscheiden in Nordrhein-Westfalen in eigener Verantwortung, mit welchen Partnerinnen und Partnern sie zusammenarbeiten. Einige außerschulische Partnerinnen und Partner nutzen systematisch die Zusammenarbeit mit Schulen im Rahmen des Ganztags, nicht nur im offenen Ganztag des Primarbereichs, sondern auch in den Ganztagsangeboten der Schulen der Sekundarstufe I, durch den Besuch außerschulischer Lernorte oder durch Exkursionen, beispielsweise im Rahmen des Schulwanderns und von Klassenfahrten. Im Rahmen der **Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit**“ findet eine verstärkte Kooperation der Schulen mit außerschulischen Partnern und der Zusammenarbeit in Netzwerken statt. Alle Institutionen, Einrichtungen, Firmen und Verbände, die im Themenfeld Nachhaltigkeit aktiv sind und mit Schulen zusammenarbeiten möchten, haben die Möglichkeit, sich als offizieller Partner der Kampagne eintragen zu lassen und sich den Schulen auf der Homepage der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW in Form eines sogenannten „Partner-Steckbriefs“ mit ihren jeweiligen Angeboten vorzustellen. • Weitere Vorreiter in Sachen BNE und Globalen Lernens sind die „FairTradeSchools“, die Verbraucherschulen, die UNESCO-Projektschulen, die Nationalparkschulen, die EineWelt-Schulen, deren Kooperation mit den Schulen des Landes begleitet und unterstützt wird.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	• Der Erfolg insbesondere des Ganztags in NRW beruht auf dem Engagement einer Verantwortungsgemeinschaft von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft, insbesondere von außerschulischen Trägern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport. Einmalig in der Bundesrepublik ist das sogenannte Trägermodell in NRW, das eine systematische und verbindliche Kooperation mit außerschulischen Partnern aus den verschiedenen Bildungsbereichen ermöglicht (die Anstellungsträgerschaft für außerschulisches Personal liegt bei der Kommune oder beim freien Träger, die Zusammenarbeit wird über Kooperationsverträge geregelt).
RP	Eine vertraglich geregelte, institutionalisierte und bewährte Form der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren findet in Rheinland-Pfalz z. B. im Zusammenhang mit den Angeboten an Ganztagsschulen statt. Die Kooperationspartner für Ganztagsschulen haben nicht nur die gleiche Zielgruppe wie jene für BNE. Auch ihre Funktionen und Aufgaben weisen in die gleiche Richtung: Herstellung von Chancengleichheit unabhängig von Herkunft und Geschlecht, Förderung gesellschaftlicher Integration, Unterstützung junger Menschen in ihrer Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Demgemäß stehen die Weiterentwicklung von BNE, der Ausbau von Ganztagsschulen und die Intensivierung von Kooperationen mit außerschulischen Partnern in einer fruchtbaren Wechselbeziehung. Alle weiteren Formen der Zusammenarbeit zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich BNE sind nicht formalisiert. Sie haben für die Schulen den Charakter von offenen Angeboten und für die zivilgesellschaftlichen Akteure den Charakter von Hilfestellungen. Beraterinnen und Berater für BNE an Schulen weisen auf geeignete Angebote hin und vermitteln etwaige Kontakte. Im Bereich des Globalen Lernens wird diese Vermittlungsaufgabe durch die Promotorin für Globales Lernen an Schulen wahrgenommen. Die Auszeichnung von außerschulischen Lernorten als für Schulen geeignete Angebote – d.h. die Zertifizierung von außerschulischen BNE-Bildungsangeboten als schulnahe Umweltbildungseinrichtungen (SchUR-Stationen) – fördert die Kooperation von Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.
SL	Die Förderung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in der BNE stellt schon seit vielen Jahren eines der zentralen Anliegen der saarländischen Landesregierung dar. Sie unterstützen das Ministerium für Bildung und Kultur und explizit das Zentrum Bildung für nachhaltige Entwicklung fachlich bei der Entwicklung von Programmen sowie bei der konkreten Umsetzung von Veranstaltungen und Fortbildungen. Die regelmäßige Zusammenarbeit wird dabei auf mehreren Ebenen zu verschiedenen Themenschwerpunkten sichergestellt: - Direkter Austausch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fachministerien - Landesweites Netzwerk BNE, koordiniert durch MUV und LPM - Grenzüberschreitendes großregionales Netzwerk BNE - Gerade die beiden Schullandheime mit eigenen Ökopädagogen sorgen für eine enge Kooperation und Verbreitung der BNE Schwerpunkte - Nachhaltige Schülerfirmen - Faire Klassen und Faire Schulen
SN	In ihrem Schulprogramm setzt sich jede Schule Prioritäten für die gemeinsame Arbeit von Lehrern, Schülern und Eltern und schafft sich somit einen verlässlichen Bezugsrahmen, der der Schule ein eigenes Profil verleiht und eine transparente Rechenschaftslegung des Erreichten möglich macht. Dabei liegt die pädagogische Verantwortung für diese Schwerpunktsetzung bei der jeweiligen Schulleitung und wird in der Regel im Einvernehmen mit den am Schulleben Beteiligten erarbeitet. Entwicklungsrichtungen bzw. Empfehlungen werden für Inhalte der Schulprogramme von der Schuladministration nicht vorgegeben. Da im Rahmen der UN-Dekade BNE das Thema Nachhaltigkeit und globalen Vernetzung eine zunehmende Wertschätzung erfuhr, zeigen Einzelbeispiele, wie das Gymnasium Bürgerwiese in Dresden oder die Förderschule Elstertrebnitz, dass Inhalte der BNE in Schulprogramme Eingang finden. Darüber hinaus widmen sich alle 13 in Sachsen agierenden UNESCO-Projektschulen der BNE, die als Leitgedanke dieses Netzwerkes fungiert. Die Arbeit erfolgt beispielsweise im Rahmen von fächerverbindendem Unterricht, durch die Einbeziehung von außerschulischen Lernorten oder durch Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen. Dabei liegt der Aufbau von Kooperationsbeziehungen im Verantwortungsbereich der Schulleitung der betreffenden Schulen und ist Inhalt der jeweiligen Schulkonferenz. Ein Kooperationsnetzwerk, welches durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus, das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen und die Leipziger Außenstelle der Engagement Global GmbH getragen wird,

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	führt Akteure zusammen, verantwortet das Portal www.bne-sachsen.de und optimiert die Kommunikation zwischen den Beteiligten.
ST	Partizipation zählt zu den Grundprinzipien der BNE. Nur so ist eine breite Mitwirkung bei der Gestaltung von Bildungsprozessen im Sinne von BNE möglich. Deshalb wurde angestrebt, ein Netzwerk aus unterschiedlichen Partnern auf verschiedenen Ebenen zu etablieren. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden Handreichungen und Unterrichtsmaterialien entwickelt, Fortbildungen und Fachtagungen durchgeführt, Wettbewerbe begleitet sowie Angebote für Projekttage entwickelt und umgesetzt.
SH	Mit der interaktiven Webseite Zukunftskompass.SH (http://www.zukunftskompass.sh/ueber-zukunftskompass-sh.html) steht ein Instrument der Kooperation zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bildungsbereich zur Verfügung. Der Zukunftskompass.SH ist die Zusammenstellung der Lernorte, Bildungspartner, Einrichtungen, Projekte und Programme der Initiative Zukunftsschule.SH des Landes Schleswig-Holstein. Die Aufnahme in diese Datenbank erfolgt auf Eigeninitiative oder Fremdinitiative. Nach einer inhaltlichen und formalen Kontrolle erfolgt die Aufnahme in die öffentliche Datenbank. Der Zukunftskompass.SH hat die Funktion, Angebote darzustellen und auf eigene Internetseiten zu verlinken. Angebote sind Klassenausflüge, Klassenfahrten, Exkursionen, Fortbildung, Netzwerke wie Vereine, Bildungsprogramme oder Web-Angebote. Der Zukunftskompass.SH richtet sich an Schulen und Lehrkräfte, an Eltern und alle anderen, die an außerschulischen Bildungsangeboten interessiert sind. Für den Bereich der Ganztagsschulen wird BNE als ein wichtiger Baustein definiert. So wird in der von der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ Schleswig-Holstein (SAG) und dem schleswig-holsteinischen Bildungs- und Sozialministerium erarbeiteten Handreichung für Ganztagsschulen „Impulse für Qualität“ (s. unter http://sh.ganztaegig-lernen.de/Bibliothek/handreichung) BNE als einer von 12 Qualitätsbereichen benannt. Die SAG berät die Schulen sowie die Kooperationspartner auch zu diesem Themenfeld und stellt bei Bedarf geeignete BNE-Arbeitsmaterialien zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit dem schleswig-holsteinischen Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein als zuständiges Ressort für BNE ist ebenfalls über die SAG gesichert. Gemeinsame Zielsetzung ist u. a. eine bessere Verknüpfung von im Rahmen der Norddeutschen Partnerschaft zu BNE zertifizierten außerschulischen Bildungspartnern (NUN-Zertifizierte) mit Ganztagsschulen zu erreichen. Die SAG plant, das Thema BNE aufzugreifen, um es beispielsweise im schleswig-holsteinischen Referenzschulnetzwerk der Ganztagsschulen zu platzieren. Weitere Aktivitäten gemeinsam mit dem MELUR sind angedacht.
TH	Die Zusammenarbeit von Bildungsakteuren (Kindergarten, Schulen) und den zivilgesellschaftlichen Akteuren bieten die Grundlage für vielfältige Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Die Fortführung aktiver Schulkooperationen und der ganzheitliche Ansatz bei der Umsetzung von BNE vor Ort fördern die Verankerung von Werten und Einstellungen im Sinne von BNE. Die Schulen entscheiden eigenverantwortlich, mit welchen außerschulischen Partnern (NABU, BUND, Museen, Gedenkstätten, Stiftungen oder Naturparkverwaltungen) sie Kooperationen eingehen. **Beispiel: Thüringer Bildungsmodell – Neue Lernkultur in Kommunen (kurz: nelecom)** Mit dem Thüringer Bildungsmodell – Neue Lernkultur in Kommunen (kurz: nelecom) wird das Entwicklungsvorhaben „Eigenverantwortliche Schule“ um die Dimension „Kommune“ erweitert. Ein wesentliches Motiv ist die Gestaltung von kommunalen Sozialräumen als entwicklungsfördernde Lern-Landschaften, die als Kerne regionaler Identität und Heimat-Verbundenheit fungieren. Das organisatorische Zentrum in den Kommunen stellt im nelecom-Ansatz eine „Gemeinwesen-Werkstatt“ dar. Sie ermöglicht ein systematisches Zusammenwirken aller bestehenden Netzwerke (wie Bündnisse für Familie, Aktivitäten der Wirtschaft, der Verbände und Vereine, der Volkshochschulen, Senioren etc.) und richtet sich auf eine gemeinsame Verantwortungsübernahme für die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. **Beispiel: Umweltschule in Europa/Thüringer Nachhaltigkeitsschule** Das Thüringer Umweltministerium und das Thüringer Bildungsministerium haben das Konzept „Umweltschulen in Europa/ Internationale Agenda 21 –Schule“ an die nationalen und internationalen Entwicklungen angepasst- dabei entstand das Kooperationsprojekt „Umweltschule in Europa- Thüringer Nachhaltigkeitsschule“. Um das Programm künftig noch intensiver an den Schwerpunkten der Thüringer Nachhaltigkeitspolitik auszurichten, sollen die ökologischen, ökonomischen und sozialen Facetten einer nachhaltigen Entwicklung, die inhaltliche Basis der von den Schulen durchgeführten Projekte bilden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Beispiel: nachhaltig wirtschaftende Schülerfirmen Nachhaltige Schülerfirmen wollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein. Sie verfolgen dabei auch ökologische und soziale Ziele. Produkt, Produktion und Betrieb sind so gestaltet, dass die Natur möglichst wenig belastet wird, die Schülerinnen und Schüler persönlich in ihren sozialen Kompetenzen gestärkt werden, das Miteinander üben können und dabei auch gesellschaftliche Probleme in der Einen Welt erfahren.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.	**Wie ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die damit verbundene Kompetenzorientierung in den Lehrplänen bzw. Bildungsplänen der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen verankert?**
BW	1. Allgemein bildende Schulen Mit der Einbindung der Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung in den neuen Bildungsplan für die allgemein bildenden Schulen ist es in Baden-Württemberg gelungen, Bildung für nachhaltige Entwicklung konsequent und systematisch in den curricularen Vorgaben des Landes zu verankern. Dies betrifft alle Fächer und Wahlbereiche, Jahrgangsstufen und Schularten. Der Bildungsplan wurde im Schuljahr 2016/2017 für die Schulklassen 1 und 2 sowie 5 und 6 verbindlich eingeführt. In der Einführung zum neuen Bildungsplan (www.bildungsplaene-bw.de) kennzeichnet Professor Hans Anand Pant den Bildungsplan als einen wichtigen Bezugsrahmen innerhalb eines Bildungssystems, der „in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen und rasanten sozialen Wandels […] der gesellschaftlichen Trägheit entgegentritt und doch gleichzeitig ein differenziertes Angebot für Orientierungswissen und Wertevergewisserung macht“. Im neuen Bildungsplan lässt sich die Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung (www.bildungspläne-bw.de/,Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_LP_BNE) in diesen Zusammenhang sehr gut einordnen. Bildung für nachhaltige Entwicklung setzt Lernprozesse voraus, die den erforderlichen mentalen und kulturellen Wandel befördern. Neben dem Erwerb von Wissen über (nicht-) nachhaltige Entwicklungen geht es insbesondere um folgende Kernanliegen: Bereitschaft zum Engagement und zur Verantwortungsübernahme, Umgang mit Risiken und Unsicherheit, Einfühlungsvermögen in Lebenslagen anderer Menschen und solide Urteilsbildung in Zukunftsfragen. Konkret geht es darum, dass Schülerinnen und Schüler befähigt werden sollen, als Konsumenten, im Beruf, durch zivilgesellschaftliches Engagement und politisches Handeln einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten zu können. Es geht daher nicht allein darum, auf die existenten Problemlagen reagieren zu können, sondern vor allem darum, vorausschauend mit Zukunft umzugehen sowie an innovativen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen mitzuwirken, die einen zukunftsweisenden und verantwortlichen Übergang in eine nachhaltige Welt möglich machen. In diesem Verständnis wurde die Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Leitgedanken der Fächer sowie den prozess- und inhaltsbezogenen Kompetenzen konkret verankert. Der Grad der Verankerung ist dabei unterschiedlich und abhängig von den Ankerpunkten, die das jeweilige Fach bietet. Die Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung wird darüber hinaus über eine Verweisstruktur deutlich gemacht. Zudem werden die Intentionen der Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung durch zwei weitere BNE-affine Leitperspektiven (Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt und Verbraucherbildung) unterstützt. 2. Berufliche Schulen Der Unterricht an den beruflichen Schulen hat das Ziel, umfassende Handlungskompetenz zu entwickeln. Dies wird durch kompetenzorientierte Bildungspläne und handlungsorientierte Lehr-/Lernprozesse im Sinne von Erkennen – Bewerten – Handeln gewährleistet. Eine Verbindung von fachlichen mit BNE-Kompetenzen wird sowohl in den allgemeinen Fächern, beispielsweise Gemeinschaftskunde, als auch durch die Lernfelder der jeweiligen Ausbildungsberufe hergestellt. An vollzeitschulischen Bildungsgängen der Kaufmännischen Berufskollegs wurden zum Schuljahr 2016/2017 kompetenzorientierte Bildungspläne eingeführt. Bezugsrahmen der Bildungspläne ist die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung sowie der Lernbereich Globale Entwicklung. Exemplarische Unterrichtsmaterialien für berufliche Schulen wurden im Rahmen eines Umsetzungsprojektes zum Orientierungsrahmen Globale Entwicklung erarbeitet und stehen auf dem baden-württembergischen BNE-Portal (www.bne-bw.de) online zur Verfügung.
BY	In den neuen Lehrplänen aller allgemeinbildenden Schulen sind sowohl die fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“, „Ökonomische Verbraucherbildung“ (http://www.lehrplanplus.bayern.de/schulart/grundschule/inhalt/uebergreifende-ziele) als auch die damit verbundenen Kompetenzen ausdrücklich und umfänglich verankert. Darüber hinaus gibt es Richtlinien für die Umweltbildung, die für die bayerischen Schulen verbindlich sind. Hier heißt es u. a.: *„Seit 1990 sind die Richtlinien für die Umwelterziehung an den bayerischen Schulen in Kraft. Durch die Agenda 21, die bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro entwickelt und 2002 in Johannesburg bekräftigt wurde, erhielt die Umweltbildung eine neue Dimension: Leitziel ist eine nach-*

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	haltige Entwicklung (Sustainable Development): ‚Die Bedürfnisse der Gegenwart sollen befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.' (Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1987). Die Schätze der Natur, die vom Menschen oft einseitig ökonomisch genutzt werden, haben für sich einen eigenen Wert. Sie sind uns Menschen anvertraut, damit wir sie pflegen, sorgsam behandeln und vor Missbrauch und Zerstörung bewahren. Umweltbildung braucht deshalb wie jede Bildung eine ethische Fundierung und ist in einen gesamtgesellschaftlichen Prozess eingebettet, in dem die Schule eine wichtige Aufgabe zu übernehmen hat." (vgl. auch https://www.km.bayern.de/download/495_19.pdf). Außerdem gilt der „Orientierungsrahmen für Globales Lernen" als Richtlinie der bayerischen Bildungspolitik und im Rahmen des fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziels BNE. Zu betonen ist, dass eine Auseinandersetzung mit den Zielen des Orientierungsrahmens bzw. mit „Bildung für nachhaltige Entwicklung" dabei in diversen Fächern bzw. Fächerverbünden erfolgt und auch als fachübergreifendes Bildungsziel bzw. Unterrichtsprinzip angelegt ist. So beinhaltet beispielsweise der Lehrplan für das Gymnasium für jede Jahrgangsstufe so genannte „Fächerverknüpfende und fächerübergreifende Unterrichtsvorhaben", die relevante Themen aufgreifen (http://www.kompetenz-interkulturell.de/index.php?Seite=7140&).
BE	Im Berliner Rahmenlehrplan (unterrichtswirksam ab Schuljahr 2017/18) für die Klassen 1-10 ist die fachübergreifende Kompetenzentwicklung ein deutlich gestärkter konzeptioneller Bestandteil. Zu den 13 übergreifenden Themen zählt auch Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen. Darüber hinaus gibt es u. a. in den Bereichen Verbraucherbildung, Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung zahlreiche Bezüge zur BNE. Die übergreifenden Themen sind so konzipiert, dass alle Schülerinnen und Schüler sich während ihrer Schullaufbahn wiederholt mit Themen aus der BNE in verschiedenen fachlichen Bezügen auseinandersetzen. Zusätzlich gibt es zahlreiche weitere inhaltliche Bezugspunkte zur BNE in den fachspezifischen Vorgaben des Rahmenlehrplans. Die Curricularen Vorgaben für den Lernbereich „Lernen in globalen Zusammenhängen im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung" wurden im Schuljahr 2012/2013 in Kraft gesetzt und besitzen weiterhin ihre Gültigkeit und werden als Orientierungs- und Handlungsrahmen für die Schulen weiterentwickelt und an den RLP angepasst. Sie beinhalten ein spezifisches Kompetenzmodell, das darauf abzielt Schülerinnen und Schüler in den Kompetenzbereichen Erkennen, Bewerten und Handeln zu fördern. Flankiert werden die curricularen Vorgaben von zahlreichen Maßnahmen in der zweiten und dritten Phase der Lehrkräftebildung. **Berufliche Schulen** In den Rahmenlehrplänen der Berufsschule sind die Themen der Nachhaltigen Entwicklung/Lernen in Globalen Zusammenhängen als Querschnittaufgaben seit 2002 verankert. Darüber hinaus sind alle Querschnittsaufgaben in Kompetenzbeschreibungen und Aufgaben der Lernfelder verankert. Dies trifft auch für die Rahmenlehrpläne Unterricht und Erziehung der Fachschule für Sozialpädagogik zu. Der Unterricht in Lernfeldern adressiert die Kompetenzentwicklung durch Arbeit in Projekten mit dem Bezug z. B. einer nachhaltigen Ressourcenorientierung unabhängig vom Berufsfeld. Vielfach wird diese projekthafte Arbeit in systemischem Rahmen geleistet; so sind etliche berufliche Schulen mit dem Internationalen Nachhaltigkeitssiegel ausgezeichnet worden. **Schulinterne Curricula und Schulprogramme:** Alle Berliner Schulen sind gegenwärtig aufgefordert, die Umsetzung der übergreifenden Themen – und damit auch Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen – im schulinternen Curriculum auszuweisen. Das umfasst Aussagen zur schulprogrammatischen Ausrichtung, zur Verknüpfung verschiedener übergreifender Themen als auch das fachbezogene, fachübergreifende oder fächerverbindende Aufgreifen dieser Querschnittsaufgabe. Eine schulprogrammatische Ausrichtung wird besonders an den Schulen erfolgen, die sich an spezifischen Programmen in diesem Bereich beteiligen: „Berliner Klima Schule", „Umweltschule in Europa, internationale Agenda-21 Schule" und „Faire Schule".
BB	BNE ist in den Lehrplänen aller Schularten verankert. Im neuen länderübergreifenden Rahmenlehrplan 1-10 für Berlin und Brandenburg (unterrichtswirksam ab dem Schuljahr 2017/18) ist die BNE auf der curricularen Ebene deutlich gestärkt worden. In dem den Fachteilen vorangestellten Teil „fachübergreifende Kompetenzentwicklung „ (Teil B), welcher für alle Fächer gilt, wird das übergreifende Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen" als Querschnittsaufgabe verbindlich festgelegt. In diesem Teil des Dokuments werden die Bedeutung des Themas und sein Beitrag zum Kompetenzerwerb beschrieben sowie Bezüge zu den Unterrichtsfächern und weiteren übergreifenden Themen aufgezeigt. In den anschließenden Fachteilen wird das Thema fachbezogen konkretisiert. Explizite Bezüge zur BNE sind in den Themen und Inhalten formuliert. Die Domäne spezifischen Kompetenzmodelle sind anschlussfähig an das Kompetenzmodell des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Ergebnis einer gemeinsamen Initiative der KMK und des BMZ). Im Fachteil Geografie, der neben expliziten Bezügen zur BNE in den verbindlichen Inhalten auch BNE-bezogene Themenfelder ausweist, lässt sich der Begriff „Nachhaltigkeit“ auch in den verbindlichen Standards der Kompetenzorientierung finden. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund ihrer stringenten curricularen Verankerung im neuen Rahmenlehrplan 1-10 die BNE in schulinternen Curricula fachbezogen, fachübergreifend und in Projekten sowie in Schulprogrammen zunehmend verankert wird. In den fachbezogenen Ausführungen der Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe ist nachhaltiges Denken und Handeln Thema des Unterrichts. Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ ist entweder genannt oder es gibt Formulierungen, die auf das Konzept der BNE abheben. Der berufs- und fachübergreifende Ansatz wird in den Curricula im Kapitel Bildungsauftrag formuliert und in den Lernfeldern bzw. berufsübergreifenden Fachkontexten thematisch konkretisiert. BNE ist bereits in den Ordnungsmitteln weitgehend verankert. Beispiel: Im Bereich der berufsbildenden Schulen ist BNE im Rahmenlehrplan des berufsfeldübergreifenden Faches „Wirtschafts- und Sozialkunde, Politische Bildung, Politische Bildung/Wirtschaftslehre“ der Berufsschule und der Berufsfachschule verankert. Im Handlungsfeld „Wirtschaft“ wird das Thema „Umwelt“ ausgewiesen und durch das Modul „Ökologisch verantwortlich handeln“ untersetzt. Das Handlungsfeld „Globale Welt“ weist explizit Bezüge zur BNE auf. In den Rahmenlehrplänen, die sich auf Ausbildungsberufe mit Anknüpfungen auf BNE beziehen, sind Bezüge zur BNE hergestellt. Zum Beispiel sind im Plan zum Ausbildungsberuf der biologisch-technischen Assistentin bzw. des biologisch-technischen Assistenten die Dimensionen der Nachhaltigkeit als didaktischer Grundsatz aufgegriffen. Die Entwicklung von schulinternen Curricula liegt im Zuständigkeitsbereich jeder Schule.
HB	Die Bildungspläne des Landes enthalten sowohl in der Primarstufe als auch in den Sekundarstufen I und II BNE-Themenbereiche bzw. entsprechende Standard- oder Kompetenzbeschreibungen – und zwar sowohl explizit als auch implizit (im Sinne von Anknüpfungsmöglichkeiten).
HH	Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist als Grundorientierung für Unterricht und Erziehung in einigen Hamburger Bildungsplänen (online unter: www.hamburg.de/bildungsplaene) verankert (z. B. in den Fächern Geographie, Politik/Gesellschaft/Wirtschaft und Biologie der Sekundarstufen). In der konsequent auf Kompetenzerwerb ausgerichteten neuen Bildungsplangeneration spielt der Erwerb von Kompetenzen im Sinne der Nachhaltigkeit gegenüber früheren Bildungsplänen eine erkennbar größere Rolle. So wird z. B. im Bildungsplan Sachunterricht der Grundschule explizit auf Bildung für nachhaltige Entwicklung und die mit ihr verbundenen zukunftsrelevanten Themen verwiesen. Das gilt in besonderem Maße auch für die Aufgabengebiete. Dabei handelt es sich um Bereiche des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags, die in der Regel mehrere Fächer und Lernbereiche zugleich betreffen. Sie sind hinsichtlich ihrer Kompetenzbereiche am KMK-“Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ orientiert und setzen diesen im Falle des Globalen Lernens in den Bildungsplänen für die verschiedenen Schularten bzw. -stufen konsequent um. Im Rahmenplan „Aufgabengebiete“ für die gymnasiale Oberstufe heißt es u. a.: „Aufgabengebiete leisten einen wesentlichen Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Das gilt insbesondere für Umwelterziehung, Globales Lernen, Interkulturelle Erziehung, Gesundheitsförderung und Verkehrserziehung.“ Im Bereich der beruflichen Bildung wird BNE als übergreifende Aufgabe innerhalb der schulischen Curricula verstanden und weiterentwickelt.
HE	Es bestehen Kerncurricula für alle Fächer. In den Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe heißt es zu den fachlichen sowie überfachlichen Kompetenzen, dass ihr Erwerb insbesondere auf die folgenden drei Dimensionen zielt (Kerncurricula der gymnasialen Oberstufe, S. 9): **Demokratie und Teilhabe / zivilgesellschaftliches Engagement:** sozial handeln, politische Verantwortung übernehmen; Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrnehmen; sich einmischen, mitentscheiden und mitgestalten; sich persönlich für das Gemeinwohl engagieren (aktive Bürgerschaft); Fragen des Zusammenlebens der Geschlechter / Generationen / sozialen Gruppierungen reflektieren; Innovationspotenzial zur Lösung gesellschaftlicher Probleme des sozialen Miteinanders entfalten und einsetzen; entsprechende Kriterien des Wünschenswerten und Machbaren differenziert bedenken **Nachhaltigkeit / Lernen in globalen Zusammenhängen:** globale Zusammenhänge bezogen auf ökologische, soziale und ökonomische Fragestellungen wahrnehmen, analysieren und darüber urteilen; Rückschlüsse auf das eigene Handeln ziehen; sich mit den Fragen, die im Zusammenhang des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aufgeworfen werden, auseinandersetzen; sich dem Diskurs zur nachhaltigen Entwicklung stellen, sich für nachhaltige Entwicklung engagieren

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Selbstbestimmtes Leben in der mediatisierten Welt: den Einfluss von digitaler Kommunikation auf eigenes Erleben und persönliche Erfahrungen wahrnehmen und reflektieren; den medialen Einfluss auf Alltag und soziale Beziehungen sowie Kultur und Politik wahrnehmen, analysieren und beurteilen, damit verbundene Chancen und Risiken erkennen; Unterschiede zwischen unmittelbaren persönlichen Erfahrungen und solchen in „digitalen Welten“ identifizieren und auch im „online-Modus“ ethisch verantwortungsvoll handeln; einen selbstbestimmten Umgang mit sozialen Netzwerken im Spannungsfeld zwischen Wahrung der Privatsphäre und Teilhabe an einer globalisierten Öffentlichkeit praktizieren; in der mediatisierten Welt eigene Interessen und Bedürfnisse wahrnehmen In den Kerncurricula der Sekundarstufe I werden Bewertungskompetenzen im Sinne der BNE in einigen der Kerncurricula hervorgehoben (häufig in der Formulierung der „Bewertung von Verhaltensweisen“ oder „Erörterungen von Strategien und Alternativen hinsichtlich der Nachhaltigkeit“, z. B. Kerncurriculum Biologie Sek I Gymnasium S. 27, 30, 44, 52, 57). In den inhaltlichen Konkretisierungen der Kerncurricula finden sich teilweise Anknüpfungspunkte zur Förderung der geforderten Kompetenzen.
MV	Für die allgemeinbildenden und die beruflichen Schulen dient das Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern als Grundlage. Unter Paragraf 3 werden Lernziele genauer definiert. Dort heißt es unter anderem: Die Schülerinnen und Schüler sollen in der Schule insbesondere lernen, (…) soziale und politische Mitverantwortung zu übernehmen sowie sich zusammenzuschließen, um gemeinsame Interessen wahrzunehmen, die eigene Meinung zu vertreten und die Meinung anderer zu respektieren, die grundlegenden Normen des Grundgesetzes zu verstehen und für ihre Wahrung sowie für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten, Verständnis für die Eigenart und das Existenzrecht anderer Völker, für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen zu entwickeln, mit der Natur und Umwelt verantwortungsvoll umzugehen, für die Gleichstellung von Frauen und Männern einzutreten und Verständnis für wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge zu entwickeln. Hieraus leitet sich die Kompetenzorientierung für die einzelnen Fächer ab. Unter Paragraf 5 wird Bildung für nachhaltige Entwicklung neben der Förderung des Verständnisses von wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhängen und der interkulturellen Erziehung explizit genannt. Seit 2008 legt die Verwaltungsvorschrift „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an den Schulen“ den Erwerb von Gestaltungskompetenz bei Schülerinnen und Schülern als zentrales Ziel fest. Bei der Überarbeitung von Rahmenplänen wird BNE noch stärker berücksichtigt, so insbesondere im Rahmenplan Sachunterricht. Die Rahmenplan-Kommissionen werden über BNE informiert. Der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung soll in die Arbeit einbezogen werden. In der beruflichen Bildung werden die Rahmenlehrpläne überwiegend auf bundesrechtlicher Grundlage von Bundesseite erlassen. Die Kompetenzorientierung liegt i. d. R. diesen Rahmenlehrplänen als wesentliches Merkmal zugrunde.
NI	Die Lehrplan-Kommissionen sind über BNE informiert und haben auch den Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung erhalten. Seit mehreren Jahren wird bei jedem neu erarbeiteten Kerncurriculum in dem Bildungsbeitrag des jeweiligen Faches und/oder in den Kompetenzformulierungen auf BNE hingewiesen. Als Beispiel hier ein Ausschnitt für das Fach Erdkunde: Das Fach Erdkunde leistet – wie auch andere Unterrichtsfächer – einen Beitrag im Rahmen der Nachhaltigkeitserziehung und fördert bei den Schülerinnen und Schülern eine raumverantwortliche Handlungskompetenz, so dass sie lernen, die Zukunft der Erde nachhaltig zu gestalten, um Entfaltungsmöglichkeiten auch für zukünftige Generationen anzulegen. Dem Fach Erdkunde kommt dabei in Bezug auf die schulischen Unterrichtsfächer eine Brückenfunktion zu. Niedersächsische Kerncurricula finden sich unter der Adresse: http://db2.nibis.de/1db/cuvo/ausgabe/index.php?mat1=9. Des Weiteren bietet das 2016 aktualisierte Curriculum Mobilität ein besonderes didaktisches Angebot im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Durch seinen modularen Aufbau mit zehn Bausteinen bietet es allen Schulformen und Jahrgängen eine umfassende Orientierung, um Entwicklungen im Bereich Mobilität fächerbezogen bzw. fächerübergreifend zu thematisieren und unter der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung zu reflektieren. Das Curriculum ist zu finden unter: http://www.nibis.de/nibis.php?menid=8374.
NW	Bildung für nachhaltige Entwicklung ist nach NRW-Verständnis mehr als nur eine Wissensvermittlung. Ein wesentliches Moment ist der Erwerb der Gestaltungskompetenz; also der Fähigkeit, ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu beurteilen und darauf basierende Entscheidungen mit Zukunftsrelevanz treffen, verstehen und umsetzen zu können. Bei der strategischen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Ausrichtung ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung daher nicht als zusätzliche Aufgabe oder weiterer Themenschwerpunkt in den Lehrplänen zu verstehen, sondern integrativ als Bestandteil der allgemeinen Bildung zu begreifen und einzulösen. Bei anstehenden Überarbeitungen von Lehrplänen werden Inhalte und Ziele der Bildung für nachhaltige Entwicklung berücksichtigt. Entscheidend ist bei der Weiterentwicklung, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht als Additum, sondern als integrierter Bestandteil einer umfassenden schulischen Bildung verstanden wird, deren wichtige Aspekte unter anderem der Umgang mit Vielfalt und demokratisches Lernen sind. In den derzeit gültigen nordrhein-westfälischen Kernlehrplänen zeigt sich die Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in den verschiedenen Fächern und Schulformen in unterschiedlicher Tiefe und Systematik: - Im Primarbereich (Grundschule) ist Bildung für nachhaltige Entwicklung schwerpunktmäßig im Fach Sachkunde angesiedelt. Hier ist auch hinzuweisen auf die „Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen“, die Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch behandeln. - In den Kernlehrplänen der Sekundarstufe I gibt es in den unterschiedlichen Fächern eine Vielzahl von auch fachwissenschaftlich fundierten Bezügen zum Konzept nachhaltige Entwicklung, so beispielsweise in den Kernlehrplänen der Lernbereiche Gesellschaftslehre und Naturwissenschaften. - Die Kernlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe wurden erst kürzlich überarbeitet. Hier finden sich an vielen Stellen konkrete Hinweise zur Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie einschlägige Kompetenzerwartungen. Dies gilt beispielsweise für die natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. - Bei den Bildungsplänen für das Berufskolleg finden sich in den Vorbemerkungen gemeinsame Vorgaben, darunter die folgende: „Förderung von Gestaltungskompetenz für nachhaltige Entwicklung unter der gleichberechtigten Berücksichtigung von wirtschaftlichen, sozialen /gesellschaftlichen und ökologischen Aspekten (Nachhaltigkeit)“. Diese Förderung wird unter anderem in den Anforderungssituationen und Zielformulierungen von Fächern und Lernfeldern weiter konkretisiert. - Ein neuer Impuls auch für die Bildung für nachhaltige Entwicklung geht von der Verankerung der Verbraucherbildung in verschiedenen Fächern durch die Rahmenvorgabe „Verbraucherbildung in Schule in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I“ aus. Ziel ist es, Verbraucherbildung als fachliche und überfachliche Aufgabe aller Schulen der Primar- und Sekundarstufe I zu integrieren.
RP	Aufgrund der hohen Bedeutung, die die Landesregierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung einräumt, wurden die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz überarbeitet und das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde – bislang unter dem Bildungsbereich „Naturerfahrung – Ökologie“ subsumiert – als Querschnittsthema in einem eigenen Kapitel aufgenommen. Die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen stellen die Grundlage der Arbeit in rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten dar und erschienen 2014 in überarbeiteter Form. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werden in Rheinland-Pfalz in der schulischen Arbeit miteinander verknüpft. Dies drückt sich auch in der Verankerung des Globalen Lernens in den Lehrplänen aus. Globales Lernen wird als einer von mehreren Inhaltsbereichen verstanden, in denen Bildung für nachhaltige Entwicklung erfolgt. Demzufolge wird in manchen Lehrplänen Globales Lernen als eigener Bereich ausgewiesen, in anderen Lehrplänen ist der Focus auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung insgesamt gerichtet. Die Verankerung der BNE in den Lehrplänen ist an den jeweiligen Unterrichtsfächern und Schulstufen orientiert. Im Primarbereich wurde im Zuge der umfassenden Lehrplanrevision für diese Stufe ab 2002 die BNE im Grundsatzteil und besonders im Lernbereich „Sachunterricht“ verankert. Im Grundsatzteil wird der Schwerpunkt auf die Anschlussfähigkeit und Anwendungsfähigkeit des zu erwerbenden Wissens gelegt. Qualifikationen wie anwendungsfähiges Wissen, Lernkompetenz, soziale Kompetenzen und Wertorientierungen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Als Erfahrungsbereiche werden Natur, Arbeit und Technik, Gesellschaft, Raum, Zeit, Körper und Gesundheit benannt. Das Leistungsprofil für den Lernbereich „Sachunterricht“ sieht vor, dass die Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit an der Bildung für nachhaltige Entwicklung orientierte Kompetenzen aufweisen. Zur Entwicklung dieser Kompetenzen weist der Teilrahmenplan die Erfahrungsbereiche „Natürliche Phänomene und Gegebenheiten – Perspektive Natur“, „Ich und andere – Perspektive Gesellschaft“, „Bebaute und gestaltete Umwelt – Perspektive Technik“ und „Umgebung erkunden und gestalten – Perspektive Raum“ aus.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Auch die Lehrpläne und Rahmenlehrpläne für die Sekundarstufe I orientieren sich an der Anschlussfähigkeit und Anwendungsfähigkeit des zu erwerbenden Wissens. Die Lehrplanrevision in den gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächern sowie für den katholischen Religionsunterricht ist noch nicht abgeschlossen. Diesen Fächern kommt eine besondere Aufgabe bei der Verankerung der BNE zu. Die jeweiligen Lehrplankommissionen prüfen, wie die in den Orientierungsrahmen BNE und Globales Lernen vorgestellten Kompetenzkonzepte aufgegriffen und für die konkrete Unterrichtssituation an rheinland-pfälzischen Schulen umgesetzt werden können. Des Weiteren wird die Umsetzung von BNE durch fachübergreifendes Lernen in den einzelnen Unterrichtsfächern geprüft. Im Rahmenlehrplan Mathematik wird die BNE durch die Wahl geeigneter inner- und außermathematischer Problemen umgesetzt, an Hand derer BNE-betreffende Fragestellungen behandelt werden können. Im Bereich der beruflichen Bildung wird in Entsprechung zum Orientierungsrahmen BNE die BNE in den berufsbezogenen Fächern BWL, VWL und Technik umgesetzt. Insbesondere die Entwicklung von Lernsituationen und Projekten zur Förderung der Handlungskompetenz sind geeignet, um Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu behandeln und somit die Schülerinnen und Schüler für diese Fragestellung zu sensibilisieren und entsprechende Kompetenzen zu fördern. Für die weiteren Lehrplanrevisionen im Bereich der beruflichen Bildung ist vorgesehen, das Konzept der „Gestaltungskompetenz“ auch ausdrücklich aufzugreifen. In der Mainzer Studienstufe ist die BNE insbesondere in den Lehrplänen für die Fächer Biologie und Chemie und in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern verankert.
SL	Allgemeinbildende Schulen: • Lehrpläne aller Schulformen, insbesondere der Fächer Erdkunde, Sozialkunde/Politik, Religion/Ethik, Biologie, Chemie, Physik, Naturwissenschaften Berufliche Schulen: • in allen KMK-Rahmenlehrplänen der Ausbildungsberufe • in allen neueren Lehrplänen der Vollzeitschulen im technischen und sozialpflegerischen Bereich; darüber hinaus ist die Verankerung bei der künftigen Lehrplanarbeit in allen Bereichen vorgesehen • Dabei werden bei aktuellen Überarbeitungen der Lehrpläne aller Schulformen stets neue Aspekte gemäß des Orientierungsrahmens Globale Entwicklung mit bedacht und aufgenommen.
SN	In der Beschreibung allgemeiner Ziele der weiterführenden Schulformen Mittelschule und Gymnasium wird die Aufgabe herausgehoben, junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Dabei wird sowohl die Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit als auch die Wahrnehmung sozialer Verantwortung in den Mittelpunkt des Bildungs- und Erziehungsprozesses gestellt. Der Erwerb des dafür nötigen intelligenten und anwendungsfähigen Wissens sowie der Lern-, Methoden- und Sozialkompetenz wird hierbei stets mit einer Werteorientierung verknüpft. Speziell werden dabei der verantwortungsvolle Umgang mit den Ressourcen sowie die Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft als wichtige Werteorientierung aufgeführt. Auch wenn diese Werte, die auf das Grundprinzip der Nachhaltigkeit hinauslaufen, als grundlegender Imperativ für alle schulischen Aktivitäten formuliert sind, nehmen sich die Fächer Geographie und Biologie spezifischen Fragen der Nachhaltigkeit besonders an. Während beispielsweise das Fach Geographie den verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen als explizites, übergeordnetes Ziel des Faches ausweist und damit nahelegt, dass die einzigartige Lebensgrundlage als verletzlich betrachtet werden muss, konzentriert sich das Fach Biologie auf gestaltende und oft zerstörende Eingriffe des Menschen in die Lebenswelt und regt so die Schüler zu tiefgreifenden ethischen Fragen an. Dies gilt besonders bezüglich globaler Probleme, der Ökologie, Genetik und Biotechnik. Darüber hinaus stellen Fragen der Nachhaltigkeit explizite Themen von Lerneinheiten der genannten Fächer dar. Beispielgebend seien für das Gymnasium aus dem Lehrplan für Geographie der Jahrgangsstufe 12 der Lernbereich 2 genannt: Anwenden der fragengeleiteten Raumanalyse zur Beurteilung ausgewählter Nutzungsformen im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit in drei vorgegebenen Landschaftszonen bzw. der Wahlpflichtbereich 4: Einblick gewinnen in Tragfähigkeitsuntersuchungen der Erde – Nachhaltigkeit. Neben dem Fachunterricht und dem fachübergreifenden Arbeiten als durchgängiges Unterrichtsprinzip stellt der fächerverbindende Unterricht ein Instrument dar, Themen zu behandeln, die von einzelnen Fächern nicht oder nur teilweise erfasst werden können. Es ist Aufgabe jeder Schule, zur Realisierung des fächerverbindenden Unterrichts eine Konzeption zu entwickeln. Hierbei sind durch die Lehrpläne neben anderen als mögliche thematische Schwerpunkte die Bereiche Verkehr, Umwelt und Eine Welt vorgegeben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ST

Einen verstärkte Fokussierung auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung erfolgte durch kompetenzorientierte Lehrpläne, beginnend mit der Grundschule (Inkraftsetzung 2007), fortgesetzt mit der Sekundarschule (2012) und nunmehr seit 2014/2015 für die Gymnasien.

Die jeweiligen Grundsatzbände fordern verbindlich die Bildung für nachhaltige Entwicklung ein:

Schulform/Jahr	Verankerung	Grundsätze
Grundschule 2007	Leitidee: Verantwortungsbewusstsein in der Gesellschaft und im Umgang mit der Natur	„… Indem ihre unmittelbare Umgebung zum Lernort wird und sie Schönes und Wertvolles darin sinnlich erleben, entwikkeln sie Wertschätzung für die Natur sowie für die Errungenschaften der Zivilisation und Kultur. Durch Einblicke in Zusammenhänge zwischen Natur und Gesellschaft wächst die Sensibilität für Probleme und Gefährdungen in ihrer Umwelt und somit die Bereitschaft, diese zu schützen.“
Sekundarschule 2012	Gesellschaftliche Anforderungen: Alltagsbewältigung und globales Lernen	„Schülerinnen und Schüler werden altersgemäß darauf vorbereitet, die Herausforderungen des Alltags mit Zuversicht anzugehen, sie zu bewältigen und Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. …. Dazu gehört auch, ökologische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge in ihren zunehmend globalen Bezügen zu erkennen und für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft einzutreten.“
Gymnasium 2014	unter der Schlüsselkompetenz: Wirtschaftliche Kompetenz	„Die Lernenden setzen sich mit Möglichkeiten und Grenzen eigenen und fremden Handelns sowie dessen Grundlagen und Voraussetzungen auseinander. Mit Blick auf die Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung beurteilen sie das Handeln von Produzenten und Konsumenten.“ Eine Erweiterung der BNE-Aussagen, insbesondere im Hinblick auf die Triade der Nachhaltigkeit (Ökonomie-Ökologie-Soziales), das interkulturelle Lernen und die Kernprobleme des Globalen Wandels, scheint dringend geboten.

Allen Schulen wurde der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung für die Nutzung im Unterricht empfohlen.

Darüber hinaus werden fächerübergreifende Themen empfohlen, die in den Schulen oftmals in Form von Projekten bearbeitet werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

SH	In den neuen Fachanforderungen, welche seit 2014 die Lehrpläne von 1997 ablösen, spielen Fragen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes eine deutlich größere Rolle als in den bisher geltenden Lehrplänen. Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe durch viele Unterrichtsfächer. Durch die Auseinandersetzung mit Kernproblemen des soziokulturellen Lebens sollen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei abzuschätzen, wie sich das eigene Handeln auf andere Menschen, auf künftige Generationen, auf die Umwelt oder das Leben in anderen Kulturen auswirkt. Diese Auseinandersetzung mit Kernproblemen richtet sich insbesondere auf die Bereiche Grundwerte menschlichen Zusammenlebens, Nachhaltigkeit der ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung, Gleichstellung und Diversität sowie Partizipation. Vor allem in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften haben Fragen der Nachhaltigkeit und insbesondere des Klimaschutzes jedoch ein besonderes Gewicht. Das Fach Geographie befindet sich im Zentrum der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Globalisierung, Landschafts- und Klimawandel, Naturereignisse mit katastrophalen Folgen, Ressourcenübernutzung und Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Siedlungsentwicklungen sind die grundlegenden Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Im Fach Biologie findet sich der Gedanke der Nachhaltigkeit ebenfalls konkret benannt in den Fachanforderungen von 2016 wieder und formuliert dort den Erhalt von Ökosystemen als Grundsatz menschlichen Handelns. Das Fach Physik greift das Thema der Nachhaltigkeit in den neuen Fachanforde-rungen ebenfalls – zumindest implizit – im Themenfeld Energieversorgung auf. Auch hier werden Fragen von möglichen Klimafolgen der Energienutzung thematisiert. Das Fach Wirtschaft-Politik thematisiert Nachhaltigkeit in verschiedenen Zusammenhängen sowohl im Unterricht der Sekundarstufe 1 der Gymnasien (als verbindlicher Aspekt zum Thema „Jugendliche als Konsumenten“ und als Zielparameter im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft) als auch in der Oberstufe (bei der Thematisierung von Wohlstandsindikatoren und als leitenden Aspekt im Rahmen des Halbjahresthemas „Ökonomie und Ökologie“). Neben der geographischen Perspektive wird im Fach Weltkunde in der Sekundarstufe I an Gemeinschaftsschulen zusätzlich die historische und sozialwissenschaftliche Perspektive entwickelt. So werden neben der raumspezifischen Betrachtungsweise auch historische Prozesse und Strukturen, Denkmuster und Wertmaßstäbe, Gesellschaften und Lebensgewohnheiten sowie das Zusammenwirken politischer und ökonomischer Faktoren in der Entwicklung von Gesellschaften vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung betrachtet. Auch das Fach Verbraucherbildung in der Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschulen greift das Thema Nachhaltigkeit im Lehrplan Verbraucherbildung auf; es zieht sich durch alle Lernfelder des Lehrplans. Besonders betont wird diese Anforderung im Kernbereich I im Lernfeld: Wirtschaftliche und nachhaltige Lebensführung. In den neuen Fachanforderungen wird der Gedanke der Nachhaltigkeit weiterhin eine zentrale Rolle spielen.
TH	Thüringer Lehrpläne basieren auf einem ganzheitlichen Kompetenzansatz. Entsprechend sind in den weiterentwickelten Lehrplänen zentrale Kompetenzen als Regelstandard formuliert. In den Leitgedanken zu den Thüringer Lehrplänen ist BNE explizit aufgeführt („…Zahlreiche Fragestellungen und Inhalte erfordern aufgrund ihrer Komplexität **fächerübergreifendes Arbeiten.** Dadurch wird auch der Bezug zur Bildung für nachhaltige Entwicklung im Zusammenhang mit ökonomischer Leistungsfähigkeit, ökologischer Verträglichkeit, Lebenskultur und sozialer Gerechtigkeit ermöglicht… und… dabei sind Schlüsselthemen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, wie • Umgang mit Ressourcen, • Klimaschutz, • Konsum- und Lebensstile, • kulturelle Vielfalt, • natürliche Lebensgrundlagen und • Menschenrechte angemessen zu integrieren…”). Einen herausragenden Bereich in der Umweltbildung stellt der Schulgartenunterricht in den Grundschulen dar. Das Fach Schulgarten ist ein fester Bestandteil der Rahmenstundentafel und wird in allen Klassenstufen der Grundschule unterrichtet. Der Schulgartenunterricht zielt dabei auf die Entwicklung von Gestaltungskompetenz im Sinne der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Sie wird in der tätigen Auseinan-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	dersetzung mit der Natur und fächerübergreifend von Schulbeginn an systematische erworben. In den weiterentwickelten Lehrplänen ist BNE fächerspezifisch integriert. Mit dem Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre liegt für die pädagogische Arbeit in den Thüringer Bildungseinrichtungen ein durchgängiges Bildungskonzept vor, in dem die Leitlinien von BNE Berücksichtigung finden. Neben der MINT-Implementierung ist als sinnvolle Ergänzung die Vermittlung von BNE in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen mit der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ in Vorbereitung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.	**Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrerausbildung (1. und 2. Phase) integriert?**
BW	1. Phase der Lehrerbildung (Lehramtsstudiengänge) Mit der Einführung der neuen Lehramtsstudiengänge zum Wintersemester 2015/2016 wurde für alle angehenden Lehrkräfte in Baden-Württemberg der Erwerb von Querschnittskompetenzen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung im Ausbildungskanon der Lehramtsstudiengänge verbindlich festgeschrieben. Eine flächendeckende Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung ist daher in der ersten Phase der Lehrerbildung über die Rahmenverordnung für alle Fächer gesichert. Darüber hinaus hat sich über die Beratung in den Fachgremien zur Entwicklung der Lehramtsstudiengänge zwischen dem BNE-Hochschulnetzwerk, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den vergangenen Jahren eine Zusammenarbeit entwickelt, die alle drei Phasen der Lehrkräftebildung unter der Berücksichtigung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Blick nimmt. 2. Phase der Lehrkräftebildung (Vorbereitungsdienste) Auch in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung ist Bildung für nachhaltige Entwicklung als Querschnittskompetenz impliziter Bestandteil aller Ausbildungsfächer. Mit der Orientierung der Bildung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung werden Wege begangen, um die Lernenden auf das Leben und Wirtschaften im 21. Jahrhundert vorzubereiten. Angehende Lehrkräfte lernen Fähigkeiten und Kompetenzen der Lernenden zu fördern, die zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen nötig sind. Insgesamt fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung komplexes, problemlösungs- und damit zukunftsorientiertes Denken, Entscheidungsfähigkeit und Handeln von Menschen im Sinne einer nachhaltigen und damit gleichermaßen die ökologische, ökonomische und soziale Dimension berücksichtigende Entwicklung auf individueller, lokaler, regionaler und globaler Ebene. Im Rahmen der zweiten Phase der Lehrerbildung werden angehende Lehrerinnen und Lehrer für diese Sachverhalte sensibilisiert. Darüber hinaus bringen die Staatlichen Seminare für Didaktik und Lehrerbildung auch auf Fachkongressen ihr BNE-Anliegen ein. 3. Netzwerke Im Bereich der Lehrkräftebildung wird diese Entwicklung durch zwei BNE-Multiplikatoren- bzw. Kommunikationsnetzwerke unterstützt. Dabei werden der Hochschulbereich sowie die Seminare für Didaktik und Lehrerbildung in den Blick genommen. 3.1 BNE-Hochschulnetzwerk Baden-Württemberg Bereits 2012 wurde das BNE-Hochschulnetzwerk (www.bne-hochschulnetzwerk.de) gegründet und bis 2016 vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft finanziell unterstützt. Durch den Aufbau dieses Netzwerkes wurde in den vergangenen Jahren ein wichtiger Beitrag geleistet, Bildung für nachhaltige Entwicklung verstärkt im Hochschulkontext über die Lehrkräftebildung hinaus zu verankern und die Akteure zu vernetzen. Im BNE-Hochschulnetzwerk sind Vertreterinnen und Vertreter aller Hochschulen (Universitäten, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen) zur Mitarbeit eingeladen. Durch die Zusammenarbeit von Fachdidaktikern und Fachwissenschaftlern werden Synergien geschaffen und Erfahrungen aus BNE- Lehr- und Unterrichtsveranstaltungen gebündelt. Die Mitglieder des Netzwerks entwickeln gemeinsame Forschungsvorhaben, wirken an der Gestaltung von Multiplikatoren-Fortbildungen mit und pflegen den Kontakt zu außerhochschulischen BNE-Partnern. Darüber hinaus pflegt das Netzwerk den Kontakt zwischen BNE-Experten an baden-württembergischen Hochschulen durch Erfahrungsaustausch und durch Beiträge zu Lehrveranstaltungen sowie mit dem deutschsprachigen Netzwerk (LENA), das sich für Bildung für nachhaltige Entwicklung im Hochschulbereich einsetzt. Die Expertise einzelner Mitglieder des Netzwerks ist aktuell in die deutschen Umsetzungsaktivitäten zum Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2015 – 2019) eingebunden. 3.2 BNE-Multiplikatoren in der Schulverwaltung und der Seminare Seit 2014 existiert ein Multiplikatorennetzwerk im Bereich der Schulverwaltung und der Seminare (www.bne-bw.de/lehrende/bne-multiplikatoren.html). Diese Multiplikatoren stehen als BNE-Ansprechpartner bereit und haben die Aufgaben, Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihrem jeweiligen Kontext verstärkt einzubinden. Im Rahmen der Qualifizierung dieser Multiplikatoren wurden BNE-Module erarbeitet, die für die Arbeit genutzt werden können und aktuell auch der interessierten Öffentlichkeit als

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Download zur Verfügung stehen (www.bne-bw.de/lehrende/weiterfuehrende-schule/bne-qualifizierungs-module.html). Die Koordination des Netzwerks erfolgt durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.
BY	Prüfungsrelevante Aspekte von Bildung für nachhaltige Entwicklung sind in Bayern in allen Phasen der Lehrerausbildung verankert. Dies betrifft neben den einschlägigen Fächern aus dem natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich die Fachdidaktiken aller Fächer sowie das erziehungswissenschaftliche Studium in allen Lehrämtern. Beispielhaft sei hingewiesen auf die im Kerncurriculum für das erziehungswissenschaftliche Studium u. a. aufgeführten Anforderungen „Kompetenzentwicklung über die Lebensspanne“, „Werte und Normen und Reflexion selbstbestimmten Urteilens und Handelns“, „Werteerziehung in der pluralen Gesellschaft“ oder die in der Lehramtsprüfungsordnung I festgelegten inhaltlichen Prüfungsanforderungen für das Unterrichtsfach Ethik: „Bedingungen menschlichen Handelns im Licht von Natur-, Human-, Sozial- und Technikwissenschaften, darauf aufbauend zentrale Probleme angewandter Ethik in zwei der folgenden Bereiche: a) Bioethik und Medizinethik, b) Wirtschaftsethik, c) Umweltethik/Technikethik, d) Medien- und Informationsethik“. Für die zweite Phase der Lehrerbildung (Vorbereitungsdienst) sei exemplarisch auf die Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Gymnasien (ZALG) verwiesen. Diese enthält für die fachspezifische Ausbildung die Verpflichtung, dass „der Beitrag eines jeden Fachs zu den fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsaufgaben, wie z. B. zur Umwelterziehung, zur politischen Bildung, zur Medienbildung, zur Methodenkompetenz und zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, […] zu verdeutlichen“ sei. Besondere Unterrichtsinhalte wie „Umwelterziehung“ sowie „ökonomische und soziologische Grundprobleme der Gesellschaft“ sind darüber hinaus verpflichtend als Gegenstände der allgemeinen Ausbildung in den Fächern Pädagogik, Psychologie, Schulrecht und Schulkunde sowie Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung festgeschrieben.
BE	Wie BNE in der ersten Phase der Lehrerbildung integriert wird, ist bislang nicht verbindlich geregelt. Im Rahmen des Orientierungsrahmens für den Lernbereich globale Entwicklung ist ein Umsetzungsprojekt mit der Freien Universität Berlin geplant, das darauf abzielt BNE in der universitären Ausbildung zu verankern. In der zweiten Phase der Lehrerbildung wird BNE im Modul „Erziehen und Innovieren“ unter dem Aspekt Wertevermittlung aufgegriffen und kann verstärkt als Wahlmodul zum im Rahmenlehrplan ausgewiesenen übergreifenden Thema Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen angeboten werden. Lehramtsanwärterinnen und – anwärter entwickelten in diesen Modulen in den vergangenen Jahren mehrere Handreichungen für Berliner Schulen in denen Themen der BNE für den Unterricht aufbereitet wurden. Zusätzlich finden seit 2016 jährlich Fachtagungen statt, die Lehramtsanwärterinnen und – anwärter für die BNE sensibilisieren sollen. Darüber hinaus ist im Rahmen des berliner Umsetzungsprojektes für den Orientierungsrahmen Globale Entwicklung ein Austauschprogramm mit angehenden Lehrerinnen und Lehrern aus Südafrika geplant. In diesem Programm sollen die künftigen Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam BNE-Projekte kennenlernen, um diese später in ihren Schulen umzusetzen. Für (Fach-) Seminarleiterinnen und (Fach-) Seminarleiter bietet die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie regelmäßige Fachtage an, auf denen sich die Ausbildenden mit theoretischen Grundlagen und praktischen Umsetzungsbeispielen vertraut machen können.
BB	Nach der „Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) vom 15.06.2007 zur ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule',, sind drei Unterrichts- und Organisationsprinzipien für den erforderlichen Kompetenzerwerb im Bereich der BNE von entscheidender Bedeutung: Vermittlung interdisziplinären Wissens, Gestaltung eines partizipativen Lernens und die Etablierung innovativer Strukturen in der Schule. Alle drei Prinzipien finden sich in den o. g. Beschlüssen der KMK zur Lehrerbildung (Standards und inhaltliche Anforderungen in der Lehrerbildung) in unterschiedlichen Professionsbezügen, nicht nur im Zusammenhang mit BNE, wieder und sind deshalb auch curricularer Bestandteil des Lehramtsstudiums an der Universität Potsdam. Für die 2. Phase der Lehrerausbildung gilt: 1. Grundgedanken zur BNE wurden in allen Rahmenplänen für Haupt und Fachseminare verankert und werden in die seminaristische Ausbildung integriert. 2. Haupt- und Fachseminarleiterinnen wurden zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in mehreren Bausteinen fortgebildet. 3. Durchführung eines KMK-BMZ Projektes. Im Rahmen eines KMK-BMZ-Projektes (2010/2011) wurden zwei Unterrichtsmodelle zum „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ entwickelt, unter dem Thema: „Vielfalt erleben – spielend voneinander lernen: El Sistema in Brandenburg“ – Ein Beitrag zur Entwicklung globalen Denkens und nachhalti-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	gen Handelns (Details zu den beiden erarbeiteten Unterrichtsmodellen unter http://www.bildung-brandenburg.de/el_sistema/). Die Dokumentationen der Unterrichtsmodelle sind in der Schule und in der Lehrerausbildung einsetzbar: a) für das Bekanntmachen mit dem Orientierungsrahmen**,** dem in ihm dargestellten Kompetenzmodell, Kompetenzbereichen und Kernkompetenzen, b) als Beispiele für gelungene Projektarbeit mit ihren Chancen für die Bildung und Erziehung auch sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler, c) als Beispiele für konkrete Unterrichtsmodelle mit Schwerpunktsetzung auf das Fach Musik, in denen bei Schülerinnen und Schülern fachübergreifend und z. T. fächerverbindend zukunftsfähige Kompetenzen wie z. B. Weltoffenheit, Sprachkenntnisse, Verständnis fremder Kulturen und Mobilitätsfähigkeit angebahnt werden können.
HB	Im Rahmen der Studiengänge der Universität Bremen mit Lehramtsorientierung ist „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ im fachwissenschaftlichen Curriculum des Studienfachs „Interdisziplinäre Sachbildung/Sachunterricht“ (Elementar- und Grundschulpädagogik) und in den fachdidaktischen Curricula der Naturwissenschaften verankert. Alle Lehramtsstudierenden haben zudem die Möglichkeit, ein schulbezogenes Forschungspraktikum zu Fragestellungen der nachhaltigen Entwicklung durchzuführen und entsprechende Masterarbeiten zu schreiben. Außerdem müssen alle Lehramtsstudierenden im Studienverlauf 3 CP im Bereich frei wählbarer „Schlüsselqualifikationen“ nachweisen. Die hierfür anerkennungsfähigen Lehrangebote werden von den einzelnen Fachbereichen angeboten und im Vorlesungsverzeichnis entsprechend zusammengeführt und gekennzeichnet. In diesem Lehrangebot finden sich in jedem Semester auch zahlreiche Lehrveranstaltungen zum Themengebiet Nachhaltigkeit / nachhaltige Entwicklung. Die Wahl einer Veranstaltung aus diesem Themengebiet ist für Lehramtsstudierende also möglich, aber nicht verbindlich. Zudem ist BNE in allen Didaktiken der Naturwissenschaften, insbesondere Chemie und Biologie, ein wichtiger Forschungsschwerpunkt, zu dem nicht nur universitäre Lehrveranstaltungen, sondern auch Kooperationsprojekte mit Schulen (z. B. Oberstufenprofile „Nachhaltige Chemie“ und „Nachhaltige Technologie“) und Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten werden.
HH	Die für die Lehramtsausbildung in Hamburg maßgebliche Universität Hamburg versteht sich als eine „Universität der Nachhaltigkeit“ und ist entsprechend bemüht, Grundsätze einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Studiengängen zu thematisieren. Von Mitgliedern des Kompetenzzentrums Nachhaltige Universität (KNU) entwickelt und vom Akademischen Senat auf seiner 719. Sitzung am 10.07.2014 beschlossen wurde das „Leitbild universitärer Lehre der Universität Hamburg“ (online unter: https://www.uni-hamburg.de/uhh/profil/leitbild/lehre.html). Dieses Leitbild orientiert sich am Ziel der Nachhaltigkeit von Studium und Lehre; sein Geltungsbereich erstreckt sich auf alle Studiengänge der Universität. Es wird ergänzt und konkretisiert durch das „Verständnis von Nachhaltigkeit für Lehre und Studium“ des KNU (online unter: https://www.nachhaltige.uni hamburg.de/downloads/1_7-positionspapiere/nachhaltigkeitskonzept-knu-team2-2015.pdf) Auf Basis dieser Nachhaltigkeitskonzeption lässt sich für die Lehramtsstudiengänge der Universität Hamburg feststellen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Phasen des Studiums systematischer Bezugspunkt der Curricula ist. So weisen die drei prioritären Themen „Medien“, „Umgang mit sprachlicher und kultureller Heterogenität“ und „Schulentwicklung“, die in den Studiengängen aller Lehramtstypen verankert sind, deutliche Bezüge zu Entwicklungsdimensionen der Bildung für nachhaltige Entwicklung auf – insbesondere solchen, die im Bereich „Soziales“ genannt werden. Studierende der Lehramtsstudiengänge in Hamburg setzen sich mehrheitlich intensiv mit diesen prioritären Themen auseinander und beschäftigen sich in diesem Rahmen u. a. mit der Entwicklung von Medienkompetenz, verschiedenen Inhalten der interkulturellen Bildung aus den Perspektiven von Mehrsprachigkeit und Zugehörigkeit und der Entwicklung von Schule unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen. Diese ersten Befassungen werden in anschließenden Forschungswerkstätten im Modus des forschenden Lernens vertieft bearbeitet. Spezifische Angebote, die den Entwicklungsdimensionen Ökologie, Klima, Ethik und Kommunikation einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zugeordnet werden können, bieten die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken, z. B. in den Fächern Biologie (Mensch-Natur, Umwelt), Geographie (Umwelt), Religion (Interreligiöser Dialog, Friedensbildung) und Sachunterricht (Philosophieren mit Kindern). Entsprechende Lehrangebote werden den Studierenden der Lehramtsstudiengänge an der Universität Hamburg regelmäßig angeboten. Im Vorbereitungsdienst (2. Phase) ist BNE wie folgt verankert: • Jährliche Veranstaltung zum Globalen Lernen unter dem Motto „Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst treffen auf NGOs“

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ stellen sich NGOs mit ihren Bildungsangeboten den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) vor, um in anschließenden Workshops zusammen mit den LiV Möglichkeiten der Einbettung dieser Angebote in schulische Unterrichtsvorhaben zu erschließen. • Kamerun-Projekt – eine Bildungsfahrt für LiV Diese Bildungsreise bietet LiV die Gelegenheit zu einem persönlichen und beruflichen Perspektivwechsel, indem sie Erfahrungen im Bereich des Globalen Lernens sammeln und einen Einblick in das Kamerunische Bildungssystem erhalten. Zugleich soll diese Fahrt internationale Erfahrungen im Hinblick auf kulturelle Vielfalt und andere Lernkulturen und -konzepte ermöglichen. Elemente dieser Bildungsreise sind Aufenthalte in verschiedenen Städten Kameruns (u. a. Douala, Yaoundé, Limbe, Bafoussam), der Aufenthalt in Gastfamilien, Hospitationen in Kameruner Schulen und Gesprächsrunden mit wichtigen bildungspolitischen Vertreterinnen und Vertretern. In einem Deutschforum mit Schülerinnen und Schülern werden die Teilnehmenden in einer mehrtägigen Fortbildung gemeinsame Seminare mit Kameruner Multiplikatorinnen und Multiplikatoren planen, durchführen und evaluieren.
HE	Die erste Phase der Lehrerbildung wird in Hessen an fünf Universitäten für alle Lehrämter durchgeführt. Die Zentren für Lehrerbildung, die erziehungswissenschaftlichen Institute und die fachdidaktischen Lehrstühle haben teilweise entsprechende Elemente in unterschiedlichem Umfang und Verbindlichkeitsgrad in die Lehre eingebaut. Die Universität Kassel hat BNE stark im Bereich der Politischen Bildung und der Biologiedidaktik eingebunden, an der Universität Marburg und der Universität Gießen bestehen Angebote in den Erziehungswissenschaften, Frankfurt integriert den Schwerpunkt Globale Entwicklung bei den Erziehungswissenschaften, BNE im Bereich Geografie, die TU Darmstadt hat am erziehungswissenschaftlichen Institut einen eigenen Schwerpunkt nachhaltige Entwicklung verschränkt mit dem Verständnis der Naturwissenschaften. Diese genannten Beispiele geben aber nicht die gesamte, von den Universitäten selbst verantwortete Praxis wieder. Eine flächendeckende Verankerung in die 1. Phase der Lehrerbildung auf verbindlicher Ebene besteht nicht. Die zweite Phase der Lehrerbildung erfolgt an 15 hessischen Studienseminaren für die unterschiedlichen Schulformen. Die Studienseminare Wiesbaden, Darmstadt und Heppenheim haben die BNE in ihre Ausbildung integriert; Wiesbaden verbindlich im fachübergreifenden Modul „„Schule entwickeln und gestalten“, Darmstadt als freiwilliges Zusatzseminar in einer Textphase, in Heppenheim werden zur Zeit verschiedene Module und Fortbildungsmöglichkeiten für die Ausbilder erarbeitet. Die übrigen Studienseminare haben die BNE in ihrer Ausbildung nicht integriert.
MV	Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in einigen Bereichen der 1. und 2. Phase Bestandteil der Lehrerausbildung in Mecklenburg-Vorpommern. In einem Kooperationsprojekt zwischen Universität Rostock und der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) M-V wurde mehrfach ein Hauptseminar mit dem Thema „Zukunftsfähige Schule – BNE in den Unterricht integrieren“ angeboten. Außerdem waren an dem Projekt das Ökohaus Rostock e. V. und ein BNE-Regionalberater beteiligt. Ziel des Seminars war es, von Anfang an interdisziplinär und fachübergreifend BNE-Unterrichtsmodule zu planen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungspartnern im Rahmen von Bildung für nachhaltige Entwicklung zu motivieren. Zielgruppe des Hauptseminars waren Studierende des Lehramtes verschiedener Schularten und Fachrichtungen. Handlungskompetenz in Bezug auf Bildung für nachhaltige Entwicklung bedeutet, Lehramtsstudierende, zu befähigen, eigenständig BNE-Module zu konzipieren und diese didaktisch in Bezug auf den Rahmenplan, Ziele und Methoden reflektieren und durchführen zu können. In Vorbereitung ist eine BNE-Praktikumsbörse für ein Sozialpraktikum für Lehramtsstudierende sowie ein BNE- Zertifikatskurs. Nachhaltigkeitsbezogene Zielstellungen sind an beiden Universitäten des Landes in Forschung und Lehre fest verankert. Mehrere Forschungsprojekte und Studiengänge nehmen darauf explizit Bezug, so beispielsweise die Moorforschung in Greifswald und der weiterbildende Studiengang „Bildung und Nachhaltigkeit“ in Rostock. Die Integration von BNE in die zweite Phase der Lehrerausbildung erfolgt im Rahmen der Fachseminare. Auch in der Berufsschullehrerausbildung gibt es einen Fachleiter für Sozialkunde, sodass Punkte wie Mitbestimmung, Demokratiebeteiligung, etc. hier einfließen.
NI	In der ersten Phase der Lehrerausbildung (Lehramtsstudiengänge) sind Aspekte der BNE als Querschnittsaufgabe in den fächerübergreifenden Kompetenzen der Fachwissenschaft und Fachdidaktik in allen Lehrämtern verankert. Des Weiteren sind entsprechende Kompetenzen in den Studieninhalten einzelner Fächer zu verorten, insbesondere in naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, aber auch in Fächern, die dem Fachprofil Arbeit, Technik, Wirtschaft zuzuordnen sind. An einigen niedersächsischen lehrerbildenden Universitäten werden zudem Forschungsprojekte durchgeführt, die sich explizit mit BNE befassen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	In der zweiten Phase der Lehrerausbildung (Vorbereitungsdienst) entwickeln die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ein professionelles Konzept ihrer Lehrerrolle (Kompetenzbereich der personalen Kompetenzen), dieses bezieht sich in allen Lehrämtern auch auf Erfordernisse einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. In Ergänzung hierzu bieten einige Studienseminare entsprechende Zusatzqualifikationen zum Themenkreis BNE an.
NW	Die Ausgestaltung der Lehrerausbildung unterliegt in Nordrhein-Westfalen dem Lehrerausbildungsgesetz (LABG). Sie orientiert sich an den bildungswissenschaftlichen und fachwissenschaftlichen Standards der KMK. BNE ist als Querschnittsaufgabe nicht nur über die Kernlehrpläne, sondern auch im Hinblick auf die Vermittlung der erforderlichen Kompetenzen und die sich am Erziehungs- und Bildungsauftrag von Schule orientierenden Handlungsfelder Bestandteil der zweiten Lehrerausbildungsphase. Die zweiphasige Lehrerausbildung in NRW wird im universitären Bereich durch elf lehrerausbildende Hochschulen in weitgehender Autonomie gestaltet. Die akademische Phase der Lehramtsausbildung gewährleisten die beteiligten Hochschulen auf Grundlage des Lehrerausbildungsgesetzes und der Lehramtszugangsverordnung in eigener Verantwortung. Seit dem Jahr 2004 erfolgt die Steuerung kompetenz- und standardorientiert durch ländergemeinsame Standards und Anforderungskataloge der Kultusministerkonferenz. Die Landesregierung ist durch Vertreterinnen und Vertreter in den Akkreditierungs- bzw. Re-Akkreditierungsverfahren an der Qualitätssicherung beteiligt. Prüfmaßstab sind die jeweils gültigen Standards bzw. Anforderungskataloge der KMK sowie die Lehramtszugangsverordnung und das Lehrerausbildungsgesetz. In der zweiten Phase der Lehrerausbildung – dem Vorbereitungsdienst – erfolgt ebenfalls eine Orientierung an den Vorgaben der KMK. Hier übt die Landesregierung allerdings die konkrete Fachaufsicht über die Bezirksregierungen aus. Geplante Änderungen in den Kompetenz- und Anforderungskatalogen müssen langfristig über die Ländervertreterinnen und Ländervertreter in der KMK sowie über die beteiligten fachdidaktischen Gesellschaften eingebracht werden. Danach kann von den Hochschulen eine standortspezifische Integration in die Studienangebote vorgenommen werden.
RP	Erste Ausbildungsphase (Studium): Im Fach Bildungswissenschaften für alle Lehramtsstudierenden als „Querschnittsthema“. In den Curricularen Standards für die Fächer Biologie, Chemie, Physik, Wirtschaft sowie Wirtschaft und Arbeit. Rechtlich verortet in der Landesverordnung über die Anerkennung von Hochschulprüfungen lehramtsbezogener Bachelor- und Masterstudiengänge als Erste Staatsprüfung für Lehrämter. Zweite Ausbildungsphase (Vorbereitungsdienst): Für alle Ausbildungsbereiche als Querschnittsthema. Rechtlich verortet in der Landesverordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, an Realschulen plus, an Gymnasien, an berufsbildenden Schulen und an Förderschulen.
SL	Allgemeinbildende Schulen: 1. Phase: Wahlmodule im interdisziplinären Studiengang „Nachhaltige Entwicklung“ mit der Möglichkeit des Zertifikatserwerbs „Nachhaltigkeitswissenschaft“ 2. Phase: Wahlpflichtmodul „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Rahmen des Allgemeinen Seminars Berufliche Schulen: 2. Phase: didaktische-methodische Umsetzung der jeweiligen Lehrpläne im Rahmen der Seminararbeit
SN	Basis dieser Integration ist ein Verständnis von Bildung und Erziehung, welches im sächsischen Leitbild für Schulentwicklung verankert ist: Bildung und Erziehung sind am Bild des selbstständigen und mündigen Bürgers ausgerichtet und zielen darauf, junge Menschen zu befähigen, begründet Entscheidungen zu treffen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen sowie ihr eigenes Handeln und dessen Folgen nach ethischen und verbindlichen Grundsätzen zu beurteilen. Da Bildung für nachhaltige Entwicklung ein sowohl thematisch als auch didaktisch-methodisch übergreifender Ansatz ist, erfolgt die Integration in die Lehrerbildung unter verschiedenen Aspekten: - fachbezogen (u. a. Geographie, Biologie, Gemeinschaftskunde, Deutsch, Fremdsprachen, Ethik) ent-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	sprechend den allgemeinen und spezifischen fachlichen Zielen - fachübergreifend (u. a. Planung und Gestaltung des fachübergreifenden und fächerverbindenden Lernens, Lernen in Projekten, kooperative Lernmethoden) - Integration, Inklusion Im Curriculum für den Vorbereitungsdienst finden sich verschiedene Anknüpfungspunkte zur Thematik beispielweise in den Schwerpunkten - Individuelle Förderung, Umgang mit Heterogenität, - Schülerorientierung, Lebensnähe und Vielfalt des Unterrichts, - Selbstbild, Kommunikation, Demokratieerziehung.
ST	Themen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sind in der universitären Lehrerausbildung in zahlreichen Modulen enthalten. Die Module sind verbindlich und in der „Verordnung über die Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an allgemeinbildenden Schulen“ verankert. Im Vorbereitungsdienst ist das Thema im Rahmen der pädagogischen Seminarausbildung verankert. In den fachdidaktischen Seminaren werden Themen der BNE über fachspezifisch-inhaltliche sowie fachdidaktische Zugänge bearbeitet.
SH	1. Phase: Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten Kiel und Flensburg, insbesondere mit den Instituten für Didaktik der Geographie zu Fragen der Globalen Entwicklung. Beteiligung der Studierenden an Projekten, Vorstellung von BNE-Schulen in den Seminaren 2. Phase: Die Ausbildung in Geographie beinhaltet BNE als Pflichtthema. Darüber hinaus wird BNE in den Domänen Weltkunde und NaWi vetretenen Fächern behandelt.
TH	In der Lehrerbildung sind die Grundlagen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung strukturell verankert, somit bieten sich zahlreiche Anregungen für den Unterricht. BNE ist strukturell und verbindlich sowohl in Fächern und Fächergruppen, wie MINT, als auch interdisziplinär verankert. <u>Beispiele</u> <u>Grundschule:</u> Bildung für Nachhaltigkeit gilt als zukunftsweisendes Konzept der Schule und ist ihr modernstes Aufgabenfeld. Ausgehend von den Aussagen der weiterentwickelten Thüringer Lehrpläne (Leitgedanken zu den Thüringer Lehrplänen für die Grundschule, Fachlehrplan Schulgarten) sowie des Bildungsplanes für Kinder bis 10 Jahre nimmt das Thema Nachhaltigkeit in der Ausbildung im Fach Schulgarten eine zentrale und bedeutsame Rolle ein und findet deshalb in vielen Fachseminaren Anwendung. Im Rahmen der Lehrplanarbeit des Heimat- und Sachkundeunterrichtes werden folgende Inhalte thematisiert: - Gesunde Lebensführung und Ernährung - Aufbau eines verbraucherkritischen Verhaltens - Sensibilisierung für Umweltphänomene und Umweltprobleme <u>Regelschule:</u> In der Ausbildung der Lehramtsanwärter des Lehramtes an Regelschulen wird nachhaltige Entwicklung in den Fachseminaren Biologie/MNT und Chemie thematisiert. <u>Gymnasium:</u> Im Fachseminar Geografie wird berücksichtigt: - global denken und lokal handeln, - schonender Umgang mit Ressourcen, - Verantwortung der westlichen Industriestaaten für das Klima.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6.	**Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrerfortbildung, inklusive Berufslehrerfortbildung, eingebunden?**
BW	Bildung für nachhaltige Entwicklung ist als Querschnittskompetenz implizit und explizit Bestandteil der fachbezogenen und fachübergreifenden amtlichen Lehrkräftefortbildung. Das Thema hat zudem mit den Bildungsplänen 2016 und den Fortbildungen zu deren Implementierung eine Schwerpunktsetzung erfahren. In den Bildungsplänen 2016 ist Bildung für nachhaltige Entwicklung eine von sechs Leitperspektiven. Diese sprechen Fähigkeitsbereiche an, die nicht einem Fach zugeordnet sind, sondern übergreifend in verschiedenen Fächern entwickelt werden sollen. Die Leitperspektiven sind während der gesamten Schulzeit fachintegrativ und spiralcurricular in allen Fächern zu beachten. Ziel der Lehrkräftebildung ist es, vernetzte Kompetenzen fachübergreifend zu entwickeln. Dies gilt für alle drei Phasen der Lehrkräftebildung, die nicht nur im Hinblick auf die Vermittlung von Bildung für nachhaltige Entwicklung miteinander vernetzt sind.
BY	Sowohl im Rahmen der zentralen Lehrerfortbildung (an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen/Donau, kurz: „ALP Dillingen“) als auch der regionalen und schulinternen Lehrerfortbildung werden regelmäßig BNE-Themen angeboten. Entsprechende Lehrgänge der ALP Dillingen lauten beispielsweise „Bausteine Umweltbildung“, „Herausforderungen für die nationale Politik in einer globalisierten Welt“, „Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie“, „Fächerübergreifender Unterricht am Beispiel des Themas BNE“. In diesem Rahmen erhalten auch bestimmte Zielgruppen wie die Schulkoordinatoren der UNESCO-Projektschulen oder die Fachberater für Umweltbildung die Möglichkeit, sich zu BNE-bezogenen Themen fortzubilden.
BE	Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bietet in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) jährlich stattfindende Fachtage im Bereich der BNE an, die für alle Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen geöffnet sind und von den Lehrkräften der Berliner Schulen gut angenommen werden. In der regionalen Fortbildung gibt es Schulberaterinnen und -berater und Ansprechpersonen, die für BNE und/ oder Klimaschutz zuständig sind. In einigen Bezirken finden halbjährlich Fachkonferenz BNE/ Klimaschutz sowie einzelne Fortbildungen zu Themen der BNE statt. Jährliche und halbjährliche BNE-Fortbildungen, die auch für berufliche Lehrkräfte offen sind: • BNE-Netzwerktagung zu aktuellen Unterrichtsthemen in der Botanikschule • Tagung „Klimaschutz am Schulstandort“ • Fortbildungen innerhalb der SchülerUni „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ an der FU • Tagung des „Gewässerpädagogischen Netzwerks“ • Fortbildung zum Klimawettbewerb Im LISUM werden Schulberaterinnen und -berater und Schulleiterinnen und –leiter für die überfachlichen Themen, auch zu den Bereichen Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen, Mobilität und Verbraucherbildung qualifiziert. Für das Jahr 2017 ist eine Modellregion geplant, in der Schulberaterinnen und Schulberater für Schulentwicklungsprozesse im Hinblick auf den Whole-School-Approach fortgebildet und begleitet werden. Verschiedene außerschulische Organisationen (WWF, BUND, EPIZ, Engagement Global, KATE, UfU, Bildungscent usw.) bieten Fortbildungen an, die oft in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie veranstaltet werden.
BB	Aufgrund der fächerübergreifenden und fächerverbindenden Inhalte findet sich die Bildung für nachhaltige Entwicklung in vielfältiger Weise in den fachlichen Angeboten der Lehrkräftefortbildung wieder. Besonders mit der Benennung als ein „übergreifendes Thema“ in Teil B des neuen Rahmenlehrplans der Jahrgangsstufen 1-10 für die Länder Berlin und Brandenburg wird dieser Charakter noch stärker fokussiert. Daraus wurde für die regionale Fortbildung im Land Brandenburg die Bildung für nachhaltige Entwicklung als einer der herausragenden Schwerpunkte für Fortbildungsangebote der übergreifenden Themen des regionalen Beratungs- und Unterstützungssystems (BUSS) festgelegt. Dies wird sich auch in den Qualifizierungsangeboten des Landesinstituts für Schule und Medien (LISUM) für die Beraterinnen und Berater des BUSS widerspiegeln. Modelle/Konzepte zur curricularen und didaktisch-methodischen Umsetzung von BNE werden im Rahmen der Neuordnung von Berufen durch Sozialpartner, Ministerien und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) parallel durch die KMK koordinierte RLP-Gruppen entwickelt. Im Kontext der Implementierung durch die Länder ist die auf die Entwicklung beruflicher Handlungskompetenz ausgerichtete Fortbildung angelegt und selbstverständlich.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

HB	Durch regelmäßige Angebote verschiedener Träger, die von der Bildungsbehörde (SKB) oder dem Umwelt-Ressort (SUBV) entsprechend gefördert werden (über Zuwendungen), werden Fortbildungen angeboten. Über Projektzuwendungen bieten u. a. folgende Träger Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte an: - Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) (Themenbeispiele: „Fairer Handel im Unterricht“, „Planspiel UNEP, Internationale Umweltpolitik hausnah erleben“, „Tourismus mit Zukunft – Nachhaltiger Tourismus in beruflicher Aus- und Fortbildung“, „Made in? Made by? Auf den Spuren unserer Kleidung“). - „Umwelt Bildung Bremen“: regelmäßige Fortbildungen und Seminare für schulische und außerschulische Teilnehmerinnen und Teilnehmer; Lehrerfortbildungen sind häufig auch Bestandteil in den geförderten Projekten. - „Grüne Schule/Grünes Science Center Botanika“: 10-15 Fortbildungen und Seminare für Lehrkräfte im Jahr (Themenschwerpunkt: Biodiversität) - Fortbildungen zum Bremer Naturschutz mit dem BUND LV Bremen und zur Schulgartenarbeit mit dem Landesverband der Gartenfreunde Bremen e. V. Die Universität Bremen entwickelt und erprobt derzeit in Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen (z. B. Grünes Science Center Botanika).
HH	BNE ist in der Lehrkräftefortbildung am Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) ein Leitthema für verschiedene Beratungsfelder. In den Fächern ist es vor allem im Bereich der Naturwissenschaften und in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern wie Geographie, Geschichte, Religion, Politik/Gesellschaft/Wirtschaft sowie dem Lernbereich Arbeit und Beruf verankert. In den Aufgabengebieten Globales Lernen, Umwelterziehung, Interkulturelle Erziehung, Verkehrserziehung und Gesundheitsförderung ist BNE ein Schwerpunktthema. Verschiedene BNE-Angebote sind auf Schulentwicklung ausgerichtet. Eine besondere Rolle spielt dabei das Projekt „Klimaschutz an Schulen“ (online unter: www.li.hamburg.de). Die Fachfortbildungen sind offen für alle Lehrkräfte aus allgemeinbildenden wie beruflichen Schulen. Zudem gibt es Fortbildungen und Angebote für Schulen zu Natur und Umwelt in Kooperation mit der Behörde für Umwelt und Energie (BUE). Des Weiteren finden fächerübergreifende BNE-Veranstaltungen in den Beratungsfeldern Globales Lernen und Umwelterziehung, aber auch zu einzelnen Fächern und weiteren Aufgabengebieten statt. So werden z. B. neu entwickelte Unterrichtsmodule der Reihe „Globales Lernen“ vorgestellt und bei der Erprobung begleitet. Neben gezielter Beratung und Abrufangeboten gibt es terminierte Fortbildungsangebote zu Inhalten wie Konsum, Migration, Energie, Mobilität, Interkulturelles Kompetenztraining, Ernährung, Abfallvermeidung und -trennung. Daneben spielen größere Tagungen und Veranstaltungen des Landesinstituts für die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer und die Stärkung der BNE in den Schulen eine wichtige Rolle, z. B. die Fachtagungen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, der MINT-Fächer und der Aufgabengebiete. Ergänzt werden die Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte auch durch Kursangebote für schulische Lerngruppen an außerschulischen Lernorten (u. a. Zentrum für Schul- und Umweltbiologie, Naturwissenschaftliches Zentrum/MINTarium, Zooschule und Grüne Schule), in denen Schülergruppen und die betreuenden Fachlehrkräfte Materialien und Anregungen für BNE-Themen in ihrem weiteren Unterricht erhalten. Jährlich findet im Hamburger Zentrum für Schulbiologie und Umwelterziehung (ZSU) eine Messe für Schulen mit BNE-Messeständen statt.
HE	Die Lehrerfortbildung ist in Hessen organisiert in landesweiten Veranstaltungen, die mehr konzeptionell und an Multiplikatorinnen und Multitplikatoren ausgerichtet sind, und regionalen Veranstaltungen und Angeboten, die sich direkt an Lehrerinnen und Lehrer richten. Im Bereich BNE werden die landesweiten Veranstaltungen von der Landeskoordination, der Naturschutzakademie und dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk (EPN) angeboten, ergänzt durch weitere Angebote von Anbietern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Darüber hinaus bieten auch Fachbehörden der Landesverwaltung – Hessenforst, Landesbetrieb Landwirtschaft, Landesanstalt für Umwelt – entsprechende Fortbildungen an. Alle Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer müssen akkreditiert werden beim Institut für Qualitätsentwicklung. Die Landesfachberatung BNE führt jährlich landesweite Fachtagungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der regionalen Kompetenzzentren und die externen Partner zu jährlichen Schwerpunktthemen der BNE durch. Sie unterstützt externe Bildungspartner bei der Planung und Durchführung von Lehrerfortbildungsangeboten und berät auf Anfrage Schulen, die einen Fortbildungsbedarf anmelden. Die regionalen Beratungszentren BNE bieten halbjährliche Fortbildungstage für die Schulen des Programms „Hessische Umweltschulen“, offerieren aber auch Fortbildungen zu allen Themenfeldern der BNE für Lehrerinnen und Lehrer anderer Schulen ihrer Regionen und auch schulinterne Fortbildungen für ganze Kollegien und Fachgruppen. In ihrer regionalen Lotsenfunktion für BNE beziehen die Zentren dabei auch die Kommunen und Fachpartner aus den Regionen mit ein.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Die Nachhaltigkeitsstrategie führt im März 2017 in Kooperation mit dem hessischen Landesverband im Verband der Chemischen Industrie (VCL) und der Landesfachberatung BNE eine Fachtagung „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“ für Lehrkräfte aller Schulformen an. Hessenforst hat an seinen unterschiedlichen Standorten ein umfassendes Angebot zur Waldpädagogik, das zunehmend am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und an der BNE ausgerichtet wird. Auf Landesebene bietet Hessenforst eine umfassende Qualifizierung Waldpädagogik im Kontext der BNE an. Viele der zertifizierten außerschulischen Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung (s. Frage 3) bieten Lehrerfortbildungen zu verschiedenen Aspekten der BNE an.
MV	In der Regel werden die Lehrerfortbildungen zum Aufgabengebiet Bildung für nachhaltige Entwicklung auf regionaler Ebene durchgeführt. Sie sind mittlerweile fester Bestandteil der Angebote sowohl im laufenden Programm als auch der Winter- und/oder Sommerakademie des Instituts für Qualitätsentwicklung M-V. Entsprechend der Verwaltungsvorschrift „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an Schulen“ sind dafür die vier BNE-Regionalberaterinnen und -berater verantwortlich. Darüber hinaus findet jährlich eine landesweite BNE-Tagung für Schulen statt. Für die beruflichen Schulen bietet das Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern nach Bedarfsmeldungen der Schulen oder durch Eigeninitiative entsprechende Veranstaltungen an.
NI	Lehrerfortbildung wird zum Beispiel in den außerschulischen Lernstandorten BNE angeboten. In Niedersachsen ist die regionale Lehrerfortbildung in Kompetenzzentren an verschiedenen Universitäten und Bildungsträgern angesiedelt. Dort finden auch Angebote zu BNE statt. Vom Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) werden des Weiteren Qualifizierungsmaßnahmen wie Fortbildungen, Fachtagungen oder der Austausch an Lernstandorten angeboten.
NW	Das Ministerium für Schule und Weiterbildung hatte sich mit der Initiative „Bildung für nachhaltige Entwicklung Lehrerfortbildung“ seit 2013 gemeinsam mit den Bezirksregierungen Arnsberg und Köln die Aufgabe gestellt, zunächst modellhaft zu erproben, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch und strukturell in bestehende Lehrerfortbildungsprogramme implementiert werden kann. Bildung für nachhaltige Entwicklung kann dann am ehesten in der schulischen Praxis verankert werden, wenn die Implementation aus der Obligatorik, dem „standard- und kompetenzorientierten Fachunterricht“ erfolgt. Es geht somit nicht darum, eigene Fortbildungsmaßnahmen zu konzipieren, sondern darum, dass Moderatorinnen und Moderatoren in bestehenden Fortbildungsmaßnahmen Inhalte und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung entwickeln und anwenden können. Die drei verbleibenden Bezirksregierungen Düsseldorf, Detmold und Münster sollen ab 2027 ff. im Einvernehmen mit ihnen einbezogen werden. Ziel ist mittelfristig der Aufbau eines strukturierten Angebots zu übergreifenden Aspekten der Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie von Angeboten für Unterrichtsfächer und fächerübergreifenden Unterricht, regional angeboten von Kompetenzteams sowie lokalen außerschulischen Partnerinnen und Partnern. Einbezogen werden sollen auch Fort- und Weiterbildungsangebote außerschulischer Bildungspartnerinnen und Bildungspartner, die sich zum Teil gezielt an Schulen richten: Es werden unterschiedliche Veranstaltungen für Lehrkräfte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung oder Globales Lernen angeboten, etwa seitens der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW im Rahmen der NRW-Kampagne „Schule der Zukunft“ oder vom Kooperationsprojekt „Einfach ganz ANDERS“ des Eine Welt Netz NRW und der BUNDjugend NRW. Auch lokale Anbieter wie z. B. Biologische Stationen bieten Lehrerfortbildungen an. Solche Angebote können über die Fortbildungssuchmaschine bekannt gemacht werden. Siehe: www.suche.lehrerfortbildung.schulministerium.nrw.de. Die Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes NRW bietet für alle an der Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ beteiligte Schulen Informations- und Begleitveranstaltungen zur BNE an.
RP	Die für Lehrerfort- und -weiterbildung zuständige staatliche Einrichtung ist das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz (PL RLP). Das PL RLP ist eine dem Ministerium für Bildung unmittelbar nachgeordnete Behörde. Im PL RLP werden BNE-Fortbildungen konzipiert, organisiert und durchgeführt und die Angebote außerschulischer Partner auf ihre Eignung als Lehrerfortbildung bewertet. Die außerschulischen Partner werden beraten im Hinblick auf ein adressatengerechtes Angebot. Es gibt auch vielfältige BNE-Fortbildungen mit Bezug zu Religion. Diese werden von den beiden Fortbildungsinstituten der evangelischen (EFWI) und katholischen (ILF) Kirche angeboten. Im Elementarbereich existiert ein umfassenderes Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher des Landes, in dessen Rahmen auch zahlreiche Fortbildungen zum Thema BNE durchgeführt wurden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte umfassen: • Landesweite ein- und zweitägige Veranstaltungen • Regionale ein- und halbtägige Veranstaltungen • Schulinterne Veranstaltungen (Studientage) Neben den PL-Referenten steht zur Durchführung dieser Veranstaltungen ein Team aus acht BNE-Beraterinnen und BNE-Beratern zur Verfügung. Diese Lehrkräfte verfügen für ihre Beratungs- und Fortbildungstätigkeit über einen unterrichtsfreien Tag pro Woche. Sie betreuen ein BNE-Schulnetzwerk mit 80 Schulen und beziehen dieses in die Fortbildungsangebote mit ein. Ebenfalls wird das Netzwerk der 80 sogenannten SchUR-Stationen (Schulnahe Umwelterziehungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz) in die Fortbildung einbezogen. Diese Stationen sind vom Bildungsministerium als außerschulische Lernorte anerkannt und werden überwiegend von Verbänden und Kommunen getragen. In Absprache mit dem Pädagogischen Landesinstitut RLP und mit Unterstützung des Berater-Teams entwickeln diese Einrichtungen ebenfalls Fortbildungsangebote. Wesentliche Stützen für die rheinland-pfälzische BNE-Fortbildung sind die zahlreichen Kooperationen mit außerschulischen Partnern, wie z. B. Natur- und Umweltverbänden, Landesforsten, landwirtschaftlichen Dienststellen und Betrieben und mit BNE-affinen Unternehmen. Im BBS-Bereich wird die enge Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern durch ein selbstverantwortetes schulisches Budget zur Finanzierung von Fortbildungen, Expertenvorträgen und anderen Entwicklungsmöglichkeiten von Lehrkräftekollegien unterstützt. Im Elementarbereich können innerhalb des Curriculums für Erzieherinnen und Erzieher Landesgelder zur Durchführung von Fortbildungen zu BNE beantragt werden.
SL	Die zentrale Fortbildungseinrichtung „Landesinstitut für Pädagogik und Medien“ verfügt über eine Beratungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“. Zentrale Aufgabe der Beratungsstelle ist die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer bei der Umsetzung von BNE im Unterricht und der schulischen Arbeit. <u>Arbeitsschwerpunkte:</u> • Durchführung von Lehrerfortbildungen (v. a. Zertifikatskurs zur Ausbildung von BNE Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, offizielles Projekt der Weltdekade 2009/2010 und 2012/2013) • Durchführung von Pädagogischen Tagen und Netzwerktreffen • Sammlung und Ausleihe von Materialien • Beratung bei der Integration von BNE in Schulentwicklungsprozesse • Vermittlung von Kooperationspartnern
SN	Im Fortbildungskatalog des Sächsischen Bildungsinstitutes (SBI) befindet sich ein breites Angebot von Veranstaltungen mit Inhalten zum genannten Themenbereich. In Form zentraler, regionaler und schulinterner Fortbildungen bestehen vielfältige Möglichkeiten, sich mit den Themen und Formen der BNE auseinanderzusetzen. Zusätzlich bieten das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft und externe Partner thematische Lehrerfortbildungen an. Eine Vielzahl von audiovisuellen und digitalen Materialien von Verlagen bzw. anderen Medienproduzenten, die über das Portal www.mesax.de recherchiert werden können, stehen in den Medienstellen für Lehrkräfte bereit. In Zusammenarbeit des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft entstanden eigene Veröffentlichungen, wie z. B. die Materialsammlung „Ihre Energie zählt“ sowie die Schülerhandreichung „Klasse Klima“ mit zugehörigem Lehrermaterial. Weitere Unterstützungsangebote wie ein mobiler Klimapavillon, Klimakoffer bzw. Solarkoffer mit Experimentiermaterialien zum Thema werden vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft angeboten und werden weiter ausgebaut. Darüber hinaus werden alljährlich regionale und schulinterne Fortbildungen zur Umsetzung des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“ angeboten, die in Zusammenarbeit mit Akteuren des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsens und dem SBI entwickelt worden sind.
ST	Lehrerfortbildungen dienen der Qualitätsentwicklung und –sicherung im Rahmen von BNE. Durch das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) werden z. T. in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern Fortbildungen als landesweite oder regionale Veranstaltungen für Lehrkräfte aller Schulformen entwickelt und angeboten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Themenbeispiele
• Fit für die Zukunft durch BNE • Grundlagen und Bausteine eines Schulprogramms BNE • Globale Umweltveränderungen • Meine Heimat unser Blauer Planet • Wasser ganzheitlich betrachtet
• Schulprogramm und BNE • Selbst organisiertes Lernen und Geld • Nachhaltige Schülerfirmen • Solarenergie macht in Sachsen-Anhalt Schule • Projektmanagement Wasser
• Globaler Handel • Nachhaltige Geldanlagen • Baumwolle und fairer Handel • UNESCO-Projektschulen • Ferienkurs Gletscher
• Ferienkurs „Klimawandel und Leben auf der Hallig“ • Fachtag Solarenergie • UV-Strahlung und Klimawandel • Zucker und fairer Handel • Woche der Nachhaltigkeit zum Dekade-Thema „Ernährung“
• Ferienkurs „Naturschutzgebiete und Klimawandel“ • „Alles trendy – fair Handy!“ • „Globales Lernen und BNE“ • „Solarenergie“ • Gemeinwesen orientierte Projektangebote • Woche der Nachhaltigkeit zum Dekade-Thema „Mobilität“

Aus- und Weiterbildungen für Multiplikatoren BNE

Über das Programmen „BLK 21“ und „Transfer-21“ wurden zunächst vier Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für BNE in der frühkindlichen Bildung, Grundschulen, Sekundarschulen, Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung qualifiziert. 30 weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, wurden über ESF-Förderung und Landesmittel für besondere Themenfelder qualifiziert (Selbstorganisiertes Lernen (SOL), Nachhaltige Schülerfirmen, ökologischer Fußabdruck etc.).

Schwerpunktaufgaben dieser Multiplikatoren sind:

- Vermittlung von Gestaltungskompetenz als Lernziel der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung,
- Gestaltung von Angeboten zu Lehrerfortbildung; insbesondere zur Nutzung eigener Werkstattmaterialien,
- Arbeit mit den Schulen hinsichtlich der Schulprogrammarbeit und Schulprofilbildung,
- Entwicklung und Umsetzung von Projekten,
- Entwicklung von Handreichungen
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Schulische Fortbildungsangebote über das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung u. a. • landesweite Fortbildung für Themenmultiplikatoren BNE • regionale und schulinterne Fortbildungen durch Angebote der Themenmultiplikatoren • außerschulische Angebote durch weitere Akteure der BNE auf der Grundlage eines gemeinsamen Fortbildungskataloges In Sachsen-Anhalt gibt es 35-40 entsprechende Stellen in diversen Einrichtungen die Fortbildungen für Lehrkräfte anbieten.
SH	Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) sowie das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) bieten entsprechende Fortbildungen für Lehrkräfte, teilweise mit Unterstützung weiterer Partner, an. Darüber hinaus fördert die Initiative Zukunftsschule.SH die gegenseitige Fortbildung und Unterstützung der Schulen untereinander. So sehen die Kriterien für die Auszeichnung einer Schule als Zukunftsschule der Stufe 3 (höchste Stufe) u. a. vor, dass entsprechende Fortbildungen/Beratungen zu den eigenen inhaltlichen Schwerpunkten im Bereich BNE für im Netzwerk beteiligte Schulen durchgeführt werden sowie der inhaltliche Austausch, z. B. durch Hospitationen, Tag der offenen Tür, Präsentationen u. ä., gewährleistet ist.
TH	Das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) bietet zahlreiche zentrale Fortbildungen an. Exkursionen, Workshops, Seminare, Tagungen, ein Arbeitskreis und viele andere Formen werden dabei genutzt. Traditionell sind die jährlich stattfindenden Netzwerktreffen der Umweltschulen in Europa/Thüringer Nachhaltigkeitsschule. Fortbildungen in Form von Messen oder Fachtagungen werden regelmäßig für Berater und Beraterinnen von nachhaltig wirtschaftenden Schülerfirmen angeboten. Einen Höhepunkt stellt das jährlich stattfindende Thüringer Bildungssymposium dar. Auch hier sind Themen der BNE fester Bestandteil. Es ist durch das ThILLM angedacht, thematische Veranstaltungen auf zentraler und regionaler Ebene anzubieten und schulinterne Fortbildung zu BNE zu unterstützen. Die Erstellung von BNE-Qualifizierungsmodulen und Durchführung von BNE-Qualifizierungsmaßnahmen ist in Vorbereitung. Ausgewählte Inhalte wären u. a. inhaltliche konzeptionelle Konkretisierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung, kompetenzorientierter Unterricht und aktive Lernformen. Zahlreiche Vereine, Institutionen, Bildungsträger unterstützen die Lehrer und Lehrerinnen durch unterschiedliche Angebote.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7.	**Wie haben sich seit Ende der UN-Dekade und während des UNESCO-Weltaktionsprogramms (WAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019) die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung verändert?**
BW	1. Finanzielle Rahmenbedingungen Im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport steht seit 2015 ein gesonderter Haushaltstitel mit der Zweckbestimmung „Nachhaltigkeit“ zur Verfügung. Des Weiteren können Anrechnungsstunden für BNE-Aktivitäten an Lehrkräfte vergeben werden (z. B. Regionalkoordination der UNESCO-Projektschulen, Pädagogische Leitung des Haus des Waldes, BNE-Multiplikatoren). In den zurückliegenden Jahren konnte darüber hinaus auf sog. BLK-Kompensationsmittel (Bund-Länder-Kommission) für BNE-Kommunikationsmaßnahmen zurückgegriffen werden. Die genannten Mittel des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport wurden in den zurückliegenden Jahren durch Projektmittel im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes und der Bildungsinitiative „Lernen über den Tag hinaus – Bildung für eine zukunftsfähige Welt“ ergänzt. Darüber hinaus setzt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eigenverantwortlich bzw. in Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BNE-relevante Projekte um (z. B. Unterstützung des Jugendbeirats im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, Internetplattformen: www.wir-ernten-was-wir-saeen.de (Plattform der Jugendinitiative), www.bne-bw.de (Landesweite BNE-Plattform), Schulische Klimaschutzprojekte). 2. Personelle Rahmenbedingungen Die personellen Rahmenbedingungen haben sich im Vergleich zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 – 2014) nicht wesentlich verändert. Im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport steht weiterhin eine Stelle für hausinterne und ressortübergreifende Koordinierungsaufgaben und als Ansprechpartner der Zivilgesellschaft zur Verfügung. Zwischenzeitlich werden BNE-relevante Aktivitäten aber auch vermehrt eigenverantwortlich in den zuständigen Referaten bzw. in Abstimmung mit dem BNE-Referenten durchgeführt (z. B. Berufliche Bildung – Umsetzungsprojekte zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung bzw. im Kontext des Fairen Handels die Fraitrade-Schools Kampagne). Die BNE-Aktivitäten im Land werden darüber hinaus u. a. durch Aktivitäten des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (z. B. Schulgarteninitiativen, Lernort Bauernhof, Waldpädagogik) unterstützt. 3. Strukturen Der Schwerpunkt Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in die Strukturen der Nachhaltigkeitsstrategie (z. B. dem Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung) eingebunden. Darüber hinaus werden im Rahmen der anstehenden ressortübergreifenden Erarbeitung einer Gesamtstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in den einzelnen Ressorts Strukturen (z. B. Ansprech- und Kooperationspartner) entstehen, die zu einer Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit beitragen. Des Weiteren hat das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bereits im Jahr 2015 in einem Nachhaltigkeitsbericht (Berichtsjahr 2014) u. a. über seine BNE-Aktivitäten berichtet: (www.km-bw.de/,Lde/Startseite/Themen/Nachhaltigkeitsbericht). Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der einzelnen Ressorts ist einmal pro Legislaturperiode vorgesehen. Der nächste Nachhaltigkeitsbericht wird im Jahr 2018 vorgelegt werden. Darüber hinaus werden zunehmend nachhaltigkeitsrelevante Strukturen im Land miteinander verzahnt (z. B. Entwicklungspolitischer Dialog und Nachhaltigkeitsstrategie).
BY	Infolge der vielfältigen Maßnahmen, die bereits während der UN-Dekade eingeleitet wurden, (z. B. Einrichtung entsprechender Internet-Portale, Akzentuierung des Themenkomplexes in den Lehrplänen, Förderung der Erweiterung des Orientierungsrahmens, bei dem bayerische Lehrkräfte aktiv mitwirkten), war eine erneute Änderung der Rahmenbedingungen nicht erforderlich.
BE	Da es in Berlin zurzeit noch keine behördenübergreifende und zentrale BNE-Struktur und keine gemeinsame Plattform für das WAP gibt, lässt sich diese Frage nur auf die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bezogen beantworten. Wie schon unter 1. beschrieben, wurden in der Koalitionsvereinbarung zahlreiche Punkte vereinbart, die auch für BNE relevant sein werden. Deren Planungen und Umsetzungen haben bereits begonnen. Hier ist insbesondere die Schaffung einer Koordinierungsstelle zu nennen, mit der die zahlreichen Einzelaktivitäten und Akteure im Bereich der BNE vernetzt werden sollen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Darüber hinaus hat das Land Berlin über die Senatsbildungsverwaltung im Jahr 2016 einen Kooperationsvertrag mit Engagement Global geschlossen, der ein neues Umsetzungsprojekt für den Orientierungsrahmen Globale Entwicklung beinhaltet, in dessen Rahmen viele Maßnahmen einer BNE durch die Senatsbildungsverwaltung im Berliner Schulsystem verstetigt werden können.
BB	Die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung sind im Land Brandenburg im Wesentlichen unverändert geblieben. Kritisch ist nach wie vor, dass vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von BNE notwendige Einsparungen auch vor diesem Bereich nicht haltmachen. Zu den strukturellen Rahmenbedingungen kann noch hinzugefügt werden, dass der neue Rahmenlehrplan, welcher mit dem Schuljahr 2017/2018 unterrichtswirksam wird, die Verknüpfung der BNE stärker in den Vordergrund stellt. Die Kernprobleme des globalen Wandels (z. B. Bevölkerungsentwicklung, Durchsetzung von guter Regierungsführung, Energieversorgung, Ernährungssicherung, Klimawandel, globale Handelsströme, Ressourcenverknappung) und deren Wechselwirkungen stellen die Lebensgrundlagen vieler Menschen und die Bedürfnisse zukünftiger Generationen in Frage. Gleichzeitig ist eine Welt ohne die vielfältigen Möglichkeiten, die die globalen Bezüge bieten, nicht mehr vorstellbar. Der globale Wandel fordert zu Visionen zur Gestaltung einer zukunftsfähigen gerechten Welt heraus, basierend auf der Grundlage der Anerkennung von Menschenrechten und dem Wissen darum, dass Menschenrechte bisher noch keine globale Gültigkeit erlangt haben. Die Schülerinnen und Schüler lernen daher aktiv und verantwortungsbewusst, gemeinsam mit anderen an nachhaltigen Entwicklungsprozessen lokal und global teilzuhaben und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Dabei orientieren sie sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung.
HB	Zu Beginn des Zeitraums kann über den Zeitraum keine Aussage gemacht werden – der Haushalt 2018/19 liegt nicht vor.
HH	Aufgrund der Vielzahl beteiligter Akteure lässt sich diese Frage nur bedingt beantworten. Die Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit (HLN) wird überwiegend durch die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) finanziert. Es gibt einen eigenen Haushaltstitel HLN, der in seiner Höhe auch für den Doppelaushalt 2017-2018 gleichgeblieben ist. Die Geschäftsstelle HLN in der BUE ist mit einer Teilzeitkraft besetzt. Es ist vorgesehen, die Projektgruppe HLN durch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft zu erweitern und kontinuierliche Arbeitsgruppen einzuführen. Verschiedene Behörden beteiligen sich durch projektbezogene Finanzierung an der Umsetzung von BNE in Hamburg, so z. B. die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) durch die Finanzierung des Projekts „Klimaschutz an Schulen“. Die Förderung zivilgesellschaftlicher BNE-Angebote für Schulen, ebenfalls durch die BSB, so z. B. der „Open School 21“ (Angebote online unter: www.openschool21.de) wurde angehoben. Darüber hinaus kofinanziert die BSB zusammen mit der Senatskanzlei das Fachpromotorinnenprogramm des BMZ „Hamburg entwickeln für Eine Welt“. Die BUE finanziert seit 2014 durch Zuwendung an einen Träger die Qualitätsentwicklung in der außerschulischen Bildung mit einem gemeinsamen „NUN-Zertifikat“ (NUN = norddeutsch und nachhaltig; siehe auch zu 8.). Das Zertifikat wurde im Rahmen der UN-Dekade von den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein entwickelt und ist in allen drei Ländern gültig (weitere Informationen online unter: www.hamburg.de/nun-zertifizierung). Im Bereich der beruflichen Bildung hat das Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) im Kontext einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Schulentwicklung ein Rahmenkonzept Klimaschutz erstellt. (online unter: http://hibb.hamburg.de/schulentwicklung/klimaschutz/) Ein Meilenstein ist die Einrichtung einer Landeskoordinatorenstelle BNE zum 01.02.2017 in der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) im Rahmen des „Schulprogramms“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Kofinanzierung BSB-BMZ). Mit der Landeskoordinatorenstelle soll ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden, BNE in den Hamburger Bildungsplänen und Schulcurricula, im schulischen Unterricht sowie in der Aus- und Weiterbildung von Lehrenden und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren systematisch und strukturell zu verankern.
HE	Das Land unterhält weiterhin eine Landesfachberatung BNE mit unveränderter Stellenzuschreibung und unterstützt weiterhin finanzielle und mit Lehrerteilabordnungen 10 regionale Beratungszentren im Rahmen des Programms „Hessische Umweltschulen“, für 2017 ist die Aufnahme eines elften Beratungszentrums geplant. So besteht ein verlässliches und abgesichertes Unterstützungssystem für die knapp 200 hessischen Umweltschulen aller Schulformen. In dem Projekt „Bildungsinitiative Nachhaltigkeit“ der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen entstanden in den Jahren 2014 – 2016 neue finanzielle und personelle Ressourcen für die Entwicklung von BNE-Unterrichtsmodulen für die Primarstufe sowie deren Durchführung an ausgewählten Pilotschulen (Schuljahr der Nachhaltigkeit) sowie für weitere BNE-Unterrichtsmaterialien und –module für die weiterführenden

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Schulformen (HERO und Klimaschutz im Unterricht). Die Bildungsinitiative wird auch über 2016 hinaus weitergeführt. Die Zusammenführung unterschiedlicher Zugänge zur BNE aus den Bereichen Umweltbildung, Globales Lernen, aber auch Mobilitätsbildung, Ernährungs- und Verbraucherbildung und der Gesundheitsförderung insgesamt hat zu einer verstärkten Wahrnehmung der BNE im Bundesland Hessen geführt. Das eingeführte Zertifikat „Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung“ stellt hierbei eine Orientierungshilfe für die Schulen auf der Suche nach außerschulischen Bildungspartnern dar. Für 2017 ist die Einführung einer Dachmarke „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“ geplant, die in Form einer Auszeichnung an hessische Schulen verliehen werden soll, die unter unterschiedlichen Zugängen (ökologische Bildung, globales Lernen, faires Wirtschaften, ect.) sich der BNE öffnen und hierfür eines von verschiedenen Zertifikaten / Auszeichnungen erhalten haben. Zurzeit wird geprüft, welche Auszeichnungen hier einen Zugang darstellen; gesetzt sind die Auszeichnung „Hessische Umweltschule“ sowie Schulen, die das „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ durchlaufen haben. Die Dachmarke soll den unterschiedlichen Schwerpunkten im Zugang zu einer BNE gerecht werden.
MV	BNE ist im Schulgesetz des Landes neben den Gegenstandsbereichen wie Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen als Aufgabengebiet fest verankert und daher im Institut für Qualitätsentwicklung einer dafür verantwortlichen Referentin zugeordnet – so wie die genannten Gegenstandbereiche ebenfalls Fachleiterinnen und Fachleitern zugeordnet sind. Eine darüber hinausgehende personelle Ausstattung ist weder angedacht noch unter den Stellenbedingungen des Landes möglich. Auf der Grundlage der schon genannten „Verwaltungsvorschrift Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an Schulen“ gibt es vier Regionalberaterinnen und -berater für BNE. Diese Lehrkräfte erhalten Anrechnungsstunden für ihre Tätigkeit. Entsprechend dieser Verwaltungsvorschrift ist an jeder Schule auch eine BNE-Schulberaterin bzw. ein BNE-Schulberater zu bestellen. Die finanzielle Ausstattung des Bereiches BNE beschränkt sich neben den Personalkosten auf Mittel zur Durchführung der Landestagung und Lehrerfortbildungen. Mit der „Richtlinie für die Förderung von Projekten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, Demokratie-, Rechts- und Friedenserziehung, politische Bildung und Gewaltprävention an Schulen“ von 2013 wurden BNE-Projekte explizit in die Förderung aufgenommen. Somit wurden die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert. Im Bereich der beruflichen Schulen wurden für das Thema BNE keine finanziellen, personellen oder strukturellen Maßnahmen mit der expliziten Zielrichtung BNE veranlasst. Aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern wird betont, dass BNE als Aufgabengebiet nicht nur an den ausdrücklich dafür vorgesehenen Aktivitäten „gemessen“ werden kann, sondern ganz dem eigentlichen Ziel dieses Inhalts entsprechend in die verschiedenen Unterrichtsinhalte einfließen soll.
NI	2017 werden vier Fachberatungen BNE in den vier Regionalabteilungen der Niedersächsischen Landesschulbehörde (NLSchB) mit vollen Stellen geschaffen. Im Bereich Mobilität wurden 2016 ebenfalls 4 Fachberatungen in den Regionalabteilungen der NLSchB mit je 10 Anrechnungsstunden ausgeschrieben. Die Fachberatungen arbeiten im Sinne der Verzahnung von BNE und Mobilität eng zusammen. Darüber hinaus koordiniert eine Lehrkraft mit Anrechnungsstunden das Handlungsfeld Globales Lernen. Seit Ende der UN-Weltdekade wurden weitere außerschulische Lernstandorte BNE anerkannt, in das BNE-Netzwerk aufgenommen und zum Teil mit Anrechnungsstunden für die pädagogische Arbeit ausgestattet. Es ist geplant, weitere Lernstandorte anzuerkennen. Hierbei wird darauf geachtet, dass neben der Umweltbildung auch die Bereiche Globales Lernen und Mobilität im Netzwerk zum Tragen kommen.
NW	Die der BNE namentlich zugeordneten finanziellen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen sind seit der UN-Dekade kontinuierlich weiterentwickelt und zum Teil ausgebaut worden. Bestehende erfolgreiche Initiativen und Projekte wurden verstetigt wie etwa die Kampagne „Schule der Zukunft“, die Vernetzungsstelle Schulverpflegung NRW, die BNE-Agentur u .a.. Zum Teil konnten Ressourcen und Zuwendungen (etwa in Form von freigestellten Lehrkräften) gesteigert werden. Insbesondere die strukturelle Verankerung in den Ministerien wie die nachgeordneten Behörden wurde vertieft.
RP	Die der BNE im Landeshaushalt namentlich zugeordneten finanziellen und personellen Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz sind im Berichtszeitraum im Wesentlichen unverändert geblieben. Themenspezifisch wurden die dem außerschulischen BNE-Bildungsbereich zugeordneten Haushaltsmittel vergrößert (Biodiversität, Aktion Grün). Kürzungen an BNE-Stellen bzw. BNE-Stellenanteilen musste es auf mehreren Ebenen im Schulbereich geben. Der Stundenumfang für die Beraterinnen und Berater für BNE ist aber unverändert geblieben. Die strukturelle Verankerung ist fortgesetzt worden. Durch die Zukunftskonzeption BNE RLP 2015+ ist in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft für RLP ein ressortübergreifendes, rahmensetzendes Dokument entstanden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

SL	Einrichtung eines neuen Referates im Ministerium für Bildung und Kultur, Abteilung B, Referat B5/Entwicklungszusammenarbeit und Bildung für Nachhaltige Entwicklung Weitere Beispiele: • Einrichtung einer Beratungsstelle Zentrum BNE zur Beratung und Fortbildung von Lehrkräften • Verstärkte Berücksichtigung der Aspekte Ökonomie (Fairer Handel, Schülerfirmen, Seminarfachmaterialien) und Ernährung (Schulapfel, Gesunde Verpflegung) • Vernetzung der schulischen und außerschulischen Akteure im Bereich BNE und Globale Entwicklung • Förderung von Projekten und Initiativen im Bereich der (freiwilligen) Ganztagsschule • Auszeichnung von Dekade-Projekten (Zentrum BNE, Lernort REDEN) • Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat seine Projektförderung für BNE-Projekte der Netzwerkpartner ausgeweitet • Die Netzwerkpartner werden regelmäßig weitergebildet • Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde und wird intensiviert • Das Qualitätsmanagement in der außerschulischen Bildung soll in ein Zertifizierungsverfahren münden
SN	Bildung für nachhaltige Entwicklung ist als regulärer Geschäftsbereich im Referat 36 des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) verortet. Darüber hinaus werden im Sächsischen Bildungsinstitut Fragen der BNE bearbeitet. Die personellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung haben sich somit verbessert. Bei den darüber hinaus gehenden finanziellen Rahmenbedingungen gab es keine substanzielle Veränderung.
ST	Strukturell, personell und finanziell gab es keine grundlegenden Veränderungen. Dennoch ist festzustellen, dass mit den derzeitigen Rahmenbedingungen das anspruchsvolle WAP nicht umgesetzt werden kann.
SH	Die personellen und strukturellen Rahmenbedingungen sind weitgehend unverändert. Mit u. a. der Initiative Zukunftsschule.SH und deren Betreuung durch die Kreisfachberatungen, dem Online-Angebot außerschulischer Bildungspartner zukunftskompass.sh sowie dem NUN-Zertifizierungssystem konnten für außerschulische Lernorte verlässliche Strukturen geschaffen werden.
TH	14 Mitglieder aus unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen wurden 2009 in den Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen berufen (seit 2011 – zweite Berufungsperiode). Mit den 2015 neu berufenen 15 Beiratsmitgliedern erhalten die Ideen und Projekte für ein zukunftsfähiges Thüringen eine starke Lobby. Der Beirat greift spezielle Themen aus der Zivilgesellschaft unter dem Aspekt nachhaltiger Entwicklung in Thüringen auf und führt die begonnene Vernetzung der nichtstaatlichen Partner kontinuierlich fort. Die personellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung haben sich geändert. Es wurden entsprechende Funktionsstellen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) und des Thüringer Institutes für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) besetzt. Das Nachhaltigkeitszentrum Thüringen (NHZ), dessen Träger der Verein Zukunftsfähiges Thüringen e. V. ist, ist Berater für Initiativen und Projekte in der Umsetzung der lokalen Agenda 21. Das NHZ organisiert Netzwerke, Arbeitskreise, Tagungen und Workshops und verknüpft lokale Akteure mit der politischen Ebene. BNE-Projekte werden über verschiedene Richtlinien gefördert, im Bereich Schule z. B. über die Richtlinie zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Maßnahmen an Thüringer Schulen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8.	**Welchen Handlungsbedarf sehen Sie für Bildung für nachhaltige Entwicklung in Ihrem Land – insbesondere bis zum Ende des WAP Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2015-2019)?**
BW	Die zukünftigen BNE-Aktivitäten in Baden-Württemberg werden sich im Wesentlichen am Nationalen Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ orientieren, der am 20. Juni 2017 von der Nationalen Plattform BNE verabschiedet wurde. Bei der Erarbeitung einer Gesamtstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ kann der Nationale Aktionsplan mit seinen sechs Handlungsfeldern eine Orientierung darstellen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche der frühkindlichen und schulischen (allgemein bildende und berufliche Schulen) Bildung, der Hochschule, des non-formalen und informellen Lernens sowie der Kommunen. Aktuell wurde unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eine Bestandsaufnahme von BNE-relevanten Aktivitäten in den Ressorts vorgenommen. Die Bestandsaufnahme des IST-Zustandes wird die Grundlage für das weitere strategische Vorgehen sein. Im Kontext des Handlungsfeldes Schule müssen insbesondere die Kompetenzentwicklung von Lehrenden und Multiplikatoren, der Lernort und Sozialraum Schule, die Kooperationen mit außerschulischen Partnern und der Aufbau von lokalen und regionalen Bildungslandschaften für nachhaltige Entwicklung in den Blick genommen werden.
BY	Fragestellungen wie globale Umweltprobleme (z. B. Klimawandel), Energiepolitik (z. B. regenerative Energie) oder Globalisierung (z. B. fairer Handel) haben in den letzten Jahren im gesellschaftlichen Diskurs deutlich an Relevanz gewonnen. Die bayerische Staatsregierung hat Einzelstrategien wie Biodiversitätsstrategie, Klimapakt, Nachhaltigkeitsstrategie, Energiewende beschlossen. Dies hat sich auch in der bildungspolitischen Diskussion bis hinein in die Lehrpläne niedergeschlagen und wirkt sich nicht zuletzt auf die Interessen der Schülerinnen und Schüler aus. Es geht nun darum, die bereits gegebenen Möglichkeiten in den drei Phasen der Lehrerbildung so intensiv wie möglich zu nutzen, um die Vorgaben der Lehrpläne und Richtlinien flächendeckend wirksam umsetzen zu können. Die oben beschriebenen Strukturen bieten hierfür eine gute Basis.
BE	Ziel der kommenden Jahre ist es, für bestehende behördenübergreifende Kooperationen feste und verlässliche Strukturen zu ermöglichen und die Zusammenarbeit auszubauen. Die zunehmende Verankerung der BNE in der ersten Phase der Lehrkräftebildung sowie die Verstetigung in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung zählen zu weiteren Zielen des Landes Berlin. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die zunehmende Bedeutung der Berufsorientierung in der Schule und Ausbildung, zum Anlass zu nehmen, um BNE und „Grüne Berufe“ verstärkt im Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler zu verankern. Dazu ist eine Weiterentwicklung des Bereichs „Duales Lernen und nachhaltige Berufe“ in Sekundarschulen und der Ausbau des Konzepts „Nachhaltige Schülerfirmen“ sinnvoll. Im Rahmen des Whole-School-Approaches wird die nachhaltige Schulbewirtschaftung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auch die stärkere regionale Verankerung der BNE wird zunehmend bedeutsamer. Daher ist es wichtig, BNE-Lernen im Kiez (Nachhaltige Bildungslandschaften) weiterzuentwickeln und die beteiligten Akteure zu stärken.
BB	Bildung für nachhaltige Entwicklung orientiert sich am Erhalt von Zukunftsfähigkeit: Dies ist kein Prozess, der mit Ende der UN-Dekade für beendet erklärt werden konnte, sondern über diese hinaus Gültigkeit hat. BNE ist und bleibt eine Aufgabe und Herausforderung, die sich durch ein großes Maß an Komplexität auszeichnet und die Fähigkeit verlangt, weg von der Betrachtung von Einzelphänomenen und hin zu vernetztem Denken zu gelangen. In welcher Weise BNE namentlich im Land Brandenburg auch für die Zukunft Relevanz erlangen kann bzw. erhalten bleibt, hängt auch davon ab, wie sich die demografischen Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Landes verändern werden und inwieweit für die Menschen die Gestaltung des Landes als partizipativer Prozess erkennbar wird. Unter dem Motto **„Dein Projekt Zukunft! Natürlich. Nachhaltig. Brandenburg“** fand im April 2014 das 2. Jugendforum zur Nachhaltigkeit statt. Eingeladen waren Jugendliche aus Brandenburg zwischen 14 und 27 Jahren, die sich kreativ und konkret mit dem Thema Nachhaltigkeit in Brandenburg auseinandersetzen wollten. Diese Veranstaltung schloss sich an das Jugendforum 2013 in Werneuchen an. 2013 hatten die Jugendlichen kreative Ideen für die Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Nach der Verabschiedung der Landesnachhaltigkeitsstrategie ging es im 2. Jugendforum darum, gemeinsam mit den Jugendlichen konkrete Projekte zu planen, die zu einem nachhaltigen Leben in Brandenburg beitragen. In den Jahren 2014, 2015 und 2016 wurde vor allem mit Mitteln des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) aber auch mit Mitteln des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) versucht, die Ideen und Diskussionsbeiträge der o. g. Jugendforen in die Regionen zu tragen. Das Sozialpädagogische Institut (SPI) hat in ausgewählten Orten mit Jugendlichen die Nachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen und in Bildungs- und Kulturprojekten bearbeitet. In Zukunft wird es darum gehen, Fragen einer nachhaltigen und „enkeltauglichen“ Politik mit jungen Menschen zu diskutieren und sie in den Mainstream der politischen Bildungsarbeit einzubringen. Des Weiteren sollen sie als Standard in die Jugendbeteiligungsformate eingebracht und dort langfristig verankert werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

HB	s. Frage 2
HH	Als größter Handlungsbedarf für die Zukunft wird eine stärkere institutionelle Verankerung von BNE in allen Bereichen angesehen. Der Abschlussbericht der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit (HLN) zur UN-Dekade BNE 2005–2014 (s. Drucksache 21/5468 vom 02.08.2016, online unter: http://www.hamburg.de/contentblob/ 7324362/62831f4db342c4d721767c3fa5220f5c/data/d-.pdf) beschreibt diesbezüglich u. a. folgende Ziele: Kindertageseinrichtungen (Kitas): Zukünftig soll angestrebt werden, eine bleibende Verankerung und Verstetigung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Kitas zu ermöglichen. Hamburgs Kitas sollten idealer Weise zu Lernorten nachhaltiger Entwicklung werden. Schule: BNE soll im Rahmen des Weltaktionsprogramms noch weitreichender als bisher in den Hamburger Bildungsplänen und Schulcurricula sowie in der Aus- und Weiterbildung von Lehrenden und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren systematisch und strukturell verankert werden. Berufliche Aus- und Fortbildung: Geplant sind regelmäßige schulindividuelle „RUK-Tage“ als Aktionstage zu BNE-Themen sowie eine stärkere Verankerung der BNE-Themen in den schulinternen Curricula der Fächer „Wirtschaft und Gesellschaft“ und „Sprache und Kommunikation“ („RUK“: Ressourcen-, Umwelt und Klimabeauftragte(r) einer Schule). Hochschule: Aus der langjährigen Zusammenarbeit verschiedener Akteure hat sich eine zukunftsorientierte Initiative ‚Hamburger Hochschulallianz für Nachhaltigkeit‘ (HaHoNa) konstituiert, die hochschulübergreifend Projekte zur kooperativen Förderung von Nachhaltigkeit diskutiert, entwickelt und umsetzt. Ein Beispiel ist das gemeinsam mit der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) geplante „Klima-Sparbuch“ für Hamburger Studierende. Diese Allianz soll ausgebaut werden, um Hamburg als Standort der Wissenschaft und BNE weiter zu stärken. Allgemeine und politische Weiterbildung: Die Qualitätsentwicklung wurde durch die Entwicklung und Umsetzung des Zertifizierungsverfahrens der „Norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2005–2014“ (NUN) für außerschulische BNE-Anbieter in Hamburg vorangetrieben. Dieses Qualifizierungs- und Zertifizierungsverfahren wird auch nach Ende der UN-Dekade BNE fortgesetzt. Informelles Lernen: Insgesamt lassen sich einige grundlegende Trends erkennen. Neben dem formellen findet auch informelles Lernen in allen Bildungsbereichen statt – beispielsweise in Schulen, Hochschulen und Betrieben. Es gibt starke Verknüpfungen mit der digitalen Entwicklung sozialer Netzwerke. Ein Grundmuster vieler Aktivitäten beruht auf den Grundsätzen der „Share Economy“, also dem gegenseitigen Tauschen, Leihen und Verleihen. Insbesondere junge Menschen lassen sich über diesen Bildungsbereich leicht ansprechen und erreichen. Auch neue Aktionsformen wie das „Urban Gardening“ oder die „Repair Cafés“ können als Elemente informellen Lernens betrachtet werden; hier findet ein intensiver Erwerb von Gestaltungskompetenzen statt. Darüber hinaus ist geplant, im Rahmen der BNE-Aktivitäten die UN-Sustainable Development Goals (SDG) stärker in den Blick zu nehmen und die entsprechenden Aktivitäten Hamburgs zur Umsetzung dieser Ziele zu unterstützen.
HE	– Fortführung der etablierten Angebote in den aufgebauten Strukturen. Hierzu wurden vertragliche Vereinbarungen sowohl zwischen den beteiligten Ministerien als auch mit den regionalen Beratungszentren getroffen. – Stärkung der Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen BNE-Bildungsträgern, in dem Zusammenhang auch Weiterführung des Zertifikats „Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung“ sowie Weiterführung der Bekanntmachung des Zertifikats in der Schullandschaft – Einführung der Dachmarke „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“ mit einem möglichst breiten Themenspektrum von Zugangszertifikaten unter gleichzeitiger Beachtung hoher BNE-Standards, um die unterschiedliche Zugänge zur BNE bei unterschiedlichen Schulen und Schulformen zu berücksichtigen – Stärkere Implementierung von BNE-relevanten Themen und BNE-Kompetenzen in der inhaltlichen Konkretisierung der Kerncurricula und in der Erstellung der schulinternen Schulcurricula – Anreizsysteme für Schulen, die die BNE als Leitbild in ihr gesamtes Schulprofil aufnehmen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	– Verstärkte Implementierung der BNE in den Ganztagsbereich der Schulen unter Einbeziehung externer Fachpartner – Flächendeckende Implementierung der BNE in die 1. und 2. Phase der Lehrerbildung
MV	Ein Schwerpunkt der Arbeit wird darin gesehen, die Unterstützung der Schulen und die Qualifizierung der Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter voranzubringen. Die Ziele des WAP sind vor allem auf die strukturelle Verankerung von BNE gerichtet. Deshalb wird der wesentliche Handlungsbedarf darin gesehen, weiter mit den beschriebenen Aktivitäten dafür zu sorgen, dass die Inhalte von BNE noch mehr als bisher zum selbstverständlichen Unterrichtsinhalt werden.
NI	Bis 2019 soll erreicht werden, dass BNE in den Schulen ein fester inhaltlicher Bestandteil des Unterrichts und des Schullebens ist. Die vorhandenen Ansätze in der Lehrerausbildung sollten ausgebaut und die Angebote im Bereich der Lehrerfortbildung vielfältiger werden. Die Ressourcen für das Beratungs- und Unterstützungssystem im Bereich der Niedersächsischen Landesschulbehörde (NLSchB) sollten erhalten bleiben und qualitativ weiterentwickelt werden. Dieser Prozess wurde in Niedersachsen bereits während der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ angestoßen und wird nun fortgesetzt. In diesem Rahmen sollen die Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung, der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen sowie des Curriculums Mobilität gefördert werden. Die Verknüpfung der Themen Umweltbildung, Globales Lernen und Mobilität unter dem Dach einer Bildung für nachhaltige Entwicklung soll weiter vorangetrieben werden. Weitere Ziele sind die Intensivierung der Zusammenarbeit aller Akteure, die Verankerung von BNE in den Schulprogrammen, Qualifizierung von Lehrkräften, Partizipationsprozesse in Schule zu stärken, gezielte Angebote zu entwickeln, die Peer-Ansätze fördern, Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen und diversitätssensibel orientiert sind, bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche zu erreichen, die Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern (z. B. NRO) sowie die Verknüpfung von Inklusion und BNE.
NW	Die Landesregierung hat die nachhaltige Entwicklung zu einem Leitprinzip ihrer Politik erklärt und zusammen mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Ein wichtiger Ansatz dabei ist „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“, zukünftig in allen Bereichen von Bildung und Lernen noch breiter zu verankern und gemeinsam mit den vielen Partnern im Lande umzusetzen. Grundlage dafür ist die Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft Lernen NRW (2016-2020)“. <u>Handlungsbedarfe in NRW:</u> • Um Schulen bei der Entwicklung eigener BNE-Profile in Unterricht, Leitbild und Schulprogramm sowie Schulentwicklung zu unterstützen, sind Unterstützungsmaßnahmen notwendig. Die Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ wird fortgeführt. • Weitere Initiativen und Kampagnen in Sachen BNE und globalen Lernens neben der Kampagne „Schule der Zukunft“ wie die „FairTradeSchools“, die Verbraucherschulen, die UNESCO-Projektschulen, die Nationalparkschulen, die EineWelt-Schulen u. a. sollen gefördert werden. Möglichkeiten einer gemeinsamer Zielsetzungen und Umsetzung in Schulen (Dachmarke etc.) sollen eruiert werden. • Der Transferprozess von Projekten in die Obligatorik wird fortgesetzt, u. a. durch die vertiefte Implementierung von BNE in den Kernlehrplänen des Landes NRW, durch den Lehrplannavigator, durch den Referenzrahmen „Schulqualität“ und zukünftig durch BNE in weiteren curricularen Dokumenten. • BNE soll insbesondere im schulischen Unterricht vertieft implementiert werden, indem zukünftig Kernlehrpläne u. a. auf der Grundlage der 2017 entwickelten „Leitlinie BNE“ überarbeitet werden: Diese zielt auf die Entwicklung eines kompetenzorientierten Verständnisses von BNE ab und wird sowohl fachliche Grundlagen wie auch erzieherische Komponenten von BNE als Grundlage auch für weitere curriculare Dokumente in NRW erarbeiten. • BNE soll verstärkt in der Lehrerfortbildung aller Bezirksregierungen implementiert werden. Die Einbindung des Globalen Lernens etwa über den Orientierungsrahmen Globale Entwicklung in NRW soll vorangetrieben werden. • Die Förderung ‚reflektierter Konsumkompetenz‘ ist eine schulische Aufgabe aller Schulen in NRW, gefördert durch Begleitung der Umsetzung der Rahmenvorgabe „Verbraucherbildung in Schule“, durch Transfermaßnahmen, eine praxisgerechte Handreichung etc. Sie ist eine fachliche (von Leitfächern und weiteren Fächern), aber auch eine überfachliche Aufgabe, die zudem in Kooperation mit Bildungspart-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	nern realisiert werden kann. • Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren ist vorgesehen und Möglichkeiten der Unterstützung der Kooperation von Schule und zivilgesellschaftlichen Bildungspartnern auszuloten. • Die Umsetzung von BNE in allen Bildungsbereichen wird fortgeführt, koordiniert über die Fach- und Koordinierungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE-Agentur NRW). • Die aktive Einbindung weiterer Akteure der Bildungsarbeit und die Beteiligung der jeweils fachlich zuständigen Landesressorts unter Berücksichtigung ihrer politischen Verantwortlichkeitsbereiche, Zielsetzungen und Handlungsansätzen wir für notwendig gehalten Außerdem wird die Notwendigkeit gesehen, zu den Themen der **Globalen Bildungsagenda 2030** in einen Austausch eintreten, um sie zwischen Bund und Ländern abgestimmt auch in NRW vertieft behandeln zu können. Insbesondere für BNE und das Globale Lernen wird auch für den Zeitraum des **Weltaktionsprogramms BNE** eine engere Abstimmung der verantwortlichen Akteuren auf Bundesebene (BMBF, DUK, BMZ u. a.) für notwendig gehalten, genauso wie die mit den Bundesländern und der für die Schulbildung verantwortlichen Kultusministerkonferenz (KMK). Dies wird für dringend geboten gehalten, um den Weg für eine erfolgreiche Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zu bereiten.
RP	Die dem Arbeitsbereich BNE zugeordneten personellen Ressourcen sollten auf allen Ebenen verstärkt werden. Eine weitere strukturelle Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen sollte erfolgen. Sie muss auf der Basis des Erreichten weiter ausgebaut werden. Während im außerschulischen Bereich die öffentliche Sichtbarkeit intensiver und breiter angelegt werden sollte, muss im schulischen Bereich die weitere inhaltliche Profilierung und Verankerung in den schulischen Strukturen fortgesetzt werden (Lehrplanarbeit, Lehrerausbildung, Wettbewerbe, Schulpartnerschaften etc.). Eine intensivierte Fortführung des Austauschs zwischen Bund und Ländern innerhalb der jeweiligen Bildungsbereiche würde die Arbeit im Land unterstützen; ebenso der landesinterne Austausch zwischen den in der BNE tätigen Akteuren.
SL	Erweiterung und Verstetigung der Maßnahmen durch: (vgl. oben) • **Förderung der Kooperation zwischen Nichtregierungsorganisationen und Bildungseinrichtungen** Das bundesweite Eine-Welt-PromotorInnen-Programm im Saarland wird von der saarländischen Landesregierung intensiv unterstützt. Mit der Arbeit der Promotorinnen und Promotoren soll die Entwicklungspolitik im Saarland stärker publik gemacht werden. Somit können BNE und Globales Lernen auch in außerschulischen Kontext weiter Einzug in die Gesellschaft nehmen. Die unterstützt die Bedeutung beider Aspekte auf verschiedenen Ebenen. • **Globales Lernen stärken, fördern und intensivieren** Die saarländische Landesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, Themen und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernen als Querschnittskonzepte in Schulen einzubauen. • **Globales Lernen als Bestandteil der Aus- und Weiterbildung** Globale Bezüge und nachhaltige Entwicklung sollen als Querschnittsaufgabe stärker Eingang in die Aus- und Weiterbildung aller Lehrenden und Auszubildenden finden. Sowie: • Stetig erweiterte Integration von BNE in die Lehrpläne • Stärkere Berücksichtigung der Aspekte einer Nachhaltigen Entwicklung bei der Schulentwicklung • Bemühungen um eine erneute Auszeichnung als Dekade Projekt des Zentrums BNE am Landesinstitut für Pädagogik und Medien des Ministeriums für Bildung und Kultur. • Fortführung der etablierten Angebote in den aufgebauten Strukturen. Der Aufbau und die Etablierung des Qualitätslabels soll dabei langfristig die Qualität des Angebotes für Schulen und Erwachsenenbildung sichern und weiterentwickeln. Verstärkung der Aufbereitung von gelungenen Beispielen guter Praxis und Verfügbarmachung für die Arbeit der Schulen. • Die strukturelle Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen muss auf der Basis des Erreichten weiter ausgebaut werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

SN	Der im Rahmen des WAP erstellte Nationale Aktionsplan wird nur mit großem Engagement der für Bildung zuständigen Länder umgesetzt werden können. Dieser Prozess wird sich mittels eines Landeskonzeptes BNE realisieren lassen, das sich an den zentralen Bildungs- bzw. Handlungsbereichen orientiert (Frühkindliche Bildung, Schulische Bildung, Berufliche Bildung, Hochschulbildung, informelles und non-formales Lernen/Jugend sowie Kommunen). Handlungsbedarf besteht hinsichtlich einer kontinuierlichen Vernetzung der Akteure staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen, einer regelmäßigen Öffentlichkeitsarbeit, einer strukturell untersetzten Qualifizierung sowie der Bereitstellung von Ressourcen für projektorientiertes Agieren im Bildungsbereich.
ST	Im Prozess der weiteren Verankerung von Themen der BNE in der Allgemein- und Berufsbildung sind qualitative und quantitative Fortschritte erkennbar. Der Kreis der Akteure konnte erweitert werden. Es kann eingeschätzt werden, dass die Verankerung der BNE in den Lehrplänen – und in konsequenter Folge auch in den Schulbüchern für Sachsen-Anhalt – seit mehr als zehn Jahren Auswirkungen auf den fachspezifischen und fächerübergreifenden Unterricht im Sinne einer Bildung für Nachhaltigkeit hat und auch in der Aufgabenkultur (z. B. in niveaubestimmenden Aufgaben, Leistungserhebungen mit Problemerörterungen) ihren Niederschlag findet. Mit Hinblick für ein Weltaktionsprogramm werden nachfolgende Aufgaben fokussiert: • Schaffung eines förderlichen Umfeldes zur festen Integration von BNE in die Bildungs- und Entwicklungspolitik, • Förderung ganzheitlich-institutioneller BNE-Ansätze in Bildungseinrichtungen, • Stärkung von Fähigkeiten zur BNE-Vermittlung von Lehrerinnen und Lehrern, Ausbilderinnen und Ausbildern sowie weiteren „Change Agents“, • Verstärkung der BNE-Aktivitäten in lokalen Bildungslandschaften. Die stärkere Vernetzung von Maßnahmen und Aktivitäten ist bei knapper werdenden Ressourcen dringend notwendig. Dies zeigt sich insbesondere in den parallel angelegten Initiativen von Bund und Ländern. Zu erwähnen sind die Themen Klimawandel, Klimaschutz, Biodiversität, Globales Lernen, Nachhaltigkeitsstrategien oder Verbraucherschutz. Den Schulen ist auf der Grundlage eines fächerübergreifenden Unterrichts und der ganzheitlichen Betrachtung der Themen das inflationäre nebeneinander von Themen der BNE schwer zu vermitteln.
SH	Es wird angestrebt, die aufgebauten Strukturen (s. hierzu unter Ziffer 1) zu sichern, fortzuführen und weiterzuentwickeln. Dabei wird der Vernetzung der unterschiedlichen Partner auch zukünftig eine besondere Bedeutung zukommen. Die Bemühungen um eine strukturelle und verbindliche Verankerung des BNE-Gedankens in alle Bildungsbereiche ist auch weiterhin ein wichtiges Anliegen. Darüber hinaus gilt es, den Kooperationsgedanken zwischen den beteiligten Institutionen und Partnern zu fördern. In den für den Fachunterricht maßgeblichen Fachanforderungen aller Fächer ist der Bereich BNE als ein zentraler Baustein implementiert worden. Die Umsetzung im Rahmen des Unterrichts gilt es, auch mit Hilfe dieser verlässlichen Grundlage zu fördern.
TH	Im September 2015 haben die Vereinten Nationen in New York die 17 internationalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals –SDG) verabschiedet. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet und die Ziele den internationalen Vorgaben angepasst. Auch Thüringen wird dementsprechend seine bisher aufgestellten Ziele sowie die Indikatoren überprüfen und angleichen. Angestrebt wird eine feste institutionelle Verankerung in einzelnen Bereichen. Einzelne BNE-Projekte sind zweifelsfrei gut, Zielsetzung ist – weg von vielen kleinen Projekten hin zu einer Verstetigung der BNE im Schulalltag (BNE soll gelebt werden). Im Nachhaltigkeitsplan des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) sind Maßnahmen und Vorhaben beschrieben, die das auf Nachhaltigkeit ausgerichtete politische Handeln deutlich machen. Kerninhalte des Aktionsplanes sind u. a. Lehrerbildung, Berufsorientierung, Europabildung, Nachhaltigkeitsschule. Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung gewährleisten die inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung für alle und fördern die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens. In der Jugendbildung beteiligt sich das TMBJS aktiv an der Umsetzung des Landesjugendförderplanes.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

9.	**Welche konkreten Planungen bestehen zur Umsetzung des WAP?**
BW	Das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2015 – 2019) sowie die Sustainable Development Goals (hier insbesondere Ziel 4. 7) werden weiterhin als Motivation genutzt, um zum einen die bereits begonnenen Aktivitäten zu verstetigen (z. B. Netzwerkstrukturen) bzw. begonnene Prozesse zu unterstützen (z. B. die Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung im neuen Bildungsplan) und zum anderen neue Akzente in Anlehnung an die Handlungsfelder und Ziele des Nationalen Aktionsplans zu setzen. Als zentrale Maßnahme muss in Baden-Württemberg die Erarbeitung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie betrachtet werden.
BY	Die Einrichtungen der Lehrerbildung (Universitäten, Studienseminare, Fortbildungsstrukturen bzw. –ebenen) sollen stetig zur Umsetzung der BNE gemäß den neuen Lehrplänen und Richtlinien beitragen und werden dazu systematisch auf die Ziele des WAP hingewiesen oder verpflichtet. Die bewährten Unterstützungsmaßnahmen (wie „Umweltschule in Europa – Internationale Agenda21-Schule“, „Woche der Gesundheit und Nachhaltigkeit“, Wettbewerbe) werden kontinuierlich fortgeführt. Für neue Akzente in den Lehrplänen – auch im BNE-Bereich – werden zusätzliche Unterstützungsmodule für die Lehrkräfte erarbeitet.
BE	In Berlin ist die Erarbeitung eines behördenübergreifenden tragfähigen Konzepts geplant, um BNE strukturell zu verankern. Des Weiteren gilt es, alle vorhandenen Instrumente, wie neuer Rahmenlehrplan und die überarbeiteten Curriculare Vorgaben für den Lernbereich „Lernen in globalen Zusammenhängen“ zu implementieren. Gute Praxisbeispiele und bewährte Maßnahmen sollen kommuniziert, weiterhin realisiert und Schulen durch Wettbewerbe und Auszeichnungen motiviert und bestärkt werden. Im Bereich der beruflichen Bildung, des Dualen Lernens sind unterschiedliche Maßnahme geplant. Dazu zählen u. a.: - die Revitalisierung eines Arbeitskreises „Berufliche Bildung“. - Eröffnung von Repair-Cafés in Sekundarschulen in Kooperation mit der Stiftung Pfefferwerk - Etablierung „Nachhaltige Schülerfirmen“ in Kooperation mit dem „Institut Futur“ und „Bildungsgrün“ Im Hinblick auf BNE- und Klimaschulen ist geplant, dass der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung stärker als bisher, zu einem Handlungsrahmen wird, dessen theoretischen Konzepte Schulen dabei unterstützen soll, BNE als Aufgabe der ganzen Schule wahrzunehmen und umzusetzen. BNE soll in Kindergärten und Grundschulen (1-4) durch das Haus der kleinen Forscher befördert werden. Das Projekt ist bis 2019 angelegt und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt. Im regionalen Netzwerk erfahren Pädagoginnen und Pädagogen, wie sie globale Zusammenhänge und Zukunftsfragen mit Kindern erforschen können. Als BNE-Modellschule wird die „Theodor-Heuß-Schule“ durch die Klimaschutzpartner Berlins (BSR, BVG, Vattenfall, GASAG usw.) finanziell und inhaltlich unterstützt. Partner sind der Bildungsverbund Moabit und die Senatsverwaltung für Umwelt und für Bildung. Im Rahmen des KMK-BMZ Umsetzungsprojektes zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung setzen sich Berliner Lehrkräfte bzw. Lehramtsstudierende in der ersten, zweiten und dritten Phase der Lehrkräfteaus- und fortbildung mit Themen der Bildung für nachhaltige Entwicklung auseinander. Über das Projekt soll BNE nachhaltig in allen Phasen der Lehrkräfteaus- und fortbildung verankert werden. In zwei Modellregionen werden Schulen auf ihrem Weg, Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen im Schulprogramm zu verankern, von der Senatsverwaltung für Bildung begleitet.
BB	Der Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg hat angeregt, Jugendliche stärker als bisher an der Perspektivdiskussion über ein nachhaltiges Brandenburg zu beteiligen. Mit dem Landesjugendring ist geplant, die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg von Jugendlichen/jungen Erwachsenen begleiten zu lassen. Mit dem Landesjugendring werden zudem weitere Schritte unternommen, um das Thema der Nachhaltigkeit und der BNE in der Jugendverbands- und in der Jugendbildungsarbeit stärker als bisher zu verankern. BNE ist weiterführend im neuen Rahmenlehrplan integriert und ein wichtiges Element für den Lernbereich „Lernen in Globalen Zusammenhängen“.
HB	s. Frage 2.
HH	Die Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit organisiert jährlich (seit 2015) eine Bildungskonferenz zur Umsetzung des WAP in Hamburg für Vertreterinnen und Vertreter der Behörden und zivilgesellschaftliche Ak-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	teure. Vorgesehen ist u. a. die Einrichtung thematischer Arbeitsgruppen mit dem Ziel, einen „Masterplan BNE“ für Hamburg bis 2019 zu erstellen. Darüber hinaus arbeitet Hamburg auf nationaler Ebene in mehreren Fachforen des BMBF aktiv mit und stellt u. a. den Sprecher des Partnernetzwerks der BNE-Kommunen. Auf internationaler Ebene wurde Hamburg als eine von nur vier Städten weltweit zum „Key Partner“ für die Umsetzung des WAP benannt und ist Co-Chair für die Arbeitsgruppe 5 „Acceleration sustainable solutions at local level through education”.
HE	– Fortführung bestehender etablierter Strukturen (hessische Umweltschulen) bzw. Ausbau und Etablierung geschaffener Strukturen (Schuljahr der Nachhaltigkeit) – Einführung der Dachmarke „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“, um einen gemeinsamen Rahmen und eine Vernetzungsstruktur zu schaffen für Schulen, die sich in einem BNE-Zugang ausgezeichnet haben – Weiterführung von Fachtagungen und Fortbildungsangeboten zu BNE, z. B. Multiplikatorenschulungen zu den Sustainable Development Goals, evtl. Lehrerfortbildung „BNE und Medien“ in Kooperation mit dem Partnernetzwerk „Medien“ des WAP BNE
MV	Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur arbeitet im Rahmen einer Landesarbeitsgruppe BNE seit Herbst 2015 in fünf Arbeitsgruppen, die sich aus schulischen und außerschulischen Akteuren zusammensetzen, an konkreten Aufgaben zur strukturellen Implementierung von BNE im Bereich der schulischen Bildung bis 2019, so z. B. • Verankerung in ausgewählten Lehrplänen (Sachkunde, AWT), • BNE-Sozialpraktikum im Rahmen des Lehramtsstudiums + Zertifikatskurs BNE, • Fortbildungsprogramm für BNE-Schulberaterinnen und BNE-Schulberater, • BNE-Netzwerk für Schulen, • Aktualisierung des Bildungsatlas der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU) M-V für BNE-Themen im Unterricht und • Erarbeitung eines BNE-Wahlpflicht-Curriculums für UNESCO-Projektschulen. Dabei sollen BNE, Globales Lernen, soziale und kulturelle Bildung sowie Verbraucherbildung stärker miteinander verzahnt werden.
NI	BNE soll weiterführend in den Kerncurricula implementiert und in die schuleigenen Lehrpläne integriert werden. Vor diesem Hintergrund sollen alle relevanten Curriculumskommissionen sowie Fachberatungen der Bezugsfächer mit dem Weltaktionsprogramm BNE der UNESCO sowie mit dem Orientierungsrahmen Globale Entwicklung vertraut gemacht werden. Unter anderem sind folgende Maßnahmen vorgesehen: • Qualifizierung von Lehrkräften, auch mit dem Ziel BNE-Prozesse zu befördern • Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit • Kooperationen mit anderen Bildungsanbietern (z. B. zivilgesellschaftliche Akteure, Schullandheime, Jugendherbergen, Biosphärenreservate, Landesforsten) • Fachtagungen • Dienstbesprechungen auf der administrativen Ebene • Entwicklung und Verbreitung von Materialien zu guter Praxis • Länderinitiative zur Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung
NW	<u>BNE-Aktivitäten im Bereich Schule:</u> - Unterstützung von Schulen hins. Unterrichtsentwicklung, Schulprogramm, Projekten und Partnerschaften mit Zivilgesellschaft durch **Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit**“, - Stärkung BNE bei der standard- und kompetenzorientierter Unterrichtsentwicklung durch Fortsetzung von **BNE und Lehrerfortbildung (Stufe II)**, aufbauend auf den Erfahrungen der Modellregionen Köln und Arnsberg, ab 2017 in allen Bezirksregierungen (ansetzend an den Lernbereichen/Fächern Naturwissenschaften, Arbeitslehre, Gesellschaftslehre und Sachunterricht) - Vertiefte Einbindung von BNE in den sogenannten **Lehrplannavigator**, mit dem Lehrkräfte zukünftig geeignete fachbezogene Materialien mit unmittelbarem Lehrplanbezug als Anknüpfungspunkt u. a. für

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	die BNE online abrufen können sollen. - Vertiefte Einbindung von BNE in **den „Referenzrahmen Schulqualität“**, der bereits jetzt Ziele und Inhalte von BNE beinhaltet - Entwicklung und Umsetzung der **„Leitlinie BNE“** als Grundlage für zukünftige Kernlehrpläne, Richtlinien, Referenzrahmen Schulqualität, Fortbildung etc. durch Arbeitsvorhaben der **Qualitäts- und UnterstützungsAgentur – Landesinstitut für Schule (QUA-LiS)** - Koordination der Aktivitäten aller Bildungsbereiche für BNE in NRW über die 2016 eingerichtete **Fach- und Koordinierungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** - Umsetzung der **Rahmenvorgabe und Handreichung „Verbraucherbildung in Schule“** zur Förderung reflektierter Konsumkompetenz, Inkraftsetzung ab Schuljahr 2017/18 - Umsetzung des **Orientierungsrahmen Globale Entwicklung** in Kooperation mit BMZ/Engagement Global
RP	Ausweitung und Stärkung der Netzwerke und systemische Maßnahmen zu deren Qualitätssicherung Maßnahmen, die generell und in der Breite die Entwicklung vom Projekt zur Struktur unterstützen Verstärkte Einbindung der entwicklungspolitischen Perspektive Fortschreibung des differenzierten Fortbildungsprogrammes und Entwicklung weiterer Unterstützungsangebote Maßnahmen zur Verbesserung der Darstellung, z. B. Überarbeitung der Webangebote
SL	• Ausrichtung der Aktivitäten auch an den Handlungsbedarfen der Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes sowie an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie des Saarlandes. • Sowie: vgl. Frage 8
SN	In Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Bildungsvereinen und -institutionen wird an einer Umsetzung des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“ gearbeitet, der 2009 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der BR Deutschland und der InWEnt-Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH veröffentlicht wurde. Es existiert dazu eine Fortbildungsreihe für sächsische Lehrer, die sich mit den im Orientierungsrahmen beschriebenen Themenbereichen und Kompetenzstufen befasst. Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit mit dem SBI Bildungsmaterialien zu den Themenbereichen des Orientierungsrahmens für sächsische Lehrer erarbeitet, die kostenfrei auf dem Portal www.bne-sachsen.de zur Verfügung stehen. Die Entwicklung eines Landeskonzeptes BNE, das sich an den zentralen Bildungs- bzw. Handlungsbereichen des Nationalen Aktionsplanes orientiert (Frühkindliche Bildung, Schulische Bildung, Berufliche Bildung, Hochschulbildung, informelles und non-formales Lernen/Jugend sowie Kommunen), wird als Rahmenpapier für die Umsetzung des WAP angestrebt. Im Jahr 2013 hat der Freistaat die Nachhaltigkeitsstrategie „Sachsen hat Zukunft“ verabschiedet, die als politisches Leitbild für eine zukunftssichernde Entwicklung im Freistaat Sachsen dient. Sie definiert in acht Handlungsfeldern Schwerpunkte, Indikatoren und Ziele. Dazu gehören „Bildung nachhaltig gestalten“, „Nachhaltige Finanzpolitik“, „Klima schützen, Energie effizient nutzen, Versorgung sichern“, „Natürliche Lebensgrundlagen schonen“, „Städte und Ländlichen Raum gemeinsam in die Zukunft führen“, „Wirtschaftswachstum und Innovation eine Richtung geben“, „Fachkräftepotenzial sichern und nutzen“ sowie „Gesundheit und Lebensqualität erhalten“. Der Nachhaltigkeitsbericht 2016 macht die positive Entwicklung dieses ressortübergreifenden Ansatzes sichtbar. Der Nachhaltigkeitsbericht wird einmal in der Legislaturperiode erstellt und nach der Kabinettsbefassung dem Sächsischen Landtag zugeleitet.
ST	BNE ist aktiv weiter zu betreiben, begonnene Aktivitäten sind abzusichern, weiterzuentwickeln und noch stärker strukturell zu verankern. Eine bedeutende Rolle spielen dabei die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und die Kooperation mit außerschulischen Partnern. Als zentrale Themen werden Ernährung, Konsum, Lebensstil, Gerechtigkeit und Ökonomie benannt. Zur Umsetzung ist die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft BNE geplant, die gleichberechtigt staatliche und nichtstaatliche Institutionen vereint. Der Grundgedanke der BNE muss um den Bereich Globales Lernen erweitert werden. Die länderübergreifende Zusammenarbeit ist zu verstärken.
SH	Wichtiges Ziel sind die Sicherung, Fortführung und Weiterentwicklung der geschaffenen BNE-Strukturen.
TH	Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie wird regelmäßig fortgeschrieben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

	Das wesentliche Element in der Umsetzung des WAP ist die ressortübergreifende Zusammenarbeit von allen Akteuren der Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Das TMBJS beteiligt sich aktiv am aktuellen Aktionsplan des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN). Das Projekt „Umweltschule – Thüringer Nachhaltigkeitsschule wird konsequent auf die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet. Es soll ein Qualitätssiegel für BNE entwickelt werden, in welchen einerseits die Wertschätzung für die geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht werden soll und natürlich soll den Bildungsakteuren bei der Suche nach qualifizierten Angeboten geholfen werden. Ein Jugendprojektfond soll Kinder und Jugendliche mit Sachkostenzuschüssen bei lokalen Projekten unterstützen. Mit dem Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung soll die Nachhaltigkeit an Hochschulen verbessert werden. Eine besondere Herausforderung ist die Weiterentwicklung von Kommunen als Lernort für Nachhaltigkeit. Die bestehenden Bildungsangebote der Nationalen Naturlandschaften und des Nationalen Naturmonuments sollen noch stärker als Beitrag zur regionalen Umsetzung des Weltaktionsprogramms erkennbar sein. Am Übergang von der schulischen zur beruflichen Bildung bietet Thüringen seit vielen Jahren das Freiwillige ökologische Jahr an. Mit Unterstützung der Europäischen Union und des Bundes soll dieses Angebot weiter entwickelt werden und stärker als bisher auf die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Literaturverzeichnis

Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Neuauflage 2016. https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=7. [Stand: 28. August 2017]

Bundesregierung (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode.

Bundestagsdrucksache 18/4188 (2015): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Mit dem Weltaktionsprogramm in die Zukunft".

Deutsche UNESCO-Kommission (2013): Das deutsche Nationalkomitee für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung": Positionspapier „Zukunftsstrategie BNE 2015+". http://www.bne-portal.de/sites/default/files/BNE-Positionspapier-2015plus_deutsch.pdf. [Stand: 18. November 2016].

Deutsche UNESCO-Kommission (2014): Bonner Erklärung 2014. http://unesco.de/infothek/dokumente/erklaerungen-duk/bonner-erklaerung-2014.html. [Stand: 18. November 2016]

Deutsche UNESCO-Kommission (2015): UN-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. http://www.bne-portal.de/sites/default/files/UN_Dekade_BNE_2015.pdf . [Stand: 28. August 2017]

UNESCO (2014): Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung. https://www.bmbf.de/files/2015_Roadmap_deutsch.pdf. [Stand: 28. August 2017]

Vereinte Nationen (2014): Folgemaßnahmen zur Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" (2005-2014): Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung." A/RES/69/211. http://www.un.org/depts/german/gv-69/band1/ar69211.pdf. [Stand: 28. August 2017]

Vereinte Nationen (2015): Sustainable Development Goals. https://sustainabledevelopment.un.org/. [Stand: 18. November 2016]

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf. [Stand: 28. August 2017].

WGBU (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. http://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/hg2016/wbgu_hg2016.pdf. [Stand:18. November 2016]

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.